

DAS ARGUMENT 103

<u>Editorial</u> : Zu den beiden Themenschwerpunkten	309
Grußadressen zum hundertsten Argument (III)	310
Marxismus und Einzelwissenschaft	
Klaus Holzkamp Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben?	316
Ideologie-Diskussion	
Dieter Krause Der Ideologiebegriff im Marxismus	337
Rolf Nemitz Technik als Ideologie	360
* * *	
Literaturbericht: Wissenschaftliches Arbeiten	382
Diskussionsbeitrag zu Blochs „Experimentum Mundi“ (D. Horster)	387
<u>Kongreßberichte</u>	
Internationaler Kongreß Kritische Psychologie	390
31. Historikertag	393
Besprechungen: Sozialphilosophie; Linguistische Pragmatik; Romantheorien; Theorien der Geschichtswissenschaft; Dritte Welt; Jura	395
<u>Zeitschriftenschau</u>	

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Christof Müller-Wirth, Postfach 21 0730, 7500 Karlsruhe 21

Telefon 0721 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich Tomberg

Redaktionssekretariat:

Karl-Ernst Lohmann, Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33

Telefon 0 30 / 8 31 49 15

Besprechungen

Philosophie

Ziisel, Edgar: Die sozialen Ursprünge der neuzeitlichen Wissenschaft

(*G. Freudenthal u. H. O. Riethus*) 395

Rotermundt, Rainer: Das Denken John Lockes (J. Rohbeck) 397

(Fortsetzung auf Seite X)



ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1977 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 924 Seiten. Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis des Doppelheftes 9,- DM; Schüler und Studenten 7,- DM (im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,- DM). – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitiertweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin-Karlsruhe. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105114, Postscheckkonto Karlsruhe 136360-759. – Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Telefon 07 21 / 55 59 55. I.–II. Tausend Juni 1977

Beilagenhinweis:

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte und einen Prospekt des Argument-Verlages sowie einen Prospekt vom Luchterhand-Verlag, Darmstadt.

Zu den beiden Themenschwerpunkten

Der in diesem Heft veröffentlichte Aufsatz von Klaus Holzkamp ist eine überarbeitete Fassung seines Eröffnungsvortrags zum Internationalen Kongreß für Kritische Psychologie (vgl. dazu den Kongreßbericht). Wir halten diesen Vortrag für außerordentlich wichtig. Er entwirft die Konzeption einer dialektischen Wissenschaft und zeigt den strategischen Zusammenhang von Objektivismus und Subjektivismus als deren undialektischen Zersetzungsprodukten. Er zeigt dies am geheimen Zusammenhang der ökonomistischen Positionen des Projekts Klassenanalyse und der Positionen der „Kritischen Theorie des Subjekts“. Was die Bedeutung von Holzkamps Entwurf über die Grenzen der Psychologie hinaus bestimmt, ist die Besonderheit, daß hier auf breitem empirischem Fundament Marxismus in einer Einzelwissenschaft durchgeführt wird. Dieser noch un-abgeschlossene Prozeß setzt Maßstäbe für alle marxistischen Wissenschaftler, indem er das noch immer problematische, weitgehend ungeklärte Verhältnis von allgemeiner marxistischer Theorie und Einzelwissenschaft neu zu diskutieren erlaubt. Denn hier wird nicht nur davon geredet, sondern dieses Verhältnis in konkretem Material verwirklicht. Dabei zeigt sich: Marxismus ist weit mehr als Gesellschaftsanalyse, die zu den Einzelwissenschaften bloß äußerlich ergänzend hinzutritt, wie dies noch vielfach von Wissenschaftlern angenommen wird, die sich selber gleichwohl als Marxisten verstehen, in ihren Fachgebieten aber ähnlich wie ihre bürgerlichen Kollegen arbeiten.

In der Geschichte der sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus beziehenden Parteien hat dieses fehlende Eindringen des Marxismus in die Einzelwissenschaften immer wieder dazu geführt, ihn als bloß allgemeintheoretische Setzung mit Vorschrittharakter zu dekretieren, ein Verfahren, welches nicht nur dazu geeignet ist, wirkliche Erkenntnisse zu verhindern, es wird so auch versäumt, die produktive Kraft des Marxismus für alle Einzelwissenschaften wirklich nutzbar zu machen, seine Überlegenheit über die bürgerliche Wissenschaft praktisch zu realisieren.

Die Beiträge zur *Ideologie-Diskussion* beziehen sich auf die von W. F. Haug zu diesem Komplex bisher vorgelegten Materialanalysen und theoretischen Entwürfe. Dieter Krause erörtert in seiner Kritik an Haugs Thesen den Ideologie-Begriff im Rahmen der marxistisch-leninistischen Theorie und setzt damit zugleich seine in Heft 66 (1971) begonnene systematische Arbeit über den Ideologiebegriff fort.

Rolf Nemitz versucht erstmalig, die von Haug bisher nur skizzenhaft und in verschiedenen Schriften vorgebrachten Begriffe zu einer konkreten Untersuchung ideologischer Prozesse systematisch auf ein bestimmtes Material anzuwenden. Sein Anwendungsfeld ist die Kritische Theorie der Technik und die in ihr verarbeitete objektiv widersprüchliche Funktion der Technik in unserer Gesellschaft. Auch dieser Beitrag ist über sein Thema hinaus interessant als paradigmatisch durchgeführter Versuch einer dialektisch-materialistischen Ideologieanalyse.

Die Ideologie-Diskussion wird weitergeführt. Einige Beiträge sind angekündigt. Wir laden ein zur Beteiligung.

Grußadressen zum hundertsten Argument (III)

Robert Weimann (Berlin/DDR):

100 Hefte „Argument“: Applaus und Respekt für diese Leistung! Und zum Glückwunsch der Wunsch: Hundert mal hundert weitere sollen folgen!

Robert Weimann

Bund demokratischer Wissenschaftler (Marburg):

Eine sozialwissenschaftliche Zeitschrift im 18. Jahr, 100 Hefte, das ist in einem Land, in dem sich ein entsprechendes Leserpotential nur mühsam entwickelt und die Ökonomie solcher publizistischer Unternehmungen nicht zum besten steht, keine Selbstverständlichkeit. Das Argument hat unter diesen Bedingungen nicht nur bestanden. Ohne sich den vielen Trends vor allem der linken Diskussion zu ergeben, haben es die Radakteure und Autoren verstanden, aus einer kleinen Informationsbroschüre von Atomwaffengegnern eine auflagenstarke und renommierte Zeitschrift zu machen, deren Ansehen sich ebenso auf eine der wissenschaftlichen Diskussion richtunggebende Themenauswahl gründet wie auf den spezifischen Argument-„Stil“. Dem Herausgeber, der Redaktion und den Mitarbeitern gebührt Dank dafür, daß sie eine *notwendige* Zeitschrift geschaffen haben. Der Bund demokratischer Wissenschaftler möchte wünschen, daß sie auch in Zukunft eine solche Zeitschrift bleibt.

kürbiskern (München):

Zu Eurem Jubiläum herzliche, solidarische Glückwünsche. Auf dem gleichen publizistischen Feld gegen dieselbe Reaktion, wie Ihr für demokratischen und sozialistischen Fortschritt im Interesse der arbeitenden Mehrheit kämpfend, können wir aus eigener elfjähriger Erfahrung einschätzen, welche Leistung 100 Hefte darstellen. Hundert Hefte: Unterschiedene und differenzierte Auseinandersetzung mit bürgerlichen Theorien, breite Diskussion marxistischer Positionen, Parteinahme im ideologischen Klassenkampf auch und gerade an den Orten, wo geforscht und gelernt werden soll.

Doch verweist der Anlaß uns heute nicht auf Rückblick: Um erweiterte Möglichkeiten marxistischer Wissenschaft, ihrer Selbstverständigung und Fortentwicklung zu nutzen und gegen den administrativ und ideologisch aggressiven Antikommunismus zu verteidigen, wird Eure Arbeit weiterhin dringend gebraucht. Stärker denn je zuvor bestimmen die Ideen des streitbaren Materialismus im Handeln der Völker und der internationalen Arbeiterklasse die gesellschaftliche Entwicklung. Angesichts dieses historischen Prozesses können wir – dasselbe Ziel vor Augen – unsere Aufgaben und unsere weitere Arbeit zuversichtlich beurteilen. Dafür wünschen wir Euch Erfolg.

Mit solidarischen Grüßen
Redaktion KÜRBISKERN

Progressive Organisation der Schweiz (POCH):

Das ARGUMENT als deutschsprachige Zeitschrift für marxistische Diskussion ist in gewisser Weise ein Produkt der politischen Nachkriegssituation in der Bundesrepublik und in Westberlin. Dies wird besonders deutlich aus der Sicht

eines zu einem gewichtigen Teil auf den deutschsprachigen Kulturkreis ausgerichteten Nachbarlandes wie der Schweiz. Der Wiederaufschwung der sozialistischen Bewegung im Westeuropa der sechziger Jahre, der vor allem in Westdeutschland die Form der Rebellion der Studenten und Jugend annahm, vollzog sich – freilich phasenverschoben und gemildert – zu Anfang des jetzigen Jahrzehnts auch in der Schweiz. Ein weiteres gemeinsames Kennzeichen der Bewegung hier wie dort war, daß sie die traditionellen sozialistischen Kräfte unvorbereitet traf, die kommunistischen ghettoisiert, die sozialdemokratischen integriert. Entsprechend stand es mit der Rezeption marxistischer Theorie: an den Universitäten in der Schweiz war der Marxismus zu jener Zeit so gut wie verbannt, ein deutschsprachiges theoretisches Organ der einheimischen kommunistischen Partei (Partei der Arbeit) fehlte. Hier sprang an den wenigen bedeutenderen Hochschulzentren der deutschen Schweiz das ARGUMENT in die Lücke, nicht als Lückenbüsser, sondern als notwendiger Sammelpunkt und Organisator der wissenschaftskritischen und polittheoretischen Diskussion für den gesamten nicht-sozialistischen deutschen Sprachraum. Die Themen der Diskussion, welche die Zeitschrift aufnahm und vorantrieb, waren ja von Anfang an alles andere als spezifisch bundesdeutsche: Philosophie- und Wissenschaftskritik sind ebenso ein internationales Anliegen wie die Beschäftigung mit den Brennpunkten des globalen Klassenkampfes (z. B. Algerien, Vietnam).

Man kann heute schon feststellen, daß das ARGUMENT seine historischen Verdienste nicht nur im politischen Bildungsprozeß der sogenannten Neuen Linken in der BRD und in Westberlin, sondern auch in der deutschsprachigen Schweiz hat. Gerade die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH), eine junge, vom deutschsprachigen Teil des Landes ausgehende Partei mit starken Wurzeln in der Bewegung der Neuen Linken, kann und muß auf diese Verdienste hinweisen. Nicht unwichtig ist, daß nachweisbar einige der heutigen Kader der POCH durch die von der Zeitschrift geführten Diskussionen wesentliche Anstöße zu ihrer Politisierung erhielten. Wichtiger jedoch scheint uns, die Verwandtschaft in der politischen Grundkonzeption zu unterstreichen, die uns verbindet. Was das ARGUMENT von seiner Redaktionspolitik her anstrebt, nämlich ein einigendes Forum für die theoretische Praxis aller nicht-sektiererischen sozialistischen Kräfte zu sein, liegt als politische Ausrichtung auch der POCH zugrunde. Als Partei beabsichtigen wir dabei, nicht nur theoretisch einen eigenständigen Beitrag zur Diskussion der Generallinie unter allen antiimperialistischen revolutionären Kräften zu leisten, sondern ihn gleichzeitig aus der politischen Praxis in der Schweiz und außerhalb zu entwickeln. Den Ausgangspunkt dazu bildet die einfache Überlegung, daß die Hauptaufgabe der internationalen Arbeiterklasse und ihrer nationalen Abteilungen, nämlich die Dominanz der globalen Bourgeoisie zu brechen und die eigene durchzusetzen, nur im Bündnis aller antiimperialistischen Kräfte, Parteien und Bewegungen zu lösen ist. Das bedeutet aber, daß wir in der Schweiz vordringlich organisatorisch jenes antimonetaristische Bündnis zu schaffen suchen, in dessen Rahmen auch das ARGUMENT – freilich in bezug auf die BRD und Westberlin im Augenblick erst abstrakt – seinen Platz sieht.

Was die Zeitschrift in Anwendung auf die verschiedensten Wissensgebiete schon immer diskutiert hat, jetzt aber in der Sozialismus-Diskussion auch als politisches Thema selbst angeht, bedarf der praktisch-politischen Untermauerung. Es ist klar, daß dies eine Zeitschrift alleine nicht leisten kann, ja daß es nicht ihre Aufgabe ist. Wenn die Redaktion jetzt indessen in erster Linie zur theoretischen

schen Debatte um die sozialistischen Perspektiven der westdeutschen demokratischen Bewegung anstößt, leistet sie etwas Wertvolles und Mögliches; denn nur jene Perspektive, die in unabhängiger, von falschem Untertanengeist freier Diskussion von allen antiimperialistischen und revolutionären Kräften in der BRD und in Westberlin erarbeitet wird, bietet die Gewähr dafür, daß ihre politische Umsetzung zu leisten und das an ihr orientierte, notwendige Bündnis herzustellen ist. Die Erfahrungen und Aussichten, die hier zusammengetragen werden, sind für die Linke in der Schweiz, sind für die POCH insbesondere in dem Maße lehrreich, wie zwischen den Verhältnissen bei uns und in der BRD Ähnlichkeiten bestehen. (Daß z. B. wichtige Fraktionen des Schweizer Bürgertums den Abbau demokratischer Rechte nach dem Vorbild der herrschenden Kreise in der BRD betreiben, dürfte bekannt sein.) Umgekehrt bietet sich eine Vermittlung der praktischen und theoretischen Arbeit sowie der strategischen Konzeption der verschiedenen Parteien an, die in der Schweiz zusammen mit der POCH in ein zu schaffendes festes Bündnis aller kommunistischen und sozialistischen, anti-monopolistischen und antiimperialistischen Kräfte finden. Die schweizerische Linke weiß, daß sie in einem Spannungsfeld zwischen den beiden deutschen Staaten, Italien und Frankreich operiert.

Klaus Poschmann (Berlin/West):

Einen großen Gruß will ich im Namen derer senden, die das 100. Heft auf einmal in den Händen hielten und sahen, wie fast heimlich Ihr die Bedeutung dieser Nummer unterschlagt. Ihr ruht Euch nicht aus, es gibt auch keinen Grund, die Stühle zu großen Feiern zusammenzurücken. Doch trotzdem bin ich stark berührt von 100 Argumenten und der Fülle der Gedanken, deren Perspektiven und Einschätzungen ich keineswegs immer recht gebe oder folge (...). Mein Wunsch ist es, daß das Argument noch mehr anderen zugänglich wird, indem es seine Autoren um eine höhere allgemeine Verständlichkeit anhält. Ohne Abstraktion und wissenschaftliche Begriffe in Frage zu stellen, es fehlt oft der „volksnahe“ Ausdruck. Ich sehe die Schwierigkeit eines solchen Anliegens, da dies aber die Wirksamkeit und Relevanz einer Aussage, eines Arguments ausmacht, sollte viel mehr Energie darauf verwendet werden (...)

Probleme des Klassenkampfes (Berlin/West):

Liebe Genossen,

Das einhundertste Heft Eurer Zeitschrift ist Anlaß genug, den Lesern, Schreibern, Mitarbeitern, Redakteuren, dem Verleger und dem Herausgeber des ARGUMENT Glückwünsche zu übermitteln. Es war und ist eine herausragende Leistung aller Beteiligten, in einer deutschen Republik, die sich nicht gerade durch ein offenes und für marxistische Theoriebildung und Diskussion fruchtbares Klima auszeichnet, über die mageren und fetten Jahre der antikapitalistischen Bewegung hinweg ein solches Projekt zu entwickeln und zu konsolidieren.

Bei einem solchen Glückwunsch sollte aber in Erinnerung bleiben, daß die Beziehungen zwischen den verschiedenen linken Zeitschriften keineswegs unproblematisch sind. Wir haben die Entwicklung des ARGUMENT nicht nur freundschaftlich, sondern mitunter auch sehr kritisch verfolgt. Um so mehr freut es uns, daß in letzter Zeit die Notwendigkeit erkannt wird, daß sich die verschiedenen Möglichkeiten materialistischer Wissenschaft, sozialistischer Theorie und Politik unabhängig und offen artikulieren können. Insofern wünschen wir dem

ARGUMENT nicht nur ein weiteres Existieren, sondern auch und vor allem eine politische Entwicklung insgesamt, die es ermöglicht, im Sinne eines linken Pluralismus zu *koexistieren*.

Mit sozialistischen Grüßen!

Die Redaktionskonferenz der PROKLA

Helmut Ridder (Gießen):

„Bonn ist nicht Weimar.“ Die den Kurswert dieses Satzes hochtrieben, liebten Bonn in dem Maße, wie sie Weimar verabscheuten. Genauer: Sie liebten an Bonn den aus der Entpolitisierung durch die Nazis folgenden faulen Frieden zwischen den „Sozialpartnern“ und den großen Lizenzparteien, seinen „abendländisch“ verbrämten Drang nach Osten, seinen zugespitzten Antikommunismus und wenig verhüllten Revanchismus, das trügerische Zuschütten aller sozialen und ökonomischen Konfliktualität im Auftrieb des „Wirtschaftswunders“, den sich blühenden Provinzialismus von Unbußfertigkeit und schrecklichsten Vereinfachungen. Doch diese Gegenwart, die nach ihrem Woher aus namenlosen Verbrechen und deshalb auch nach ihrem Wohin bald nicht einmal mehr zu fragen instande war, ist ganz plötzlich Vergangenheit geworden, so schnell, wie sie heraufgekommen ist. Die unter den Teppich gekehrten Wahrheiten, die Weimars geschmähte „Zerrissenheit“ bewirkten, sind wieder sichtbar geworden. Und sichtbar geworden sind auch die folgenreichen Versäumnisse der ersten Stunden und die politischen und moralischen Defizite.

„Das Argument“, 1959 erstmals lokal und ad hoc von einer „Studentengruppe gegen Atomrüstung“ herausgebracht, zunächst nicht mehr und nicht weniger als den Protest des Anstands artikulierend, hat seither seinen ständig wachsenden Anteil dazu beigetragen, daß die Zusammenhänge durchschaut werden. Worüber sollte diese Zeitschrift, die inzwischen eine „wissenschaftliche“ (die Anführungszeichen sollen selbstverständlich kein Fragezeichen sein!) und wohl auch eine mehr oder minder „sozialistische“ (dto.!) geworden ist, „statt der Hundertfeier“, die mit dem hierzulande immer noch weggeschwiegenen Beginn einer epochalen europäischen Wende zusammenfiel, „nachdenken“? Mir scheint – ich kann hier nur das m. E. Vordringlichste anführen –, sie sollte, nachdem der während der fast die Spanne einer ganzen Generation umfassenden geistigen Isolation entstandene Fehlbedarf an Quellen marxistischer Ideologie, materialistischer Wissenschaft und sozialistischer Politiklehre durch die späten Rezeptionen der Jungen allmählich ausgeglichen wird, beim Voranschreiten die Erinnerung an ihre eigenen Anfänge fruchtbar machen. Das heißt, sie sollte sich fragen, ob der auch von Helmut Gollwitzer im Nachwort zum Argument-Reprint registrierte Abgang von Autoren, Kräften, Trägern, Initiatoren und Tendenzen ihrer eigenen ersten Stunde unter den neuen historischen Vorzeichen umkehrbar gemacht werden kann. Die Wichtigkeit der „eigenen Diskussion“ soll damit nicht in Frage gestellt werden. Aber die Perpetuierung so mancher Sackgassendiskussion im Binnenzirkel linker Illuminaten öffnet nicht. Die Welt ist schon wieder kleiner und Europa ist ein kleiner Erdteil geworden. Auch bei uns könnte man über Nacht vor der Entscheidung stehen, ob man auf den Aufstand des – natürlich mit solidem Wissen zu bedienenden aufgeklärten – bürgerlichen Gewissens oder etwa auf den Nichtsnutz „linker“ Abgrenzungsnegotiker zu setzen hat, die die Interessenstrukturen vernebeln.

Bonn ist in der Tat nicht Weimar. Aber es wird von außen unwiderstehlich zu äußerer und demzufolge letztlich auch innerer Normalisierung gezwungen. Das

erwachende politische Bewußtsein, das die wahren Interessenstrukturen Stück für Stück aus dem Kleister verlogener Einheit freilegt, hat in Weimar die Verkrustungen der durchorganisierten Lagerbildung auch unter den Demokraten nicht mehr durchbrechen können. Daß abgesehen vom holzköpfig-antikommunistischen wenigstens diese Zäune nicht wiedererstanden sind, verdankt sich ungewollt der geschichtsblinden Überheblichkeit des besitzständischen und demokratieabstoßenden establishment von Bonn, das nunmehr notleidend geworden ist, ohne begreifen und erklären zu können, woran und warum. Ich wünsche dem „Argument“, daß es *alle* erreicht, die das begreifen und erklären und danach handeln wollen.

Prof. Athanas Stoikov (Sofia/Bulgarien):

Die Herausgabe des 100sten Bandes der bekannten Zeitschrift „Das Argument“ stellt eine wissenschaftliche und gesellschaftliche Heldentat dar, die alle, die der gegenwärtigen Entwicklung der Gesellschafts-Wissenschaften folgen, die den Traditionen und dem Neuerergeist der Riesen der sozialpolitischen Ideen – Marx, Engels und Lenin – treu sind, mit Freude erfüllt. Es ist ein außerordentlich großes Verdienst der Redaktion und der Mitwirkenden der Zeitschrift, deren Zahl ständig wächst, daß sie tiefgründige theoretische Ausführungen der meist aktuellen zeitgenössischen Probleme der Philosophie, der Ökonomie, des internationalen Lebens, aller Gesellschaftswissenschaften rechtzeitig vorbereiten könnten. Es ist noch wichtiger, daß sie in ihrer Arbeit eine argumentierende und überzeugende Polemik gegen die verschiedenen reaktionären und obskuren Anschauungen und auch Diskussionen mit verschiedenen revisionistischen, pseudorevolutionären, utopischen und linksradikalen Ansichten führen. Wenige ähnliche Zeitschriften in der Welt können auf eine solche stabile und gut organisierte Rezensionenabteilung, die eine große Errungenschaft für „Das Argument“ ist, stolz sein. Ich wünsche herzlichst der Zeitschrift „Das Argument“ neue Erfolge und Leistungen, um in ihrer Rolle weiter und ununterbrochen wachsen zu können in dem schweren und komplizierten ideologischen Kampf auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, sogar auf dem Gebiet ganz Europas, um ihren Beitrag für den Fortschritt der Gesellschaftswissenschaften, die die Stütze der kämpfenden Völker und Massen der ganzen Welt für ständigen Frieden, richtige Demokratie und bessere Zukunft sind, weiter zu leisten.

text + kritik (München):

Das ARGUMENT gehört zu den anregendsten kulturpolitischen Zeitschriften im deutschen Sprachraum. In 99 Nummern hat es seinen Lesern zahlreiche kritische Argumentationen, Einblicke, Analysen und Meinungen geliefert, auch Thesen, die nicht ohne Widerspruch blieben und gerade dadurch Argumente entwickeln halfen. Es hat so die Entwicklung der Bundesrepublik, ihrer Institutionen, ihrer Kultur und Wissenschaft antizipatorisch begleitet – und provoziert. Für das 100. Heft ein herzlicher Glückwunsch und die Hoffnung auf weitere 100 anregende, kritische, radikale, provozierende: also produktive Hefte.
Heinz Ludwig Arnold

3. Welt Magazin (Bonn):

100 Nummern Eurer Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften – das ist nicht nur eine „Leistung des Überlebens“, da sind für uns auch wesentliche Argumente zur Imperialismuskonversation veröffentlicht worden: Fünf Hefte

über Probleme der Entwicklungsländer von 1965 bis 1969 haben seinerzeit die maßgeblichen Angriffe gegen die bürgerliche Entwicklungstheorie geführt und den ideologischen Schleier von der als Entwicklungspolitik getarnten Fortsetzung neokolonialer Ausbeutung abgezogen. Jene Diskussion hat entscheidend die Grundlagen marxistischer Analyse der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern in der BRD freigelegt und zur Weiterentwicklung beigetragen.

Also auf jeden Fall Anlaß genug, Euch Grüße zu senden mit dem gleichzeitigen Wunsch, daß Ihr dort wieder anknüpft, wo Ihr die letzten Jahre eine lange Pause habt entstehen lassen – auch wenn die Probleme der Dritten Welt mit 8 % der Nennungen nur an 14. Stelle der wichtigen Themen in Eurer Leseranalyse auftauchen. Die von Euren Lesern favorisierten Themen Faschismus, Sozialismuskussion, Arbeiterbewegung und Gewerkschaften etc. sind u. E. ohne Blick über die europäischen Grenzen auf Asien, Afrika und Lateinamerika nicht mehr zureichend zu diskutieren.

Mit diesem Wunsch für Eure weitere Arbeit und solidarischen Grüßen Herausgeber und Redaktion des 3. Welt Magazin

Klaus Holzkamp

Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben?*

- I Der Schein der Wertfreiheit der Analytischen Wissenschaftstheorie
- II Die Reduktion des Marxismus auf bloßen Objektivismus
 - a) Ökonomismus
 - b) Kritische Theorie des Subjekts
- III Marxismus als allgemeine Subjektwissenschaft
- IV Kritische Psychologie als besondere Subjektwissenschaft

Die beiden Pole des Spannungsfeldes kontroverser und gegnerischer Positionen, von denen aus die Möglichkeit und Berechtigung marxistisch fundierter Kritischer Psychologie prinzipiell angezweifelt wird, sind einerseits die traditionelle Psychologie, die die Möglichkeit bzw. Vertretbarkeit einer marxistischen Psychologie unter den hier herausgebildeten einzelwissenschaftlichen Kriterien problematisiert, und andererseits bestimmte marxistische oder marxistisch gemeinte Positionen, die die Möglichkeit und Berechtigung einer marxistischen Psychologie unter Benennung von Kriterien der marxistischen Theorie selbst bezweifeln bzw. leugnen.

I Der Schein der Wertfreiheit der Analytischen Wissenschaftstheorie

Die Argumentationsweise aus der Position der traditionellen Psychologie und Analytischen Wissenschaftstheorie gegen die Möglichkeit bzw. Berechtigung marxistisch fundierter Kritischer Psychologie ist bekannt und hat sich seit den frühen Kontroversen nicht geändert. Ich kann mich deshalb bei ihrer Darstellung sehr kurz fassen.

Es wird hier bestritten, daß Psychologie, wie sie sich einzelwissenschaftlich entwickelt hat, als solche „marxistisch“ sein und damit, wie man meint, einer bestimmten politischen Auffassung unterworfen werden kann und darf. Psychologie als Wissenschaft sei nur ihren wissenschaftlichen Standards und Methoden verpflichtet, die damit gewonnenen Ergebnisse seien somit neutral; die Verfügung darüber in dem einen oder anderen Interesse sei nicht aus wissenschaftlichen Kriterien ableitbar, sondern ergebe sich nur aus den Interessen der Psychologen, Adressaten oder Auftraggeber. Statt vieler weiterer Belege für diese Auffassung sei nur eine Passage von Theo Herrmann zitiert: „Man sieht, daß die no-

* Einleitungsreferat zum Internationalen Kongreß Kritische Psychologie (vgl. den Tagungsbericht in diesem Heft), leicht gekürzt.

nomothetische Psychologie als solche weder Soll-Lagen vorschreibt noch konkrete Realisationshandlungen streng determiniert. Dementsprechend kann die nomothetische Psychologie aber den verschiedensten Interessen dienen. Wir bestreiten, daß die nomothetische Arbeitsweise als solche ein bestimmtes Forschungsinteresse präjudiziert. . . . Weder die Übernahme noch die Ablehnung der nomothetischen Methodologie macht einen Psychologen davon frei, für seine Denk- und Handlungsweise und für seine Unterlassungen einzustehen. Auch kommt er dafür auf, was für ihn ‚gesellschaftlich relevant‘ und für ihn ‚vertretbare gesellschaftliche Praxis‘ ist. . . . Es ist nicht ‚die Psychologie‘, der eine spezifische Verantwortlichkeit für Entscheidungen und Resultate zukommt. Die Verantwortlichkeit kommt. . . den Menschen zu, ob sie nun als Wissenschaftler arbeiten oder etwa Autofahrer sind. . . . Das ist. . . für die Mehrheit der Wissenschaftler trivial. . .“ (1971, S. 146).

Aus dieser – wohl für die meisten traditionellen Psychologen tatsächlich selbstverständlichen – Auffassung ist folgende Einschätzung der Kritischen Psychologie abzuleiten: Im günstigen Falle ist sie „Psychologie“ wie jede andere, die sich wissenschaftsimmanenten Kriterien, ob nun „nomothetischer“ oder sonstiger Art, unterwirft. „Kritisch“ ist hier also nicht, wie vorgegeben, die „Psychologie“, „kritisch“ sind vielmehr die Psychologen, indem sie sich bei der Anwendung der Resultate, also nach Ende der wissenschaftlichen Tätigkeit, vielleicht auch schon bei der Auswahl der Fragestellungen, also vor Beginn der eigentlichen Wissenschaft, bestimmten gesellschaftspolitischen Zielsetzungen, nämlich denen des Marxismus verpflichtet sehen. Im ungünstigen Falle werden die sogenannten „kritischen Psychologen“ bei ihrem vermeintlich wissenschaftlichen Tun selbst durch die außerwissenschaftlichen Zielsetzungen, die sich aus ihrer marxistischen Weltanschauung und politischen Einstellung ergeben, beeinflußt und kommen so, sicherlich meist unbewußt, zu einer interessierten Beugung ihrer Methoden und Verfälschung ihrer Resultate; ein solches Vorgehen verdient keinesfalls den Namen „Wissenschaft“, sondern ist Dogmatismus und Indoktrination in wissenschaftlichem Gewande.

Die Falschheit der geschilderten Auffassung folgt aus der verkürzten und verkehrten Bestimmung ihres Gegenstandes durch die traditionelle Psychologie. Sie erforscht nämlich nicht die Lebenstätigkeit und Subjektivität von konkreten Menschen unter historisch bestimmten, formations- und klassenspezifischen Lebensbedingungen in der bürgerlichen Gesellschaft, sondern Verhalten und Erleben von abstrakten Individuen, die einer als naturhaft-ahistorisch mißdeuteten Umwelt äußerlich gegenüberstehen. Diese Gegenstandsverfehlung wiederum ist nicht lediglich eine unzulängliche Theorie, sondern eine Spiegelung wirklicher „verkehrter“ Verhältnisse auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, der scheinbaren „Privatheit“ voneinander isolierter Individuen, die nur über den Warentausch und die Marktgesetze äußerlich in Verbindung stehen, deren gesellschaftliche Beziehungen sich also als naturhafte Beziehungen zwischen Sachen verselbständigen haben: Indem die bürgerliche Psychologie diesen Schein nicht wissenschaftlich begreift, sondern in ihrer Gegenstandsbestimmung blind reproduziert, ist sie selbst in den Formen der bürgerlichen Ideologie von der Un-

gesellschaftlichkeit des Menschen und der Naturwüchsigkeit und Unveränderbarkeit seiner Lebensverhältnisse befangen. Der Unterschied zwischen traditioneller und kritischer Psychologie ist also nicht auf die unterschiedliche Auswahl und Verwendung von Fragestellungen bzw. Ergebnissen, also auf verschiedenen Wertungen von Psychologen mit Bezug auf die als solche „neutrale“ Psychologie reduzierbar. Die Parteilichkeit liegt hier keineswegs nur im andersgerichteten politischen Engagement der traditionellen bzw. kritischen Psychologen. Sie liegt vielmehr schon in der unterschiedlichen Art, in der die traditionelle und die kritische Psychologie ihren Gegenstand erfassen.

Die traditionelle Psychologie unterliegt nämlich, indem sie durch die Verkürzung und Verkehrung menschlicher Lebenstätigkeit auf „private“ Beziehungen in einer naturhaften Umwelt in der bürgerlichen Ideologie befangen ist, zwangsläufig, und ob sie das nun merkt und will oder nicht, dem Interesse des Kapitals an der Erhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Kritische Psychologie dagegen steht, soweit sie die Lebenstätigkeit und Subjektivität der Menschen tatsächlich in ihrer Bestimmtheit durch die historisch gewordene und veränderbare bürgerliche Klassenwirklichkeit begreift, notwendigerweise im Widerspruch zum herrschenden Interesse und auf der Seite derer, die an einer qualitativen Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zur Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle interessiert sein müssen. Die Parteinahme für die Interessen der Lohnabhängigen wird der Wissenschaft also hier nicht von außen oktroyiert, sondern durch eine umfassendere und adäquatere Erkenntnis ihres Gegenstandes quasi von diesem Gegenstand selbst aufgezwungen. Ebenso ist die objektive Parteinahme für das Kapitalinteresse ein notwendiges Implikat eines qualitativ unentwickelten wissenschaftlichen Erkenntnisstandes. Man mag sich den damit gekennzeichneten Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und Parteilichkeit am Beispiel Galileis veranschaulichen, der mit der Auffassung vom heliozentrischen Charakter des Planetensystems, die der kirchlichen Lehre vom Menschen als Mittelpunkt des Universums widersprach, nichts weiter tat, als einen qualitativ entwickelteren Stand wissenschaftlicher Erkenntnis zum Ausdruck zu bringen, und eben deswegen von den herrschenden Klassen, die an diesem Erkenntnisfortschritt, weil er ihre Herrschaft bedrohte, nicht interessiert waren, durch Drohung mit Existenzvernichtung politisch diszipliniert wurde. Auch die Bedeutung des politischen Engagements der Wissenschaftler läßt sich an diesem Beispiel demonstrieren: Die Art ihres politischen Handelns ist keineswegs von ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit getrennt. Die Wissenschaftler stehen vielmehr in solchen Situationen stets vor der Alternative, entweder das, was sie als wissenschaftlich wahr erkannt haben, öffentlich zu vertreten, und damit auch den politischen Kampf gegen die Unterdrückung dieser Erkenntnis und für die Durchsetzung ihrer praktischen Folgen aufzunehmen, oder die Erkenntnis aus Gründen politischer Opportunität zu verschweigen bzw., was wohl häufiger ist, in Antizipation der damit verbundenen Risiken den Schritt zur neuen Ebene der Erkenntnis unter Benutzung der verfügbaren ideologischen Rechtfertigungssysteme erst gar nicht zu vollziehen.

II Die Reduktion des Marxismus auf bloßen Objektivismus

a) *Ökonomismus*

Unsere Kritik an der ideologischen Befangenheit der traditionellen Psychologie in den Formen des Denkens in bürgerlichen Privatverhältnissen wird auch von den genannten marxistisch argumentierenden Kritikern der Kritischen Psychologie weitgehend geteilt. Der Dissens beginnt erst bei der Frage, wieweit man diese ideologische Befangenheit mit einer wissenschaftlichen Konzeption überwinden kann, die einerseits im Rahmen des Wissenschaftlichen Sozialismus zu argumentieren beansprucht, aber andererseits dennoch sich, wie die Kritische Psychologie, weiterhin explizit als „Psychologie“ versteht. Hier wird nämlich in Zweifel gezogen, daß bei einer richtigen Bestimmung und Analyse des Problems der Subjektivität mit den Begriffen und Verfahren des wissenschaftlichen Sozialismus sich an der Subjektivität als Forschungsgegenstand überhaupt solche spezifischen Aspekte herausheben lassen, die eine inhaltlich und methodisch selbständige wissenschaftliche Behandlung rechtfertigen. Soweit solche Zweifel begründet wären, gäbe es für eine eigenständige Individual- oder Subjektwissenschaft innerhalb des Wissenschaftlichen Sozialismus grundsätzlich keinen Platz, einerlei, ob sie sich dann als „Marxistische Persönlichkeitstheorie“, als „Kritische Psychologie“ oder wie sonst näher bestimmt. Damit wäre schon aus dem Anspruch der Kritischen Psychologie, im Rahmen des Wissenschaftlichen Sozialismus ihren besonderen, subjektwissenschaftlichen Beitrag leisten zu können, ableitbar, daß sie damit notwendig zu bürgerlichen oder revisionistischen Verfälschungen des Wissenschaftlichen Sozialismus führen muß, die dann nur noch im Einzelnen aufgedeckt zu werden brauchen.

Die marxistischen Grundauffassungen, auf die sich derartige Positionen berufen, sind Aussagen von Marx, wie der Satz, das gesellschaftliche Sein bestimme das Bewußtsein, oder die Feststellung in der 6. Feuerbach-These, das menschliche Wesen sei das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse. Derartige Auffassungen werden hier so interpretiert, daß aus ihnen hervorzugehen scheint, menschliches Bewußtsein, menschliche Subjektivität, könnten und dürften für die materialistische Wissenschaft kein selbständiger Problembereich sein, aus dem sich besondere Denk- und Verfahrensweisen ergeben, sondern seien nichts als ein Resultat der objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse und somit ohne Rest aus ihnen ableitbar.

Diese Konzeption wird in neuerer Zeit besonders dezidiert und ausführlich von Joachim Bischoff und dem „Projekt Klassenanalyse“ vertreten und teilweise direkt gegen die Möglichkeit marxistischer Persönlichkeitstheorie bzw. Kritischer Psychologie innerhalb des Systems des wissenschaftlichen Sozialismus ins Feld geführt. Die allgemeine Grundvoraussetzung des Projekts Klassenanalyse, nach marxistischer Auffassung sei die Denkform bloßer Reflex der Gesellschaftsform, wird von Bischoff z. B. zum Versuch des Aufweises der Überflüssigkeit bzw. Unsinnigkeit einer besonderen marxistischen Erkenntnistheorie und Methodologie konkretisiert: Der Wissenschaftliche Sozialismus sei vielmehr wie jede andere durch die bürgerliche Gesellschaft bestimmte Bewußtseinsform in ihrer Genesis aus dem spezifisch-historischen Charakter der gesellschaftlichen Arbeit auf einer

gewissen Entwicklungsstufe der bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten (1973, etwa S. 52 ff.); zu dieser Selbstableitung sei das von Marx im „Kapital“ entwickelte System der Kritik der Politischen Ökonomie notwendig und hinreichend; für die Erkenntnistheorie bzw. materialistische Dialektik als besondere Methode sei deswegen innerhalb des Wissenschaftlichen Sozialismus kein legitimierbarer Platz. Ist damit die Berechtigung einer selbständigen Reflexion und Erforschung materialistischer Wissenschaft in ihrer gesellschaftlichen Subjektivität als Ursprung aktiver Bestimmung und bewußter Kontrolle des Denk- und Untersuchungsprozesses geleugnet, so versuchen andere Mitglieder des Projekts von gleichen Ansatz aus nachzuweisen, daß eine selbständige Reflexion und Erforschung individueller Subjektivität innerhalb des wissenschaftlichen Sozialismus nicht zu rechtfertigen ist.

Die Argumentationsweise solcher Begründungsversuche läßt sich z. B. aus der Kritik von Laufenberg, Rzezik und Steinfeld (1975) an Sève's Buch „Marxismus und Theorie der Persönlichkeit“ ersehen. Sève leitet das Erfordernis einer marxistischen Persönlichkeitstheorie ab aus dem Unterschied zwischen dem menschlichen Wesen als Gesamtheit der in den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen liegenden historisch gewordenen und bestimmten menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten und den konkreten Individuen, die das menschliche Wesen in einer bestimmten Position innerhalb des arbeitsteiligen Gesamts der gesellschaftlichen Verhältnisse jeweils partiell realisieren. Die Persönlichkeitsstrukturen stehen nach Sève demgemäß zwar zu der Gesellschaftsstruktur in einem Verhältnis der Unterordnung, sind aber dennoch nicht allein aus deren objektiver Bestimmtheit abzuleiten, sondern müssen in ihrer Besonderheit als konkrete, einmalige Subjekte erforscht werden. Laufenberg, Rzezik und Steinfeld bestreiten nun Sève die Berechtigung einer Unterscheidung zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und konkreten Individuen, und die Zulässigkeit der Bestimmung des menschlichen Wesens in den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen. Gesellschaftliche Verhältnisse und konkrete Individuen werden vielmehr als miteinander identisch betrachtet. Demgemäß wird auch jeder Unterschied zwischen menschlichem Wesen und individuellen Menschen geleugnet und Marx' 6. Feuerbachthese, das menschliche Wesen sei Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse, als gleichbedeutend mit der These interpretiert, die Individuen seien das Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse (vgl. 1975, etwa die Formulierungen auf S. 107 und S. 170). Die Autoren weisen demnach Sève's Auffassung zurück, „daß die Darstellung der spezifischen Form der gesellschaftlichen Arbeit nicht in eins fällt mit der Darstellung der mit ‚Fleisch und Blut‘ begabten Menschen“, womit Sève „der Natur der Sache nach zusammengehörendes in zwei aufeinanderfolgende Schritte“ zerlegen müsse und damit einer „idealistischen Vorstellung“ verfallende. „Sève hat also auf der einen Seite die gesellschaftlichen Verhältnisse und auf der anderen Seite die Menschen und damit das Problem ihrer Vermittlung“, und es „stellt sich ihm bei dem Versuch, die Gesellschaft mit den Individuen zu vermitteln, das Problem, wie die Gesellschaft in die Individuen hineingelangt“ (1975, S. 47). Das Problem der Struktur und der Entwicklungsgesetze konkreter Persönlichkeiten, das Sève heraushebt, wäre demnach nichts als das Ergebnis der falschen, idealistischen Unterscheid-

ding zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und konkreten Individuen, mithin lediglich ein Scheinproblem, und die von ihm projizierte marxistische Persönlichkeitstheorie müßte sich mangels Gegenstand in Luft auflösen.

Die Eigenart dieser Position verdeutlicht sich, wenn man die Vorschläge betrachtet, die Laufenberg, Rzezick und Steinfeld nun selbst im Hinblick auf die Erfassung individueller Menschen machen: An die Stelle einer unhaltbaren marxistischen Persönlichkeitstheorie oder anderer subjektwissenschaftlicher Fragestellungen innerhalb des wissenschaftlichen Sozialismus hat ihrer Auffassung nach eine Konkretisierung und Spezifizierung der ökonomischen Analyse zu treten. Im „Kapital“ von Marx werde nur eine allgemeine Analyse der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft geleistet, dabei aber sowohl von den bestimmten Verhältnissen in einem bestimmten Land zu einem bestimmten Zeitraum abstrahiert wie auch, und dies sei im gegenwärtigen Zusammenhang zentral, von den besonderen Regionen eines Landes, einer Stadt usw., die „Einfluß auf die Menschen“ haben (32 f.). „Man kann daher sagen, daß alle Weiterbestimmungen so lange Abstraktion bleiben, wie nicht ein einzelner Mensch in all seinen Eigentümlichkeiten aus seiner konkreten Situation heraus bestimmt ist“ (S. 33). Der individuelle Mensch erscheint hier also total als Produkt der objektiven gesellschaftlichen Einflüsse, und seine Individualität wird darauf reduziert, daß er quasi ein besonderer Schnittpunkt derartiger Einflüsse ist. Wenn man demgemäß die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen, denen ein Mensch auf seinem gesellschaftlichen Standort ausgesetzt ist, nur spezifiziert genug erfaßt, so sei dies gleichbedeutend mit der Erfassung seiner Individualität. Das Problem, zu dessen Erforschung vermeintlich der Ansatz einer marxistischen Persönlichkeitstheorie oder „Kritischen Psychologie“ nötig ist, wäre demgemäß ohne Rest durch eine Differenzierung und Spezifizierung der Kritik der Politischen Ökonomie zu lösen.

Wenn mithin nach Auffassung des Projekts Klassenanalyse im Wissenschaftlichen Sozialismus außerhalb der Kritik der politischen Ökonomie für „persönlichkeitstheoretische“ oder „kritisch-psychologische“ Analysen kein gesonderter Gegenstand, also auch keine legitime eigene Fragestellung ausweisbar ist, so müssen mit derartigen Ansätzen notwendig unzulässigerweise Probleme aufgegriffen werden, für die eigentlich allein die Kritik der Politischen Ökonomie zuständig ist, wobei aus der Art der Behandlung dieser Probleme dann natürlich psychologistische oder subjektivistische Verfälschungen des Wissenschaftlichen Sozialismus resultieren müßten. So wird denn auch der Kritischen Psychologie von dieser Seite immer wieder unterstellt, sie maße sich an, die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie und darin eingeschlossene revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse in ihrem prinzipiellen Gehalt „psychologisch“ verbessern und vervollständigen zu wollen.

b) Kritische Theorie des Subjekts

Aus der gleichen Einschätzung des Wissenschaftlichen Sozialismus ist aber noch eine andere Konsequenz ableitbar, nämlich die der Ergänzungsbedürftigkeit der in sich zur Erfassung der Subjektivität unfähigen marxistischen Theorie

durch eine besondere Subjektwissenschaft außerhalb des Wissenschaftlichen Sozialismus. Diese Konzeption wird mit großem Nachdruck von den Vertretern einer „Kritischen Theorie des Subjekts“, wie Lorenzer, Horn, Dahmer, Leithäuser u. a., verfochten. Die Grundvoraussetzungen dieser Theorie lassen sich thesenartig folgendermaßen zusammenfassen: 1. Wissenschaftlicher Sozialismus, historischer Materialismus, Kritik der politischen Ökonomie (diese drei Begriffe werden weitgehend gleichgesetzt) analysiert nur objektive gesellschaftliche Strukturen. 2. Die politisch-ökonomische Analyse im Sinne des Marxismus ist deswegen, da menschliche Subjektivität hier ausgespart bleibt, der Ergänzung durch eine subjektive Strukturanalyse bedürftig (etwa Lorenzer 1974, S. 218 ff.). 3. Die Notwendigkeit einer Ergänzung der politisch-ökonomischen Analyse durch eine subjektive Strukturanalyse ergibt sich wesentlich daraus, daß Marx in der Kritik der politischen Ökonomie die Auseinandersetzung des Menschen mit der „äußeren Natur“ analysiert, während die subjektive Strukturanalyse die Auseinandersetzung des Menschen mit seiner „inneren Natur“ analysieren muß: „Die Grundelemente individueller Strukturen werden allesamt hergestellt in einem . . . praktisch-dialektischen Prozeß, der – kontrapunktisch zur großen Auseinandersetzung des Menschen mit äußerer Natur – Auseinandersetzung mit innerer Natur (des Kindes) ist“ (Lorenzer, 1974, S. 223). 4. Die subjektive Strukturanalyse hat notwendigerweise und selbstverständlich auf der Basis der Psychoanalyse als der für die „innere Natur“ des Menschen zuständigen Disziplin zu erfolgen, ja, beide sind eigentlich miteinander identisch, so daß z. B. Horn mit Bezug auf die Psychoanalyse umstandslos vom „subjektiven Faktor“ und seine(r) Wissenschaft“ reden kann (1973, S. 116). 5. Die Psychoanalyse muß, damit sie ihre Funktion der Ergänzung der marxistischen Theorie erfüllen kann, selbst aus ihren wissenschaftlichen Selbstmißverständnissen, überflüssigen biologischen Beimengungen etc. befreit werden und offenbart so ihren Charakter als „Kritische Theorie des Subjekts“, eine tiefenhermeneutische Erfahrungswissenschaft. Leithäuser (1973) kann so die „Kritische Theorie des Subjekts“ als „andere Seite der Kritik der politischen Ökonomie“ bezeichnen und stellt dazu fest: „Daß im Prozeß einer solchen Theorienbildung die Psychoanalyse nicht unverändert bleiben kann, versteht sich von selbst“ (S. 26). 6. Da subjektive Strukturanalyse und Psychoanalyse (in Form der Kritischen Theorie des Subjekts) identisch sind, bedeutet eine Leugnung der Ergänzungsbedürftigkeit des Marxismus durch die Psychoanalyse notwendig eine Subjektverleugnung als Ausdruck dogmatisch-ökonomistischer oder auch „soziologistischer“ Bornierungen des Marxismus selbst. Lorenzer (1974, S. 229) sagt hierzu: „Wer Verhalten unvermittelt auf gesellschaftliche Verhältnisse zurückführt, überspringt kurzschlüssig den Aufgabenbereich einer (von der Psychoanalyse herkommenden) subjektiven Analyse – er sollte aufhören, mit psychoanalytischen Begriffen zu kokettieren, um seinen Ökonomismus oder seine versteckten anthropologischen Vorannahmen zu bemänteln.“ 7. Die politisch-ökonomisch zu erforschenden objektiven gesellschaftlichen Strukturen und die psychoanalytisch zu erforschenden subjektiven Strukturen sind nicht unabhängig voneinander, die historisch bestimmten Produktionsverhältnisse wirken vielmehr in die Interaktionsbeziehungen innerhalb der subjektiven Strukturen hinein und verleihen diesen damit ihre historische Bestimmtheit. Eine Kri-

tische Theorie des Subjekts muß, wenn sie die Funktion einer Ergänzung der marxistischen Theorie erfüllen soll, die Bestimmtheit der subjektiven durch die objektiven Strukturen berücksichtigen, hat mithin neben den genuin psychoanalytischen Begriffen und mit diesen integriert eine Begrifflichkeit zu entwickeln, mit welcher eine „Verklammerung“ psychoanalytischer mit politisch-ökonomischen Begriffen geleistet ist. Ein zentraler Begriff dieser Art ist etwa Lorenzers Konzept der „bestimmten Interaktionsform“ (etwa 1974).

Die Kritische Theorie des Subjekts scheint vordergründig in einem scharfen Gegensatz zu der Konzeption des Projekts Klassenanalyse zu stehen, da die Notwendigkeit einer besonderen Subjektwissenschaft, die dort gelegnet ist, hier ja gerade mit besonderem Nachdruck vertreten wird. Lorenzers Diktum vom Ökonomismus einer Konzeption, die Verhalten unmittelbar auf gesellschaftliche Verhältnisse zurückführt, muß demgemäß das Projekt Klassenanalyse voll treffen. Sehr viel wesentlicher und folgenreicher ist aber eine entscheidende Gemeinsamkeit beider Konzeptionen: Sowohl nach Auffassung des Projekts Klassenanalyse und verwandter Vorstellungen wie nach Auffassung der Kritischen Theorie des Subjekts ist die marxistische Theorie nur eine Theorie objektiver gesellschaftlicher Strukturen, aber in keinem Sinne eine Theorie zur Erfassung menschlicher Subjektivität als selbständiger Größe und kann demgemäß auch die Lebenstätigkeit und Subjektivität konkreter Individuen mit ihren eigenen Begriffen und Verfahren nicht erforschen: ob dann daraus die Konsequenz abgeleitet wird, die Erforschung der Subjektivität sei überhaupt unnötig und illegitim oder müsse in einem subjektwissenschaftlichen Ansatz außerhalb der marxistischen Theorie betrieben werden, ist demgegenüber zweitrangig. – Aus der genannten wesentlichen Gemeinsamkeit beider Konzeptionen muß sich nun auch eine in entscheidenden Punkten gleiche Einschätzung der Kritischen Psychologie ergeben. Auch die Kritische Theorie des Subjekts muß nämlich auf der Basis ihrer Gleichsetzung von Subjektwissenschaft und psychoanalytischer Theorie der Subjektivität außerhalb der marxistischen Theorie (wenn auch mit dieser assoziiert) den Anspruch der Kritischen Psychologie, einen subjektwissenschaftlichen Ansatz innerhalb der marxistischen Theorie und ausschließlich auf der Basis marxistischer Grundbegriffe und Verfahrensweisen zu entwickeln, als unmöglich und illegitim betrachten. Die aus der kritisch-psychologischen Konzeption folgende Zurückweisung der wissenschaftlichen Vertretbarkeit einer außer-marxistisch-psychoanalytischen und mit dem Marxismus lediglich von außen „verklammerten“ Subjektwissenschaft muß daher hier als klarer Beweis des ökonomistisch-objektivistischen Dogmatismus der Kritischen Psychologie erscheinen.

III Marxismus als allgemeine Subjektwissenschaft

Es wird deutlich geworden sein: Die Kritische Psychologie und marxistische Persönlichkeitstheorie können nur dann ihren Anspruch begründen, legitime und sinnvolle subjektwissenschaftliche Ansätze innerhalb des Wissenschaftlichen Sozialismus zu sein, wenn sie nachweisen können, daß die u. a. vom Projekt Klassenanalyse und der Kritischen Theorie des Subjekts vertretene Auffassung, der Marxismus reduziere menschliche Subjektivität auf ökonomische Ver-

hältnisse, untersuche nur objektive Strukturen o. ä., einem mangelhaften Verständnis der marxistischen Theorie entspringt, mithin falsch ist.

Wir müssen also, um mit unseren Überlegungen weiterzukommen, einige prinzipielle Züge der marxistischen Auffassung über menschliche Subjektivität herausheben, was gleichzeitig eine Kritik der bisher dargestellten Mißdeutungen der marxistischen Theorie des Subjekts und die Bestimmung des Gegenstandes subjektwissenschaftlicher Ansätze innerhalb des wissenschaftlichen Sozialismus einschließt.

Es ist ein fundamentaler Irrtum, wenn man meint, das Wesen der marxistischen Auffassung über die Menschen auf den Nenner bringen zu können, der Mensch sei bestimmt durch die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse. Im Gegenteil: Eine Auffassung, die nur diesen Aspekt kennt, ist keinesfalls dialektischer Materialismus, sondern eben jener anschauend-objektivistische Materialismus, als dessen „Hauptmangel“ Marx in der 1. Feuerbach-These herausstellt, daß von ihm „der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des *Objekts oder der Anschauung* gefaßt wird; nicht aber als *sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis*; nicht subjektiv“. Ich widerhole: „nicht subjektiv“! – Gemäß einer zentralen Grunderkenntnis des Marxismus können die Menschen, anders als die Tiere, ihr materielles Leben nur dadurch erhalten, daß sie ihre eigenen Existenzbedingungen durch eingreifende Veränderung der Natur in gegenständlicher kollektiver Arbeit selbst herstellen. Die Menschen sind daher einerseits durch ihre Praxis Ursprung der aktiven Schaffung und bewußten Kontrolle ihrer Daseinsumstände, d. h. Subjekte ihres gesellschaftlichen Lebensprozesses; andererseits aber sind sie aufgrund der natürlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten, denen ihre Existenzhaltung, also materielle Reproduktion unterliegt, in ihrer Tätigkeit und ihrem Bewußtsein durch ihre objektiven Lebensbedingungen bestimmt, mithin auch durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie selbst schaffen und verändern. Die subjektive Bestimmung und die objektive Bestimmtheit sind beide notwendige, miteinander zusammenhängende Grundzüge jeder menschlichen, d. h. gesellschaftlichen Lebenstätigkeit. Bei einer Konkretisierung der Sichtweise auf historisch spezifische Gesellschaftsformationen kann demnach niemals zur Diskussion stehen, *ob* das eine oder andere Moment hier gegeben ist, sondern immer nur, *in welchem spezifischen Verhältnis* objektive Bestimmtheit und subjektive Bestimmung des Gesellschaftsprozesses jeweils stehen.

Aus dem Umstand, daß im Marxismus die Subjektivität als ein Bestimmungsmoment des gesellschaftlichen Prozesses, also ein Einfluß historischer Größenordnung begriffen wird, ergibt sich, daß hier als „Subjekte“ nicht primär einzelne Individuen, sondern gesellschaftliche Kräfte, die bewußter Träger von historischen Veränderungen sind, bezeichnet werden. In diesem Sinne wird etwa von der Arbeiterklasse als „dem revolutionären Subjekt“, von der Gesellschaft als „gnoseologischem Subjekt“ der Erkenntnis, oder auch allgemein davon gesprochen, daß die Menschen zum „Subjekt“ ihres gesellschaftlichen Lebensprozesses werden müßten. Zur Heraushebung des Tatbestandes, daß „Subjektivität“ als Wirkgröße historischen Ausmaßes, als „Faktor“ des Geschichtsprozesses ver-

standen werden muß. spricht man im Dialektischen Materialismus auch vom „subjektiven Faktor“ des historisch-gesellschaftlichen Prozesses. Die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen und der „subjektive Faktor“ dürfen dabei nicht als in einem Ausschließungsverhältnis stehend mißdeutet werden; das übergeordnete Bestimmungsmoment sind stets die objektiven Bedingungen, weil durch ihren historischen Entwicklungsstand auch Art und Ausmaß des subjektiven Faktors bestimmt sind; der subjektive Faktor beschränkt nicht die Bedeutung der objektiven Bedingungen, in seiner Stärke drückt sich nur aus, wieweit die objektiven Bedingungen selbst wieder Resultat bewußter kollektiver Praxis der Menschen und durch solche Praxis veränderbar sind. Dabei kann die Ausprägtheit des subjektiven Faktors global als ein Maß für den Entwicklungsstand gesellschaftlicher Verhältnisse bzw. die Entwicklungshöhe einer Gesellschaftsformation genommen werden: Je stärker der subjektive Faktor im historischen Prozeß, um so mehr sind die Menschen bewußte Gestalter ihrer eigenen Lebensbedingungen, haben die Möglichkeit, in der selbstbestimmten Beteiligung an der Schaffung menschengemäßer Daseinsumstände für alle auch ihre eigenen Fähigkeiten und Bedürfnisse voll zu entwickeln. – Der „subjektive Faktor“ bzw. die genannten „gesellschaftlichen Subjekte“ sind nicht eine oberhalb und unabhängig von den individuellen Subjekten bestehende selbständige Wesenheit, sondern sind reale Zusammenfassungen der bewußten, aktiven Lebenspraxis bestimmter Gruppen oder Klassen oder auch aller Mitglieder der Gesellschaft aufgrund der erkannten gemeinsamen Betroffenheit von objektiven Notwendigkeiten gesellschaftlicher Realitätsveränderung.

Die marxistische Konzeption von den überindividuellen Subjekten und dem „subjektiven Faktor“ ist für das bürgerliche Bewußtsein besonders schwer zu fassen und gibt deshalb häufig zu „essentialistischen“ oder „metaphysischen“ Mißdeutungen Anlaß. Sie ist aber von zentraler Bedeutung, weil sie die begriffliche Fassung der Erkenntnis darstellt, daß die Menschen in ihrer Spezifik bewußte Schöpfer ihrer gesellschaftlichen Lebensumstände sind. Sofern man der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft aufsitzt und nur individuelle Subjekte und gesellschaftliche Verhältnisse begrifflich zulassen will, kann man niemals verstehen, wie Menschen bewußten Einfluß auf ihre gesellschaftlichen Daseinsumstände gewinnen können, denn das jeweils einzelne Subjekt kann als solches naturgemäß gesellschaftliche Verhältnisse nicht verändern, sondern steht ihnen im Zustand der Auslieferung und Machtlosigkeit gegenüber. Die individuellen Subjekte können stets nur in dem Maße Einfluß auf ihre eigenen relevanten Lebensbedingungen, die ja immer gesellschaftliche Lebensbedingungen sind, gewinnen, wie sie Gruppen oder Klassen in gleicher objektiver Lage als gesellschaftlichen Subjekten mit historisch bestimmendem Einfluß zugehören und somit im Beitrag zur bewußten gesellschaftlichen Realitätskontrolle auch die Kontrolle über ihre eigenen Daseinsumstände erhöhen. Wieweit dem individuellen Subjekt ein solcher selbstbestimmter Einfluß auf die eigenen relevanten Lebensbedingungen erreichbar ist, das hängt demgemäß nicht nur von ihm selbst ab, sondern auch vom objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsstand des „subjektiven Faktors“ innerhalb der historisch spezifischen Situation, in der das jeweilige Individuum steht.

Marxistisch gemeinte Auffassungen wie die dargestellten Vorstellungen von Joachim Bischoff und dem Projekt Klassenanalyse, aber auch die Maximus-Vorstellungen der „Kritischen Theorie des Subjekts“, sind, da sie die Menschen nur als Resultat, nicht aber auch als Schöpfer ihrer gesellschaftlichen Lebensverhältnisse verstehen können, Beispiele für eben jenen objektivistisch-anschaulichen Materialismus, den Marx in der I. Feuerbach-These zurückweist: Sie fassen, indem sie nur die eine Seite des Geschichtsprozesses, die Bestimmtheit durch die objektiven Verhältnisse, kennen, die andere Seite, die bewußte Bestimmung dieser Verhältnisse, aber ausklammern, ihren Gegenstand eben nur in der Form des Objekts oder der Anschauung, nicht aber als menschliche Praxis, „nicht subjektiv“.

Wenn man also, wie das Projekt Klassenanalyse, den subjektiven Faktor des gesellschaftlich-historischen Prozesses nicht erkennen kann, so muß man, was an der geschilderten Sève-Kritik von Laufenberg u. a. demonstrierbar ist, auch den subjektiv-aktiven Aspekt der Lebenstätigkeit konkreter Individuen verfehlen. Die individuellen Subjekte müssen zwangsläufig als bloßer Schnittpunkt der Verhältnisse, als diesen Verhältnissen notwendig passiv ausgeliefert mißdeutet werden; wie sie jemals zu Schöpfern und Veränderern dieser Verhältnisse werden können, bleibt unbegriffen. Was in der Hervorhebung der objektiven Bestimmtheit des Verhaltens als besonders „materialistische“ Position auftritt, ist durch die Verabsolutierung dieses Aspektes nichts weiter als eine *pseudomarxistische* „Milieutheorie“ die mit der bürgerlichen Soziologie die Vorstellung von der Ausgeliefertheit isolierter Individuen an gesellschaftliche Verhältnisse gemeinsam hat, also tatsächlich selbst eine marxistisch verbrämte Spielart bürgerlicher Soziologie ist.

Die Falschheit dieser Auffassung ändert sich auch dadurch nicht, daß man auf die Subjekt-Objekt-Verkehrung und die Formbestimmtheit des Bewußtseins in der bürgerlichen Gesellschaft verweist. Die bürgerlichen Formen der gesellschaftlichen Arbeit und der damit bestehende gesellschaftlich notwendige Schein sind objektive Charakteristika gesellschaftlicher Verhältnisse des Kapitalismus. Damit ist aber keineswegs, wie durch die geschilderte mechanische „Reflextheorie“ vorgespiegelt, auch das individuelle Bewußtsein als solches automatisch „formbestimmt“. Die konkreten Individuen „verhalten“ sich nämlich immer auch als Subjekte zu ihren gesellschaftlichen Lebensbedingungen. Dabei kann das individuelle Bewußtsein in den Formen der bürgerlichen Ideologie befangen sein, womit es die „Privatbeziehungen“ auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft in seiner Lebenspraxis blind reproduziert. Das Individuum kann aber auch Klassenbewußtsein in seinem individuellen Bewußtsein realisieren, hat damit als individuelles Subjekt am überindividuellen gesellschaftsverändernden Subjekt der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten teil, ist also nicht einfach durch die Formen der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt, sondern wirkt aktiv bestimmend an ihrer Überwindung mit. – Aber auch die Individuen, soweit ihr Bewußtsein in den Formen der bürgerlichen Ideologie befangen ist, sind damit nicht total „formbestimmt“. Einmal nämlich sind die Menschen als mit „Fleisch und Blut“ begabte eben auch natürliche Wesen, woran jede mögliche Formbestimmtheit ihre Grenzen findet; den Stoffwechsel der Menschen z. B. wird man

sicherlich nur schwerlich als möglicherweise formbestimmt betrachten können; damit erhebt sich aber die Frage, wie man im Hinblick darauf das Verhältnis zwischen Natürlichkeit und Gesellschaftlichkeit der konkreten Individuen auf seinen verschiedenen funktionalen Niveaus zu erfassen hat; eine Frage, die keinesfalls wiederum mit Hinweis auf die Formen der bürgerlichen Ideologie zu beantworten ist. Zum anderen, dies ist hier entscheidend, ist die Verselbständigung der gesellschaftlichen Bewegung und ihre Unbeeinflussbarkeit durch die bewußte menschliche Lebenstätigkeit aufgrund der Subjekt-Objekt-Verkehrung im Kapitalismus ja nur für den gesamtgesellschaftlichen Prozeß charakteristisch, nicht aber für alle seine Teilbereiche. Der gesamtgesellschaftlichen Anarchie steht ja bekanntlich ein straffe und sogar immer mehr staatlich koordinierte bewußte Planung der Produktion innerhalb der Einzelkapitale gegenüber, was sich auch in abgeleiteteren Bereichen der Gesellschaft in verschiedenen Erscheinungsformen als Widerspruch zwischen Anarchie und Planung niederschlagen muß. Der Widerspruch zwischen objektiver Bestimmtheit gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse durch die anarchischen Formen der bürgerlichen Gesellschaft und subjektiver Bestimmung in Teilbereichen findet sich damit auch auf der Ebene der konkreten Individuen wieder: Auch die in der bürgerlichen Ideologie befangenen Individuen können also in Partialbereichen ihre Lebensbedingungen subjekthaft-praktisch beeinflussen und bestimmen, dabei zur Kontrolle über immer relevantere Bedingungen ihre individuelle Subjektivität immer einflußreicheren gesellschaftlichen Subjekten assoziieren, d. h. immer umfassendere Bündnisse eingehen, etc. Diese Einflußmöglichkeiten finden hier allerdings um so stärker ihre Grenzen, je mehr bestimmte relevante Lebensumstände nur noch in Veränderung gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse, also durch praktische Überschreitung der Befangenheit in den bürgerlichen Privatbeziehungen, bewußter Kontrolle unterworfen werden können. – Sofern man bei der Analyse der Lebenstätigkeit konkreter Individuen die Bestimmtheit durch die Formen der bürgerlichen Ideologie nicht nur als eine mögliche Komponente in Rechnung stellt, sondern das individuelle Bewußtsein als total „formbestimmt“ betrachtet, steht man trotz der Verwendung bestimmter Begriffe aus Marx' Kritik der politischen Ökonomie außerhalb der marxistischen Theorie: „Formbestimmtheit“ wird hier quasi im Sinne des bürgerlichen Rollenkonzepts verwendet, bei dem ja auch vorausgesetzt wird, daß die einzelnen Individuen durch die Rollen bestimmt sind, die Möglichkeit der subjekthaft-aktiven, also kollektiven Veränderung der Rollen, mithin der Verhältnisse, denen sie zugehören, aber in der Theorie nicht repräsentiert ist.

Die Mißdeutung der marxistischen Auffassung von den individuellen Menschen als bloße „Milieutheorie“ der Bestimmtheit durch die bürgerlichen Verhältnisse ist in der linken soziologischen Literatur weit verbreitet – wenn auch nur selten in der rigorosen Ausprägung des Projekts Klassenanalyse, also als totale Identifizierung der Individuen mit den Verhältnissen. So hebt Klaus Ottomeyer in seinen Arbeiten programmatisch einen gegenüber den ökonomischen Verhältnissen selbständigen Bereich der menschlichen Interaktion, des Verhaltens, des sozialen Handelns der Menschen hervor und kennzeichnet seine Analyse als „Versuch, Interaktionstheorie und Kritik der Politischen Ökonomie sy-

stematisch miteinander zu vermitteln“ (1974, S. 76). Er stellt fest, daß eine „Theorie der Verhältnisse, deren struktureller Kern der Kapitalbegriff sein soll, . . . von einer Theorie des Verhaltens der Individuen zunächst auseinandergehalten werden“ muß, „wenn beide wieder in Beziehung gesetzt werden sollen“ (1974, S. 80), und führt dazu einen Satz von Marx an, in dem ausgesagt ist, daß „Verhältnisse überhaupt nur gedacht werden können, wenn sie fixiert werden sollen, im Unterschied von den Subjekten, die sich verhalten“ (Gr. S. 61). Bei seinen wirklich durchgeführten Analysen der „Vermittlung zwischen Ökonomie und Interaktion“ in der Zirkulations-, Produktions- und Konsumtionssphäre der bürgerlichen Gesellschaft ist dann aber doch die „Formbestimmtheit“ der Interaktion durch die bürgerlichen Verhältnisse die einzige oder doch wesentliche Ableitungsgrundlage: „Die aus der Eigendynamik der ökonomischen Verhältnisse resultierende Formbestimmtheit der Begegnung konkret-sinnlicher Personen tritt diesen als Charaktermaske gegenüber. . . Der Ansatz der Interaktionstheorie hätte dort zu liegen, wo die Charaktermaske auf der wahrnehmbaren Interaktion der sinnlich-konkreten Individuen, durch welche hindurch sich die ökonomischen Verhältnisse blind reproduzieren, auflastet und ihr Verhalten strukturiert“ (1974, S. 71). Damit sind die Menschen wiederum nur in ihrer objektiven Bestimmtheit erfaßt, die subjekthaft-aktive Seite des gesellschaftlichen Prozesses wie der individuellen Lebentätigkeit aber ausgeklammert, mithin die geschilderte „milieutheoretische“ Einschränkung nicht überwunden. Die Individuen, deren Sinnlichkeit und Konkretheit einerseits hervorgehoben wird, erscheinen auch bei Ottomeyer andererseits dennoch als bloßes Resultat, nicht aber auch als Schöpfer ihrer Lebensbedingungen, verflüchtigen sich also auch hier zu bloßen Schnittpunkten der Verhältnisse. – In seiner neuesten Arbeit hat Ottomeyer diese Problematik seines Ansatzes selbst erkannt. Er macht in den einleitenden Bemerkungen zu dem Buch „Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen“ (1977) auf eine „Mißverstehens-Möglichkeit aufmerksam. . . die dem Text anhaftet: Die vorliegende Darstellung der kapitalistischen Zwischenmenschlichkeit“. so führt er aus, „unterstellt nämlich zunächst das Bild eines Menschen, der sich als weitgehend unpolitischer und egoistischer Privatmensch in die Zwänge der herrschenden Ökonomie einfügt. Diese Unterstellung ist für die meisten Menschen in unserer gegenwärtigen Gesellschaft leider realistisch, stellt aber dennoch nur die halbe Wahrheit dar, weil ein solidarischer Kampf gegen die ökonomischen Verhältnisse prinzipiell nötig und möglich ist. Wenn deutlich wird, wie zerstörerisch das resignierte Sich-Einpassen in die Verhältnisse sich auf die zwischenmenschlichen Beziehungen und eine sinnvolle Lebensperspektive auswirkt, dann soll das dazu beitragen, die Einsicht und die Empörung über diese Zerstörung gemeinsam und gezielt in eine aktive Veränderung dieser Verhältnisse zu wenden“ (S. 14 f.). Hier ist von Ottomeyer die Einseitigkeit marxistisch gemeinter Milieutheorie in einer wesentlichen Hinsicht richtig auf den Begriff gebracht, aber damit in seinen wirklichen Analysen individueller Zwischenmenschlichkeit noch nicht aufgehoben. Der reale Zusammenhang zwischen objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung des historischen und individuellen Lebensprozesses ist in Gedanken auseinandergerissen, wenn man zwar der objektiven Bestimmtheit in den verschiedenen Lebensbereichen

konkret nachzugehen versucht, aber die Möglichkeit subjektiver Bestimmung nur abstrakt außerhalb der Untersuchung zugesteht. Die Analyse muß auf gesamtgesellschaftlicher Ebene und bis in die Lebenssituation der einzelnen Menschen hinein von vornherein das widersprüchliche Verhältnis zwischen der individuellen Ausgeliefertheit an die gesellschaftlichen Daseinsumstände und ihrer praktisch-subjektiven, also kollektiven Veränderbarkeit in seinen jeweils konkreten Ausprägungsweisen erfassen, wenn tatsächlich durch die Förderung der Erkenntnis von Veränderungsmöglichkeiten ein Beitrag zur Wendung der Verhältnisse geleistet und nicht nur der Zustand der Ausgeliefertheit an die Verhältnisse immer neu umschrieben werden soll.

IV Kritische Psychologie als besondere Subjektwissenschaft im Marxismus

Nachdem die marxistische Auffassung vom subjektiven Faktor als Bestimmungsgröße des Geschichtsprozesses und den gesellschaftlichen Subjekten in ihrem Verhältnis zur individuellen Subjektivität gegen den bloß anschauenden Materialismus und „milieutheoretische“ Mißverständnisse zur Geltung gebracht wurde, wird nun auch deutlich geworden sein, daß nicht etwa die Heraushebung, sondern die Eliminierung der Subjektivität eine Verfälschung des wissenschaftlichen Sozialismus darstellt. Der Marxismus ist gerade in der Art und Weise, wie er das Verhältnis zwischen objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung des historischen Prozesses herausarbeitet, quasi selbst die allgemeine historische Subjektwissenschaft par excellence: Dies macht seinen Charakter als revolutionäre Theorie aus. Der wissenschaftliche Sozialismus ist deswegen auch keineswegs auf eine „ökonomische“ Lehre zu reduzieren, und dies selbst dann nicht, wenn man Engels' zentrale Arbeiten zur Naturdialektik, die vielen wesentlichen Untersuchungen von Marx, Engels und Lenin zu nichtökonomischen Problemen, und den darauf aufbauenden Dialektischen Materialismus gern beiseite lassen möchte: Auch das „Kapital“ von Marx ist als „Kritik der politischen Ökonomie“ nicht selbst wieder auf „politische Ökonomie“ der bürgerlichen Gesellschaft reduzierbar. Der Marxsche Satz: „Der Standpunkt des alten Materialismus ist die bürgerliche Gesellschaft, der Standpunkt des neuen die menschliche Gesellschaft oder die gesellschaftliche Menschheit“ (MEW 3, S. 7), gilt vollinhaltlich auch für das „Kapital“. Wer die marxistische Theorie als „politische Ökonomie“ verkürzt, damit in einen bestimmten arbeitsteilig-einzelwissenschaftlichen Bereich einfrieden will, betrachtet den Marxismus selbst vom bürgerlichen Standpunkt, indem er seinen Charakter als revolutionäre Theorie der Durchsetzung des subjektiven Faktors im historischen Prozeß, damit Vermenschlichung gesellschaftlicher Verhältnisse, verkennt.

Wenn nun genereller Gegenstand der marxistischen Theorie das Verhältnis zwischen objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung des historischen Prozesses und ihr praktisches Ziel die Entwicklung des subjektiven Faktors in der Geschichte ist, so bleibt, wie aus unseren Überlegungen hervorgeht, als Gegenstand persönlichkeits-theoretischer bzw. kritisch-psychologischer Ansätze das Verhältnis zwischen objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung in der Lebenstätigkeit konkreter Individuen. Deren Charakter als „besondere Sub-

jektwissenschaft“ innerhalb des Wissenschaftlichen Sozialismus bestünde dann darin, daß sie die Entwicklung der subjekthaft-aktiven Komponente, also der Selbstbestimmung, in der individuellen Lebenstätigkeit zum praktischen Ziel hat. Der Umstand, daß solche marxistische Individualwissenschaft gegenüber der marxistischen Erforschung des historischen Prozesses sekundär sein müßte, also in ihren Resultaten und Verfahren durch die der umgreifenden gesellschaftlich-historischen Analyse wesentlich bestimmt wäre, versteht sich aus unseren bisherigen Darlegungen von selbst. Vielmehr ist hier umgekehrt zu fragen, wie die konkreten Individuen und die Gesetzmäßigkeiten ihrer Lebenstätigkeit überhaupt soweit vom historischen Prozeß und dessen Gesetzmäßigkeiten unterscheidbar sind, daß für eine besondere Individual- bzw. Subjektwissenschaft ein spezifischer Gegenstand und daraus ableitbare spezifische Verfahren heraushebbar sind.

Die Bestimmbarkeit von konkreten Individuen, individuellen Subjekten, als besondere Forschungsthematik innerhalb des Wissenschaftlichen Sozialismus ergibt sich daraus, daß die Individuen permanentes Resultat ihrer individualgeschichtlichen Entwicklung sind, eines Prozesses, der zwar mit dem gesellschaftlich-historischen Entwicklungsprozeß eng verflochten, aber dennoch von ihm unterscheidbar ist. – Zwar sind einerseits aus gesellschaftlicher Perspektive die individuellen Entwicklungen nur ein Teilaspekt der gesellschaftlichen Entwicklung, quasi ein mikroskopischer Aspekt des historischen Prozesses selbst, da dieser ja von den konkreten Individuen getragen wird, die ihn in ihrer personalen Entwicklung sozusagen immer wieder einholen müssen, um ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Lebenserhaltung leisten zu können. So betrachtet, sind die individuellen Entwicklungen in ihrer objektiven Bestimmtheit wie subjektive Bestimmung durch das Verhältnis von objektiven Bedingungen und subjektivem Faktor auf der jeweiligen gesellschaftlich-historischen Entwicklungsstufe weitgehend determiniert. Dies gilt sowohl für die individuellen Entwicklungsziele, die aus den Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Lebenserhaltung und ihren klassenspezifischen Beschränkungen und Verkehrungen entstehen, wie auch für die individuellen Entwicklungsbedingungen, die ebenfalls aus den historisch bestimmten gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Widersprüchen sich ergeben. Diese Erkenntnis der Determiniertheit individueller Entwicklungsverläufe und -resultate durch die Notwendigkeiten des gesellschaftlich-historischen Entwicklungsstandes (in seiner formations- und klassenspezifischen Ausprägung) unterscheidet jede marxistisch fundierte Individualwissenschaft von allen Spielarten der bürgerlichen Entwicklungspsychologie, die die individuelle Entwicklung aus sich heraus, allein unter Berücksichtigung von Determinanten situationaler oder biographischer Größenordnung, verstehen will und damit verfehlen muß. – Andererseits aber ist der gesellschaftlich-historische Prozeß aus der Perspektive der Individuen und ihrer Entwicklung ein Prozeß von höherer Größenordnung und selbständiger Gesetzmäßigkeit. Dieses Charakteristikum gilt keineswegs nur für den Kapitalismus, wo menschliche Beziehungen sich zu einer unbeeinflussbar-naturhaften Selbstbewegung der Gesellschaft verkehrt haben, sondern ist allen Gesellschaftsformationen gemeinsam: Die gesellschaftlich-historische Entwicklung als übergeordneter Prozeß entsteht durch die Spezifik menschlicher Lebens-

erhaltung als gegenständliche Veränderung der Natur, womit die Menschen durch ihre gesellschaftliche Produktion in einer zwar von ihnen selbst geschaffenen, aber die individuellen Lebensläufe überdauernden Welt gegenständlicher und symbolischer Bedeutungen leben; auch das Verhältnis der Menschen zueinander erschöpft sich demgemäß nicht in bloß sozialen Beziehungen, sondern ist über die in der produzierten gegenständlichen Welt angelegten, überdauernden Beziehungsstrukturen als jeweils bestimmte Produktionsverhältnisse gemäß den Notwendigkeiten der kollektiven Existenzsicherung vermittelt. Formationspezifisch ist nicht die Tatsache einer übergeordneten gesellschaftlichen Entwicklung, sondern der Grad der bewußten Bestimmung dieser Entwicklung durch die Menschen als gesellschaftliche Subjekte.

Die konkreten Individuen als raumzeitlich begrenzte Lebenseinheiten finden also die gesellschaftlichen Verhältnisse als ihnen gegenüberstehende Realität, die über die räumlichen und zeitlichen Grenzen der eigenen Lebenstätigkeit hinaus Bestand hat, vor. Die Menschen sind in einen bestimmten Ort und eine bestimmte Zeit des gesellschaftlich-historischen Ablaufs „hineingeboren“ und müssen sich unter den gegebenen Bedingungen „individuell vergesellschaften“, d. h. aus potentiellen zu realen, also historisch bestimmten gesellschaftlichen Menschen werden. Die Ereignisse im gesellschaftlich-historischen Prozeß, aus denen etwa Krisen, Kriege, Katastrophen, Revolutionen besonders spektakulär herausragen, „treffen“ die vielen konkreten Individuen jeweils an ihrem gesellschaftlichen Standort an einer fixierten „Stelle“ ihres individuellen Lebenslaufs, wirken quasi „von außen“ in ihn hinein, bestimmen und verändern mehr oder weniger seine Richtung. – Als gegenüberstehende gesellschaftliche Realität für die Individuen vorgefunden sind dabei zunächst nicht nur die objektiven Bedingungen, sondern auch die gesellschaftlichen Subjekte des historischen Prozesses in ihrer historisch bestimmten Ausprägung, wie z. B. ein bestimmter Entwicklungsstand der organisierten klassenbewußten Arbeiterschaft. Als einzelner Mensch bleibt das Individuum dabei von den subjektiven Kräften der historischen Entwicklung genau so passiv betroffen wie von den objektiven Bedingungen, etwa einer Revolution in gleichem Maße ausgeliefert wie einer Naturkatastrophe. Nur in dem Grade, wie sich das Individuum den subjektiv-aktiven Kräften des gesellschaftlichen Prozesses mit seiner eigenen praktisch-subjektiven Aktivität assoziiert, gewinnt es in der Teilhabe an der bewußten Kontrolle gesellschaftlicher Lebensbedingungen auch Einfluß auf die eignen relevanten Daseinsumstände, wird also durch Überwindung seiner Vereinzelung als Moment gesellschaftlicher Subjekte zum individuellen Subjekt seines Lebensprozesses.

Aus der raumzeitlichen Begrenztheit individueller Lebensläufe gegenüber den umfassenderen historischen Entwicklungen ergibt sich der Rahmen für die Spezifik individueller Lebens- und Entwicklungsnotwendigkeiten im Zusammenhang der übergeordneten gesellschaftlichen Notwendigkeiten: Das konkrete Individuum muß innerhalb seiner Lebensspanne und in den Grenzen seiner historisch bestimmten Lebenslage einheitliche Handlungsfähigkeit gewinnen und erhalten können. Aus der daraus sich ergebenden integrativen Lebenstätigkeit, durch welche die Beschränkungen und Widersprüchlichkeiten der objektiven und subjektiven Lebenslage immer wieder in einheitlicher Handlungsfähigkeit

zusammengefaßt werden müssen – wobei Einschränkung und Verlust der Handlungsfähigkeit stets als Alternativen mitlaufen –, erwachsen die spezifischen Gesetze der individuellen Entwicklung. Die individuellen Entwicklungsgesetze sind dabei wiederum zwar bestimmt durch die historischen Entwicklungsgesetze, da die jeweilige Form der Handlungsfähigkeit, auf die hin sich die Individuen entwickeln und die Bedingungen, unter denen diese Entwicklung geschieht, Resultat gesellschaftlich-historischer Gesetzmäßigkeiten sind, aber keinesfalls einfach auf diese zurückführbar: Die Gesetze, durch welche etwa auf der Basis der Zuspitzung der objektiven Widersprüche einer Produktionsweise sich im Widerstreit der politischen Kräfte eine Produktionsweise höherer Qualität herausbildet, haben keine unmittelbare Entsprechung in den individuellen Entwicklungsgesetzen; demgemäß wäre es auch unsinnig, in den Stadien individueller Entwicklungen irgendetwas zu suchen, das mit der Aufeinanderfolge der Grundformationen Urgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus korrespondiert. Umgekehrt können auch die Gesetzmäßigkeiten, nach denen unter bestimmten formations- und klassenspezifischen Bedingungen konkrete Individuen durch Verarbeitung von Widersprüchen und Restriktionen ihrer besonderen Lebenslage ein neues Niveau der Handlungsfähigkeit gewinnen oder vor dieser Lebensaufgaben scheitern, keine einfache Entsprechung in den historischen Entwicklungsgesetzen finden. Die Herausarbeitung der Gemeinsamkeiten der gesellschaftlich-historischen und der individuellen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten, die dennoch aus der Tatsache sich ergeben, daß die individuellen Gesetze nur mikroskopische Teilaspekte der gesellschaftlichen sind, ist eine wesentliche Forschungsaufgabe der marxistischen Individualwissenschaft.

Um die Besonderheit individualgeschichtlicher Entwicklung aus den Notwendigkeiten und Beschränkungen der Durchsetzung personaler Handlungsfähigkeit adäquat erfassen zu können, muß die Tatsache in ihren Konsequenzen entfaltet werden, daß die Menschen auch Naturwesen sind. Zwar ist dies keinesfalls ein Spezifikum der individuellen Entwicklung. Die gesellschaftliche Entwicklung verläuft ja nicht oberhalb und außerhalb der konkreten Individuen, sondern sozusagen durch diese hindurch. Das Verhältnis zwischen Gesellschaftlichkeit und Natürlichkeit der Menschen steht also bei gesellschaftlich-historischer Analyse genauso zur Diskussion wie bei individualgeschichtlicher Analyse. Dennoch werden an der menschlichen Natürlichkeit bei der mikroskopischen Sicht auf die konkreten Individuen Züge sichtbar, die im Blick auf den gesellschaftlichen Prozeß nicht zu erkennen sind: Die Menschen erscheinen hier in ihrer vollen Körperlichkeit, Sinnlichkeit, Erlebnis- und Leidenschaftlichkeit, sie verfügen einerseits als Gattungswesen über bestimmte sinnlich-praktische Möglichkeiten erkennender und weltverändernder Tätigkeit, ein Gehirn, Sinnesorgane, Hände in ihrer „artspezifischen“ Funktionspotenz, andererseits stoßen sie in ihrer Lebenaktivität dauernd an die Grenzen ihrer eigenen Natur, sind von elementarer Bedürftigkeit, müssen essen und schlafen, werden müde, krank und können dem Altwerden nicht entrinnen. Äußerste alle anderen einschließende Schranke durch die Natürlichkeit konkreter Individuen ist die Spanne zwischen Geburt und Tod, in die sie unrettbar eingeschlossen sind und der sie nicht entkommen können. – Dabei sind die Menschen selbstver-

ständig auch in ihrer Natürlichkeit gesellschaftliche Wesen. Ihre biologischen Handlungs- und Erkenntnispotenzen sind gesellschaftlich entwickelt und damit unter Umständen auch vereinseitigt und beschränkt. Die durch ihre Bedürftigkeit und Sterblichkeit gesetzten natürlichen Schranken können in gesellschaftlichen Möglichkeiten zu individueller Daseinsentfaltung und Existenzsicherung und zu bewußten produktiven Beiträgen zum überindividuell-historischen Lebensprozeß dialektisch aufgehoben, sie können aber auch durch gesellschaftlich bestimmte Ausgeliefertheit an undurchschaubare und unveränderbare klassenspezifische Lebensverhältnisse bis zur Unmenschlichkeit verschärft werden. Die „Natur“ der konkreten Individuen wird dabei aber durch ihre Gesellschaftlichkeit nicht etwa aufgelöst, so daß die Menschen sich tatsächlich zu unkörperlich-spirituellen „Schnittpunkten“ gesellschaftlicher Verhältnisse verflüchtigen, sondern bleibt immer die sinnlich-praktische Grundlage der spezifischen Weise ihrer individuell-gesellschaftlichen Lebensaktivität und Befindlichkeit.

Durch die Heraushebung der Natürlichkeit konkreter Individuen hat sich die Besonderheit der individualgeschichtlichen Entwicklung als Gegenstand marxistischer Individualwissenschaft noch verdeutlicht. Es sollte klargestellt sein, daß man die Gesetzmäßigkeiten individueller Vergesellschaftung, der Herausbildung, Höherentwicklung oder Behinderung und Störung individueller Handlungsfähigkeit als Teilhabe an bewußter gesellschaftlicher Realitätskontrolle, also gesellschaftlicher Subjektivität, nur angemessen erforschen kann, sofern man über die sinnlich-praktische Seite der Lebentätigkeit konkreter Individuen, die biologischen Grundlagen der gesellschaftlichen Entwickelbarkeit ihrer Fähigkeiten und Bedürfnisse, wirkliches inhaltlichen Wissen erlangt. Wenn nun genauer bestimmt werden soll, wie dabei wissenschaftlich begründete Kategorien zur Erfassung des Verhältnisses zwischen Natürlichkeit und Gesellschaftlichkeit konkreter Individuen abgeleitet werden können, so wird allerdings auch an dieser Stelle deutlich, daß die individualgeschichtliche Analyse unausweichlich auf die Verfahren und Resultate der Analyse der übergeordneten historischen Prozesse angewiesen ist.

Die Ableitung der Kategorien der biologischen Möglichkeiten des Menschen, aus denen ihre nur dem Menschen eigene Fähigkeit zur Vergesellschaftung sich ergibt, also die Erfassung der „gesellschaftlichen Natur“ des Menschen in ihren verschiedenen funktionalen Teilaspekten gesellschaftlich entwickelbarer biologischer Potenzen, ist nämlich bei Einschränkung der Analyse auf die individualgeschichtliche Entwicklung nicht zu leisten: Sowohl im von außen beobachtbaren Verhalten der Menschen wie in ihrer eigenen, der Selbsterfahrung zugänglichen Befindlichkeit sind die biologischen Möglichkeiten immer schon gesellschaftlich entwickelt und bestimmt, sie können als bloß biologische „Potenzen“ zur Vergesellschaftung gar nicht in Erscheinung treten. Es gibt hier also keinen Ansatzpunkt, um Kategorien für die Differenzierung von biologischen Möglichkeiten und ihrer konkreten gesellschaftlichen Ausprägungsform zu gewinnen. Im Gegenteil: Zur analytischen Unterscheidung von unspezifisch biologischen Grundlagen und spezifischer gesellschaftlicher Entwickeltheit von individuellen Erkenntnisweisen, Fähigkeiten, Bedürfnissen der Menschen sind solche Kategorien schon vorausgesetzt, müssen also auf andere Weise konstituierbar sein. Der ein-

zige wissenschaftliche Weg, um zu derartigen Kategorien zu gelangen, ist die Analyse der naturgeschichtlichen Entwicklung, durch welche sich aufgrund evolutionärer Gesetzmäßigkeiten die biologischen Möglichkeiten zur menschlichen Vergesellschaftung herausgebildet haben, mit dem Schwerpunkt auf dem Tier-Mensch-Übergangsfeld, also dem historischen Abschnitt, in welchem die bloß phylogenetische zur neuen Qualität der gesellschaftlich-historischen Entwicklung umgeschlagen ist. Nur wenn man auf diese Weise nicht nur die individualgeschichtliche Reproduktion der individuellen Gesellschaftlichkeit aufgrund gegebener biologischer Potenzen untersucht, sondern die biologischen Möglichkeiten zur Vergesellschaftung aus ihren phylogenetischen Entstehungsbedingungen ableitet, kann man zu Kategorien kommen, durch welche die biologischen Potenzen der Gesellschaftlichkeit von ihrer konkreten Realisierungsform analytisch unterscheidbar sind, also das Verhältnis zwischen Natürlichkeit und Gesellschaftlichkeit der individualgeschichtlichen Entwicklung adäquat bestimmt werden kann. – Aus diesen Darlegungen verdeutlicht sich, daß zur Erforschung des individualgeschichtlichen Entwicklungsprozesses konkreter Menschen, bzw. ihrer Persönlichkeit als permanentem Resultat dieses Prozesses, nicht nur die gesellschaftlichen Lebensbedingungen, in die hinein das Individuum sich entwickelt und in denen es handlungsfähig werden und bleiben muß, in ihrem Verhältnis von objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung aus dem historisch bestimmten gesellschaftlichen Prozeß abzuleiten sind. Ebenso müssen die menschlichen „Möglichkeiten“ in ihren verschiedenen funktionalen Aspekten, die sich dabei gesellschaftlich entwickeln, aus dem phylogenetischen Prozeß, der zur „gesellschaftlichen Natur“ des Menschen geführt hat, abgeleitet werden. Diese beiden historischen Dimensionen stehen dabei nicht unverbunden nebeneinander, sondern hängen innerlich zusammen, da durch die phylogenetische Entwicklung die „natürlichen“ Voraussetzungen des Menschen zur gesellschaftlichen Produktion seiner Lebensbedingungen entstanden sind, die sich nun selbständig nach historischen Gesetzen entwickeln, wobei auch eben jene formations-, klassen- und standortspezifischen Lebensbedingungen sich entwickelten, in die hinein sich bestimmte konkrete Menschen jetzt und hier individuell vergesellschaften müssen. Die relative Eigengesetzlichkeit individueller Entwicklungsprozesse kann nur aufgrund der so historisch abgeleiteten Kategorien zur Erfassung des Verhältnisses zwischen „artspezifischen“ Entwicklungsmöglichkeiten und ihrer gesellschaftlich bestimmten Realisierung im individualgeschichtlichen Prozeß erfaßt werden. Nur auf dieser kategorialen Grundlage kann es dann auch zur Bildung von sinnvollen Theorien und Hypothesen über Bedingungen der Beschränkung und der Durchsetzung der subjekthaft-aktiven Komponente kommen.

Aus unserem Versuch, die Heraushebbarkeit der individualgeschichtlichen Entwicklung von konkreten Menschen und deren Persönlichkeit als permanentem Resultat dieser Entwicklung als relativ selbständigen Forschungsgegenstand einer Individualwissenschaft innerhalb des Wissenschaftlichen Sozialismus aufzuweisen, ist gleichzeitig die Konsequenz ableitbar, daß eine besondere Subjektwissenschaft außerhalb des wissenschaftlichen Sozialismus nicht nur überflüssig ist, sondern notwendigerweise die Befangenheit der bürgerlichen Psychologie in

den ideologischen Formen „privater“ Beziehungen isolierter Individuen reproduzieren muß. Die hier vollzogene Gleichsetzung von gesellschaftlichen Verhältnissen und objektiven ökonomischen Bedingungen, was – wie dargestellt – in der „Kritischen Theorie des Subjekts“ zum Vorschlag der Arbeitsteilung zwischen marxistischer Erforschung „objektiver Strukturen“ und psychoanalytischer Erforschung „subjektiver Strukturen“ geführt hat, bedeutet zwangsläufig die Ausklammerung gesellschaftlicher Subjektivität, also Gleichsetzung von „Subjekten“ mit „individuellen Subjekten“. Auf diese Weise ist niemals begreiflich zu machen, wie individuelle Subjekte als Momente gesellschaftlicher Subjektivität Beiträge zur bewußten Kontrolle gesellschaftlicher Verhältnisse, damit ihrer eigenen relevanten Lebensbedingungen leisten und genereller, wie Menschen überhaupt zu Subjekten der Schaffung und Veränderung ihrer gesellschaftlichen Existenzbedingungen werden können. Die Individuen erscheinen hier als notwendig und naturwüchsig den gesellschaftlichen Verhältnissen ausgeliefert, ihre subjektive Befindlichkeit kann allein als „privates“ Innenleben und Resultat einer individuell-privaten Biographie verstanden werden.

In allen Versuchen einer „eigenständigen“ Begründung der Psychologie als emanzipatorischer Wissenschaft außerhalb des Marxismus wird also die Naturwüchsigkeit und Unbeeinflussbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse durch die „privaten“ Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft mit der Beziehung zwischen Individuum und Gesellschaft überhaupt gleichgesetzt, was selbst das zentrale Grundkennzeichen bürgerlicher Psychologie und Sozialwissenschaft ist. Daran ändert sich auch nichts, wenn man, wie Lorenzer, die objektiven und die subjektiven Strukturen nachträglich wieder verklammern will und einen Einfluß der Formbestimmtheit gesellschaftlicher Verhältnisse auf die subjektiven Strukturen zugesteht und so etwa zu der Kategorie der „bestimmten“, d. h. durch die bürgerliche Gesellschaft „formbestimmten“ Interaktionsformen zwischen Mutter und Kind gelangt. Zwar hat man damit die primären Sozialisationsprozesse quasi historisch relativiert, als „bürgerliche“ Sozialisation gekennzeichnet. Was dabei herauskommt, ist aber nichts weiter als eine Spielart der früher geschilderten „Milieutheorie“, in welcher nur die objektive Bestimmtheit der individuellen Subjekte durch die Verhältnisse, nicht aber ihre subjektiv-aktive Seite gesehen wird. Der „bürgerliche“ Charakter solcher „subjektwissenschaftlicher“ Ansätze ist hier eben deswegen nicht überwunden, weil trotz der Einbeziehung der gesellschaftlichen „Formbestimmtheit“ die Gleichsetzung des den gesellschaftlichen Lebensbedingungen ausgelieferten „privaten“ Individuums mit menschlichen Lebensverhältnissen überhaupt bestehen bleibt, womit hier „in“ den „privaten“ Formen der bürgerlichen Ideologie gedacht, nicht aber diese Formen selbst aus den Gesetzen ihrer historischen Gewordenheit und Überwindbarkeit begriffen werden.

Die Identifizierung des isolierten Privatmenschen in den Formen bürgerlicher Verhältnisse mit dem Menschen als solchem spiegelt sich auch in der Auseinanderreißung von äußerer Natur als Gegenstand der politischen Ökonomie und „innerer Natur“ als Gegenstand der Psychoanalyse, wie sie von der „Kritischen Theorie des Subjekts“ zur Begründung ihrer Eigenständigkeit außerhalb der marxistischen Theorie vollzogen wird. Hier wird die menschliche Natur nicht in

historischer Analyse in ihren verschiedenen funktionalen Aspekten als biologisch gewordene Voraussetzung für die menschliche Gesellschaftlichkeit, also „gesellschaftliche Natur“ begriffen, sondern in individualbiographischer Beschränkung die „innere Natur“ des Menschen als Produkt seiner spezifischen Vergesellschaftung unter bürgerlichen Verhältnissen für die „menschliche Natur“ überhaupt gehalten. Damit ist auch die Natürlichkeit der Menschen als bloße „Privatsache“ des Einzelnen, die den Kern seiner isolierten „Innerlichkeit“ ausmacht, mystifiziert. Der Umstand, daß unter bürgerlichen Lebensverhältnissen den in ihren Formen befangenen Menschen ihre Natur als ungesellschaftliche Antithese zu einer äußerlichen und fremden gesellschaftlichen Wirklichkeit erscheint, daß die Individuen hier also ihre Natur als von „der“ Gesellschaft unterdrückt oder mindestens überformt erfahren, wird nicht kritisch gegen diese Verhältnisse gewendet. Da man in bloß individualbiographischer Analyse, und sei sie noch so „tiefenhermeneutisch“, die Oberfläche der in ihren besonderen gesellschaftlichen Formen erscheinenden, damit verkürzten, verkehrten, als „ungesellschaftlich“ mystifizierten Natur der Menschen nicht durchdringen kann, muß man auch in den Grundkategorien, mit denen man diese Natur erfassen will, etwa bestimmten Triebkonzeptionen, Annahmen über frühkindliche Konfliktvoraussetzungen, etc., die bürgerliche Ideologie von der privat-ungesellschaftlichen und sekundär gesellschaftlich überformten oder unterdrückten „inneren Natur“ blind reproduzieren. Die zentralen und spezifischen Seiten der menschlichen Natürlichkeit, in denen seine einmalige „menschliche“ Potenz zur Produktion und Aneignung gesellschaftlicher Lebensbedingungen liegt, bleiben durch die „Naturalisierung“ und Verewigung der Ausgeliefertheit an die Verhältnisse in den Formen der bürgerlichen Gesellschaft notwendig unbegriffen. Damit besteht hier eine elementare Widersprüchlichkeit zur marxistischen Theorie, die als bestimmte Variante des Widerspruchs zwischen bürgerlicher und materialistischer Wissenschaft durch keine noch so ausgeklügelte begriffliche „Verklammerung“ aus der Welt geschafft werden kann.

Literatur

- Bischoff, J.: Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff. Berlin/West 1973.
- Herrmann, Th.: Über einige Einwände gegen die nomothetische Psychologie. Zeitschrift für Sozialpsychologie Bd. 2, S. 123-149, 1971.
- Horn, K.: Die theoretische Abschaffung des Subjekts in Form seiner selbstzerstörerischen Wiederkehr. In: Dahmer, Horn, Leithäuser, Lorenzer, Sonnemann, „Das Elend der Psychoanalyse-Kritik, Beispiel Kursbuch 29, S. 77-117. Frankfurt/M. 1973.
- Laufenberg, H., Rzeżik, M., Steinfeld, F.: Sèves Theorie der Persönlichkeit. Zur Kritik von „Marxismus und Theorie der Persönlichkeit“. Berlin/West 1975.
- Leithäuser, Th.: „Ideologischer Kampf“ und Theoriebildung. In: Dahmer, Horn, Leithäuser, Lorenzer, Sonnemann, „Das Elend der Psychoanalyse-Kritik, Beispiel Kursbuch 29, S. 23-39. Frankfurt/M. 1973.
- Lorenzer, A.: Die Wahrheit der psychoanalytischen Erkenntnis. Ein historisch-materialistischer Entwurf. Frankfurt/M. 1974.
- Ottomeyer, K.: Soziales Verhalten und Ökonomie im Kapitalismus. Gaiganz 1974.
- Ottomeyer, K.: Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Soziales Verhalten im Kapitalismus. Reinbek bei Hamburg 1977.

Dieter Krause

Der Ideologiebegriff im Marxismus

Der heutige Marxismus – das Ergebnis einer Entwicklung von der Wissenschaft zur Ideologie, ein in seiner ursprünglichen humanistischen Radikalität durchaus respektabler sozialkritischer Forschungsansatz aus dem 19. Jahrhundert – heruntergekommen zur geistigen Rechtfertigungsstrategie im Interesse bestehender oder noch zu etablierender Machtpositionen: So die Grundformel der heute wirksamsten Variante bürgerlicher Marxismus-Abwehr auf dem Feld der Theorie. Die Formel steht und fällt mit der Glaubwürdigkeit, der sie ihre anhaltende Konjunktur verdankt. Wie entsteht der Schein der Beweiskraft? Der Satz „Von der Wissenschaft zur Ideologie“ verspricht dem Marxismus auf doppelte Weise gerecht zu werden: 1. Gegenstand der Kritik ist die Theorie in *Entwicklung*. Nicht primär die „Quellen“, sondern die *Interpretationslinien* werden infrage gestellt. 2. Die Abwehr führt sich auf diese Weise als „immanente“ Kritik ein. Im behaupteten Einverständnis mit den „Ursprüngen“ übernimmt sie zum Schein das Untersuchungsverfahren des Gegners¹. Ausgemalt wird das Bild der (zugestandenermaßen) einstmals revolutionären Klasse, deren Vertreter, einmal zu Macht und Ansehen gekommen, ihre alten Ideale abwerfen, sich in den bestehenden Herrschaftsverhältnissen einrichten, neue Privilegien an die Stelle der alten setzen und sich so abermals Bevölkerungsmehrheit und unbefangene wissenschaftliche Forschung zum Feinde machen. Die faul gewordenen neuen Herren verbreiten in der Folge nichts als Fäulnis. Wer sich an ihnen noch orientiert, beweist nurmehr seine Korruptierbarkeit, entlarvt sich selbst als Feind des Fortschritts. Ganz ähnlich charakterisierten Marx und Engels die niedergehende Bourgeoisie; sollte es da nicht ein Leichtes sein, die Kritik zu „aktualisieren“ und sie auf die so wenig attraktiv erscheinenden „proletarischen“ Herren zu übertragen?² Allerdings hat die Analogie wenig Chancen auf dem Gebiet der sozialökonomischen Untersuchung wirklicher gesellschaftlicher Verhältnisse. Das schränkt ihre Wirksamkeit im ideologischen Klassenkampf aber nur bedingt ein. Es geht ja bei diesem „Ideologieverdacht“ gerade darum, der sozialen Bewegung das eigene *theoretische* Fundament zu entziehen und wahlweise „die Wissenschaft“ oder Marx selbst als Zeugen gegen den Marxismus anzurufen³.

Muß es angesichts dieser Stoßrichtung bürgerlicher Propaganda nicht als deren unfreiwillige Bestätigung wirken, wenn im marxistischen Sprachgebrauch die eigene Position in der ideologischen Auseinandersetzung als „sozialistische Ideologie“ bezeichnet wird? Macht man sich nicht schon durch die bloße Benutzung dieser Begriffsbildung angreifbar, indem man ein Signal der Zugehörigkeit zum Kreis derer setzt, die laut Adorno „die Verkehrung des Marxismus in ein gegen den eigenen Gehalt abgestumpftes, statisches Dogma oder, wie sie es selber nennen, in eine Ideologie“⁴ betreiben? Wer zu Recht einwendet, die bloße Wortwahl

könne nicht schon über die Qualität marxistischer Positionen entscheiden, sieht sich doch mit der Tatsache konfrontiert, daß sich kein einziger Satz bei Marx und Engels findet, in dem „Ideologie“ nicht ausschließlich für Bewußtseinsformen in antagonistischen Klassenverhältnissen stünde und daß ganz überwiegend die spezifischen Mechanismen der Verkehrung der sozialen Wirklichkeit im *bürgerlichen* Bewußtsein mit diesem Terminus umrissen werden. Eine marxistische Begriffsneufassung, die nun zumindest *auch* das *Gegenteil* von verkehrtem Bewußtsein, eine Form der adäquaten Widerspiegelung der Realität, ausdrücken soll, sieht sich bei dieser Materiallage zunächst schwerwiegenden Mißverständnissen ausgesetzt.

Entgeht man der Schwierigkeit, wenn man die wissenschaftliche Grundlage der „sozialistischen Ideologie“ besonders heraushebt und sie synonym mit „wissenschaftlicher Ideologie“ setzt? Die Probleme scheinen sich eher zu vergrößern. Kann ein derart „positiv“ gewendeter Begriff noch zugleich als Bezeichnung für die notwendig umfassende *Kritik* des bürgerlichen Bewußtseins dienen? Ist damit nicht der „Anspruch prinzipieller Ideologiekritik“ aufgegeben und ein Rückzug des Marxismus eingeleitet, dessen Vertreter fortan genötigt sind, „Grade der Wissenschaftlichkeit bestimmter Ideologien (zu) unterscheiden. . . , zuerst auf der Gegenseite, dann bei sich selber“⁵⁷?

Vielleicht gibt es aber doch Gründe, sich auf dieses Verfahren der Gradunterscheidung einzulassen. Der Marxismus ist ja nicht *nur* Wissenschaft, sondern als wissenschaftlicher Sozialismus *zugleich soziale und politische Bewegung*. Sogar in der Wissenschaft selbst könnten „Grade der Wissenschaftlichkeit“ unterschieden werden; ist es nicht erst recht durchaus nützlich, vergleichend nach den (außerwissenschaftlichen) Bedingungen für eine wissenschaftlich begründete Politik und ein entsprechendes politisches Bewußtsein zu fragen? Könnte nicht die scharfe Trennungslinie zwischen bürgerlicher und sozialistischer Politik heute dadurch markiert sein, daß die eine im Grad ihrer Wissenschaftlichkeit herabsinkt und gesicherte Prognosen über die Gesellschaftsentwicklung trotz enormen Einsatzes wissenschaftlich-technischer Mittel kaum erlaubt, während die andere – wo sie vorbereitet oder schon praktiziert wird – in einem zunehmend produktiver werdenden Verhältnis zur wissenschaftlichen Forschung steht? Eine marxistische Theorie des ideologischen Klassenkampfes hätte demzufolge zwei Elemente eines einheitlichen Zusammenhangs analytisch zu unterscheiden: die *politische Wissenschaft* als Grundlage prinzipieller Kritik am bürgerlichen Bewußtsein und die Durchsetzung *wissenschaftlicher Politik* als lebenswichtige und nächstliegende praktische Aufgabe der sozialen Bewegung in der Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft. Ob beide Elemente widerspruchsfrei in einem dafür hinreichend allgemeinen marxistischen Ideologiebegriff zusammengebracht werden können, muß sich bei der Prüfung der Interpretationslinien⁶ seit Marx' und Engels' ideologietheoretischen Ausgangspunkten erweisen.

1. „Rücksichtslose Kritik“ des bürgerlichen Bewußtseins

In einer seiner frühesten programmatischen Äußerungen fordert Marx die „Analyse des mystischen, sich selbst unklaren Bewußtseins“ von den so-

zialen Verhältnissen seiner Zeit (Marx/Engels: Werke (MEW), Bd. 1, S. 346). Im Vollzug dieser Analyse sei die „soziale Wahrheit“ zu entwickeln. Dies jedoch nicht im Sinn einer dogmatischen Abstraktion von den bestehenden Zuständen, vielmehr als produktive Kritik der „alten Welt“, in der die Bildungselemente der neuen Welt aufgefunden werden müssen. In den Formen der Religion und des politischen Staates erkennt Marx das „Inhaltsverzeichnis“ der theoretischen und praktischen Kämpfe der Menschheit, und es gelte nun, „die religiösen und politischen Fragen in die selbstbewußte menschliche Form“ zu bringen (MEW I. 346). Und um sich ganz deutlich gegen Zeitgenossen abzugrenzen, die angesichts der herrschenden Unterdrückung nurmehr den Mut der Verzweiflung aufbrachten, fügt er hinzu, es werde sich zeigen, „daß die Menschheit keine neue Arbeit beginnt, sondern mit Bewußtsein ihre alte Arbeit zustandebringt“ (MEW I. 346).

Aus den Bedingungen der alten, längst ablösungsreifen Ordnung die Bedingungen der neuen Ordnung entwickeln – d. h. allerdings zugleich „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden“ (MEW I. 344), und zwar von einem Standpunkt aus, der innerhalb der wirklichen Kämpfe parteinehmend vertreten wird. Kein Zweifel, daß die „rücksichtslose Kritik“ wissenschaftlich sein muß; kein Zweifel aber auch, daß sie nur im Verbund mit den sich „sammelnden“ Ausgebeuteten betrieben werden kann, um so ihren Teil zur Verwirklichung der sozialistischen Ordnung beizutragen. Die Elemente dessen, was später mit dem Sammelbegriff „ideologischer Klassenkampf“ bezeichnet wird, sind hier schon vorformuliert. In der bürgerlichen Gesellschaft muß das wissenschaftliche Selbstbewußtsein der Menschheit selbst als kämpfende Partei auftreten. Es muß unter den erschwerten Bedingungen des Bekämpftwerdens auf die Zeitgenossen „wirken“ (MEW I. 344), sich also in den bürgerlich bestimmten Institutionen und Denkformen behaupten, ohne jedoch jemals das Ziel einer materiell und geistig befreiten Menschheit aus den Augen zu verlieren.

Solche Gedanken sind Indiz für das Heranreifen einer gesellschaftlichen *Übergangsphase*, einer „Epoche sozialer Revolution“, wie Marx sie später nennt. Die wissenschaftliche Analyse dieses Übergangs rückt damit in den Mittelpunkt des Interesses der sozialen Bewegung und der ihr verpflichteten Sozialwissenschaft. In dem Maße, wie die Utopie zurücktritt und die nüchterne wissenschaftliche Analyse des gesellschaftlichen status quo und der nächsten Entwicklungsetappen in den Vordergrund, gewinnt die Beurteilung des Übergangs strategische Bedeutung. Jede gesellschaftliche Erscheinung ist nun daraufhin zu befragen, ob sie wesentlich Element der alten Ordnung ist oder wesentlich schon dem sich herausbildenden Neuen zugehört. Die „rücksichtslose Kritik“ bricht, bei aller Wertschätzung der Kontinuität, Brücken hinter sich ab. „Rücksichtslos“ vorangehen kann, wer alles Nützliche aus der Vergangenheit zu sich herüberholt, unwiderruflich das Erbe angetreten hat⁷.

2. „Kommunismus“ als praktische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft

Die skizzierte Programmatik wieder aufnehmend, fassen Marx und Engels in einer häufig zitierten Wendung den Kommunismus nicht als ein Ideal, sondern

als die *Bewegung*, die den Kapitalismus aufhebt. Zugleich heben sie immer wieder hervor, daß Kommunismus als Ausdruck für eine Gesellschaftsverfassung nichts anderes heißen kann als „Befreiung jedes einzelnen Individuums“ (MEW 3. 37; vgl. auch MEW 23. 618). Die freie Entfaltung jedes Einzelnen wird ausdrücklich als Bedingung für die Freiheit aller Gesellschaftsmitglieder benannt (MEW 4. 482). Wenn sich eine solche Gesellschaftsordnung weltweit durchgesetzt haben wird, so Marx, werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören, sich in der Form politischer Revolutionen durchzusetzen. Dies sind Ziele, die offenbar keinerlei pragmatische Korrekturen dulden und doch eben zugleich beanspruchen, das Ziel eines gangbaren Weges anzugeben.

Wie ist der Weg aus der „Vorgeschichte“ der Menschheit zum Beginn ihrer eigentlichen Geschichte zurückzulegen, wie der Übergang zu bestimmen? – Wir halten uns an die Aussage, daß die soziale Bewegung innerhalb der kapitalistischen Ordnung zumindest in ihren entwickeltsten Formen der Perspektive einer befreiten Menschheit so nahe steht, daß sie mit demselben Begriff bezeichnet werden kann, der auch diese Perspektive selbst charakterisiert. „Kommunismus“ steht für das Ziel *und* den Weg, der dorthin führt. Dennoch sind Weg und Ziel nicht identisch. Von der Freiheit jedes Individuums kann, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, keine Rede sein. Umso höher sind die Anforderungen ans realistisch antizipierende Bewußtsein der sozialen Bewegung, deren stärkste Waffe im ideologischen Klassenkampf die neue Gesellschaftswissenschaft ist. Gestützt auf ihre Resultate, werden die bürgerlichen „ideologischen Formen“ des Bewußtseins von den sozialen Verhältnissen überwunden. „Aufhebung“ muß in diesem Zusammenhang der rücksichtslosen Kritik *Destruktion* heißen; jeder Kompromiß ginge hier zulasten der wissenschaftlichen Begründetheit des Bewußtseins der Arbeiterklasse als Bewußtsein ihrer Stellung und ihrer Aufgaben in der Gesellschaft. Dabei wird freilich alles, was die Menschheit im Lauf ihrer Vorgeschichte an positivem Wissen hervorgebracht hat, von der Arbeiterbewegung angeeignet und sogleich als Waffe in die Praxis der Befreiung eingebracht.

3. Ideologischer Kampf heute: Wissenschaftlichkeit als Anspruch und Waffe des Marxismus

Eine besondere Schwierigkeit im ideologischen Kampf der sozialen Bewegung erwächst aus der Struktur des herrschenden bürgerlichen Bewußtseins, das sich heute so gut wie nie offen in seiner Herrschaftsfunktion als Rechtfertigung der Klassenherrschaft, kurz als „bürgerliche Ideologie“, zu erkennen gibt. Die Verbreitung geschieht vielmehr unter dem Vorzeichen entweder der „reinen“ Wissenschaft oder des scheinbar apolitischen Alltagsbewußtseins. Diese Struktur der bürgerlichen „Ablegnung des ideologischen Charakters der Ideologie“⁸ hat Althusser zu folgender Problemformulierung veranlaßt: „Man muß außerhalb der Ideologie sein, d. h. im Besitz der wissenschaftlichen Einsicht, um sagen zu können, ‚ich bin in der Ideologie, was ein ganz außergewöhnlicher Fall ist oder – und dies ist der allgemeine Fall – ‚ich war in der Ideologie‘“⁹. „In der Ideologie sein“ soll doch für Marxisten wohl heißen: innerhalb der ideologischen, aufzuhe-

benden Institutionen und Gedankenformen kämpfen, der bürgerlichen Berufung aufs allgemeine Interesse die Legitimität bestreiten und die uneingelösten Postulate zu Bildungselementen des Kommunismus machen. Die Ideologie hinter sich gelassen zu haben wäre demgegenüber nur Illusion, denn eine solche verabsolutierte Ideologiekritik würde sich aus der Realität zurückziehen müssen und könnte nie den Kampf gegen die real herrschenden Mächte aufnehmen. Die Schwierigkeit derer, die sich auf den umfassenden Kampf und gerade deshalb auch auf den permanenten Kleinkrieg gegen die bürgerliche Ideologie eingelassen haben, faßt Althusser in der Notiz zusammen: „Die Ideologie sagt nie: ‚ich bin ideologisch‘“¹⁰. Vielmehr könne man ihr nur durch die wissenschaftliche Analyse auf die Spur kommen und sie so *entlarven*. – Mag dieser Befund ganz unproblematisch und fast selbstverständlich sein, solange man die *bürgerliche* Ideologie vor Augen hat, so scheint er doch in dieser Weise kaum verallgemeinerbar. Ganz unabhängig davon, wie man die Tatsache bewertet, wäre zunächst einmal einfach zu konstatieren, daß seit Jahrzehnten eine Ideologie existiert, die ganz aus dem bisherigen Rahmen fällt und offen verkündet: „ich bin ideologisch“ und darüber hinaus als sozialistische Ideologie beansprucht, in Übereinstimmung mit der Wissenschaft zu sein¹¹. Der erste Anschein signalisiert einen geradezu ungeheuerlichen Rückfall. Waren nach der bisherigen Unterscheidung Altes und Neues klar gegeneinander abzusetzen, indem auf der einen Seite des Antagonismus die Ideologie im Sinne des herrschenden bürgerlichen Bewußtseins stand, auf der anderen die Kritik dieses Bewußtseins und der ihr zugrundeliegenden Realität in wissenschaftlichen Formen, steht nun Ideologie gegen Ideologie, und der Gegensatz beider scheint in den von Karl Mannheim u. a. beschworenen allgemeinen Relativismus einzumünden. Wie erklärt es sich, daß Althusser, der seine aktuelle Analyse des Bewußtseins von den sozialen Verhältnissen ausdrücklich auf die Einsichten von Marx, Engels und deren Nachfolgern bezieht, zu diesem ernsthaften Bedenken, das doch den Marxismus-Leninismus in der Substanz treffen muß, nirgendwo Stellung nimmt? Als wenn Karl Mannheim aus ihm spräche, formuliert er das Problem ganz anders: „Es ist nur allzu bekannt, daß der Vorwurf, man befinde sich in der Ideologie, immer nur den anderen gegenüber gemacht wird, nie sich selbst gegenüber (es sei denn, man ist wirklich Marxist. . .)“¹². Ein zweifelhaftes Lob des Marxismus! Worin besteht angeblich der Unterschied? Bürgerliche Ideologie richtet ihren „Vorwurf“ nach außen, so die richtige Beobachtung, „Ideologe“ ist immer der Bekämpfte. Der Marxist dagegen – richtet den Vorwurf „gegen sich selbst“. Gerade darin, gleichsam in einem Akt der intellektuellen Selbstanklage soll sein großer Vorzug liegen. Eine andere Haltung haben die bürgerlichen Gegenauflärer bis heute dem Marxismus nie abverlangt! Würden seine Vertreter bereitwillig zugeben, daß sie selbst nur einen im Wahrheitsanspruch begrenzten – zumindest in wissenschaftliche Theorie und ideologische Praxis halbierten – „Ansatz“ vertreten, sie könnten einer gewissen geduldeten Anerkennung im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb sicher sein. – Natürlich muß gerade Althusser einen solchen Gedanken, den seine eigenen Formulierungen provozieren, weit von sich weisen, vertritt er doch die Auffassung, daß erst mit der Herausbildung der Marxschen Lehre der Anfang mit einer Gesellschaftswissenschaft im strengen Sinn des Wortes ge-

macht wurde. Was aber bleibt, wenn der Marxist sich selbst als „Ideologe“ erkennen, sein Selbstbild zumindest partiell negativ bestimmen muß? Dem permanenten Klassenkampf von oben muß, so erkennt Althusser, antikapitalistischer Widerstand entgegengesetzt werden. Dies geschieht in Theorie und Praxis, die als vermittelte Einheit aufgefaßt werden sollen. Das Moment ihrer Einheit betont er stets so stark, daß einer seiner Zentralbegriffe „theoretische Praxis“ lauten kann, wobei das lebenswichtige Unterscheidungskriterium zwischen dem Abfassen von Gedanken über die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und dieser Veränderung selbst bei ihm in der Euphorie des intellektuellen Engagements unterzugehen droht und deshalb befürchten läßt, die gedachte Einheit möchte sich nicht durchhalten lassen und an anderer Stelle in einen Dualismus auseinanderfallen. Tatsächlich enthält Althusserns Theorie eine Entgegensetzung, aus der es keinen produktiven Ausweg mehr zu geben scheint. Die Theorie erscheint bei ihm als die einzig wahre Praxis, die wirkliche Praxis dagegen, die, wie er feststellt, sich aus den Kämpfen in den „ideologischen Formen“ nirgendwo heraushalten kann, stellt sich ihm dar als streng von der Wissenschaft geschiedene Sphäre der Ideologie.

Da er als Marxist den Kampf in den „ideologischen Formen“ nach Kräften unterstützen muß, ergibt sich ihm das Dilemma, daß er als Wissenschaftler zugleich von Selbstvorwürfen geplagt wird, sobald er als Partei in den Kämpfen gestehen muß, „ich bin ideologisch“, wogegen sein wahres Ich sich im selben Moment immer das Bewußtsein zu erhalten hat: „ich bin im Besitz der wissenschaftlichen Einsicht“. Althusserns Versuch, die klassenübergreifende Funktion der Wissenschaft rein herauszuarbeiten, läßt bei ihm eine Art Berührungangst entstehen: Wer sich in die ideologischen Kampfformen begibt, geht nicht mit reinen Händen aus ihnen hervor. Nur der gleichsam religiöse Selbstvorwurf in Permanenz scheint die Gewähr zu bieten für die Reinerhaltung der Theorie. Beständig geht von den Ergebnissen der Wissenschaft selbst die Zumutung aus, sich immer von neuem in den Kreis des „Ideologischen“ zu begeben, und ebenso beständig ist es nur die reine Wissenschaft, die die Erlösung aus diesem Kreislauf verspricht¹³.

Wenn sich dieser Versuch, Ideologie und Wissenschaft unter den Bedingungen des Klassenkampfes gegen das Kapital zu vereinigen, in Wirklichkeit als die alte Entgegensetzung beider Elemente des gesellschaftlichen Bewußtseins erweist, schließt dies natürlich nicht die Fruchtbarkeit der Problemstellung generell aus. Althusserns Bemühen, Wissenschaft und Klassenkampf in der Epoche sozialer Revolution in ein produktives Verhältnis zu bringen, ist all jenen Marxismus-Interpretationen überlegen, die von vornherein ihr Ideal der „reinen“ Erkenntnis auf den Marxismus projizieren und einen entsprechend vorpräparierten Ideologiebegriff in die Analyse des gesellschaftlichen Bewußtseins einbringen¹⁴.

4. „Ideologische Formen“ und „ideologische Verhältnisse“

„Wenn es stimmt, was die gesamte marxistische Tradition behauptet“, lesen wir in Althusserns Lenin-Interpretation, „daß nämlich das größte Ereignis in der

Geschichte der Klassenkämpfe – und das heißt praktisch: in der menschlichen Geschichte – die Vereinigung von marxistischer Theorie und Arbeiterbewegung ist, dann begreift man auch, daß das innere Gleichgewicht dieser Einheit . . . durch theoretische Schwächen, so geringfügig sie auch sein mögen, bedroht werden kann.“¹⁵ Eine solche konsequenzenreiche Schwäche sahen wir in Althussers Ideologietheorie gerade bei der Darstellung jenes Verhältnisses von Theorie und Arbeiterbewegung, das ihm als konstituierend für die weitere Theoriebildung in der Übergangsphase der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus gilt. Es scheint deshalb nützlich, noch einmal die von Althusser herangezogenen Quellen zu befragen, um das angesprochene Verhältnis auf der Ebene der Bewußtseinsformen genauer zu fassen.

Die Aufgabe kann dabei nicht heißen, einen genuin Marxschen Ideologiebegriff zu „rekonstruieren“, um diesen dann als Schiedsrichter in die laufende Diskussion einzubringen. Die Art der Herausarbeitung des Marx/Engelsschen Ideologiebegriffs zeigt die Unmöglichkeit eines solchen Verfahrens. Die Konkretisierungen des Begriffs sind sozusagen organisch gewachsen, selbst im ideologischen Kampf entwickelt. Man mache die Probe: nicht eine einzige Belegstelle findet sich in Marx' und Engels' Werken, in der der Ideologiebegriff nicht zugleich zur Kennzeichnung und Kritik ganz spezifischer Auffassungen über die soziale Realität formuliert und genutzt würde. Anders ausgedrückt: soweit dabei Bedeutungsveränderungen vorkommen, sind sie jeweils ohne methodologisch-erklärenden Begleittext vorgenommen worden. Eine solche methodologische Erörterung konnte unter dem Druck der Auseinandersetzungen auch nicht im Vordergrund des Interesses stehen¹⁶. Ein Beispiel: Die kapitalistisch betriebene große Industrie, schreiben Marx und Engels 1845, „vernichtete möglichst die Ideologie, Religion, Moral, etc., und wo sie dies nicht konnte, machte sie sie zur handgreiflichen Lüge“ (MEW 3. 60; Herv. d. Verf.). Gemeint sind hier die dem Feudalsystem entsprechenden Gedankenformen, wie sie in Deutschland noch mächtig nachwirkten. Es wäre ein offensichtlicher Fehlschluß, wollte man, aufs Zitat gestützt, den Ideologiebegriff auf *diesen* Klasseninhalt reduzieren, denn er kennzeichnet in der Folge gerade primär die spezifischen Ausdrucksformen der *bürgerlichen* Klassenherrschaft.

Diese Art der Theorie- und Begriffsentwicklung findet sich auch in der unmittelbar anschließenden Literatur wieder. Z. B. hat auch Lenin nirgendwo separat seine Fassung des Ideologiebegriffs expliziert, obwohl er die Bestimmung „sozialistische Ideologie“ als Novum in die Diskussion einbrachte. Die notwendig praktisch-eingreifende Art der marxistischen Theoriebildung stellt sich jedoch stets der wissenschaftlichen Überprüfung, qua eigenem Anspruch, selbst Wissenschaft zu sein. Der „Ideologieverdacht“ in Mannheims Nachfolge verkennt diesen Anspruch. Tatsächlich vermag sich der Marxismus insgesamt nicht eine Sekunde der Kritik seiner Voraussetzungen zu entziehen; er ist stets gehalten, seine eigene Methode, nämlich die der materialistischen Wissenschaft, auf sich selbst anzuwenden und auf dieser Basis ebenso beständig seine Praxis zu überprüfen. Wie die Geschichte gezeigt hat, sind Fehlentwicklungen mit schwerwiegenden praktischen Konsequenzen für den Klassenkampf auf dieser Grundlage keineswegs auszuschließen. Dies wäre nicht einmal unter den denkbar günstig-

sten Entfaltungsbedingungen marxistischer Theorie und Praxis gewährleistet; selbst unter dieser (nicht gegebenen) Voraussetzung bliebe ein Rest Irrtumswahrscheinlichkeit, der auch aus der wissenschaftlichen Arbeit überhaupt nicht absolut eliminierbar ist. Hier geht es zunächst allein um die Kennzeichnung des marxistischen Selbstverständnisses: die Theorie *enthält* das wissenschaftliche Prüfungsverfahren in sich selbst. Keine von außen hinzutretende Instanz wäre gleichermaßen befähigt, Anspruch und Wirklichkeit des wissenschaftlichen Sozialismus kritisch zu konfrontieren wie dieser selbst¹⁷.

Gemeinsamer Bezugspunkt in der Diskussion zwischen Befürwortern und Kritikern eines Konzepts der „sozialistischen Ideologie“ ist Marx' Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie“. Diejenigen, die glauben, an dieser Begriffsbildung nicht nur festhalten zu müssen, sondern ausdrücklich davon ausgehen, die so bezeichneten Gedankenformen seien heute zu entwickeln und gerade unverzichtbar im Kampf gegen die bürgerlich geprägten Formen des Bewußtseins von den sozialen Verhältnissen, weisen zunächst meist überzeugend die Unterstellung zurück, Marx sei es um irgendeine abstrakte Theorie eines „falschen Bewußtseins“ gegangen. Immer wieder wird der Nachweis geführt, daß Marx und Engels sich mit ganz spezifischen, nämlich den *bürgerlichen* Bewußtseinsstrukturen auseinandersetzen und *deren* Verkehrung der Realität darstellten und dagegen das sozialistische Bewußtsein, das von derartigen sozialen Erkenntnisstrahlen frei ist, abhoben. Sehr viel weniger überzeugend ist jedoch dabei die These, es finde sich im „Vorwort“ ein „allgemeiner“ Ideologiebegriff und es lasse sich von daher eine gradlinige Beziehung zwischen Ausgangspunkt und Interpretation herstellen¹⁸.

Das „Vorwort“ referiert bekanntlich in der exaktesten Begrifflichkeit das allgemeine Resultat, das sich Marx nach jahrzehntelanger empirischer Forschungs- und Theoriebildungsarbeit ergab. „Allgemein“ heißt dabei nicht, daß Festlegungen in den „Leitfaden“ für die weitere Forschung eingingen, die aktueller oder zukünftiger empirischer Überprüfung entzogen wären. Alle Theoreme erweisen sich als notwendige Bestimmungen des konkreten Untersuchungsgegenstands, der kapitalistischen Gesellschaftsformation¹⁹. Aber gerade weil die bürgerliche Gesellschaft selbst nur *eine* (auf der Vergangenheit fußende und selbst vergängliche) Ausprägung der Menschheitsgeschichte ist, finden sich in der Analyse dieser einen Form, auf die Marx sich konzentriert, Aussagen, die auch der heutigen empirischen Analyse noch standhalten. „Die“ Menschen, heißt es z. B., gehen Produktionsverhältnisse ein²⁰ – eine Feststellung, die nach Marx' Kenntnisstand offenbar nicht formationsspezifisch eingeschränkt zu werden brauchte und von deren Gültigkeit wir auch heute noch ausgehen können. Daß solche Verhältnisse zur Aneignung der Natur eingegangen werden *müssen*, ist, soweit unser Wissen reicht, offenbar menschliches Charakteristikum. Diese Produktionsverhältnisse sind jeweils geschichtlich „bestimmt“ (nämlich durch die Produktivkraftentwicklung) und „notwendig“, da *vom Willen der Menschen unabhängig*. Die Produktionsverhältnisse bezeichnet Marx als „ökonomische Struktur“ der Gesellschaft, als ihre „reale Basis“. Die Basis ist Grundlage nur *in Bezug* auf einen „Überbau“. Solange sich die Annahme einer ökonomischen Basis, von der die übrige menschliche Lebenstätigkeit abhängt, empirisch verifizieren läßt, gilt auch

die Unterscheidung eines *Verhältnisses* von Basis und Überbau in der Gesellschaftsanalyse.

Die im „Vorwort“ folgende Charakterisierung des Überbaus, also jener Sphäre, in der sich nach Marx die Menschen des Konflikts zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bewußt werden und ihn „ausfechten“, enthält jedoch, dem Untersuchungsgegenstand angemessen, die Elemente antagonistischer Klassenverhältnisse: „juristischer“ und „politischer“ Überbau sind die Hauptformen nur in Klassengesellschaften (bez. bis in die Phase ihrer Überwindung hinein). Auch die geschichtliche Veränderung dieser Formen wird von der Grundlage der bestehenden antagonistischen Eigentumsverhältnisse her dargestellt. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen die Produktionsverhältnisse in deren Fesseln um und führen zur „Umwälzung“ von Basis und Überbau.

Beantwortet wird sodann die Frage, wie jene Höhepunkte der Klassenauseinandersetzungen, die sozialen Revolutionen, mit dem Instrumentarium der materialistischen Wissenschaft zu analysieren sind. *Naturwissenschaftlich treu zu konstatieren* sei die Umwälzung in den Produktionsbedingungen. Die Formen, worin sich die Menschen dieses in der Basisbewegung begründeten Konflikts bewußt würden und ihn ausfechten, müssten im Unterschied dazu „erklärt“ werden, und zwar aus den Widersprüchen des materiellen Lebens selbst. Die Summe der Überbau-Einrichtungen (Recht, Staat, Kirche etc.) und die entsprechenden Gedankenformen (juristische, politische, religiöse, künstlerische, philosophische) nennt Marx „ideologische Formen“. – Das „Vorwort“ enthält also – vom damaligen Stand der empirischen Forschung her gar nicht anders möglich – keine Aussage über Bewußtseinsformen von den sozialen Verhältnissen außerhalb des Horizonts der antagonistischen Klassengesellschaft. Und obwohl Philosophie und Kunst im Gegensatz zu Recht, Politik und Religion nicht mit der endgültigen Aufhebung der Klassenherrschaft ihr Ende finden müssen, treten sie doch hier auch nur insoweit ins Blickfeld, als ihre Genese und Funktion innerhalb der Klassenkämpfe zu analysieren ist.

Marx ging aus von der politischen Notwendigkeit, die auch in Deutschland Einfluß gewinnenden frühsozialistischen Theorieversuche aus Frankreich auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Es kam ihm deshalb gerade darauf an, die von ihm begründete sozialwissenschaftliche materialistische Forschungsanleitung, die den Wissenschaftsprozeß als Einheit von empirischem „Konstatieren“ und theoretischem „Erklären“ ausweist, abzusetzen gegen alle bisherigen „ideologischen“, vom Inhalt her durchgängig „verhimmelt“-spekulativen Gesellschaftsdeutungen²¹.

Es führt daher offenbar kein Weg zu einem aktuellen marxistischen Ideologiebegriff über die Annahme einer undifferenzierten Identität der Darstellungen Marx' und Engels' auf der einen und der folgenden Interpretationslinien auf der anderen Seite. Umgekehrt bleibt auch das einfache Konstatieren einer „semantischen Verdoppelung“ des Ideologiebegriffs in der Marx-Nachfolge unbefriedigend²². – Lenins ausführliche Rezeption des „Vorworts“ bietet indes Anhaltspunkte für die Klärung der weiteren Begriffsverwendung. Diese Interpretation muß daher nachvollzogen und auf ihre Tragfähigkeit hin überprüft werden.

Ebenso wie Marx ließ sich Lenin von politischen Notwendigkeiten leiten, als er erneut daranging, sich mit dem Verhältnis von Basis und Überbau in der materialistischen Geschichtsauffassung auseinanderzusetzen. Die Anforderung, vor die er sich gestellt sah, hieß, die Kriterien für eine wissenschaftlich begründete Politik im Interesse der sozialistischen Revolution herauszuarbeiten. In der sozialen und politischen Situation des zaristischen Rußland hätte es vordergründig nahegelegen, gewissermaßen als eine Art Gegenstück zum Ökonomismus der Theoretiker der 2. Internationale, den Marxismus in einen politischen Voluntarismus umzudeuten, das Kriterium der wissenschaftlichen und politischen Bewußtheit einer Avantgarde zur Hauptvoraussetzung der Revolution zu erklären. Obwohl sich dieser Vorwurf als Grundmuster der Marxismus-Leninismus-Kritik immer wieder findet, steht Lenins wirkliche Vorgehensweise dazu völlig im Gegensatz. In Auseinandersetzung mit politisch interessierten Fehldeutungen der marxistischen Theorie betont er mit Nachdruck gerade deren materialistisches Fundament. Marx habe, argumentiert Lenin gegen die „subjektive Soziologie“, indem er die Produktionsverhältnisse „aus den verschiedenen Gebieten des sozialen Lebens heraus hob“, die Gesellschaftsbetrachtung auf ein wissenschaftliches Niveau gebracht (Lenin, Werke (LW), Bd. 1, S. 128). Den Materialismus müsse man daher als „grundlegenden Inhalt“ des Marxismus ansehen (LW 1. 124). Der Soziologie vor Marx sei es nicht gelungen, „zu den einfachsten und ursprünglichsten Beziehungen, wie es die Produktionsverhältnisse sind, vorzudringen“, sie „wandten sich unmittelbar der Erforschung und Untersuchung der politisch-juristischen Formen zu, dabei stießen sie auf die Tatsache, daß diese Formen aus diesen oder jenen Ideen der Menschheit zu der betreffenden Zeit entstanden sind – und blieben dabei stehen“ (LW 1. 129). So entstand der Eindruck, als würden alle gesellschaftlichen Verhältnisse von den Menschen bewußt geschaffen. Marx' Basis-Überbau-Unterscheidung faßt Lenin nun ins Begriffspaar „materielle gesellschaftliche Verhältnisse“, die Produktionsverhältnisse, die „entstehen, ohne durch das Bewußtsein der Menschen hindurchgegangen zu sein“ und „ideologische gesellschaftliche Verhältnisse“, „d. h. . . . Verhältnisse, die vor ihrer Ausgestaltung durch das Bewußtsein der Menschen hindurchgegangen sind“ (LW 1. 130 f.). (Es handele sich dabei „selbstverständlich immer um das Bewußtsein von den gesellschaftlichen Verhältnissen und keinen anderen“ (LW 1. 130), ergänzt Lenin, um das Mißverständnis gar nicht erst aufkommen zu lassen, daß seine Interpretation des Marxschen Theorems von der Unabhängigkeit der Produktionsverhältnisse vom Willen und Bewußtsein an die fiktive Voraussetzung einer Produktion *ohne* Bewußtsein gebunden wäre).

Aus den „ideologischen Formen“ des „Vorworts“ sind „ideologische Verhältnisse“ geworden. Zweifellos drückt die Wendung „ideologische Verhältnisse“ keinen grundsätzlich neuen Inhalt aus; auch Marx kennzeichnete ja als „ideologische Formen“ die gesellschaftliche Ebene, auf der sich die Menschen 1. ihrer Verhältnisse bewußt werden und 2. deren Konflikte ausfechten. Das „Ausfechten“ der Klassengegensätze erfolgt auf der Grundlage ihrer Bewußtwerdung (auf dieser Abstraktionsstufe ganz unabhängig gesehen vom Grad der jeweiligen Übereinstimmung mit der Realität). Wie schon bei Marx liegt auch bei Lenin das Hauptinteresse hier bei der allgemeinen Formulierung der Basis-Überbau-

Konzeption, nicht bei der Aufdeckung der Ursachen und Bedingungen für die Verkehrung der sozialen Realität im bürgerlichen Bewußtsein. Ideologische Formen in der Fassung von Marx sind nicht zu verwechseln mit Gedankenformen. Lenins Begrifflichkeit trägt eigentlich nur dazu bei, dieser Verwechslungsgefahr von vornherein zu begegnen, indem er von den beiden Grundelementen des Überbaus – den Institutionen und den entsprechenden Denkformen – die institutionelle Seite, die Verhältnisse, besonders heraushebt.

Im Vordergrund der Leninschen Interpretation steht die Beantwortung der Frage nach den Bedingungen wissenschaftlich begründeter politischer Handlungsfähigkeit: Wodurch wird sichergestellt, fragt er, daß die politische Tätigkeit eines Individuums „kein vereinzelter Akt bleibt, der in einem Meer entgegengesetzter Akte untergeht?“ (LW 1. 152). Oder, konkret auf die Praxis der russischen Arbeiterpartei bezogen, auf „welche Weise soll die auf die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung gerichtete Tätigkeit die Massen heranziehen, damit sie handgreifliche Ergebnisse zeitige?“ (LW 1. 152). Grundlage der politischen Handlungsfähigkeit ist die Absage an alle Formen des Voluntarismus. Die theoriegeleitete Praxis der Arbeiterklasse heißt eben deshalb „wissenschaftlicher Sozialismus“. Dabei allerdings ist in Erinnerung zu halten, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Bourgeoisie als soziale Klasse nicht durch die Herrschaft der Wissenschaft abgelöst werden, sondern durch die der Arbeiterklasse. Der bewußt vollzogene Übergang zu einer menschlichen Gesellschaft ist an das politische Handeln dieser Klasse gebunden.

Führt über die Bestimmung „ideologische Verhältnisse“ ein Weg zur „sozialistischen Ideologie“, ohne daß der Ideologiebegriff damit „neutralisiert“ würde, seinen erkenntnis- und sozialkritischen Inhalt gegen das bürgerliche Bewußtsein verlieren müsste? – „Ausfechten“ der Klassengegensätze heißt für das Proletariat: die politische Herrschaft anstreben. Wenngleich die Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern selbst längst Bevölkerungsmehrheit geworden ist, ist dies nie anders als in enger Verbindung mit den demokratischen Bestrebungen anderer Bevölkerungsgruppen denkbar. Die Erfolgchance eines solchen Bündnisses ist wesentlich abhängig von kontinuierlicher Überzeugungsarbeit der organisierten sozialen Bewegung mit dem Ziel, das die Epoche bestimmende objektive Interesse an der Ablösung des Kapitalismus ins Bewußtsein zu bringen und dieses Interesse damit auch subjektiv erst wirksam zu machen²³. Wie für die geschichtlich früheren zur Herrschaft drängenden Klassen trifft auch für das Proletariat zu, daß es sein Interesse als allgemeines aller Gesellschaftsmitglieder darstellen und durchsetzen muß, freilich ohne dabei stehenzubleiben und ohne illusionäre Formen der Gemeinschaftlichkeit hervorzubringen. Wie seit dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels herausgearbeitet, kämpft die Arbeiterklasse ihren Anspruch auf der Grundlage einer selbständigen politischen Bewegung durch, die die Bestrebungen der gesamten Klasse theoretisch und praktisch zusammenfaßt und artikuliert. „Sozialistische Ideologie“ steht für die *Darstellung* der proletarischen Bewegung und ihrer gesellschaftlichen Aufgaben vom Standpunkt der Klasse her²⁴. Der Begriff „sozialistische Ideologie“ entstand in einer Phase der zugespitzten Klassenkämpfe, in der deutlich gemacht werden mußte, daß die „vor ihrer Ausgestaltung durch das

Bewußtsein gegangenen Verhältnisse“, vor allem die politischen, zunehmende Bedeutung für die bewußte Planung der Ökonomie erlangen, daß sie unmittelbar auf die Basis einwirken²⁵. Natürlich ist die aktive „Rückwirkung“ des Überbaus auf die Basis keine Besonderheit seit der Übergangsphase zur kommunistischen Gesellschaftsformation. Die Ideologie als potentiell oder aktuell gesellschaftlich herrschendes Bewußtsein einer Klasse war immer ein bedeutender Faktor für die Erringung bzw. Sicherung der Klassenherrschaft. Neu sind allerdings die im Dienst der Herrschaftssicherung erfolgenden, gleichwohl systemfremden Versuche zur Planung des gesamten ökonomischen Prozesses durch Überbau-Institutionen (vor allem: durch den Staat) im Kapitalismus, womit das kapitalistische Privateigentum in seine Existenz- und Legitimationskrise gerät.

Eine allgemeine Definition, die den bisher entwickelten Zusammenhang andeutet, könnte versuchsweise folgendermaßen gefaßt werden: „*Ideologie*“ heißt *der Prozeß der Darstellung und allgemeinen Durchsetzung des auf einen Klassenstandpunkt bezogenen Bewußtseins von den sozialen Verhältnissen*²⁶, mit dem Ziel der entsprechenden Gestaltung dieser Verhältnisse im Interesse der Klasse. Dies vorausgesetzt, stünde „sozialistische Ideologie“ für den *Prozeß der Durchsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus*. Bei Strafe des Verfehlens des sozialen Ziels müssen die bürgerlichen ideologischen Bewußtseinsformen bereits *innerhalb* der bürgerlichen Gesellschaft selbst vom Proletariat überwunden werden. Das entwickelte Klassenbewußtsein des Proletariats braucht die entwickeltste Form der Sozialwissenschaft, um die Übereinstimmung der Perspektive der Klasse mit derjenigen der Gesellschaft nachweisen und danach handeln zu können. Die akkumulierten Forschungsergebnisse aus Natur- und Gesellschaftswissenschaften werden zum *ideologischen Material* für die Arbeiterklasse, indem sie systematisch in den Dienst ihrer Befreiung gestellt werden.

Im Grund ist die allgemeinere Bestimmung der Ideologie erst *im Rückblick*, vom Standpunkt der Arbeiterklasse her, möglich. Erstmals in der Geschichte kann von *diesem* Standpunkt aus Ideologie benannt werden als „System von Anschauungen, Ideen und Theorien über die soziale Wirklichkeit. . . , in denen die jeweiligen Klasseninteressen konzentrierten Ausdruck finden und von denen entsprechende Stellungnahmen. . . für soziale Verhaltensweisen abgeleitet werden.“²⁷ Denn: erstmals vollzieht sich der Bildungsprozeß dieser Ideen mit vollem Bewußtsein der Beteiligten, und rückblickend können daher auch die Mechanismen der *spontanen* Herausbildung der bürgerlichen Ideologie untersucht werden. Was als ihr Bestandteil (genauer: Material) wirksam wird, kann konkret immer erst nachträglich ermittelt werden, von einem sozialen Standpunkt aus, der außerhalb ihrer Reproduktionsbedingungen liegt. Dies ist übrigens auch der rationale Kern des Selbstverständnisses bürgerlicher Wissenschaft, ideologiefrei zu sein. Von der Warte der scheinbaren Klassenneutralität aus lassen sich Konturen einer in den privaten Grenzen durchaus systematisch verbreiteten bürgerlichen Ideologie tatsächlich nicht erkennen. Selbst massenhaft und industriell organisierte Manipulationsvorgänge zur Rechtfertigung des status quo erscheinen letztlich als moralische Verfehlungen Einzelner²⁸. Insoweit ist auch Althusser's Diagnose der uneingestanden Ideologie voll zuzustimmen.

Aus der bisher vorgetragenen Ideologie-Konzeption erwachsen weder Rücksichtnahmen im Kampf gegen objektiv scheinhafte Bewußtseinsformen, noch folgt aus ihr eine Relativierung der Wissenschaftlichkeit sozialistischer Positionen. Im skizzierten Theorie-Praxis-Verhältnis in der Epoche sozialer Revolution erhält die Wissenschaft vielmehr eine Schlüsselstellung. Ihr Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Praxis, auf die sie im übrigen seit jeher gerichtet war, ist mit dem selbständigen Auftreten der Arbeiterbewegung enger geworden. Ihre gleichwohl fortbestehende *Besonderheit* wird z. B. in Marx' Charakterisierung seines eigenen wissenschaftlichen Hauptwerkes deutlich: „Soweit“, schreibt Marx, die Kritik der bürgerlichen Ökonomie „überhaupt eine Klasse vertritt, kann sie nur die Klasse vertreten, deren geschichtlicher Beruf die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise und die schließliche Abschaffung der Klassen ist – das Proletariat“ (MEW 23. 22). Die Einschränkung „soweit“ ist nicht etwa als zweifelndes „sofern“ zu lesen. Das wissenschaftliche Resultat und der Forschungsprozeß, der zu ihm führte, sind keineswegs sozial neutral. So wurde das „Kapital“ schon *ausgearbeitet* als Waffe der sozialen Bewegung, mit der klaren Zielrichtung, „der Bourgeoisie theoretisch einen Schlag zu geben, von dem sie sich nie erholen wird“ (MEW 31. 418). Ebenso wenig darf aber die Einschränkung der Klassengebundenheit einfach übersehen werden, denn sie hebt die Wissenschaft als *Standpunkt der ganzen Menschheit* heraus. Für die politisch bestimmte „sozialistische Ideologie“ folgt daraus, daß sie nur in einer *Übergangsphase* der menschlichen Entwicklung Bedeutung gewinnt, hier allerdings eine entscheidende, soll die befreite Menschheit praktische Realität werden. – Wenn das klare, wissenschaftlich begründete Bewußtsein von allen gesellschaftlichen Verhältnissen, einschließlich der rationalen Organisation des materiellen Produktionsprozesses, verallgemeinert sein wird – müsste dann nicht im selben Maß die Basis-Überbau-Unterscheidung insgesamt überflüssig werden; wäre mithin die materialistische Geschichtsauffassung nur gültig für die Vorgeschichte?

5. Basis und Überbau in der Perspektive der kommunistischen Gesellschaft

Von den Produktionsverhältnissen heißt es bei Marx, sie würden unabhängig vom Willen eingegangen, seien unabdingbare Voraussetzung des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur und daher grundlegend für die Analyse der *gesamten* Lebenstätigkeit. Die Tatsache des Eingehens von Produktionsverhältnissen muß deshalb offenbar zwingend jeder Entscheidung dafür oder dagegen entzogen sein. Eben dies sagt auch Lenin, wenn er vom *Entstehen* der Produktionsverhältnisse als einem Prozeß spricht, der „vor seiner Ausgestaltung“ nicht durch das Bewußtsein der Beteiligten hindurchgegangen ist. Lenins Interpretation der „ideologischen Formen“ als „ideologische Verhältnisse“ stellt sich gegen die Fehldeutung einer Verselbständigung der Bewußtseinsformen und unterstreicht, daß der Überbau *Austragungsort* von Konflikten ist, nicht primär eine Ebene des Denkens dieser Konflikte. Damit wird auch der fälschlich synonymen Verwendung der Begriffspaare „Basis-Überbau“ und „Sein-Bewußtsein“ entgegenge- wirkt.

Von derselben Intention, die praktische Grundlage des Denkens herauszuarbeiten, um für wissenschaftlich begründetes Bewußtsein einen überprüfbaren Maßstab zu haben, geht auch W. F. Haug aus: In der Perspektive einer „demokratischen Produzentengesellschaft“ würden „Ideen als Ausdruck von Interessen und Bedingungen der Produzentengesellschaft angesehen (und geprüft)“. „Die Rechtfertigung der Produzentengesellschaft“ finde „auf der Ebene der Produzenten statt und nicht im Überbau“²⁹. Haug fügt hinzu: „Umgekehrt muß sich der Überbau den Ansprüchen seiner Basis stellen.“³⁰ – Was aber ist die „Ebene der Produzenten“? Offenbar doch die Produktion. Als Produktionsprozeß ist jedoch die *Gesamtheit* der menschlichen Lebenstätigkeit in allen ihren materiellen und geistigen Ausprägungen zu fassen. Innerhalb dieser Einheit sucht das Basis-Überbau-Theorem der materialistischen Geschichtsauffassung gerade analytische Differenzierungen vorzunehmen, um Prüfungskriterien für den Grad der Übereinstimmung von materiellem Sein und bewußtem Sein bereitzustellen. Die Basis-Überbau-Konzeption im allgemeinen sagt nichts anderes aus als eben die Abhängigkeit aller menschlichen Tätigkeiten von den Bedingungen der materiellen Produktion. Die Konzeption ist auf ihre weitere Gültigkeit hin immer erneut der empirischen Überprüfung auszusetzen. Zu diskutieren ist insbesondere die jeweilige geschichtlich-konkrete Ausprägung dieser „Abhängigkeit“. Nimmt man den Fluchtpunkt der kommunistischen Perspektive, die befreite Menschheit, wird das Problem allerdings weniger wichtig. Marx' Satz von der Abhängigkeit des Bewußtseins verliert, wie Brecht es sah, zwar auch dann nicht seine theoretische Berechtigung, aber ein Stück praktischer Bedeutsamkeit; er „wurde aufgestellt, damit gegen die herrschenden Gedanken der Zeit erinnert werden konnte, sie seien Gedanken der Herrschenden. Das sollte ihren Wert begrenzen. Wenn es keine Herrschenden mehr gibt, und wenn dann die Abhängigkeit von der Wirtschaft auf Erden nicht mehr so drückend von den meisten Menschen empfunden werden wird, kann auch der Satz. . . (von der Abhängigkeit) niemanden mehr bedrücken.“³¹ Die besonders enge, dynamische Wechselbeziehung zwischen Basis und Überbau, die wir heute beobachten können, kann nicht, wie dies in der marxistischen Diskussion häufig vertreten wird³², dazu führen, daß das adäquate Bewußtsein von den sozialen Verhältnissen in die Basis selbst verlagert wird.

Einerseits hat es den Anschein, daß Haugs Sichtweise von der „Rechtfertigung“ der Produzentengesellschaft *in* der Basis das Bild von Basis und Überbau eigentlich überflüssig macht. Andererseits setzt die „Ebene der Produzenten“ die Unterscheidung schon voraus und wendet sie auf eine konkrete geschichtliche Phase an, indem sie sich absetzt gegen den scheinhaft verselbständigten Überbau der bürgerlichen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Überbau-Kategorie für die neue Gesellschaft ausdrücklich bestätigt. – Die Begrifflichkeit „Ebene der Produzenten“ könnte diese eher andeutungshaft charakterisierte neue Qualität der Bewußtheit nur dann konkretisieren, wenn sie jeweils genauer datierbar wäre. Wo ist der aktuell erreichte und wo der zu erreichende Standpunkt in der gesellschaftlichen Realität und wie spiegelt er sich im entsprechenden Bewußtsein wider? Die „Ebene“ heißt einmal „demokratische Produzentengesellschaft“³³, also ist offenbar dort – mit Marx gesprochen – die „erste () Phase der kommunisti-

schen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist“ (MEW 19. 21), der Sozialismus, gemeint, der noch *politische Herrschaft* in den Formen der sozialen Demokratie kennt. „Produzentengesellschaft“ ohne weitere Kennzeichnung, so würde folgen, stünde für den entwickelten Kommunismus, die klassenlose Gesellschaft, in der „die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; . . . die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis“ ist und „allseitige Entwicklung der Individuen“ und ihrer produktiven Kräfte gewährleistet ist (MEW 19. 21). – Auf der „Ebene der Produzenten“ scheinen diese recht verschiedenartigen Bedingungen leicht gänzlich einander angeglichen. Obwohl als perspektivische politische Handlungsanweisung eingeführt, entfallen bei dieser Abstraktionsebene alle Hinweise auf politische Bedingungen des Denkens und Handelns. In der „Produzentengesellschaft“ „sind es nicht primär . . . ideologische Formen, worin den Produzenten die Bedingungen und Aufgaben ihrer Produktion bewußt werden (. . .). Das bewußte Sein von Produzenten ist die Negation jeder Ideologie.“³⁴ – Soweit die „Produzentengesellschaft“ auch schon „Negation“ jeder Klasse sein kann, erhebt sich kein Einwand; aber was tun, um diesen Zustand zu erreichen und „Kurzschlüsse“, vor denen Haug mehrfach warnt, zu vermeiden? Als Instanzen der Durchsetzung, der Verallgemeinerung des bewußten Seins sind hier allzu abstrakt nur die Produktion selbst und die Wissenschaft als eine ihrer Arten benannt.

Die kommunistische Perspektive ist lebensnotwendig für die Abwendung der immer drohenden Gefahr in der sozialen Bewegung, aktuelle Durchsetzungsformen als alternativlos zu verabsolutieren, ideologische *Prozesse* festzuschreiben, sie der immer von neuem prüfenden Diskussion zu entziehen. Was aber sind die Prüfungskriterien? Wird die politische Organisation der sozialen Bewegung nur so gedacht, als könnte sie schon Teil der kommunistischen Produzentengesellschaft bzw. ihr antizipierendes Abbild sein, – dann würde allerdings ganz logisch folgen, daß sie schon heute keiner Ideologie mehr bedarf.

6. Klassenkampf, „sozialistische Ideologie“ – „wissenschaftliche Ideologie“

Derselben Problematik begegnen wir bei der Analyse des Staates. Engels kennzeichnete ihn als „erste ideologische Macht über den Menschen“ (MEW 21. 302), weil unmittelbare Konsequenz antagonistischer Eigentumsverhältnisse. „Die Gesellschaft schafft sich ein Organ zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen gegenüber inneren und äußeren Angriffen (. . .). Kaum entstanden, ver selbstständig sich dies Organ gegenüber der Gesellschaft, und zwar umso mehr, je mehr es Organ einer bestimmten Klasse wird, die Herrschaft dieser Klasse direkt zur Geltung bringt“ (MEW 21. 302). Eine zweite „ideologische Macht“ ist das diesem Staat als Organ einer Klasse entsprechende Rechtssystem. Konnte an anderer Stelle vermerkt werden, die politischen Illusionen der Völker kämen der Wirklichkeit noch am nächsten (vgl. MEW 3. 39), so erscheinen die juristischen Formen schon als völlig selbständige, vom Produktionsprozeß unabhängige Mächte. Jedoch auch hier gilt, was Engels selbst für die „noch mehr von der

materiellen ökonomischen Grundlage sich entfernende(n) Ideologien, die etwa die Form der Philosophie und der Religion annehmen“, hervorhebt: „Der Zusammenhang der Vorstellungen mit ihren materiellen Daseinsbedingungen (wird) immer verwickelter, immer mehr durch Zwischenglieder verdunkelt. Aber er existiert“ (MEW 21. 30). In allen diesen Formen, vor allem in der politischen, drückt die herrschende oder zur Herrschaft drängende Klasse ihren Anspruch aus, das allgemeine Interesse zu vertreten. Die illusorischen Formen, die dieses Interesse bei den bisher herrschenden Klassen annehmen mußte, nannte Engels „Ideologie“. Lenin hindert dieser Wortgebrauch nicht, das Moment der notwendigen Durchsetzung und Darstellung des allgemeinen Interesses mit demselben Begriff zu bezeichnen, wenn das herrschende Proletariat in den Blick kommt, eben um die Bindung an die materielle Basis und an die handelnde Klasse unmißverständlich hervorzuheben. Und obwohl Lenin das Absterben des Staates als Herrschaftsinstrument nach der russischen Revolution schon als sich abzeichnenden Prozeß sieht, und obwohl er deshalb allen Tendenzen einer Verewigung von Herrschaftsfunktionen vehement entgegentritt³⁵, hindert ihn dies wieder nicht, gerade zur Kennzeichnung des Beginns der neuen Qualität des bewußten Planens und Gestaltens der gesellschaftlichen Verhältnisse vom „Primat der Politik“ zu sprechen. In theoretische Konfusion mündet auch diese Formulierung nicht, weil der Materialismus stets Grundlage der Gesellschaftsanalyse bleibt, daher der allgemeine Primat der Produktionsverhältnisse ganz selbstverständlich weiterhin vorausgesetzt wird³⁶. Von dieser Seite her gesehen, ist sozialistische Politik nichts anderes als „der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik“ (LW 32. 73). Ohne im sozialistischen Staat „politisch richtig an die Sache heranzugehen, wird die . . . Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten und *folglich* auch *ihre Produktionsaufgabe* nicht lösen können“ (LW 32. 74). Die planvolle Regelung der Ökonomie beginnt mit einer langdauernden Experimentierphase, verbunden mit Diskussionsprozessen im sozialistischen Kollektiv, die die Aneignung höchster Sachkenntnis voraussetzen, um ihrerseits produktiv werden zu können (vgl. LW 32. 79). All dies erfolgt seither unter den Bedingungen der Systemauseinandersetzung, in der sich auch dann, wenn die friedliche Koexistenz erreicht ist, der ideologische Klassenkampf fortsetzt. Dabei steigern die bürgerlichen Mächte ihren Einsatz, sie sind ausgestattet mit den größeren materiellen Mitteln und auch ideologisch herrschaftsgewohnt (vgl. z. B. LW 32. 506). So bestätigt diese Realität Lenins These aus der Zeit vorrevolutionärer Kämpfe, daß „jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie. . . zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie“ bedeutet (LW 5. 396).

Wird dadurch am Ende doch die Qualität der Theoriebildung zwangsläufig herabgesetzt? Denn wo alles unter der Dominanz des Kampfes Ideologie gegen Ideologie gesehen wird, könnte sich die Wissenschaft nun doch in eine Zuträgerfunktion versetzt sehen für die sie übergreifenden Ideologien, die mit jeweils unterschiedlichen Graden von Wissenschaftlichkeit auszustatten hätte. So könnten ganz ähnliche Erwägungen schon Engels dazu gebracht haben, in der Aufzählung der drei Grundformen des Klassenkampfes vom Standpunkt des Proletariats aus neben dem ökonomischen und politischen den *theoretischen* zu nennen, nicht etwa den ideologischen. Nun geht es aber auch Engels im angeführten Fall

gerade wieder um die *politische* Dimension der Wissenschaft im Interesse der sozialen Bewegung. Es lohnt sich deshalb, an dieser Stelle zu prüfen, welche Stellung der Wissenschaft im Klassenkampf zugeordnet ist. Engels untersucht die Chancen der deutschen Sozialdemokratie in der Perspektive eines möglichen Übergangs zum Sozialismus. Ein wesentlicher Vorteil des deutschen organisierten Proletariats sei die Verbindung der drei „Seiten“ des Klassenkampfes, die es ihm erlaube, ihn „planmäßig“ und im „Zusammenhang“ zu führen. Dabei legt Engels besonderes Gewicht auf die theoretische Seite, auf die Aneignung der gesamten Wissenschaftstradition durch die Arbeiterbewegung. Seit der Sozialismus selbst Wissenschaft geworden sei, müsse er „auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden“ (MEW 7. 542). Es gelte „verdoppelte Anstrengungen auf jedem Gebiet des Kampfes und der Agitation“ zu unternehmen, auf der Grundlage der Aufklärung „über alle theoretischen Fragen“ (MEW 7. 542). Die gewonnene Einsicht sei „unter den Arbeitermassen mit gesteigertem Eifer zu verbreiten“ (MEW 7. 542). Partei und Gewerkschaften seien unter diesem Vorzeichen „fester zusammenschließen“ (MEW 7. 542). Wir erhalten dasselbe Fazit: Die Wissenschaft wird genutzt als Waffe zur Befreiung der Menschheit; sie wird theoretisches Fundament der auf dieses Ziel gerichteten Praxis. Neu ist ihre sich anbahnende *direkte* Verbindung mit dieser Praxis. Neu ist, daß unterm Vorzeichen der sozialen Bewegung kein Moment der gesellschaftlichen Tätigkeit, einschließlich des Betreibens von Wissenschaft, sich gegen andere Momente weiterhin zu verselbständigenden braucht, daß vielmehr der Klassenkampf, wie Engels es ausdrückt, den „Einklang“ dieser Momente erfordert.

Obwohl Engels hier allein das Fortkommen der sozialen Bewegung im Auge hat, folgt daraus keinerlei äußerliche Fremdbestimmung der Wissenschaft, vielmehr die Einlösung ihres eigenen Wahrheitsanspruchs. Wiederum sind zwei Seiten einer Einheit unter konkreten Bedingungen hervorgehoben: Durchzusetzen ist die wissenschaftliche Einsicht und durchzusetzen ist auf dieser Grundlage der Herrschaftsanspruch der Arbeiterklasse, die als einzige Kraft imstande ist, gemeinsam mit den ihr assoziierten Kräften den gesellschaftlichen Fortschritt allgemein und den der wissenschaftlichen Forschung im besonderen gegen das sozial blinde Privatinteresse zu sichern. Der Kampf für die Durchsetzung dieses Herrschaftsanspruchs wird auf allen Gebieten geführt. Der ideologische Kampf, wie er – Engels' Intentionen von der Sache her durchaus treffend – heute genannt werden kann, ist also keineswegs nur in die Theorie eingeschlossen, er ist schon unabdingbar beim „praktisch-ökonomischen . . . Widerstand gegen die Kapitalisten“ (MEW 7. 541) und erst recht in der politischen Auseinandersetzung. Zusammengefaßt: Es spricht auch angesichts des erweiterten Ideologiebegriffs nichts dafür, Engels' Formulierung zu ändern. Ideologischer Kampf der Arbeiterklasse ist nicht als abgrenzbare „Seite“ des Klassenkampfes zu fassen, weil er als wissenschaftlich begründete, im Kampf gewonnene und genutzte Einsicht *alle* Bereiche durchdringt.

Alle hier ausgebreiteten Elemente des Zusammenhangs von sozialer Bewegung und Bewußtsein von den sozialen Verhältnissen finden sich in Lenins Analysen, die sich übrigens auf eine breite Engels-Rezeption stützen, wieder. Auch ihm mußte es um die Durchsetzung eines bereits gewonnenen Grades po-

litischer Einsicht gehen, auch ihm um die gezielte *Verbreitung* der Wissenschaft. – Konzentriert man das Problem zunächst auf die Klasse, die den Befreiungsprozeß trägt, so lautet es: Wie entwickelt sich Klassenbewußtsein? Lenins bekannte Antwort, die die eben bei Engels verfolgte Argumentation aufnimmt, heißt: Das Klassenbewußtsein des Proletariats erhält seine *politisch-wissenschaftlichen* Bildungselemente „von außen“. Geschichtlich entstanden ist dieses Klassenbewußtsein aus der unmittelbaren Erfahrung der Entgegensetzung von Arbeit und Kapital; die Einsicht aber in die Stellung des Proletariats nicht nur gegenüber dem Kapital, sondern als emanzipatorische Kraft in der Gesellschaft erwächst erst aus der Aufnahme des organisierten Kampfes in *allen* gesellschaftlichen Bereichen, der begründet sein muß auf der Aneignung des notwendig bisher außerhalb des Proletariats entwickelten Wissensvorrats der Menschheit und des wissenschaftlichen Instrumentariums zu seiner Erweiterung. Gerade wenn das „von außen“ in diesem Sinn *nicht* berücksichtigt wird, führt dies zu einer folgenreichen Unterschätzung des geistigen Potentials der Arbeiterklasse. Eben *weil* die Arbeiterklasse, schrieb Lenin, um ihrer „welthistorischen Perspektive“ gerecht werden zu können, das „gesamte () Rüstzeug des menschlichen Wissen“ (LW 6. 155) sich aneignen muß, nimmt sie das „von außen“ Gebrachte in sich auf, verarbeitet es und bildet die dafür notwendigen Kräfte in den eigenen Reihen aus, um die gesellschaftliche Perspektive wieder *nach außen* zu tragen. Diese Entwicklung ist mühsam und vollzieht sich nirgendwo „spontan“. Nicht der Arbeiter *als* Arbeiter erlangt gleichsam automatisch das adäquate Bewußtsein seiner gesellschaftlichen Stellung – wo er es herausbildet, fungiert er als „Theoretiker des Sozialismus“ (LW 5. 395), und das nur soweit, wie es ihm gelingt, „sich das Wissen . . . (seines) Zeitalters anzueignen und dieses Wissen zu bereichern“ (LW 5. 395). Ein solches Bewußtsein duldet auch nicht zeitweise die Beschränkung auf wohlgemeinte Surrogate für „Durchschnittsarbeiter“ (vgl. LW 5. 488). Die Arbeiter selbst müssen dafür sorgen, daß sie nicht von der allgemeinen Wissenschaftsentwicklung getrennt werden, oft gerade von solchen Intellektuellen, die glauben, „für Arbeiter“ genüge es, wenn man ihnen von den Zuständen in der Fabrik erzählt und längst bekannte Dinge widerkäu“ (LW 5. 395).

Die Arbeiterklasse eignet sich nicht allein die *Ergebnisse* der Wissenschaft an, sondern sie muß auch in diesem Bereich sozusagen die *Produktionsverfahren* und die Kontrolle darüber in eigene Regie nehmen. Dies hebt natürlich die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit zunächst nicht auf, ist jedoch ein unabdingbar notwendiger Schritt hin zu dieser Aufhebung, zur Verallgemeinerung der wissenschaftlichen Arbeit, die heute zugleich von der Produktivkraftentwicklung her dringender denn je geboten ist. – Vom Erfordernis der wissenschaftlichen Politik her ließe sich als Synonym für sozialistische Ideologie auch der Begriff „wissenschaftliche Ideologie“ vertreten. Ein solcher Begriff wäre aber wiederum nicht als Formel aus Zitaten der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus zu gewinnen, die ihn aufgrund der anderen Praxisbedingungen, vor die sie gestellt waren, höchstens vorbereitet haben könnten. Er kann selbst vielmehr nur Resultat einer Interpretation sein³⁷.

Bei Berücksichtigung der geschichtlichen Kontinuität der Theoriebildung im Marxismus könnten historisch bedingte Aufgabenschwerpunkte als Aspekte der

einen großen Aufgabe unterschieden werden: Marx und Engels hatten die neue Wissenschaft gegen jede Form der Spekulation durchzusetzen, sie abzugrenzen von *allen* bisherigen „ideologischen Formen“. Lenin sah sich vor der Aufgabe, die in der materialistischen Wissenschaft begründete Politik gegen den politischen Voluntarismus, gegen die revolutionäre Phrase, zu praktizieren. – In unserer Diskussion konzentriert sich die Aufmerksamkeit eher auf die Frage: Wie kommt die Theorie zur Praxis? – Der Begriff „wissenschaftliche Ideologie“ kann die Einheit und den Unterschied der Momente von Theorie und Praxis in Erinnerung halten. Die Wissenschaft verliert dabei nicht ihre Integrität; es werden keine außerwissenschaftlichen Kriterien an sie herangetragen. Die gesellschaftliche Praxis gehört selbst zur Wissenschaft, insofern sie deren Erfahrungsgrundlage und Zwecksetzung ist. Die wissenschaftliche Theorie kann daher nur konsequent betrieben werden in der Einheit mit der Praxis³⁶. Die Perspektive hält fest, daß es diese Einheit für jedes Individuum herbeizuführen gilt, als Grundlage allseitiger Selbstverwirklichung in der Gesellschaft. Im Interesse der Bewegung, die darauf gerichtet ist, ist es notwendig, die Bedingungen des „Einklangs“ von Theorie und sozialistischer Ideologie im Marxismus herauszuarbeiten.

Anmerkungen

1 In der durch die „Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin“ geförderten und daher auflagenstarken Schrift „Von Marx zur Sowjetideologie“ (Berlin/West 1962) wendet Iring Fetscher dieses typische, zwar wissenschaftlich abwegige, gleichwohl wirksame Verfahren in beispielhafter Perfektion an. Während es sonst eher üblich ist, Marx (vielleicht noch Engels) gegen Lenin und die Folgen sprechen zu lassen, dehnt Fetscher das scheinbare Einverständnis viel weiter aus: „Die beste Anweisung zum Verständnis und zur Entlarvung der Sowjetideologie hat kein anderer als W. I. Lenin gegeben: ‚Die Menschen waren in der Politik immer die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen und Interessen dieser oder jener Klasse zu finden.‘ Es gilt auch die Sowjetideologie aus dem Interesse der herrschenden Schicht heraus als eine Apologetik zu verstehen“ (S. 9 f.). – Freilich: mit dem analytisch eindeutigen Klassenbegriff läßt sich die Wirkung nicht herstellen; er muß stillschweigend durch „Schicht“ ausgewechselt werden, um die gewünschte diffuse Anti-Stimmung beim Leser hervorzurufen.

2 George Orwells „Animal Farm“ mit der Geschichte von den „Gleichen“, über die jene herrschen, die noch „gleicher“ sind, verdankt seine Beliebtheit in unseren Schullehrplänen diesem Übertragungseffekt.

3 Zur Funktions- und Wirkungsweise dieses Mechanismus vgl. Wolfgang Fritz Haug: Privatmann und Ursprungsmythos. Die restaurative Hermeneutik bürgerlicher Marx-Engels-Biographien. In: Das Argument Nr. 63, S. 79 ff.

„Von zentraler Bedeutung für die Verwirklichung des Sozialismus ist die Organisation – und doch ist sie nur Mittel, das seinen Zweck erst vor sich hat. So muß die Organisation sich ständig erneut legitimieren, indem sie ihre Praxis demonstrativ in die Tradition des wissenschaftlichen Sozialismus stellt. Sie tut dies angesichts der beständigen Gefahr der Fraktionierung und Spaltung, während zugleich die Bourgeoisie ihre Propaganda auf den Versuch konzentriert, der ihr jeweils am gefährlichsten erscheinenden Richtung und Organisation der Arbeiterbewegung in den Augen der Massen die Legitimation zu entziehen.“ Den Werken Marx, Engels und Lenins komme in diesem Kampf eine „Schlüsselstellung“ zu; im von ihnen erarbeiteten „Kernstück der Theorie“ gründe und rechtfertige sich die

Praxis der Sozialisten. Allerdings gehe es nicht ums „Aufsagen heiliger Texte“, sondern um die Weiterentwicklung von Theorie und Praxis. Gerade deshalb „stellen die sozialistischen Klassiker... auf der Ebene des ideologisch-propagandistischen Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus eine ständig umkämpfte Stellung dar“ (S. 79 f.).

4 Theodor W. Adorno: Wozu noch Philosophie? In: ders.: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt/M. 1963, S. 23.

5 Wolfgang Fritz Haug: Zwei Kapitel über ideologischen Klassenkampf. In: Das Argument 100, S. 926 ff.

Die folgende Problemskizze bezieht sich auf den zweiten, ideologietheoretischen Abschnitt der genannten Studie und das dort verhandelte theoretische Material. Dabei werden einige Diskussionschwerpunkte, die Haug z. T. nur andeutet, herausgestellt, um auf diese Weise ein Arbeitsprogramm sichtbar zu machen, das hier allerdings nur thesenartig begründet werden kann.

6 „Interpretation“ hier im von Friedrich Tomberg herausgearbeiteten Sinn: Nur Theorien gelten zu lassen, die den jeweils aktuellen Erfahrungshorizont wiedergeben, würde bedeuten, die Kontinuität wissenschaftlicher Forschung zu blockieren. „Es ergibt sich daher für die Wissenschaft die widersprüchliche Notwendigkeit, Theorien, die Ausdruck einer vergangenen gesellschaftlichen Realität sind, als gegenwärtig gültige bzw. auf ihre Gültigkeit hin zu überprüfende Theorien und somit als Ausdruck der derzeit gegenwärtig erfahrbaren Realität zu behandeln. Der Widerspruch läßt sich nur durch eine Umwandlung der Theorie selbst lösen. Soll die Theorie in dieser Umwandlung erhalten bleiben, so darf es sich nicht um eine Korrektur handeln, auch nicht um einen Neubau aus den alten Elementen, sondern diese Theorie darf nur so neu gefaßt werden, daß sie in demselben Grad der neuen Realität adäquat ist wie zuvor derjenigen, aus der sie entstanden ist.“ (Friedrich Tomberg: Basis und Überbau. Sozialphilosophische Studien. Neuwied 1974, S. 32).

7 Zur sozialökonomischen Konkretisierung der „rücksichtslosen Kritik“ vgl. auch Marx' Bemerkung: „Die früheren Revolutionen bedurften der weltgeschichtlichen Rückinnerungen, um sich über ihren eigenen Inhalt zu betäuben. Die Revolution des neunzehnten Jahrhunderts muß die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eignen Inhalt anzukommen. Dort ging die Phrase über den Inhalt, hier geht der Inhalt über die Phrase hinaus.“ (MEW 8. 117).

8 Louis Althusser: Marxismus und Ideologie, Berlin/West 1973, S. 161.

9 Ebenda.

10 Ebenda.

11 Vgl. dazu beispielsweise alle jene Passagen bei Lenin, die „bürgerliche“ und „sozialistische“ (bzw. „proletarische“) Ideologie miteinander konfrontieren und den Ausgang des Kampfes gegen die eine von der Stringenz der anderen abhängig sehen (z. B.: LW 5. 350, 5. 395, 6. 155, 6. 165 f., 20. 8).

12 Althusser: Ideologie, a.a.O., S. 161.

13 Diese thesenhaft zugespitzte Darstellung versucht, die *Grundtendenz* der Aufspaltung von Theorie und Praxis in Althussters Ideologietheorie herauszustellen. Angedeutet wurde dieser Mangel bereits in meiner Skizze „Noch einmal: Was ist Ideologie?“ (vgl. Das Argument Nr. 66, 1971, S. 528). – Die Vorgehensweise ist natürlich nicht unproblematisch angesichts Althussters jüngster Wendung zur selbstkritischen „Entdeckung“ der Klassenkämpfe: Stark betont wird hier ein Moment der Kontinuität bei einem Autor, der kaum etwas sonst so deutlich macht wie die Diskontinuität der eigenen Anschauungen. Aber so lehrreich für seine früheren Leser Althussters Absage an den „Theorizismus“ im einzelnen sein mag, so wenig scheint sie die alten Grundannahmen außer Kraft zu setzen. Der Unterschied scheint wesentlich ein Seitenwechsel. Wir begegnen dem Autor z. Zt. kaum noch auf dem Feld der Wissenschaft, sondern vor allem in jenen Denkformen, in denen er den „theoretischen Klassenkampf“ angesiedelt sein läßt, in „Ideologie“ und „Philosophie“. Nach wie vor sind beide Seiten voneinander getrennt; ob die Philosophie „Theorie der theoretischen Praxis“ sein soll oder – neuerdings – „Klassenkampf in der Theorie“ (vgl. Althusser: Elemente der Selbstkritik, Berlin/West 1975, S. 96) – es bleibt dabei, die „philosophische Praxis“ ist nicht Wissenschaft (vgl. z. B. a.a.O., S. 84). Es bleibt auch jener „Einschnitt“, der Marx' Wissenschaft als ideologiefrei weil „antihumanistisch“ vorstellt (vgl.

dazu „Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein?“ in: SoPo Nr. 34/35, 1976, S. 31 ff.). Wissenschaft und Politik finden *auf dem Boden der Wissenschaft* nicht zueinander, wie sehr auch sonst die „Verschmelzung“ von Arbeiterbewegung und marxistischer Theorie betont wird. Diese Vereinigung betrifft eben Ideologie und Philosophie und läßt die Wissenschaft im Grund unberührt. So ändert sich vorerst nicht der Eindruck, daß bei Althusser ein „idealisierender Wissenschaftsbegriff“ dem Marxismus unterschoben worden ist (vgl. H. J. Rheinberger: Die erkenntnistheoretischen Auffassungen Althusser's, in: Das Argument Nr. 94, 1975, S. 951).

14 Vgl. etwa Adornos weiter oben zitierte Kritik, die davon lebt, einen einmal als falsches Bewußtsein definierten Ideologiebegriff auf marxistische Positionen einfach zu übertragen. Vgl. auch J. Habermas, der angesichts seiner Diagnose einer Verallgemeinerung der Ideologie im „technokratischen Bewußtsein“ empfiehlt, man müsse anders als Marx „hinter ein historisch bestimmtes Klasseninteresse zurückgehen (?) und den Interessenzusammenhang einer sich selbst konstituierenden Gattung als solchen freilegen“ (Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, Frankfurt/M. 1968, S. 91). Die Perspektive einer befreiten Menschheit scheint hier wirklich zurückgenommen in die Idee „einer von Herrschaft freien Kommunikation“ (ebenda). Freiheit ist reduziert auf Ideologiefreiheit in der „Reflexion“.

15 Louis Althusser: Lenin und die Philosophie, Reinbek b. Hamburg 1974, S. 24 f.

16 Eine korrekturbedürftige Akzentverschiebung entsteht immer dann, wenn die Ideologietheorie bei Marx und Engels gleichsam als eigenständiges Zentrum der Theoriebildung eingeführt wird – z. B.: „Die weitere Konkretisierung der Kategorie Ideologie verlangte gemäß dem materialistischen Ansatz ein vertieftes Eindringen in das gesellschaftliche Sein.“ (Richard Sorg: Ideologietheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität, Köln 1976, S. 20). Eher doch umgekehrt: aus der Analyse des gesellschaftlichen Seins erwächst auch die Konkretisierung des Ideologiebegriffs.

17 Das Prüfverfahren muß dem Gegenstand angemessen sein, und der Gegenstand heißt Wissenschaft. Vor diesem Hintergrund scheint es kaum sinnvoll, bei der Untersuchung von Begriffsbildungen gewissermaßen regionale Abteilungen des Marxismus zu konstruieren. Namen wie „Sowjetmarxismus“, „Austromarxismus“ oder wie die geographischen Abteilungen auch sonst noch heißen mögen, sagen nichts aus über wissenschaftlichen Wert oder Unwert der zugeordneten Positionen. Gleichermäßen abwegig wäre eine unterscheidende Vorbewertung des theoretischen Gehalts nach dem Kriterium „institutionalisierter“ bzw. nicht institutionalisierter Marxismus. Auf diese Unterscheidung gründet etwa Kolakowski eine ganze Ideologietheorie: Die Entstehungsgeschichte des „institutionellen Marxismus“ demonstriere die „destruktive Wirkung, welche die politische Organisation als solche (!) auf das wissenschaftliche Denken ausübt“ (Leszek Kolakowski: Der Mensch ohne Alternative. Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein, München 1961, S. 28).

18 Auch wenn von „Weiterentwicklung“ ausdrücklich gesprochen wird, fehlt manchmal der Hinweis, worin sie noch bestehen könnte, wenn gerade der Schwerpunkt der Beweisführung auf die angebliche *Identität* der Anschauungen von Marx/Engels und Lenin gelegt wird. Behauptet man z. B. von Marx, „Ideologie waren ihm solche Ideen, deren Grundgehalt letztlich durch die Basis determiniert war“, verschwimmen alle Unterscheidungen (vgl. Gottfried Handel: Bemerkungen zur Interpretation des Ideologiebegriffs von Karl Marx, neu veröff. in: P. C. Ludz (Hrsg.): Soziologie und Marxismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, Neuwied u. Berlin 1972, S. 300 ff.; hier: S. 314). Eine solche Bestimmung, die schlicht für jede Form von Bewußtseinstätigkeit gilt, kann immer nur noch formelhaft wiederholt werden (vgl. a.a.O., S. 319). Auch Lenin hätte demzufolge unter Ideologie nichts anders verstehen können als „solches gesellschaftliches Bewußtsein oder solche Ideen. . . , die . . . letztendlich durch die Basis determiniert sind“ (a.a.O., S. 333). – Einfache Mißverständnisse entstehen z. T. durch unhistorisches Zitieren. Wenn z. B. zur Erhärtung der richtigen Feststellung „Ideologie als Ideologie des Proletariats ist nun nicht mehr falsches Bewußtsein, sondern wissenschaftlicher Ausdruck der realen gesellschaftlichen Bewegungsformen“ das Engels-Zitat dient, die Widerspiegelung ökonomischer Verhältnisse konstituiere „ideologische Anschauungen nur solange (!) sie nicht als

Umkehrung erkannt ist“, so verbindet sich diese entgegengesetzte Verwendung des Ideologiebegriffs nicht erklärungsgelöst zu einer Einheit (vgl. G. M. Tripp: Materialistische Erkenntnistheorie und Ideologie, in: Arnaszus u. a. (Hrsg.): Materialismus. Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt, Köln 1976, S. 82 ff., hier: S. 97 f.). Dieses öfter zu verzeichnende „Rückübersetzen“ vom (nicht entwickelten) *gegenwärtigen* Interpretationsstand her fördert eine vermeidbare Unsicherheit.

19 Vgl. Tomberg: Basis und Überbau, a.a.O., bes. S. 20 ff.

20 Die folgenden Erörterungen fußen, soweit nicht anders vermerkt, auf MEW 13. 8 f.

21 Vgl. z. B.: „Sobald man mit den Kategorien der politischen Ökonomie das Gebäude eines ideologischen Systems errichtet, verrenkt man die Glieder des gesellschaftlichen Systems“ (MEW 4. 131).

22 Die „semantische Verdoppelung“, von der H. C. Rauh spricht, meint die fortbestehenden Begriffsaspekte 1. notwendig falsches Bewußtsein und 2. die allgemeinere Bedeutung eines klassenspezifischen Bewußtseins von den sozialen Verhältnissen. Obwohl bei Rauh das Problem der Bedeutungsentwicklung sehr präzise in den Mittelpunkt gestellt, der Nachvollzug als Arbeitsauftrag benannt ist, suggeriert die „Verdoppelung“ ein beziehungsloses Nebeneinander (vgl. H. C. Rauh: Zur Herkunft, Vorgeschichte und ersten Verwendungsweise des Ideologiebegriffs bei Marx und Engels bis 1844, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 6, 1970, S. 689 ff.; hier: S. 690).

23 Obwohl sich z. B. der Auflösungsprozeß des Kleinbürgertums inzwischen weiter beschleunigt hat, scheint folgende Feststellung noch immer bündnispolitisch bedeutsam: „Die Mittelstände. . . bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen“ (MEW 4. 472; Herv. d. Verf.).

24 In der „Deutschen Ideologie“ sprechen Marx und Engels von der Notwendigkeit der „massenhaften Erzeugung . . . (des) kommunistischen Bewußtseins“ im Zuge der Durchsetzung der sozialen Revolution (MEW 3. 69 f.).

25 Die Marxisten seien die ersten Sozialisten gewesen, „die die Frage aufwarfen, ob eine Analyse nicht nur der ökonomischen, sondern aller Seiten des sozialen Lebens notwendig ist“ (LW 1. 154). Damit verschwindet die metaphysische Trennung von (objektiv bestimmter) Ökonomie und (subjektiv bestimmter) Politik, die bisher in der Gesellschaftsbetrachtung tonangebend war (vgl. LW 1. 126).

26 „Sozial“ hier als Bezeichnung für die reale gesellschaftliche Bewegung gefaßt, die in der Basis ihren Ausgang nimmt und sodann Basis und Überbau durchdringt (vgl. MEW 1. 409).

27 Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin/DDR 1969, Stichwort „Ideologie“ (E. Hahn), S. 202. Die hier vorliegende Bestimmung ist übrigens sehr viel trennschärfer als die Worterklärung des von G. Klaus und M. Buhr hrsgg. „Philosophischen Wörterbuchs“.

28 Dies kommt etwa zum Ausdruck in Paul Sethes oft zitierter kritischer Wendung gegen die Zustände im Pressewesen der Bundesrepublik: „Pressefreiheit bedeutet, daß 200 reiche Leute ihre Meinung drucken lassen können“. Es kommt selbst bei dieser zugespitzten Kritik nicht in den Blick, daß jene 200 „reichen Leute“ eben nicht einfach „ihre Meinung“, sondern in verschiedenen Schattierungen immer die bürgerliche Ideologie drucken lassen. So kommt es, daß in der Bundesrepublik keineswegs 200 ganz verschiedene Meinungen gedruckt werden, eine Vorstellung, die geradezu ideal erschiene gemessen an der Wirklichkeit!

29 Haug, a.a.O., S. 929.

30 Ebenda.

31 Bertolt Brecht: Me-ti. Buch der Wendungen, Frankfurt/M. 1965, S. 24.

32 Vgl. als Beispiele dieser Auffassung des „Verschmelzens“ von Überbauelementen, insbesondere des Staates, mit der Basis den Band „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR“, Berlin/DDR 1969, und die Darstellung von R. Sieber und G. Söder: Politik und Ökonomie im sozialistischen Gesellschaftssystem, Berlin/DDR 1970, wo sich die These findet, der „neue Abschnitt im sozialistischen Aufbau“ bringe es mit sich, daß „die Menschen. . . nicht mehr von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse eingehen“ (a.a.O., S. 18). Im Sozialismus würden die Produktionsverhältnisse, so die Autoren, bewußt und planvoll eingegangen. Gemeint ist freilich gar nicht die *unveränderte* Tatsache des Eingehens der Produktionsverhältnisse, vielmehr die neue Qualität ihrer bewußten *Gestaltung*. – Zur fundierten Korrektur dieser Auffassungen vgl. A. Bauer u. a.: Basis und Überbau in der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1974, S. 30 ff. (Wenn „nicht genügend zum Ausdruck kommt, daß diese Aktivität eben Wirtschaftspolitik ist, nicht ein ‚Wirtschaften‘ schlechthin, so kommt ein Element des Ökonomismus in die Interpretation der Basis-Überbau-Dialektik hinein“, a.a.O., S. 35).

33 Haug, a.a.O., S. 929.

34 A.a.O., S. 930.

35 Vgl. z. B. folgenden Ausschnitt aus einer Rede vor Arbeitern: „Als ich soeben durch den Tagungsraum ging, stieß ich auf ein Plakat mit der Aufschrift: ‚Das Reich der Arbeiter und Bauern wird nimmer enden‘. (. . .) als ich dieses merkwürdige Plakat las, da ging es mir durch den Sinn: Über welch elementare und grundlegende Dinge bestehen doch bei uns Mißverständnisse und falsche Auffassungen. . . , wenn das Reich der Arbeiter und Bauern nimmer enden sollte, so würde das bedeuten, daß es niemals Sozialismus geben wird, denn Sozialismus bedeutet Aufhebung der Klassen; solange aber Arbeiter und Bauern bestehen bleiben, . . . kann es folglich keinen vollen Sozialismus geben.“ (LW 32. 278).

36 Zur Bedeutung des Begriffs „Primat“ vgl. auch Bauer, a.a.O., S. 35.

37 Lenin nannte fast ausnahmslos das *soziale* Unterscheidungskriterium zu bürgerlichen Formen, also „proletarische“ bzw. „sozialistische“ Ideologie. Der einzige Zitatbeleg, der immer wieder herangezogen wird, bezieht sich bezeichnenderweise keineswegs auf die sozialistische Ideologie, sondern setzt vielmehr wissenschaftliche Ideologien (Plural!) in der Geschichte ab gegen grundsätzlich wissenschaftsferne ideologische Formen wie die Religion. (vgl. LW 14. 131). – Dies ist überhaupt ein Punkt, der in der Marx/Engels- und Lenin-Interpretation zu beachten ist: Der Ideologiebegriff wird benutzt zur Kennzeichnung des herrschenden Klassenbewußtseins im Singular und gleichzeitig auch zur Differenzierung zwischen verschiedenen Teilideologien in der bürgerlichen Gesellschaft, die dem Klassenantagonismus von Bourgeoisie und Proletariat untergeordnet sind.

38 Vgl. Friedrich Tomberg: Bürgerliche Wissenschaft. Begriff, Geschichte, Kritik, Frankfurt/M. 1973.

Rolf Nemitz

Technik als Ideologie

- I. Gegenstand und Methode
- II. Objektive Gedankenform: Fetischcharakter der Maschinerie
- III. Einseitige Auflösung des Widerspruchs: Der Streit um die Technik
- IV. Konstruktion des Ideologems: Abstraktion vom Lebensnotwendigen
- V. Theoretische Plausibilität: Metaphorischer Marxismus
- VI. Standpunkt und Perspektive als Bedingungen des Ankommens: Bedrohung des Privatmenschen
- VII. Die Haltung: Geistiger Maschinensturm

I. Gegenstand und Methode

Die folgende Untersuchung ist Kritik zunächst insofern, als bestimmten Auffassungen ein Anspruch auf Wahrheit bestritten wird. Aber radikale Kritik erfolgt nicht nur durch die Konfrontation von Falschem mit Richtigem oder das Zurückweisen herrschaftsstabilisierender Effekte. Umfassende Kritik erfordert zugleich die Untersuchung von Entstehungs- und Funktionsweise (vgl. Haug 1976 a, S. 191). Da ein solcher Anspruch zu hoch ist, als daß er hier eingelöst werden könnte, müssen Einschränkungen gemacht werden. Die Analyse konzentriert sich auf einen einzigen Baustein eines weiträumigen Gedankengebäudes – allerdings einen Grundstein: auf den topos von „Technik als Herrschaft“ in der Bedeutung, die er in einer Reihe von der Kritischen Theorie verpflichteten Arbeiten hat (gewissermaßen als gegenständliche Seite ihrer Kritik der „instrumentellen Vernunft“). Eine gewisse Vollständigkeit ist zwar angezielt, aber nicht im Detail, sondern im Hinblick auf die für eine Analyse überhaupt zurückzulegenden Schritte, die deshalb notgedrungen oft nur angedeutet werden. Das Interesse galt mindestens genau so wie dem Gegenstand dem Verfahren zu seiner wissenschaftlichen Bearbeitung. Es orientiert sich an W. F. Haugs Bewußtseins-Analysen, deren Zusammenhang aus einer methodischen Skizze in der Einleitung zur zweiten Auflage seiner „Kritik des Absurdismus“ leicht ersichtlich ist (Haug 1976 b, S. XXXIII). Das Interesse am Gegenstand ist motiviert durch eine anstößige Erfahrung: Daß Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sich widersprüchlich entwickeln, dürfte zu den bekanntesten marxistischen Lehrsätzen gehören. „No admittance except on business“ steht jedoch bis heute an den Fabriktoren, auch für Marxisten, weshalb über das, was sich dahinter tut, meist sehr abstrakte Vorstellungen herrschen. Sie erweisen sich als widerständig und müssen begriffen werden, um voran zu kommen. Ich beschränke mich dabei auf die Analyse der theoretischen Verarbeitung ausschließlich der materiellen Seite der Produktivkraftentwicklung: der Produktionsmittel (im folgenden synonym mit „Technik“ oder „Maschinerie“ verwandt). Die Untersuchung der Technik-

Kritik gerade der Kritischen Theorie, ist, trotz deren Bedeutungsverlusts bzw. ihrer Veränderung durch Habermas, gerechtfertigt u. a. durch die anhaltende Rezeption und die Traditionsbildung, die Marcuses Begründung des topos von „Technik als Herrschaft“ für die Frankfurter Schule im „Eindimensionalen Menschen“ (engl. 1964, dt. 1976; zwischen 1970 und 1975 wurden von der deutschen Taschenbuchausgabe immerhin 70 000 Exemplare verkauft) seither erfahren hat: Die Arbeiten von Hans-Dieter Bahr, „Kritik der politischen Technologie“ (1970) (u. a. von Marcuse u. A. Schmidt herausgegeben) und „Die Klassenstruktur der Maschinerie“ (1973), und von Georg Christoph Tholen, „Technischer Fortschritt als Gewalt und Ideologie“ (1975) (mit einem Vorwort von Bahr), sind mehr oder weniger Ausführungen zu Marcuses Skizze. Die unverminderte Aktualität zeigt Otto Ullrichs „Technik und Herrschaft“ (1977), die ebenfalls auf Marcuses Technik-Kritik aufbaut.

II. Objektive Gedankenform:

Fetischcharakter der Maschinerie

Der gesellschaftliche Charakter der menschlichen Arbeit – als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit – erscheint, wo Privatbesitz herrscht, erst nach der Produktion, im Tausch der produzierten Dinge, als ihr „Wert“. Die gesellschaftliche Eigenschaft der menschlichen Arbeitskräfte, Elemente der gesellschaftlichen Gesamtarbeitskraft zu sein, erscheint als Eigenart der Dinge, besonders schlagend als die ebenso geheimnisvolle wie offensichtliche Macht der Geld-Dinge. Dieser als „Fetischcharakter“ der Ware und des Geldes berühmt gewordene Zusammenhang verweist nicht etwa auf ein Bewußtsein, das einfach irrig wäre: Es hat ja recht, ein Blick in den Wirtschaftsteil einer Zeitung zeigt schnell, daß die Menschen ihre Produktion wirklich nicht in der Gewalt haben, daß die Ergebnisse ihres Tuns sich von ihnen ablösen, sich nach Gesetzen bewegen, von denen sie wie von einem blinden Schicksal beherrscht werden. „Was ‚verkehrt‘ ist, ist nicht das Bewußtsein, sondern die Gesellschaft.“ (Haug 1976 a, S. 171). Die sachliche Form, die der gesellschaftliche Charakter der Arbeit bei privat-arbeitsteiliger Produktion annimmt, nennt Marx „objektive Gedankenform“: „objektive soziale Gegebenheiten, die aber unabtrennbar davon zugleich Formen des Bewußtwerdens dieser sozialen Gegebenheiten sind.“ (Haug 1976 a, S. 172).

Der Doppelcharakter der Produkte – zugleich Gebrauchswert und gesellschaftliches Wert-Ding – greift um sich, indem sich die Warenproduktion entwickelt. Die Arbeitskraft wird zur Ware. Die jahrtausende alte Ausbeutung arbeitender Menschen durch nicht-arbeitende bekommt jetzt einen merkwürdig sachlichen Charakter, die demokratische Form einer freiwilligen Vereinbarung zum Tausch gleicher Werte. Es sind Sachen, die dieses Kunststück vollbringen, die Produktionsmittel – aber nicht an sich, sondern durch die besondere Art der gesellschaftlichen Verfügung über sie: als monopolisiert in der Hand eines Teils der Gesellschaft, dem eine Mehrheit produktionsmittellos gegenübersteht, Privateigentümer ohne Eigentum – außer sich selbst. Dieses Produktionsarrangement von lauter freien Privatleuten, wobei einige freilich die entscheidenden Dinge in

der Hand haben, prägt diesen Dingen neuartige gesellschaftliche Eigenschaften auf.

Die Macht der einen Klasse über die andere liegt im Besitz dieser Produktionsmittel begründet, sie erst ermöglichen die Aneignung fremder Arbeit. Die Macht der Produktionsmittel ist unabhängig von dem, der sie besitzt: vielmehr ist der Besitzende von ihnen abhängig, ohne sie gilt er genauso viel wie alle anderen Nicht-Besitzenden. Das Produktionsmittel ist sachlicher Träger des Produktionsverhältnisses, „Träger des Kapitals“ (MEW 23, S. 425).

„Die formale Verselbständigung dieser Arbeitsbedingungen gegenüber der Arbeit . . . ist dann eine von ihnen als Dingen, als materiellen Produktionsbedingungen untrennbare Eigenschaft, ein ihnen als Produktionselementen notwendig zukommender, immanent eingewachsener Charakter. Ihr durch eine bestimmte Geschichtsepoche bestimmter sozialer Charakter im kapitalistischen Produktionsprozeß ist ein ihnen naturgemäß, und sozusagen von Ewigkeit her, als Elementen des Produktionsprozesses eingeborner dinglicher Charakter.“ (MEW 25, S. 833)

Auch das Bewußtsein von der Macht dieser Produktionsbedingungen – nicht nur über die Produzenten, sondern auch über die Eigentümer – basiert auf einer „objektiven Gedankenform“; das Produktionsmittel als Kapital ist „zugleich Form des gesellschaftlichen Seins und Form des bewußten Handelns“ (Haug 1976 a, S. 172). Die Verhältnisse zwischen den Menschen werden ja wirklich nicht von ihnen selbst beherrscht, sondern von der verselbständigten Verwertung des Werts. Dem „Fetischcharakter der Ware“ und des „Geldes“ als objektiven Gedankenformen ist die vom „Fetischcharakter des Kapitals“ hinzuzufügen. Die Widerspiegelung dieses Fetischcharakters im Bewußtsein hat so viele Formen, wie das Kapital selbst. Das eine Extrem bildet das zinstragende Kapital: „Im zinstragenden Kapital erreicht das Kapitalverhältnis seine äußerlichste und fetischartigste Form“ (MEW 25, S. 404), als Geld, das mehr Geld erzeugt, „unabhängig von der Reproduktion“ (MEW 25, S. 405). Auf dem anderen Pol steht das industrielle Kapital, angelegt vor allem in Produktionsmitteln, dem Geheimnis des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital am nächsten.

Der Fetischcharakter des industriellen Kapitals erscheint als Macht der Produktionsmittel über die Menschen in der „objektiven Gedankenform“ des „Maschinenfetischs“. Die Verlebendigung der Maschinerie, die Naturalisierung gesellschaftlicher Eigenschaften der Produktionsmittel – wie sie sich etwa in der Literatur seit Beginn der industriellen Revolution bis heute belegen läßt (von Goethes „wie ein Gewitter“ sich heranwälzendes, „überhand nehmendes Maschinenwesen“ (Wilhelm Meister, zit. nach Metscher 1976, S. 119), bis zum „Aufstand der Roboter“, den eine ganze species von Science Fiction zum Thema hat) – basiert demnach nicht einfach auf der Tradierung eines topos, sondern wie dieser überhaupt auf der Tatsache, daß das „Maschinenwesen“ tatsächlich wie eine Naturkraft außer menschlicher Kontrolle ist. Einige Beispiele sollen die Allgegenwärtigkeit des „Maschinenfetischs“ in Erinnerung rufen.

Man ist schon zu sehr daran gewöhnt, um sich über eine – beliebig herausgegriffene – Formulierung wie die folgende zu wundern: „Eine Gruppe dicker Teufel, turmhoch, schwelend, die Hochöfen, umschnürt von Eisengürteln, zuweilen Feuer gegen den Himmel speiend.“ Sie ist entnommen einem Roman, dessen

Handlung selbst durch den Fetischcharakter der Produktionsmittel strukturiert ist: Bernhard Kellermans „Der Tunnel“ (1913, S. 59), ein Heldenlied auf den Unternehmer-Ingenieur, das den Bau eines Tunnels schildert als Zweikampf zwischen ihm und „dem“ Tunnel, Sach-Gestalt des als größte Kapitalgesellschaft der Welt vorgestellten „Atlantic-Tunnel-Syndikats“. Die Ehefrau des Helden „haßte den Tunnel, denn er war stärker gewesen als sie! . . . Eines Tages mußte ihn der Tunnel doch wieder freigegeben!“ (ebd., S. 52) – „Schöpfer des Tunnels, war er zu seinem Sklaven geworden“ (ebd., S. 196). Muß hier nicht eine Regression zu längst vergangenen aniministischen Denkformen vermutet werden? Aber wie kann es sein, daß ein Güterzug als „schwarzer, heulender und gellender Dömon“ beschrieben wird (ebd., S. 36), wo diese Maschine doch bis ins letzte begriffen und durchkonstruiert ist, Inbegriff einer wissenschaftlich geleiteten Produktionspraxis? In grauer Vorzeit mag das Produktionsmittel noch mit allerlei geheimnisvollen Kräften beseelt gewesen sein, aber spätestens seit der industriellen Revolution hat das Licht der Wissenschaft dies Dunkel aufgeklärt. Der Tunnel-Ingenieur in Kellermans Roman ist denn auch kein Magier oder Träumer, sondern ein kühler Kopf, unempfänglich für die „Hypnose der Musik“ (ebd., 13), ein naturwissenschaftliches, organisatorisches und nicht zuletzt finanzielles Genie, die Verkörperung von Tatkraft und Bewußtheit. Es zeigt sich eine zerrissene Welt: eine Welt, in der der Mensch vermittels wissenschaftlich hergestellter Maschinen und wissenschaftlicher Arbeitsorganisation ungeheure Pläne zur Beherrschung der Natur und der Gesellschaft in die Tat umsetzt, eine andere, in der die Produkte menschlicher Erfindungskraft als Dämonen erscheinen, die alle Pläne zu vernichten drohen. Der objektiven Gedankenform „Maschinenfetisch“, der Macht der Produktionsmittel über die Menschen, widerspricht die genauso objektive und allgemein bewußte Tatsache, daß die Menschen diese Maschinen planmäßig hergestellt haben, nicht die Maschinen die Menschen. Dem Widerspruch liegt der Doppelcharakter der Produktionsmittel zugrunde, einerseits Mittel zur Herstellung von Gebrauchswerten, andererseits Kapital, Wert zur Verwertung des Werts zu sein, letztlich also die widersprüchliche Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen.

III. Einseitige Auflösung des Widerspruchs: Der Streit um die Technik

Die Verarbeitung dieser widersprüchlichen Bewußtseinsformen, in denen sich die widersprüchliche Struktur des sozialen Lebens widerspiegelt (vgl. Haug 1976 b, S. XXXIII), kann unterschiedliche Formen annehmen, je nach historischer Entwicklung und sozialer Lage. Zur Analyse der „objektiven Gedankenformen“ muß deshalb die Untersuchung des konkreten Entwicklungsstands des zugrundeliegenden Widerspruchs hinzukommen – welche konkrete Gestalt haben die Produktionsmittel angenommen? – welche ihr Kapitalcharakter? – welche der Widerspruch zwischen beiden? Die wichtigsten sozialen Gruppen, deren besondere Verarbeitungsformen des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Brennpunkt der Maschinerie zu verfolgen wären, sind die Arbeiter selbst, die die Maschinen produzieren und an ihnen arbeiten,

die Ingenieure, bei denen die geistigen Potenzen der Maschinenkonstruktion zum größten Teil zusammengezogen sind (vgl. Hortleder 1970), die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie, als Agenten des Verwertungsprozesses, als „Anwender“ von Arbeitern und Maschinen. Wichtig wären hier vor allem die Unterschiede zwischen dem Teil der Bourgeoisie, der die Produktivkraftentwicklung vorantreibt, und dem Teil der Kleinbourgeoisie, der im Verlauf der Produktivkraftentwicklung ruiniert wird. Die wichtigsten historischen Entwicklungsstufen der Produktionsmittel wären: die Entstehung der Großen Industrie (vgl. Klingender 1974), Große Industrie, Fordismus und Taylorismus, Automation. Das Material bietet sich in verschiedenen Medien und Bewußtseinsformen dar: in bildender Kunst (vgl. etwa Industrie und Technik in der deutschen Malerei, 1969), Literatur (vgl. etwa Bullivant/Ridley 1976), Philosophie (vgl. etwa Ley 1971, Bohring 1976) usw. Wir können hierauf nicht näher eingehen; es dürfte aber klar sein, daß die unterschiedlichen Verarbeitungsformen des Maschinenfetischs gezwungen sind, nicht nur zur Sache, sondern auch zueinander zu sprechen. Es entbrennt ein „Streit um die Technik“ (so der Titel des Hauptwerks des Technik-Philosophen Dessauer). Im folgenden sollen wenigstens einige allgemeine Bestimmungen über die Logik dieses Streits gegeben werden. Er ist strukturiert durch eine einseitige Auflösung des Widerspruchs der objektiven Gedankenformen. Die einen halten sich an die Merkmale des Produktionsmittels im Arbeitsprozeß als Mittel zur immer planvolleren Beherrschung der Welt – Technik als Inbegriff der „Schöpferkraft“ des Menschen (Dessauer) –, die anderen verweisen dagegen auf die Charaktere der Produktionsmittel, die ihnen im Verwertungsprozeß zukommen: „Der Herr der Welt wird zum Sklaven der Maschine.“ (Spengler) „Die Kreatur erhebt sich gegen ihren Schöpfer.“ (Berdjajew; beide zit. nach Popitz/Bahrdt/Jüres/Kesting 1957, S. 17) Eine Basis des Streits ist die „Ungleichzeitigkeit“, die Koexistenz verschiedener Entwicklungsstufen der Produktionsmittel (ein Vorgang, der für das Verhältnis von „Amerikanismus“ und Kulturkritik von Lethen untersucht wird, 1975, S. 19 ff.).

Die Zerlegung des Widerspruchs im Streit der Interessen ist jedoch nicht trennscharf. Auch wo einseitig am Arbeitsprozeß festgehalten wird, wird vom Fetischcharakter dieses Dings, von seiner Unbeherrschbarkeit und Selbständigkeit kaum jemals vollständig abstrahiert. Die „objektive Gedankenform“ des „Maschinenfetischs“ klebt dem Produktionsmittel an, und nur die wissenschaftliche Analyse kann den Zusammenhang – und die Trennung – beider Seiten genau darstellen. Dieser Fetischcharakter erscheint auch bei den Kritikern der kulturpessimistischen Technik-Dämonisierung als – positiv aufgefaßte – Beseelung der Produktionsmittel oder als ein unauflöslicher Rest von Irrationalität. Die wichtigste soziale Gruppe, die Technik als Produktionsmittel gegen ihre Dämonisierung durch die Kulturkritiker ausspielt, sind die Ingenieure; ihre größte Organisation, der VDI (vgl. Hortleder 1970), organisiert auch den ideologischen Streit um eine positive Technik-Auffassung. Doch selbst der langjährige Geschäftsführer der VDI-Hauptgruppe „Mensch und Technik“, Klaus Tuchel, kommt zu Äußerungen wie dieser, daß „die Technik nur aus dem Miteinander von rationaler Zweckbestimmtheit und irrationaler Daseinsvollzug zu verstehen“ sei (zit. nach Bohring 1976, S. 190). Für die positive Wendung der Tech-

nik-Beseelung ist bezeichnend der Technik-Kult der Futuristen – „ein aufheulendes Auto . . . ist schöner als die Nike von Samothrake“ (Zit. nach Baumgarth 1966, S. 26) –, für die Produktionsmittel vor allem Verkörperung von Geschwindigkeit und Bewegung sind: sich selbst bewegende Maschinenfetische. Marinetti: „Wir erklären, daß sich die Herrlichkeit der Welt um eine neue Schönheit bereichert hat: die Schönheit der Geschwindigkeit . . . die breitbrüstigen Lokomotiven, die auf den Schienen wie riesige, mit Rohren gezäumte Stahlrosse einherstampfen und den gleitenden Flug der Flugzeuge, deren Propeller wie eine Fahne im Winde knattern und Beifall zu klatschen scheint wie eine begeisterte Menge“ (aus dem „Manifest des Futurismus“, zit. nach Baumgarth 1966, S. 26 f.). Die Zerlegung des Widerspruchs von Technik als Mittel rationaler Weltbeherrschung und als irrationalem Weltbeherrscher im Streit der Interessen führt allenfalls zu einer Umakzentuierung und Umwertung – die den Dingen tatsächlich anklebenden sozialen Charaktere kann sie nicht abstreifen.

IV. Konstruktion des Ideologems:

Abstraktion vom Lebensnotwendigen

Wir kommen jetzt zur näheren Analyse, wie im Gefolge der Frankfurter Schule die Widersprüche der mit Technik gegebenen objektiven Gedankenformen verarbeitet werden. In der Vorrede zum „Eindimensionalen Menschen“ stellt Marcuse seine Technik-Theorie vor, derzufolge die Technik selbst, in ihrer Naturalgestalt, Herrschaft sei. Er stellt fest, daß

„der traditionelle Begriff der ‚Neutralität‘ der Technik nicht mehr aufrechterhalten“ werden könne. „Technik als solche kann nicht von dem Gebrauch abgelöst werden, der von ihr gemacht wird; die technologische Gesellschaft ist ein Herrschaftssystem, das bereits im Begriff und Aufbau der Techniken am Werke ist. . . Als ein technologisches Universum ist die fortgeschrittene Industriegesellschaft ein *politisches* Universum – die späteste Stufe der Verwirklichung eines spezifischen geschichtlichen *Entwurfs* – nämlich die Erfahrung, Umgestaltung und Organisation der Natur als des bloßen Stoffs von Herrschaft.“ (Marcuse 1967, S. 18)

Die These von der „Herrschaftstechnik“ wird im Zusammenhang einer Theorie des Produktionsprozesses entwickelt. Er erscheint als „Erfahrung, Umgestaltung und Organisation der Natur als des bloßen Stoffs von Herrschaft“ (ebd.). Was ist damit gemeint? Zunächst einmal die unbestreitbare Tatsache der Beherrschung der Natur durch den Menschen. Wie jedes Lebewesen, ist auch der Mensch gezwungen, sich fortwährend Naturstoffe einzuverleiben. Seine besondere Weise des Stoffwechsels mit der Natur gründet sich auf „Naturbeherrschung“: indem er die Naturstoffe im Arbeitsprozeß mit Hilfe von Arbeitsmitteln in eine seinen Bedürfnissen entsprechende Form bringt. Die Erfahrungen im Umgang mit der Natur werden in den Produktionsmitteln vergegenständlicht; eine die Jahrtausende menschlicher Naturbearbeitung zusammenschließende Erfahrungsakkumulation in den Produktionsmitteln ermöglicht gesellschaftliche Entwicklung durch immer perfektere Beherrschung der Natur (vgl. MEW 3; Holzkamp 1973; Holzkamp-Osterkamp 1975 und 1976).

Bei Marcuse erscheint der Arbeitsprozeß in eigentümlich verkürzter Form: Das Moment der Naturbeherrschung ist aus dem wirklichen Zusammenhang im

Reproduktionsprozeß menschlichen Lebens herausgelöst. Der Mensch beherrscht die Natur ja nicht wie Frankenstein aus einem „brennenden Verlangen, in die Geheimnisse der Natur einzudringen“ (zit. nach Foerster, 16) oder aus Gehorsam gegenüber dem göttlichen Gebot: „Macht Euch die Erde untertan!“ Naturbeherrschung ist nicht Ziel, sondern Mittel zur Produktion von Gebrauchswerten, ohne deren Konsumtion menschliches Leben untergehen müßte. Wenn „Natur als bloßer Stoff von Herrschaft“ behauptet wird, ist darin von allem abstrahiert, was Naturbeherrschung erst begründet. Durch falsche Abstraktion vom Wesentlichen, nämlich vom Lebensnotwendigen, wird Naturbeherrschung zu einem „spezifischen geschichtlichen Entwurf“, einem „Projekt“, Ergebnis „einer ursprünglichen Wahl“, wie Marcuse im Anschluß an Sartre formuliert (Marcuse 1967, S. 231). Die Abstraktion begründet eine Art von „idealistischem Materialismus“: Ausgangspunkt ist zwar die menschliche Arbeit, aber nicht als wirkliche Voraussetzung menschlichen Lebens, sondern als von den Menschen willkürlich – und irrtümlich – zu Grunde Gelegtes.

Diese Darstellung des Arbeitsprozesses schließt eine Deutung des Menschen und der Natur ein. Der Mensch erscheint als Unterdrücker, die Natur als Unterdrücktes. Subjekt aber sind nicht wirkliche Menschen mit ihren Lebensinteressen, sondern ein hinter ihnen stehendes abstraktes Naturbeherrschungsinteresse. Eigentlich human erscheint nur die Natur, sie ist unterdrücktes „Natursubjekt“, dem die Anteilnahme des Theoretikers gilt. (Das Plädoyer für Tierschutz, bei fast allen Theoretikern der Frankfurter Schule anzutreffen, hat hier seinen Ort, von Horkheimer/Adornos Forderung nach „Solidarität mit der Kreatur“ (Horkheimer/Adorno 1947, S. 303) – etwa mit dem Kaninchen, daß „durch die Passion des Laboratoriums“ geht (ebd., S. 21) –, bis zu Alfred Schmidts Wunsch, daß Tierschutz „nicht länger als eine Art privater Schrulle gilt“ (Schmidt 1962, S. 135) und Bahrs „Erinnerung an das zerschundene Arbeitstier . . . , das als Problem der gequälten Natur nicht mit einer Handbewegung . . . beiseite geschoben werden kann“ (Bahr 1970, S. 26)).

Betrachten wir, was bei der Reduktion des Arbeitsprozesses auf Naturbeherrschung aus ihm geworden ist, so stoßen wir auf eine merkwürdige Subjekt-Objekt-Verkehrung: Subjekt des Naturbeherrschungsprozesses ist eine menschlichen Lebensinteressen entfremdete Herrschafts-Instanz, anonym und unbegreifbar.

Das Natur-Objekt ist das eigentliche Subjekt, dessen Befreiung das Interesse gilt. Dieses Arrangement hat Fetisch-Struktur: Die von den Menschen zum Lebens-Zweck entwickelte Naturbeherrschung verselbständigt sich und unterdrückt das Leben, das es doch befördern soll. Das Ganze ist nichts weiter als eine ideologische Verarbeitung der kapitalistischen Weiterentwicklung der „zweiten Eigentümlichkeit der Äquivalentform“ (MEW 23, S. 73): Der Arbeitsprozeß wird zur Erscheinungsform seines Gegenteils, des Verwertungsprozesses. Die theoretische Verarbeitungs-Leistung besteht darin, daß durch die Herauslösung aus dem wirklichen Lebensprozeß die Naturbeherrschung die Struktur des Verwertungsprozesses bekommt.

In diese Verarbeitung der „objektiven Gedankenformen“ des kapitalistischen Produktionsprozesses wird nun die Verarbeitung des „Maschinenfetischs“ eingebaut. Technik erscheint bei Marcuse als „Universum von Mitteln“ (Marcuse 1967, S. 247), aber nicht von Produktionsmitteln, sondern von „Mitteln an sich“ (ebd., S. 182); Bahr spricht von einer „An-sich-Technik“, einer „Maschinerie an sich“ (Bahr 1970, S. 64). Damit ist gemeint, daß sie für beliebige Zwecke einsetzbar sei. Die Konstruktion der „Maschine an sich“, die sich für alle Zwecke prostituieren läßt, folgt logisch aus der Umdeutung des Arbeitsprozesses in einen abstrakten Naturbeherrschungsprozeß. Würde dort von der elementaren Tatsache abgesehen, daß der Arbeitsprozeß auch unter der Herrschaft des Verwertungsprozesses auf die Produktion von Gebrauchswerten hinauslaufen muß, braucht dies auch bei Betrachtung der Produktionsmittel nicht weiter zu kümmern – sie erscheinen nicht als Mittel zur Herstellung konkreter Dinge durch konkrete Naturbearbeitung, sondern als Mittel zur Naturbeherrschung „an sich“. Marcuse stellt diesen Zusammenhang so her:

„Der wissenschaftliche Begriff einer allseitig kontrollierbaren Natur entwarf Natur als endlose Materie in Funktion, als bloßen Stoff von Theorie und Praxis. In dieser Form ging die Objektwelt in den Aufbau eines technologischen Universums ein – eines Universums geistiger und materieller Instrumente, von Mitteln an sich.“ (Marcuse 1967, S. 182)

Indem der Arbeitsprozeß als dem Verwertungsprozeß strukturgleich konstruiert wird, passiert dasselbe mit dem Produktionsmittel: es erscheint in der Struktur des Verwertungsmittels. So wie dem Wert alles nur Verwertungsmittel ist und jeder Mehrwert-Zweck, einmal erreicht, zum Verwertungsmittel wird – worin sich das Herrschaftsverhältnis des Kapitals über die Lohnarbeit betätigt –, erscheint das Produktionsmittel als Mittel ohne bestimmten Zweck an sich selbst – als „Mittel an sich“ und insofern als Herrschaftsverhältnis. Der Widerspruch zwischen dem Produktionsmittel im Arbeits- und im Verwertungsprozeß wird so eingeebnet, seine widersprüchlichen Gedankenformen als konform erklärt.

Angesichts der banalen Tatsache, daß man mit einer Bohrmaschine keine Brötchen backen kann, erscheint die Konstruktion eines „Mittels an sich“ – wie wohl logisch aus der „Naturbeherrschung an sich“ ableitbar – als abenteuerlich. Die konkreten Beispiele, die Bahr für die Zweckbeliebigkeit der Maschinerie anführt, blamieren denn auch den abstrakten Gedanken. Bahr spricht von der Notwendigkeit, daß die „kapitalistische Technik“ in ihrer „instrumentellen Anwendung“ eine „bestimmte Breite haben“ müsse, beispielsweise sei „ein Fahrzeug . . . gegenüber verschiedenartigen Zwecken ‚offen‘ zu konstruieren“, um „es etwa zum Lastentragen ebenso verwenden zu können, wie zum Lastenziehen“ (Bahr 1970, S. 59 f.). Abgesehen davon, daß der Mehrzweckcharakter weder typisch kapitalistisch ist – bereits ein Faustkeil läßt sich für verschiedene Zwecke einsetzen –, und abgesehen von der enormen Bedeutung des Spezialmaschinenbaus im Kapitalismus, ist natürlich ein Mehrzweckgerät immer noch kein Allzweckgerät, nicht „Mittel an sich“. Eine Maschine ohne bestimmte eingebaute Zwecke ist kaputt oder Kunst.

V. Theoretische Plausibilität: Metaphorischer Marxismus

Es soll deshalb im nächsten Schritt untersucht werden, wie es gelingt, die bei der Einebnung der Widersprüche des Produktionsmittels im Arbeits- und Verwertungsprozeß entstehenden Ungereimtheiten zu kaschieren. Wie wird die Konstruktion der „Herrschaftstechnik“, des „Mittels an sich“ plausibel und erscheint als nachvollziehbares Ergebnis theoretischer Arbeit?

Ein wichtiges Mittel, verschiedene Lebensbereiche zusammenzubringen, ist die Metapher (was etwa bei der Konstruktion von Witzen zur Anwendung kommt). In bildlicher Redeweise wird das, was bezeichnet werden soll, in Worte gefaßt, die einem anderen Lebensbereich entstammen. Entgegengesetztes kann deshalb mit einem Wort identisch gesetzt werden, wenn es gelingt, Ausdrücke zu finden, die gleichzeitig für Entgegengesetztes verwandt werden. Von dieser Möglichkeit machen die Konstrukteure einer „Herrschaftstechnik“ ausgiebig Gebrauch. Das Verfahren sei beleuchtet am Beispiel des Begriffs „Herrschaft“ selbst. In der Alltagssprache wird er zugleich für das Verhältnis Mensch – Natur wie für Beziehungen zwischen Klassen verwendet. Das ist nichts Besonderes, die Alltagssprache ist durch und durch metaphorisch, und obwohl dies den wenigsten Sprechern bewußt sein dürfte, verwirren sie in ihrer Sprachpraxis doch nur selten die verschiedenen Bedeutungen. Das Scharnier, das die beiden Bedeutungen von Herrschaft (es gibt noch mehr, etwa in einer Wendung wie „es herrscht große Freude“) zusammenhält, sind gewisse Bedeutungsgemeinsamkeiten (hier etwa „Einfluß auf etwas haben“). Zwangsläufig wird bei dieser Gemeinsamkeit vom Wesentlichen abgesehen, nämlich von dem gravierenden Unterschied, ob ich Menschen oder Naturprozesse in der „Gewalt“ habe. Marcuses Begründung, warum das „Herrschaftssystem . . . bereits im Begriff und Aufbau der Techniken am Werk ist“: nämlich aufgrund der „Erfahrung, Umgestaltung und Organisation der Natur als bloßen Stoff von Herrschaft“ (Marcuse 1967, S. 18), gewinnt seine Plausibilität aus dieser metaphorischen Doppeldeutigkeit. Ersetzt man das Wort „Herrschaft“, verschwindet der Schein einer Erklärung, etwa wenn man sagen würde, die Ausbeutungsgesellschaft sei im Aufbau der Techniken selbst am Werk, weil die Technik auf der Kenntnis und Anwendung von Naturgesetzen beruht. Erst die Metapher „Herrschaft“ macht die Ineinssetzung der widersprüchlich sich entwickelnden Seiten des Produktionsprozesses plausibel.

Die Berufung auf Marx ist – bei aller Kritik – charakteristisch für die Kritische Theorie. Die Berufung auf Marx beim Gleichsetzen von Natural- und Kapitalform der Produktionsmittel muß allerdings schwer fallen, hielt Marx doch den dieser Unterscheidung zugrundeliegenden Doppelcharakter der Arbeit für nichts weniger als den „Springpunkt . . . , um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht“ (MEW 23, S. 56). Das Kunststück gelingt mittels metaphorischen Sprachgebrauchs. Kategorien, die die gesellschaftliche Form der Produktion bezeichnen, werden zugleich zur Kennzeichnung von gesellschaftsunabhängigen Merkmalen des Arbeitsprozesses verwandt. Als besonders prägnantes Beispiel sei die doppelsinnige Verwendung von „Austausch“ bei Bahr angeführt. Er macht sich zunutze, daß im Alltag mit „Austausch“ nicht nur die elementare

Form des Warenverkehrs zwischen Privateigentümern – damit ein Charakteristikum bestimmter Produktionsverhältnisse – bezeichnet wird, sondern auch vom Privatbesitz völlig unabhängige Vorgänge, etwa wenn ein alter Motor gegen einen neuen „ausgetauscht“ wird. „Austausch“ heißt hier so viel wie „Ersatz“ (wobei das „Ersatz“-Teil natürlich wiederum durch einen ökonomischen Tausch-Akt erworben worden sein kann). Bahr, der, wie erwähnt, versucht, die These vom kapitalistischen Charakter der Maschinerie in ihrer Naturalform zu konkretisieren, baut auf diesem Doppelsinn von „Austausch“ ein Stück seiner Theorie. Eine für die „Herrschaftstechnik“ typische Erscheinung sieht er in der Normierung und damit der „Austauschbarkeit“ der Einzelteile:

„Die Industriennorm des Einzelteils ist die ... Form der allgemeinen Austauschbarkeit von Gebrauchswerten ... als Naturalform des Warenkapitals“ (Bahr 1973, S. 49)

Das Beispiel ist nicht nur deswegen besonders unsinnig, weil bei allgemeiner Austauschbarkeit der Gebrauchswerte niemals Geld (als Ware in der Form allgemeiner Austauschbarkeit) und damit niemals Kapital entstanden wäre, sondern auch deshalb, weil die Durchsetzung von Industriennormen nicht auf kapitalistische Züge der Gesellschaft, vielmehr auf ihre Schranken verweist: auf den durch die Vergesellschaftung der Produktion entstehenden Zwang, daß die miteinander konkurrierenden Kapitale sich gesellschaftlichen Plangrößen unterwerfen, zumindest in der Abmessung ihrer Produkte. Kapitalistisch ist die Nicht-Normierung, die permanente Innovation (weshalb denn auch zwischen den USA und Westeuropa der Streit um die Gewindenormierung wieder ausgebrochen ist). Die Absurdität, im „Austauschmotor“ den Inbegriff der „Tauschgesellschaft“ zu sehen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Verfahren dem sehr viel unauffälligeren in der Gleichsetzung von Herrschaft über Menschen und Herrschaft über Natur entspricht. Hier wie dort werden, durch metaphorischen Sprachgebrauch, unwesentliche Strukturgleichheiten als wesentliche unterschoben. Bei der Aneignung des Marxismus durch die Kritische Theorie spielt dieses Verfahren eine wesentliche Rolle, ermöglicht es doch die Eliminierung von Widersprüchen auf besonders unauffällige, weil alltäglichem Sprachgebrauch sich anpassende Weise. Diese Art Widersprüche einebnender Rezeption des Marxismus stellt sich dar als „metaphorischer Marxismus“.

Ein weiteres Mittel zur theoretischen Auflösung realer Widersprüche, das unterschwellig bereits bei der Metaphorisierung zur Anwendung kommt, ist die Herstellung von Struktur-Analogien. So, wenn über die „Herrschaftstechnik“ weitgehend in Kategorien von Zweck und Mittel gesprochen wird. Wie oben bereits ausgeführt, kann die Fetisch-Struktur des Kapitals so ausgedrückt werden, daß die Mittel Selbstzweck sind, die Zwecke immer wieder zu Mitteln werden; zunehmende Naturbeherrschung kann als Entfaltung eines „Universums von Mitteln“, von „Mitteln an sich“ dargestellt und schließlich beides ineins gesetzt werden. Die Marxsche Theorie, die in ihren Kategorien konkrete soziale Formen begreift, nicht abstrakte Strukturen, erweist sich solchem struktural-analogischen Denken gegenüber als sperrig. Marcuse bezeichnet denn auch seine Theorie als „Rückfall von einer mit der geschichtlichen Praxis verbundenen Theorie in abstraktes, spekulatives Denken: von der Kritik der politischen Ökonomie zur Phi-

losophie“ (Maruse 1967, S. 17). Schmidt und Bahr begreifen ihre Marx-Interpretation jedoch als Verdeutlichung Marxscher Absichten. Bahr schreibt von sich, daß er die „ökonomischen Kategorien von Marx teilweise wieder mit denen der Hegelschen Logik konfrontiert . . . oder sogar ‚rückübersetzt‘, um ihren politischen Gehalt, den sie bei Marx stets zugleich hatten, wieder zu verdeutlichen“ (Bahr 1970, S. 72): verkehrte Welt, in der die Hegelsche Logik das unmittelbar-deutliche politische Werk ist, und Marx' Analyse eine Verundeutlichung seiner von Hegel übernommenen politischen Ideen. Alfred Schmidt meint, daß „die wesentlichen Kategorien der Marxschen Dialektik gerade im Spätwerk entfaltet werden und es für eine objektive Interpretation nur darauf ankommt, sie aus ihrer ökonomischen Verkleidung herauszulösen“ (Schmidt 1962, S. 157). Die ökonomischen Kategorien – Wert, Mehrwert, Kapital, Lohn usw. – und die ihnen entsprechende soziale Wirklichkeit wären demnach nur ein Schleier über der eigentlichen Realität allem Sein zugrundeliegender dialektischer Kategorien. (Es ist auffällig, daß gerade einem Engels, der sich immer wieder gegen die dogmatische Setzung dialektischer „Prinzipien“ wandte, von dieser Seite Dogmatismus vorgeworfen wird.) Wir haben es also beim „metaphorischen Marxismus“ zugleich mit einem „analogischen Marxismus“ zu tun. – (Weitere Analysen zur Widersprüche eliminierenden Leistung der Sprache von Marcuse finden sich bei Haug, 1973.)

VI. Standpunkt und Perspektive als Bedingungen des Ankommens: Bedrohung des Privatmenschen

Die Verarbeitung widersprüchlicher Gedankenformen – d. h. letztlich widersprüchlicher Wirklichkeit – soll nun näher auf die Bedingungen ihres „Ankommens“ hin untersucht werden. Dazu reicht der Anschein theoretischer Schlüssigkeit nicht aus. Akzeptiert wird solche Verarbeitung nur, wenn sie ein Wiedererkennen ermöglicht – andernfalls erscheint sie als reines „Hirngespinnst“, als „ausgedacht“. Ein Wiedererkennen ist am leichtesten möglich, wenn konkrete Erfahrungen in die Verarbeitung aufgenommen werden. Negative Erfahrungen mit Technik können in den verschiedenen Sphären entstehen, in denen Technik eingesetzt wird oder wo ihre Folgen zu spüren sind: am unmittelbarsten im Produktionsprozeß (wo die technischer Entwicklung – etwa Fließbandarbeit – und ihrer kapitalistischen Anwendung geschuldeten Unmenschlichkeiten gewöhnlich als eins erscheinen und wo schrecklicher noch als Arbeit an manchen Maschinen der Ersatz von Arbeit durch Maschinen erfahren wird, als Arbeitslosigkeit). Hinzu kommt der politische Einsatz von Technik zu Manipulationszwecken oder gar als Kriegstechnik; die mit der Industrialisierung einhergehende Zerstörung natürlicher Lebensbedingungen und alter Orientierungen; schließlich Erfahrungen beim Konsum von Waren, die alles versprechen und kaum etwas halten und deren Massenproduktion erst auf industriellen Produktivitätsniveau möglich ist. All dies speist ein Reservoir von Motiven technik-kritischen Alltagsbewußtseins, die, wie sich zeigen läßt (vgl. Nemitz 1976), in den Arbeiten der Kritischen Theorie fortwährend bedient werden. Daneben stehen aber ganz andersartige Erfahrungen mit der Entwicklung der Produktionsmittel, teilweise widersprechen-

de. So ist offenkundig, daß materielle Not nicht ohne Entwicklung der Produktivkräfte beseitigt werden kann. Die Widersprüche müssen, will man nicht verückt werden, verarbeitet werden zu einer „Weltanschauung“ (vgl. Haug 1975, S. 662). Die einfache Wiederholung dessen, was bereits im Alltagsbewußtsein enthalten ist, wird vielleicht auf Zustimmung stoßen – allerdings auf ein eher gleichgültiges Kopfnicken. Eine Verarbeitung widersprüchlicher Erfahrungen in einer „Weltanschauung“ muß vor allem eine Orientierung in diesem Chaos ermöglichen, wenn sie „Anhänger“ finden will. Sie muß die durch widersprüchliche Entwicklungen hervorgerufenen Handlungsunsicherheiten reduzieren. Sie muß vor allem zeigen, wie die individuellen Bedürfnisse und Interessen unter den gegebenen objektiven und subjektiven Bedingungen betätigt und befriedigt werden können. Angesichts der Schranken, auf die die Befriedigung dieser Bedürfnisse stößt, muß eine Erklärung für den unbefriedigenden Zustand und die Perspektive eines besseren Lebens gegeben werden. Wir müssen also fragen, von welchem Standpunkt und in welcher Perspektive (vgl. hierzu Haug 1972) die Verarbeitung der widersprüchlichen Gedankenformen der Produktionsmittel vorgenommen wird.

Betrachten wir zunächst, Marcuse folgend, die Auswirkungen der Technik-Entwicklung auf den Konsum. Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist der Zusammenhang von technischer Entwicklung, Massenkonsum und Integration der Arbeiterklasse: „Der Produktionsapparat und die Güter und Dienstleistungen, die er hervorbringt, ‚verkaufen‘ das soziale System als Ganzes oder setzen es durch.“ Aus diesem Grunde könne man mit Adorno davon sprechen, daß „heute die Ideologie im Produktionsprozeß selbst steckt.“ (Marcuse 1967, S. 31) Wird demnach die Abdrängung der Interessen der Arbeitenden auf den privaten Konsum in der Perspektive der Entfaltung ihrer gesellschaftlichen, öffentlichen Interessen kritisiert? Keineswegs. Die Unterdrückung gesellschaftlicher Interessen durch Ablenkung aufs Private erscheint bei Marcuse als ihr Gegenteil: als Unterdrückung privater Interessen durch Ablenkung auf gesellschaftliche. Der Standpunkt dieser Theorie ist das private Individuum, der „private Raum, worin der Mensch ‚er selbst‘ werden und bleiben kann“. „Heute wird dieser private Raum durch die technologische Wirklichkeit angegriffen und beschnitten. Massenproduktion und -distribution beanspruchen das *ganze* Individuum“ (ebd., S. 30). Insofern, als Technik und Massenproduktion in die Privatsphäre eindringen, seien sie „totalitär“; „In dieser Gesellschaft tendiert der Produktionsapparat dazu, in dem Maße totalitär zu werden, wie er nicht nur die gesellschaftlich notwendigen Betätigungen, Fertigkeiten und Haltungen bestimmt, sondern auch die individuellen Bedürfnisse und Wünsche.“ (ebd., S. 17 f.) Die Perspektive ist nicht Befreiung der Gesellschaft, sondern Befreiung von der Gesellschaft, nicht die gesellschaftliche, sondern die „individuelle Autonomie“ (ebd., S. 22). Es ist die „massive Vergesellschaftung“ (ebd., S. 256) der Bedürfnisse und ihrer Befriedigungen, die als „gesellschaftliche Herrschaft über das Individuum“ (ebd., S. 12) erfahren wird. Das Subjekt, bei dem diese Technik-Theorie ankommt, muß eines sein, daß die Entwicklung der Produktionsmittel als Zerstörung der Privatsphäre durch Massenkonsum erfährt.

Massenkonsum und Massenkultur sind erst auf hohem technischen Niveau möglich – aber nicht einfach eine Folge der Technisierung, vielmehr Resultat von oft mit ungeheurer Härte ausgetragenen Lohnkämpfen. Zugleich ist jedoch die allgemeine Zugänglichkeit der Waren „Propaganda für kapitalistische Warenproduktion“ (Haug 1971, S. 137). Dieser zunächst blind wirkende Propaganda-Effekt kann bewußt in Dienst genommen werden für Integrations-Zwecke. Basis der Entpolitisierung durch Konsum ist eine Produktivitätsniveau, das einer Mehrheit der Bevölkerung einen Lebensstandard gestattet, wie er früher Privileg einer Minderheit war. Hätte man etwa in feudalen Zeiten den Luxuskonsum des Adels umverteilt, wäre kein allgemeiner Wohlstand dabei herausgekommen. Die Produktivität war noch nicht auf einem gewissermaßen „sozialistischen“ Niveau, hätte eine Verallgemeinerung der Privilegien unmöglich gemacht. Dieses Niveau ist heute in den kapitalistischen Industrieländern für den Sektor der individuellen Konsumtion (wenn auch weitgehend auf diesen beschränkt) nahezu erreicht. Dieses den Sozialismus ermöglichende Produktionskraftniveau läßt sich in Dienst nehmen, um „scheinsozialistische“ Zustände zu erzeugen. Die Abdrängung gesellschaftlicher Interessen in die Privatsphäre, in individuellen Konsum, kann nur gelingen, wenn darin ein allgemeines Interesse aufgehoben ist. In der Bescheidung mit privatem Konsum ist ein sozialistisches Interesse verzerrt, weil abgelöst von gesellschaftlicher Produktion, aufgehoben: das am guten Leben aller Arbeitenden. Gerade dies demokratisch-egalitäre Moment des Massenkonsums wird von Marcuse als Bedrohung erfahren.

Beklagenswert kann die „massive Vergesellschaftung“ des Konsums durch Massenproduktion nur für die sein, die bereits genug haben. Ankommen kann solche Klage nur bei denen, die Massenproduktion und -konsum als Verlust erfahren. Beklagt wird das Vordringen der Massenwaren nicht so sehr im Namen edler Dinge aus kunsthandwerklicher Produktion. Der „private Raum“, der durch den Konsum von Massengütern besetzt wird, wird verteidigt im Namen höherer Güter: im Namen einer „inneren Freiheit“, einer „inneren Dimension des Geistes“, die durch die „technologische Wirklichkeit“ beschnitten werden. (Marcuse 1967, S. 30) In dieser „zweiten Dimension“, die durch die herrschende Eindimensionalität verdrängt wird, geht es um das Nachdenken über Wirklichkeit, Wahrheit, Freiheit (ebd., S. 141), kurz über Sinn und Zweck des Lebens. Solches Nachdenken scheint verdrängt zu werden durch Konsumorientierung. Es wird eingeklagt, aber nicht als gesellschaftlichem Handeln vorausgehend, sondern als Mittel zur Bewahrung der Individualität. „Die massive Vergesellschaftung beginnt zu Hause und hemmt die Entwicklung des Bewußtseins und Gewissens“ (ebd., S. 256). „Hier ist die Expansion in allen Formen der Zusammenarbeit, des Gemeinschaftslebens und Vergnügens in den Innenraum der Privatsphäre eingedrungen und hat praktisch die Möglichkeit jener Isolierung ausgeschaltet, in der das Individuum, allein auf sich zurückgeworfen, fragen und etwas herausfinden kann. Diese Art Privatsphäre“ ist „die einzige Bedingung, die auf der Basis befriedigender Lebensbedürfnisse der Freiheit und Unabhängigkeit des Denkens Sinn verleihen kann“ (ebd., S. 255). Die Perspektive, in der die Bedürfnisse der Individuen erfüllt werden könnten, ist die der Verallgemeinerung

der Privatheit: Die „Kultur“ „kann nur durch die Abschaffung der Massendemokratie demokratisch werden, wenn es nämlich der Gesellschaft gelingt, die Vorrechte der Privatsphäre wiederherzustellen, indem sie sie allen gewährt und bei jedem einzelnen schützt.“ (ebd.) In dieser Privatsphäre herrscht dann wahre Freiheit: „Freiheit von der Wirtschaft“; „politische Freiheit würde die Befreiung der Individuen von der Politik bedeuten“; ersehntes Ziel ist eine „geistige Freiheit, (die) die Wiederherstellung des individuellen Denkens bedeuten“ würde (ebd., S. 24).

Die gesellschaftliche Erfahrung, die Marcuse hier artikuliert, ist die aller „Kulturkritik“ zugrundeliegende Erfahrung eines Funktionsverlustes. Die für die Emanzipation der bürgerlichen Klasse enorme Bedeutung der Kultur und damit der kulturtragenden Schicht (vgl. Elias 1976; Mattenklott/Scherpe 1976) unterliegt, seit dem Auftreten der arbeitenden Klasse als politischer Kraft, einer permanenten Erosion und einem Funktionswandel. Es entsteht eine neue Kultur der Massen, eine „Massenkultur“, die mit der Entwicklung der Massen-Kaufkraft und einer parlamentarischen Demokratie zunehmende ökonomische und politische Bedeutung bekommt. Zugleich nimmt die soziale Schicht, die Träger der bürgerlichen Kultur ist, in Quantität und Funktion ab. Jedoch bleibt diese bürgerliche Kultur ein bedeutendes Arsenal ideologischer Rechtfertigung des bürgerlichen Anspruchs auf Allgemeingültigkeit, der zwangsläufig immer mehr zu „bloß idealisierenden Phrasen, zur bewußten Illusion, zur absichtlichen Heuchelei“ werden muß (MEW 3, S. 274; vgl. Haug 1976 c, S. 928f.), zugleich aber auch Medium der Interessenartikulation der aufstrebenden arbeitenden Klasse. Marcuses Klage über die Vergesellschaftung der Privatsphäre reflektiert diesen Zustand: als Bedrohung der Schicht, deren Privileg es ist, als Privatleute öffentlich und unabhängig über Sinn und Zweck bürgerlichen Lebens nachzudenken – aber nicht begriffen als sozialer Funktionsverlust, sondern erfahren als Untergang des räsionnierenden Privatmannes.

Ankommen kann dies bei jenen, die gleichfalls von diesem Funktionsverlust betroffen sind, vor allem bei den geisteswissenschaftlich Gebildeten und sich Bildenden. Sie erfahren, daß der Raum, den bürgerliche Kultur einzunehmen bestrebt ist, durch andere Orientierungen besetzt ist, durch „Massenkonsum“ und „Massenkultur“. Sie erfahren zugleich die bürgerliche Gesellschaft als den wahren Feind dieser Ideale und sich selbst als den eigentlichen Träger dieser Kultur.

Ohne eine Basis in der Gesellschaft wird das Nachdenken über Sinn und Zweck des Lebens in der bürgerlichen Gesellschaft zum Nachdenken über Sinn und Zweck privaten Lebens außerhalb der Gesellschaft. Bei diesem Rückzug verliert das Individuum seine gesellschaftlichen Eigenschaften. Reduziert auf ein denkendes Naturwesen, besteht seine Perspektive in der Entfaltung einer als ursprünglich und a-gesellschaftlich unterstellten Sinnlichkeit. Emanzipation der Sinnlichkeit ist die Utopie aller Technik-Kritiker der Frankfurter Schule, von Schmidt und Marcuse bis zu Bahr und Tholen (vgl. zur Funktion der Sinnlichkeit in den Arbeiten von Schmidt: Tomberg 1976). Abgeschnitten von seinen gesellschaftlichen Tätigkeiten und seinen gesellschaftlichen, produktiven Bedürf-

nissen (vgl. Holzkamp-Osterkamp 1975 und 1976) bleibt die Pflege eines organischen Rest-Wesens, der Naturbasis des gesellschaftlichen Wesens Mensch.

Wo Privatheit die Perspektive ist, müssen die Instanzen der Vergesellschaftung als die eigentliche Bedrohung erscheinen. Die Kritik der Vorstellung einer „Neutralität“ der Technik hat darin ihre Berechtigung, daß sie die Entwicklung der Produktionsmittel – negativ – als materielle Basis der Vergesellschaftung erfaßt, die den Privatmann von der historischen Bühne verdrängt. Die Produktionsmittel stehen ihrer gesellschaftlichen Verwendungsweise tatsächlich nicht neutral gegenüber. In ihnen ist zugleich eine Lebensweise mit gesetzt, die der Gesellschaftsform, in der sie eingesetzt werden, adäquat sein kann oder nicht. Nimmt man Marcuses Beispiel eines Zyklotrons, so ist damit ein ganzer Zusammenhang von Forschungsinstitutionalisierung, Monopolbildung, Staatsfinanzierung, Bildungsplanung usw. gegeben. Solche Herstellungs- und Anwendungsbedingungen der Produktionsmittel können in Widerspruch treten zur Gesellschaftsform. Was zur Absicherung des Privatbesitzes dienen soll, kann seine – zumindest partikulare – Aufhebung erforderlich machen. Umgekehrt: Fließbandtechnik ist nicht neutral gegenüber ihrem Einsatz im Sozialismus, sie widerspricht dem Systemziel, daß der Mensch im Mittelpunkt stehen soll insofern, als zumindest für die Fließbandarbeiter Produktion bedeutet: Reduzierung auf eine vom maschinellen Prozeß „ausgelassene“ Restfunktion, eine Verkümmern, die nur schwer kompensiert werden kann. Der politische Charakter der Produktionsmittel besteht also nicht darin, daß sie sich für unterschiedliche Herrschaftszwecke prostituieren lassen, sondern darin, daß sie eine Form der Gesellschaftlichkeit einschließen, die zu den herrschenden Verhältnissen in Widerspruch geraten kann. Die Zurückgebliebenheit des Sozialismus in vielen Produktionsbereichen hinter den entwickeltesten kapitalistischen Länder, das Fortbestehen menschenunwürdiger Arbeit in den sozialistischen Ländern droht denen, die an den sozialistischen Errungenschaften dieser Länder festhalten, häufig die Einsicht in den politischen Charakter der Technik zu versperrern. Wenn die eine Seite irrtümlich vom Charakter der Arbeit auf den Charakter des Systems schließen zu können glaubt (wo Fließbandarbeit, kein Sozialismus), sieht sich die andere Seite zuweilen genötigt, das Kind mit dem Bade auszuschütten und zu behaupten, der Charakter der Arbeit sei einzig bestimmt durch die Eigentumsverhältnisse. –

Ihre Zuspitzung muß die Kritik der Produktionsmittel erfahren, wo das Individuum nicht als konsumierendes, sondern als produzierendes sich betätigt. Im Produktionsprozeß, auf dem heutigen hochmechanisierten und automatisierten Niveau, hat der Privatmensch keine Basis mehr. Die Geschichte der Arbeit ist die Geschichte der Vergesellschaftung der Individuen. Dabei treten die Entwicklung der Gesellschaft und der Individuen auseinander: durch eine ungeheure Vereinseitigung und Verkümmern großer Teile der Gesellschaft ging die Entwicklung als ganze voran. Dennoch ist dieser Prozeß, in dem die sinnlichen und geistigen Kräfte der Mehrheit oft auf ein unmenschliches Niveau zurückgedrängt wurden, zugleich der Entfaltungsprozeß der sinnlichen, geistigen und geselligen Potenzen der Menschheit. Auf einem technischen Niveau, das unschöpferische Arbeit überflüssig macht, und in einer Gesellschaft, die sich selbst bewußt orga-

niert, können individuelle und gesellschaftliche Entwicklung wieder zusammenkommen. Wenn Alfred Schmidt schreibt, „daß alle Herrschaft über die außermenschliche Natur mit Herrschaft über die menschliche (Versagung, Triebverzicht) einhergeht“ (Schmidt 1973, S. 36) bleibt er an der Oberfläche. Die wissenschaftliche Analyse des Schicksals der Triebe im Arbeitsprozeß müßte gerade die Dialektik von Versagung und Entfaltung entschlüsseln, das Elend durch Hunger und Krankheit bei unbeherrschter Natur und den Prozeß der Menschwerdung auch in der Hölle der großen Industrie.

Wo die Vergesellschaftung des Menschen im Arbeitsprozeß als Bedrohung erfahren wird, ist die Perspektive beschränkt auf die „Aufhebung der Arbeit“ (Marcuse 1967, S. 36). Alfred Schmidt bietet zur Begründung dieser Utopie eine geschichtsphilosophische Konstruktion an, die er aus Marx' Untersuchungen herausliest. Er will zeigen, daß Marx „einen Platz in der Tradition der großen europäischen Pessimisten behauptet“ (Schmidt 1962, S. 118). Der Pessimismus beruhe auf einer „geheimen Naturspekulation“ bei Marx (ebd., S. 65). Diese bestehe in der Utopie einer Vereinigung des Menschen mit der Natur. Ausgangspunkt der Geschichte sei für Marx eine „ursprüngliche Einheit des Menschen mit der Natur“ (ebd., S. 85). Im Arbeitsprozeß sei der Mensch bemüht, (nicht Gebrauchswerte herauszustellen sondern) diese Einheit wieder zu gewinnen. Marxens Skepsis bestehe nun darin, daß er klar sehe, daß die „Entzweiung“ unauflösbar sei: je mehr der Mensch sich arbeitend mit der Natur wieder vereinen wolle, desto mehr werde sie Gegenstand, Objekt, „Mittel und Material“ (ebd., S. 133) des Menschen. Durch geschickte Interpretation gelingt Schmidt eine umfassende, radikale Umdeutung: die Vermittlung von Mensch und Natur erscheint nicht als Lebensprozeß, sondern als Sisyphos-Arbeit. „Die Haltung des reifen Marx . . . ist eher als skeptisch zu bezeichnen. Die Menschen können sich letztlich nicht von Naturnotwendigkeit emanzipieren.“ (ebd., S. 120). Die Skepsis wird konstruiert durch Unterschlebung einer hoffnungslosen Utopie, der Befreiung von Naturnotwendigkeiten – aber nicht jeder. Es geht Schmidt nicht um die Abschaffung von Essen, Schlafen, Ausscheiden. „Naturnotwendigkeit“ ist hier nur eine vornehme Umschreibung für „Arbeit“. Wenn die Rede ist von der „schlechten Unendlichkeit, die im Naturzwang zur Reproduktion des Lebens liegt“ (ebd., S. 90), dann wird damit nicht etwa gegen die ewige Wiederkehr des Zeugungsakts protestiert, sondern schlicht dagegen, arbeiten zu müssen. Die geschichtsphilosophische Konstruktion einer ursprünglichen „mythischen Naturverfallenheit“ des Menschen (ebd., S. 85), der Mythos vom Abfall des Menschen von der Natur verleihen dem Protest gegen die Arbeit Weihe. „Natur“ steht hier für einen paradiesischen Zustand, in dem der Mensch seine Bedürfnisse befriedigen kann, ohne arbeiten zu müssen.

Doch warum der Protest gegen das Arbeiten-Müssen? Warum geht es nicht gegen unmenschliche, monotone, abhängige Arbeit, sondern gegen Arbeit überhaupt? Für Schmidt gehört es

„wesentlich zu der als organisierter Herrschaft fortschreitenden Zivilisation, daß die zu bloßem Material menschlicher Zwecke herabgewürdigte Natur dadurch sich an dem Menschen rächt, daß diese ihre Herrschaft nur mit stets sich mehrender Unterdrückung ihrer eigenen Natur erkaufen können.“ (ebd., S. 118 f.).

Die mythologische Konstruktion wird hier weiter ausgebaut: Nachdem im 1. Akt Mensch und Natur noch eins waren, im 2. Akt der Mensch sich von der Natur entzweite und sie beherrschte, rächt sich nun, in einem 3. (gleichzeitig mit dem 2. ablaufenden) Akt die Natur am Menschen: er muß seine eigene Natur unterdrücken. Was hier in fast religiöser Gestalt als „Sündenfall“ erscheint (vgl. Tomberg 1963, S. 40, zur „Erbsünde“ bei Adorno), ist die Erfahrung von Arbeit überhaupt als Unterdrückung der eigenen Natur.

Daß es die Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses, nicht die Existenz unmenschlicher Arbeit ist, die den Technik-Protest provoziert, zeigt am deutlichsten die Kritik der Automation. Sie, die für Marcuse Bedingung der Freiheit ist, soweit sie Arbeit abschafft (Marcuse 1967, S. 36), ist, soweit sie Arbeit verlangt, für ihn eines der wesentlichen Mittel zur Unterbindung „gesellschaftlichen Wandels“ (ebd., S. 44). Wichtigstes Kennzeichen der Arbeit in fortgeschrittenen automatischen Fabriken sei, wie die frühen amerikanischen Automations-Untersuchungen zeigten, die „Umwandlung von körperlicher Energie in technische und geistige Fertigkeiten“ (ebd., S. 45). Diese Veränderung der Arbeit zerstöre den von Marx beschriebenen Typ des klassischen Proletariats: „der Marxsche Begriff denunziert die körperliche Pein und das Elend der Arbeit“ (ebd., S. 44). Durch die Verelendung aufgrund schwerer körperlicher Arbeit sei der Proletarier „die lebendige Absage an diese Gesellschaft“ (ebd., S. 46) gewesen. Die Veränderung der Arbeit durch Automaten verändere zugleich „Einstellung und . . . Status der Ausgebeuteten“ (ebd., S. 45). Dadurch „verkörpert der organisierte Arbeiter in den fortgeschrittenen Bereichen der technologischen Gesellschaft diese Absage weniger deutlich“ (ebd., S. 46). Es entstehe eine Art „technischer Gemeinschaft“ (ebd., S. 46), die die „Menschenatome bei der Arbeit zu integrieren“ scheine (ebd., S. 46). Warum führt dies zur „Unterbindung gesellschaftlichen Wandels“? Weil es die „innerste Privatsphäre der Freiheit“ zerstöre (ebd., S. 47). Körper, Geist und Seele werden jetzt vom Arbeitsprozeß nicht mehr unterdrückt, sondern „schwingen“ mit ihm mit (ebd., S. 47). Automation führt demzufolge zu einer Änderung des Arbeitsprozesses, dergestalt, daß Körper, Geist und Seele nicht mehr verkümmern müssen, sondern sich in der Maschinenarbeit entfalten können. Marcuse zitiert die Äußerung eines Arbeiters: „We are in the swing of the things.“ (ebd., S. 46) Es ist bemerkenswert, daß dies nun nicht als Entfaltung der Sinnlichkeit, als Vereinigung von „Logos“ und „Eros“, sondern als ihre Unterdrückung interpretiert wird. Wie ist das möglich? Dadurch, daß menschliche Freiheit von vornherein in einer „innersten Privatsphäre“ angesiedelt wird (ebd., S. 47). Die Eroberung dieses Allerheiligsten – zunächst scheinbar geschützt durch die Ablehnung gesellschaftlicher Arbeit – durch die Veränderungen des Arbeitsprozesses erscheint deshalb als Höhepunkt der Unterdrückung, am bedrohlichsten dort, wo die Automatisierung die geistige Arbeit erfaßt, die letzten Reservate einer privaten Produktionsweise. Bahr fürchtet die Elektronische Datenverarbeitung, durch die die „formale Tätigkeit von Erkenntnisprozessen, Steuerungsprozessen usw. als Produktionsverfahren dem ‚umständlich‘ denkenden Subjekt abgenommen werden“ (Bahr 1970, S. 43). Er sieht gerade in der privaten Abweichung von den Gesetzen der Logik und der Mathematik die Chance der Emanzipation. Er meint, daß das Subjekt „als mög-

liche ‚Fehlerquelle‘, als ‚launisch‘, d. h. möglicherweise selbstbewußt emanzipatives“ eliminiert werden könnte (ebd., S. 44). Die Beseitigung der Schwächen menschlicher Kopfarbeit: ihrer Langsamkeit und Fehlerhaftigkeit, erscheint ihm nicht als Möglichkeit, ihre Produktivität zu heben und sie auf Schöpferisches zu konzentrieren, sondern als Verlust der Freiheit, die in die Privatheit – hier verkümmert zur Chance einer launischen Abweichung – verbannt ist.

VII. Die Haltung: Geistiger Maschinensturm

Wir sahen, wie die Technik-Kritik der Frankfurter Schule die Bedrohung des gebildeten Privatmannes durch die Entwicklung der Produktionsmittel reflektiert und verarbeitet: in der Perspektive eines ungesellschaflichen, auf seine Sinnlichkeit reduzierten Individuums. Die konkreten Ausprägungen dieses Zurück-zur-privaten-Natur sind vielfältig und oft mehrdeutig. Sie reichen von dem Vorschlag, mit Marx Pessimist zu werden, über den der „Großen Verweigerung“ bis zur Forderung nach Maschinensturm und einer „neuen Technik“. Bahr bedauert, daß „im 20. Jahrhundert ein Maschinensturm ausgeblieben ist, obwohl sich im System dieser Maschinerie und Technologien dieselben klassenmäßigen Produktionsverhältnisse manifestieren“ (Bahr 1970, S. 71 f.). Marcuse fordert, daß „qualitative Änderung auch eine Änderung der technischen Basis“ einschließen müsse (Marcuse 1967, S. 37).

Die praktischen Haltungen, die durch Theorien propagiert werden, machen sie interessant über den Kreis der „Anhänger“ hinaus. In einer Gesellschaft, die durch antagonistische Interessen bestimmt ist, wird Herrschaft befestigt auch durch Herrschaft über die Köpfe. Jede Theorie, die – wie die der Frankfurter – „Weltanschauung“ ist, d. h. dem Individuum und seinen Erfahrungen einen Platz und eine Perspektive in der Welt zuweist, nimmt zwangsläufig teil am Kampf um die Köpfe. Erst recht muß dies gelten, wo die Auffassung der Produktionsmittel Gegenstand ist. Sie sind, als sachlicher Kern des Herrschaftsverhältnisses, zugleich seine Umwälzungsmittel. Es muß deshalb ein allgemeines Herrschafts-Interesse daran geben, wie diese gesellschaftlichen Dinge gedacht werden. Unmittelbar ablesbar war dies beispielsweise an den Anstrengungen des „Werkbundes“ – einer von Bosch im Interesse der neuen Chemie- und Elektroindustrien zu Anfang des Jahrhunderts gegründeten Institution (vgl. Opitz 1973, S. 29 ff.) – zur Herbeiführung eines ästhetischen „Paradigmenwechsels“. In einer Zeit, in der „Technik und Industrie den herrschenden Schichten und der Bürokratie des Reiches sowie großen Teilen des Bürgertums verdächtig erschien“ (Trommler 1976, S. 387), wurde vom „Werkbund“ bewußt eine „Industrie-Kultur“ inszeniert. Neben Exportinteressen (vgl. Opitz 1973, S. 29 ff.) ging es um die ästhetische Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit in der Produktion. Naumann, führender Theoretiker und Politiker der sozialliberalen Integrationsstrategie, formulierte dies 1906, in „Kunstgewerbe und Sozialpolitik“, so: „Der kürzeste Ausdruck für die sozialhistorischen Probleme aber ist das Wort des Arbeiters: ich will, daß meine Arbeit meine Arbeit sei! Er will irgendwie am Schaffen und Erwerben beteiligt sein.“ Es müsse deshalb gelingen, „diese Betei-

ligung herzustellen, ohne die Einheit, Ordnung und Leistungskraft des Betriebs im ganzen zu lockern und zu schwächen.“ (Zit. nach Trommler 1976, S. 386; Trommler gibt weitere Beispiele für die bewußte Einflußnahme der Unternehmer auf die Erscheinung der Produktion; mit dem Amt „Schönheit der Arbeit“ findet diese Tradition ihre Fortsetzung im deutschen Faschismus, vgl. Friemert 1972).

Die Untersuchung, wie sich die „interessierten ideologischen Agenturen“ (Haug 1976 b, S. XXXIII) in die Verarbeitung der widersprüchlichen Erscheinung der Maschinerie durch die Frankfurter Schule einmischen, kann hier nicht geleistet werden. Um dem Irrtum vorzubeugen, es gebe keine Praxis von politischer Relevanz, die auf solcher Technik-Kritik aufbauen kann, sei wenigstens die allgemeine politische Logik dieser Kritik vor Augen geführt: Integrativ an solcher Lösung der widersprüchlichen Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ist, daß der Protest gegen eine als unerträglich erfahrene Gesellschaft sich gegen die Mittel richtet, die den Aufbau einer menschlichen Gesellschaft erst ermöglichen. Da diese Mittel jedoch zugleich Verwertungsmittel sind, kann solche Art integrativer Systemkritik, soweit sie über eine *reservatio mentalis*, eine skeptische Haltung hinausdrängt zur maschinenstürmerischen Praxis, zugleich dysfunktional sein: das Kapitel braucht die Entwicklung der Produktionsmittel (vgl. die Auseinandersetzungen um die Kernkraftwerke). Soweit solche Produktionsmittel-Kritik den Kapitalinteressen an der Entwicklung der Produktionsmittel zuwiderläuft, muß sie vonstatten gehen als Integration durch Des-Integration, durch „Ausflippen“, wie es etwa vor allem in den USA mit dem Rückzug von Teilen der Studentenbewegung in Landkommunen praktiziert wurde: Hier wurde das Ideal praktisch: selbstversorgende, „autonome Individuen“, abgeschnitten von der Gesellschaft, mit einer „alternativen Technologie“ ihren Lebensunterhalt besorgend, nur „Natürliches“ konsumierend und Vereinigung mit der Natur anstrebend. Es ist bekannt, daß dieser Rückzug unter kräftiger Untestützung durch die „ideologischen Agenturen“ vonstatten ging. – In dem Maße jedoch, wie das Kapital selbst Schwierigkeiten mit der Entwicklung der Produktionsmittel bekommt und die Unverträglichkeit der Produktionsmittel mit der kapitalistischen Form Lösungen erfordert, kann die Technik-Kritik, die Propaganda und die praktische Entwicklung einer „sanften“, „alternativen“ oder „neuen Technik“ (wie sie in der Diskussion genannt wird) eine Art Pilot-Funktion bekommen. Eine solcher Kapital-Bedarf zeichnet sich heute mit der ökologischen und Energiekrise ab. Die Forderung nach einer „alternativen Technik“ (vgl. Prokol-Gruppe-Berlin 1976, „Der sanfte Weg“) kann deshalb heute mit Unterstützung durch den Stifterverband der Deutschen Wissenschaft von einer „Stiftung Mittlere Technik“ vorgetragen werden (vgl. FAZ, 13. 10. 76) und Norbert Blüm, für das arbeiterfreundliche Gesicht der CDU verantwortlich, kann fordern, daß „wir unsere innovatorische Phantasie“ auf eine „sanftere Technik“ lenken (Der Spiegel Nr. 3, 10. 1. 77).

Die Forderung nach einer „Technik der Befreiung“ (Marcuse), nach einer Theorie und Praxis, die „die außermenschlichen Dinge in ihrer Eigenbestimmtheit gleichsam ausreden läßt“, „die das natürliche Sein aneignet, ohne es zu ver-

gewaltigen“ (Schmidt 1973, S. 32, 46), ist nicht schon dadurch kompromittiert, daß sie mit einer Parole wie „Für eine Technik im Regelkreis der Natur“ konvergiert, vorgebracht vom „Institut für wirtschaftliche und soziale Studien“ des schweizerischen Unternehmers Gottlieb Duttweiler (vgl. Kleintechnologie kontra Wirtschaft? 1976, S. 69). Außerdem liegen die praktischen Folgen der Frankfurter Technik-Kritiker weniger auf handgreiflich-materiellem Gebiet, als auf dem der Haltungen, der Einstellungen zur Wirklichkeit. Es wäre gefährlich, der Perspektive sinnlicher Befriedigung der Individuen und nicht-zerstörerischer Naturaneignung abzuschwören mit dem Verweis auf ihre Unwissenschaftlichkeit. Das Spekulative dieser Utopie und ihre Marxismus-kritische Wendung haben ein gewisses Recht, solange eine dem historischen Materialismus gemäße Theorie der Persönlichkeit fehlt. „Ein solcher Zustand gibt Anlaß zu unaufhörlichen Versuchen einer mehr oder minder idealistischen ‚Vervollständigung‘ des Marxismus durch einen spekulativen Humanismus“ (Sève 1972, S. 19; vgl. Holzkamp 1977). Die Kritik muß vielmehr einer Haltung gelten, die die gesellschaftliche Entwicklung in der Perspektive der „Abschaffung von Arbeit“ wahrnimmt (Marcuse, zit. nach Schmidt 1973, S. 60): weil sie alle handlungsrelativen Unterschiede verwischt.

In der Kritik am „Betrieb der Selbsterhaltung“ (Horkheimer/Adorno 1947, S. 55) erscheint der Unterschied zwischen einer Gesellschaft, in der menschliches Leben nur Mittel, und einer, in der es Zweck ist, als irrelevant. Die Unterscheidung zwischen Arbeitsprozeß – durch den das menschliche Leben sich erhält – und Verwertungsprozeß, die die Kritische Theorie für vernachlässigenswert erklärt, indem sie den Produktionsprozeß auf den Verwertungsprozeß reduziert (etwa in der unsinnigen Behauptung, vom im Kapitalismus „allein maßgeblichen Tauschwert“, Schmidt 1973, S. 34) und den Verwertungsprozeß auf den Arbeitsprozeß (Kapitalismus als „Betrieb der Selbsterhaltung“), diese Unterscheidung ist alles andere als spitzfindig: sie gibt die praktische Eingriffspunkte an. Sie unterscheidet Veränderbares von Unveränderbarem (die gesellschaftliche Form der Arbeit von ihrer allgemeinhistorischen Notwendigkeit) und den ersten Schritt vom zweiten (die Versöhnung der Gesellschaft von der Versöhnung mit der Natur). Die Einsicht, daß „Arbeit eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen“ ist, „ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln“ (MEW 23, S. 57), ist kein „Zugeständnis an den reaktionären common sense“ (wie Horkheimer/Adorno es sehen, 1947, S. 55), sondern an die Tatsachen, solange die gebratenen Tauben nicht ins Maul fliegen. An dieser Notwendigkeit muß praktisch festhalten, wer ihr nicht ohnmächtig ausgeliefert sein will: sie kann nicht einmal „gelockert“ oder „relativiert“ werden, wie es die Kritische Theorie erträumt (Horkheimer/Adorno 1947, S. 55; Schmidt 1973, S. 37). Die Entwicklung der Produktionsmittel ermöglicht allerdings die Entfaltung des Subjekts auch im „Reich der Notwendigkeit“, damit auch jenseits der Arbeitsnotwendigkeit. Die Forderung, daß an der Notwendigkeit der Arbeit als Basis der Gesellschaft nicht „allzu krampfhaft“ festgehalten werden dürfe (Horkheimer/Adorno 1947, S. 56), kann vom Lebens-Zwang zur Naturbeherrschung nicht

wirklich befreien. Sie schafft nur einen geistigen Vorbehalt gegen die Mittel zur Befreiung von Zwängen, die längst keine Notwendigkeit mehr sind. Solche Haltung kann zeitweilig viele davon abhalten, auf dem auch für sie einzig gangbaren Weg wirklich vorwärtszuschreiten.

Literatur

- Bahr*, Hans-Dieter: Kritik der „Politischen Technologie“. Eine Auseinandersetzung mit Herbert Marcuse und Jürgen Habermas. Frankfurt/M. 1970.
- ders.: Die Klassenstruktur der Maschinerie. Anmerkungen zur Wertform. In: Richard Vahrenkamp (Hrsg.): Technologie und Kapital. Frankfurt/M. 1973.
- Baumgarth*, Christa: Geschichte des Futurismus. Reinbek 1966.
- Bohring*, Günther: Technik im Kampf der Weltanschauungen. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung der marxistisch-leninistischen Philosophie mit der bürgerlichen „Philosophie der Technik“. Berlin/DDR 1976.
- Bullivant*, Keith, u. Hugh Ridley (Hrsg.): Industrie und deutsche Literatur 1830–1914. Eine Anthologie. München 1976.
- Elias*, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2 Bde. Frankfurt/M. 1976.
- Foerster*, Susanne: Die Geschichte des Doktor Frankenstein und seines Mord-Monsters oder die Allgewalt der Liebe. Von der Mensch-Maschine zur Gewalt-Maschine. Berlin/West 1975.
- Friemert*, Manfred: Das Amt „Schönheit der Arbeit“. Ein Beispiel zur Verwendung des Ästhetischen in der Produktionssphäre. In: Das Argument 72, 14. Jg. (1972), S. 258–275.
- Haug*, Wolfgang Fritz: Kritik der Warenästhetik. Frankfurt/M. 1971.
- ders.: Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie. In: Das Argument 74, 14. Jg. (1972), S. 561–585. Nachgedruckt in Haug 1973.
- ders.: Das Ganze und das ganz Andere. Zur Kritik der reinen revolutionären Transzendenz. In: ders.: Bestimmte Negation. „Das umwerfende Einverständnis des braven Soldaten Schwejk“ und andere Aufsätze. Frankfurt/M. 1973, S. 94–122.
- ders.: Wider den bloß verbalen Materialismus. In: Das Argument 92, 17. Jg. (1975), S. 650–701.
- ders.: Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital“. Köln 1976 a.
- ders.: Kritik des Absurdismus. Köln 1976 b.
- ders.: Zwei Kapitel über ideologischen Klassenkampf. In: Das Argument 100, 18. Jg. (1976 c), S. 905–935.
- Holzkamp*, Klaus: Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt/M. 1973.
- ders.: Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben? In: Das Argument 103, 19. Jg. (1977).
- Holzkamp-Osterkamp*, Ute: Motivationsforschung 1 und 2. Frankfurt/M. 1975 und 1976.
- Horkheimer*, Max, u. Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Amsterdam 1947.
- Hortleder*, Gerd: Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs. Zum politischen Verhalten der Technischen Intelligenz in Deutschland. Frankfurt/M. 1970.
- Industrie und Technik* in der deutschen Malerei. Eine Ausstellung aus Anlaß des 150jährigen Jubiläums der DEMAG Aktiengesellschaft, Duisburg. 1969.
- Kellermann*, Bernhard: Der Tunnel. München 1974 (1913).
- Kleintechnologie* kontro Wirtschaft? Reihe „Brennpunkte“, hrsg. von Gottlieb Duttweiler-Institut für wirtschaftliche und soziale Studien. Frankfurt/M. 1976.
- Klingender*, Francis D.: Kunst und industrielle Revolution. Dresden 1974.

- Lethen*, Helmut: Neue Sachlichkeit 1924–1932. Studien zur Literatur des „Weißen Sozialismus“. Stuttgart ²1975.
- Ley*, Hermann: Technik und Weltanschauung. Einige philosophische Konsequenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Schwerte 1971.
- Marcuse*, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Neuwied – Berlin/West 1967.
- Marx*, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1 und 3. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 23 und 25. Berlin/DDR ³1969 und ²1969 (= MEW 23 und 25).
- Marx*, Karl, und Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 3. Berlin/DDR ⁴1973 (= MEW 3).
- Mattenklott*, Gert, und Klaus R. Scherpe (Hrsg.): Westberliner Projekt: Grundkurs 18. Jahrhundert. Die Funktion der Literatur bei der Formierung der bürgerlichen Klasse Deutschlands im 18. Jahrhundert. Kronberg/Ts. ²1976.
- Metscher*, Thomas: Faust und die Ökonomie. Ein literarhistorischer Essay. In: Vom Faustus bis Karl Valentin. Argument-Sonderband 3. Berlin/West 1976, S. 28–155.
- Nemitz*, Rolf: Der Begriff der Technik bei Marcuse und seinen Nachfolgern. Magister-Arbeit FB 11 FU Berlin 1976 (masch. schriftl.).
- Opitz*, Reinhard: Der deutsche Sozialliberalismus 1917–1933. Köln 1973.
- Popitz*, Heinrich, Hans Paul Bahrdt, Ernst August Jüres, Hanno Kesting: Technik und Industriearbeit. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Tübingen 1957.
- Prokol-Gruppe*-Berlin: Der sanfte Weg. Technik in einer neuen Gesellschaft. Stuttgart 1976.
- Schmidt*, Alfred: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx. Frankfurt/M. 1962.
- ders.: Emanzipatorische Sinnlichkeit. Ludwig Feuerbachs anthropologischer Materialismus. München 1973.
- Sève*, Lucien: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Frankfurt/M. 1973.
- Tholen*, Georg Christoph: Technischer Fortschritt als Gewalt und Ideologie. Zur Kritik systemtheoretischer Bildungsplanung. Gießen 1975.
- Tomberg*, Friedrich: Utopie und Negation. Zum ontologischen Hintergrund der Kunsttheorie Theodor W. Adornos. In: Das Argument 26, 5. Jg. (1963), S. 36–48.
- ders.: Von der „Kritischen Theorie“ zur wissenschaftlichen Weltanschauung. Gegenwärtige Tendenzen der Rezeption des Marxismus in ihrer unterschiedlichen Aufarbeitung durch Alfred Schmidt und W. F. Haug (I). In: Das Argument 97, 18. Jg. (1976), S. 395–448.
- Trommler*, Frank: Sozialistische Literatur in Deutschland. Ein historischer Überblick. Stuttgart 1976.
- Ulrich*, Otto: Technik und Herrschaft vom Hand-werk zur verdinglichten Blockstruktur industrieller Produktion. Frankfurt/M. 1977.

Norbert Frank, Georg Rückriem und Joachim Stary

Literaturüberblick: Wissenschaftliches Arbeiten

Der Student im Anfangssemester, der die Zulassungshürde übersprungen hat, stellt in der Regel bald fest, daß das Abitur zum Studium zwar berechtigt, aber keineswegs allgemein schon befähigt. In allen Fachbereichen stellt sich übereinstimmend heraus, daß die Anfangssemester unbeschadet ihrer sonstigen Kenntnisse jedenfalls eine Voraussetzung nicht beherrschen: die elementaren Fähigkeiten und Fertigkeiten des wissenschaftlichen Arbeitens. Andererseits sind zwei Annahmen in diesem Zusammenhang längst hinreichend durch empirische Untersuchungen widerlegt: 1. daß sich diese Fähigkeiten im Laufe des Studiums automatisch einstellen, 2. daß sie unerheblich seien. Obwohl mehrere empirische Arbeiten zeigen, daß sowohl von Studenten als auch von Hochschullehrern in seltener Einmütigkeit die Notwendigkeit von Einführungsseminaren in die Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens erkannt wurde, ist die Zahl solcher Veranstaltungen an den wissenschaftlichen Hochschulen nach wie vor verschwindend gering. Wer als Student in diesem Bereich Schwierigkeiten offen zu gibt, wird – wie die Berichte aus den studentischen Beratungsstellen zeigen – in die therapeutische Sphäre verwiesen. Noch nicht untersucht worden ist, ob der Grund dafür vielleicht darin liegt, daß die unter Profilerungszwang stehenden Hochschullehrer sich mit „elementaren“ Veranstaltungen dieser Art „unter Wert“ zu engagieren meinen bzw. mit solchen Themen keine hochschuldidaktischen Lorbeeren glauben ernten zu können. Sicher jedenfalls ist, daß die Verlage diese Lücke im Angebot der Hochschulen und den brennenden Bedarf der Studierenden erkannt haben, denn inzwischen überrollt eine fast unübersehbare Flut von einschlägigen Produkten den Markt. Der Interessent steht dem jedoch einigermaßen hilflos gegenüber, da er in der Regel keine Bewertungsmaßstäbe in der Hand hat, um hier zwischen „Quacksalbern“ und seriösen Publikationen zu unterscheiden. Dies ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß dieser Bereich bisher wenig Rezensionsinteresse auf sich gezogen hat – eine Widerspiegelung des bereits erwähnten geringen Interesses an diesem Gegenstand im Hochschulbereich.

Geht man von der Voraussetzung aus, daß es in der Konsequenz hochschuldidaktischer Forschung und Theoriebildung läge, vorrangig in diesem Zusammenhang Konzepte zu entwickeln, die sich nicht nur auf die methodischen Fragen, sondern insbesondere auf wissenschaftstheoretische, psychologische, sozialisationstheoretische und didaktische Aspekte des Erlernens von Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens zu beziehen hätten, dann muß festgestellt werden, daß bisher dieser gesamte Gegenstandsbereich, also praktisch alle vorliegenden Publikationen, hinter diesem Anspruch zurückbleiben. Es kann daher bei diesem ersten Versuch der Einschätzung des Qualitätsspektrums sinnvoll nur darum gehen, diejenigen Techniken als Kriterien abzuleiten, die sich nach unserer Meinung im Prozeß des wissenschaftlichen Arbeitens als unabdingbar erwiesen haben. Dabei versteht es sich von selbst, daß hier nur eine Auswahl vorgestellt werden kann. Folgende Kriterien waren dabei für uns maßgebend: 1. Das Er-

scheinungsjahr: Vor allem die neueren Arbeiten auf diesem Gebiet wollen wir dem Leser bekanntmachen, da die Kenntnis der neueren Entwicklung nicht nur im Bereich der Techniken, sondern auch der Hochschulstrukturen als Determinanten des Lernens allenfalls von jüngeren Publikationen erwartet werden kann. 2. Ein gewisser Mindestanspruch: Texte, die sich immer noch auf die Vermittlung moralischer Appelle an die Willensstärke bzw. billiger Kniffe auf der Basis individueller Erfahrungen beschränken, werden von uns nicht berücksichtigt. 3. Der Grad der Verbreitung unter Studenten: Da bisweilen die bloße Tatsache ein Buch bereits zu empfehlen scheint, daß es über die 10. Auflage hinaus ist, auch dann, wenn die Erstauflage noch aus den dreißiger Jahren stammt, halten wir es für wichtig, gerade solche Texte zu überprüfen. – Mit anderen Worten, die vorliegende Auswahl stellt selbst bereits ein Qualitätsurteil dar.

Um jedoch die selbst dann noch verbleibende Menge an Publikationen in einer Rezension zu bewältigen, müssen wir uns auf ein nicht gerade gebräuchliches Verfahren stützen, das die Ergebnisse einer textanalytischen Untersuchung in tabellarischer Form zu Darstellung bringt. Folgende Aspekte lagen dabei unserer Analyse zugrunde: 1. Die Beachtung notwendiger Techniken im Prozeß des wissenschaftlichen Arbeitens wie Materialfindung, Materialaufnahme, Materialdokumentation und Materialdarstellung. 2. Die Beachtung derjenigen Aspekte der formalen Organisation des Studiums (Arbeitsplatz, Planung, physiologische Voraussetzungen usw.), die sich aufgrund der publizierten Erfahrungen von Beratungsstellen und einschlägigen empirischen Untersuchungen als besonders wichtig erwiesen haben. – Sofern Publikationen in diesen Zusammenhängen den Gütekriterien „fundierte“ (d. h. auf hinreichend gesicherter Praxis beruhend, als funktional erwiesen, als rationell bewährt), „informativ“ bzw. „handlungsanleitend“ weitgehend entsprechen, werden sie von uns als „empfehlenswert“ klassifiziert.

In der Annahme, daß für den Benutzer resp. Käufer weitere Informationen von Interesse sein können, haben wir bei unserer Analyse darüber hinaus noch folgende Aspekte berücksichtigt: 3. Die Berücksichtigung lerntheoretischer Kategorien in Übertragung auf studentisches Lernen wie Motivation, Aufmerksamkeit, Gedächtnis usw. 4. Die Behandlung gesellschaftlicher Aspekte und sozialisationstheoretischer Erkenntnisse in ihrer Übertragung auf studentisches Lernen. Dabei geht es uns vorrangig um die Frage, ob und wie die Sozialisationsbedingungen an der Hochschule Einfluß nehmen auf die Handhabung der Techniken: Wenn Hinweise auf Techniken wissenschaftlichen Arbeitens nicht abstrakt bleiben sollen, müssen sie auf die konkreten Studienbedingungen bezogen werden, also den Studierenden auch hier Handlungsanleitungen bieten. 5. Der allgemeine Informationsgehalt. Hier beziehen wir uns auf Informationen wie Literaturverzeichnis, Glossar, Abkürzungsverzeichnis, Teilbibliographien usw. 6. Fachbezug. Neuerdings gehen einige Einführungen dazu über, die Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens von den Besonderheiten eines speziellen Faches oder Fachbereiches her darzustellen. Wir nehmen an, daß es für den Leser interessant ist zu wissen, ob es Einführungen mit einem Bezug auf sein Fach gibt bzw. ob ein spezielles Werk unter Umständen seinem Fachinteresse zuwiderläuft. 7. Übungsteile. Wenn in bezug auf Techniken Fähigkeiten und Fertigkeiten ausgebildet werden sollen, sind Aufgaben und Übungen notwendig. Wir nehmen an, daß es interessant ist zu erfahren, ob ein Text solche Übungen anbietet oder nicht. 8. Die didaktische Gestaltung. Wir verwenden diesen Terminus in einem mehr äußerlichen Verständnis (da es bisher nach unserer Kenntnis „didakti-

sche“ Konzeptionen im theoretischen Verständnis dieses Begriffes überhaupt nicht gibt) und verstehen im einzelnen darunter etwa: Folgerichtigkeit, Anschaulichkeit, Verständlichkeit, Verwendung von Beispielen usw. 9. Schließlich: der Preis. – Wir empfehlen ein Buch dann als „sehr empfehlenswert“, wenn es außer den ersten zwei Aspekten auch die weiteren sechs der hier genannten adäquat behandelt. Daß ein Buch, das sich auf ein bestimmtes Gebiet spezialisiert, nur in bezug auf dieses beurteilt werden kann, versteht sich zwar von selbst, muß aber als Sonderfall hier erwähnt werden.

Die Analyse zeigt, daß unter den 20 Titeln, die einem Mindestanspruch nachkommen, nur vier das Prädikat „empfehlenswert“ verdienen. Es zeigt sich weiter, daß dies Publikationen sind, die entweder einen Fachbezug aufweisen (Bin-

	FINDEN	AUFNEHMEN	DOKUMENT	DARSTELLEN	FORMALE ORGANISAT.	GES. LICH. ANWANDB. ASPEKTE	PSYCH. ASPEKT	FACHBEZUG	ALLGEMEIN INFORM.	ÜBUNGEN	DIDAKT. GESTALTIG.	PREIS	BEURTEILUNG
ALSHEIMER 1)	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	14,80	0
BANGEN				0	0	0	0	0	0	0	0	8,80	0
BEELECH 2)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	33,00	0
BINDER	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8,80	0
BÖTTCHER	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	16,80	0
BORDOWSKY 3)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	17,00	0
DAHMER		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	16,80	0
GRESCHAT 4)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	19,80	0
HASSELHORN 5)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8,00	0
HEYDE		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	14,80	0
JESSE	0	0				0	0	0	0	0	0	8,80	0
JUNNE 6)		0		0		0	0	0	0	0	0	8,00	0
KLIEMANN	0		0		0	0	0	0	0	0	0	15,00	0
NAEF	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	12,00	0
RIECHERT	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7,80	0
SEIDENSPINNER	0			0	0	0	0	0	0	0	0	7,00	0
SEIFFERT	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	19,80	0
SPANDL	0			0	0	0	0	0	0	0	0	7,80	0
STANDOP				0	0	0	0	0	0	0	0	9,80	0
ZELEWITZ	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6,50	0

1) Bietet im Bereich der Techniken zu wenig. Es empfiehlt sich dagegen als ausgezeichnete Literaturführer für das Fach Betriebswirtschaft.

2) Nicht für studentische Zwecke, sondern für die berufliche Weiterbildung konzipiert.

3) Borowsky u. a. unternehmen den Versuch, den Bereich der Arbeitstechniken im Kontext einer Einführung in das Fach Geschichte darzustellen. Hierbei geraten einige Themenkomplexe zu kurz.

4) Fachbezug Theologie.

5) Vgl. Fußnote 2.

6) Junnes begrüßenswerter Versuch, den hochschulpolitischen Aspekten des Studiums größeren Raum zu geben, geht leider zu Lasten der Darstellung der Arbeitstechniken.

der, Greschat) oder lediglich einen begrenzten Bereich thematisieren (Bangen, Standop). Dem Gesamt unserer acht Kriterien wird kein Titel gerecht. Eine umfassende Information und Anleitung auf dem Gebiet der Techniken wissenschaftlichen Arbeitens ist daher beim gegenwärtigen Qualitätsstandard – annähernd – nur durch den Erwerb mehrerer Bücher zu erreichen. Dem Leser, der sich nicht durch den Kauf mehrerer Veröffentlichungen die nötige Hilfestellung verschaffen will und kann, raten wir, eher zu einem „empfehlenswerten“ Buch mit Fachbezug als zu einem „bedingt empfehlenswerten“ ohne Fachbezug zu greifen.

Literatur

- Alzheimer, Herbert: Studententechnik für Betriebswirte. Gabler Verlag, Wiesbaden, 2. Aufl. 1973 (152 S., br., 14,90 DM).
- Bangen, Georg: Die schriftliche Form germanistischer Arbeiten. Empfehlungen für die Anlage und die äußere Gestaltung wissenschaftlicher Manuskripte unter besonderer Berücksichtigung der Titelangaben von Schrifttum (Reihe: Sammlung Metzler. Bd. 13). Metzlersche Verlagsbuchhandlung, 7. Aufl. 1975 (104 S., br., 8,80 DM).
- Beelich, Karl-Heinz u. Hans-Hermann Schwede: Lern- und Arbeitstechnik kurz und bündig. Vogel Verlag, Würzburg 1974 (204 S., br., 33,- DM).
- Binder, Alwin u. a.: Einführung in Techniken literaturwissenschaftlichen Arbeitens (Reihe: Skripten Literaturwissenschaft. Bd. 8). Scriptor Verlag, Kronberg i. T., 2. Aufl. 1975 (130 S., br., 8,- DM).
- Böttcher, Winfried, u. Johannes Zielinski: Wissenschaftliches Arbeiten. Theoretische Grundlagen und praktische Einübung, Droste Verlag, Düsseldorf 1973 (195 S., br., 16,80 DM).
- Borowsky, Peter; Vogel, Barbara, u. Heide Wunder: Einführung in die Geschichtswissenschaft I. Grundprobleme, Arbeitsorganisation, Hilfsmittel (Reihe: Studienbücher Moderne Geschichte. Bd. 1). Westdeutscher Verlag, Opladen 1975 (212 S., br., 17,- DM).
- Dahmer, Jürgen: Effektives Lesen und gezielte Prüfungsvorbereitung (Reihe: Uni-Taschenbücher. Bd. 635). Schattauer Verlag, Stuttgart 1976 (252 S., br., 16,80 DM).
- Greschat, Martin u. a.: Studium und wissenschaftliches Arbeiten. Eine Anleitung, Gütersloher Verlagshaus G. Mohn, Gütersloh, 2. Aufl. 1970 (175 S., br., 19,80 DM).
- Hasselhorn, Martin u. a. (Hrsg.): Wirkungsvoller lernen und arbeiten, Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg, 3. Aufl. 1976 (174 S., br., 8,- DM).
- Heyde, Johannes Erich: Technik des wissenschaftlichen Arbeitens. Mit einem erg. Beitrag Dokumentation von Heinz Siegel, Verlag Kiepert, Berlin, 10. Aufl. 1970 (230 S., br., 14,80 DM).
- Jesse, Andreas: Informationen systematisch gewinnen. Leitfaden für Studenten aller Fachrichtungen (Reihe: Rowohlt Taschenbuch. Vieweg Basiswissen. Bd. 18). Rowohlt Verlag, Reinbek 1975 (149 S., br., 8,80 DM).
- Junne, Gerd: Kritisches Studium der Sozialwissenschaften. Eine Einführung in Arbeitstechniken (Reihe: Urban Taschenbücher. Bd. 244). Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1976 (137 S., br., 8,- DM).
- Kliemann, Horst: Anleitungen zum wissenschaftlichen Arbeiten. Eine Einführung in die Praxis. Praktische Ratschläge und erprobte Hilfsmittel (Reihe: Rombach Hochschul-Paperback. Bd. 15). Rombach Verlag, Freiburg i. B., 7. Aufl. 1970 (190 S., br., 15,- DM).
- Naef, Regula: Rationeller Lernen lernen. Ratschläge und Übungen für alle Wißbegierigen (Reihe: Beltz Bibliothek. Bd. 17). Beltz Verlag, Weinheim, 8. Aufl. 1976 (242 S., br., 12,- DM). (Vgl. auch die Rezension in Argument 85 (1974), S. 322 f.).
- Riechert, Johannes, u. Kurt Schwarz: Erfolgreich studieren – sich qualifizieren. Eine Anleitung, VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie, Leipzig, 4. Aufl. 1973 (199 S., br., 7,80 DM).

- Seidenspinner, Gundolf: *Wissenschaftliches Arbeiten. Techniken, Methoden und Hilfsmittel* (Reihe: Schriften der Deutschen Studentenschaft. Bd. 4). Verlag Mayer & Söhne, Aichach, 7. Aufl. 1976 (100 S., br., 7,- DM).
- Seiffert, Helmut: *Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten. Bibliographie – Dokumentation – Manuskript. M. e. Abschnitt Datenverarbeitung v. Benno Bachmair. Lehrbuch für Studenten aller Fachrichtungen ab 1. Semester*, Vieweg Verlag, Braunschweig, 2. Aufl. 1976 (163 S., geb., 18,80 DM).
- Spandl, Oskar Peter: *Die Organisation der wissenschaftlichen Arbeit* (Reihe: Rowohlt Taschenbuch. Vieweg Basiswissen. Bd. 9). Rowohlt Verlag, Reinbek 1974 (113 S., br., 7,80 DM).
- Standop, Ewald: *Die Form der wissenschaftlichen Arbeit* (Reihe: Uni-Taschenbücher. Bd. 272). Verlag Quelle & Mayer, Heidelberg, 6. Aufl. 1975 (160 S., br., 9,80 DM).
- Zelewitz, Klaus: *Einführung in das literaturwissenschaftliche Arbeiten* (Reihe: Urban Taschenbücher. Bd. 191). Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1974 (137 S., br., 6,50 DM).

Detlef Horster

Diskussionsbeitrag zu Blochs „Experimentum Mundi“

Das Argument Nr. 101 nannte auf seiner Titelseite als Besprechungsschwerpunkt die Philosophie Ernst Blochs. Besprochen wurde eines seiner neuesten, wie ich meine, wichtigsten Werke. Ernst Bloch machte sich nämlich im Alter daran, eine Kategorienlehre zu schreiben. Daß es sich um eine solche handelt, daß es überhaupt der erste Versuch ist im Spektrum, das „an Marx orientiert“ ist (Frei), geht aus der Rezension nicht hervor. Es wurde lediglich einiges vom Zentralmittelpunkt der Blochschen Philosophie – was sicherlich an vielen Stellen in dem neuen Band aufgefunden und wiedergefunden werden kann – rezipierend dem Leser der Rezension vorgeführt. Zusammengefaßt findet sich der Zentralgedanke der Blochschen Philosophie übrigens in einem schon älteren Band, der „Tübinger Einleitung in die Philosophie“ im 23. Kapitel. Ich sagte, daß das bekannt ist. Für wen? Sicher für den Leser des „Argument“, das den Untertitel trägt „Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft“. Meines Wissens ist es die einzige philosophische Zeitschrift in Westdeutschland und Westberlin, die „an Marx orientierte“ Philosophen anspricht. Darum ist es um so erstaunlicher, daß man hier das, was den „an Marx orientierten“ Philosophen interessieren könnte, nicht findet, nämlich einige Aussagen über das Neue an der Kategorienlehre Ernst Blochs. In „Experimentum mundi“ legt Bloch nach den klassischen Kategorienlehren von Aristoteles und Kant eine Kategorienlehre vor, die man als dialektisch-materialistische bezeichnen kann. Bei Aristoteles sind die Kategorien die allgemeinsten Seins-Aussagen. Sie sind statisch, weil sie auf ein unveränderliches, am Anfang schon fertiges Sein bezogen sind. Bei Kant sind die Kategorien reine Verstandesbegriffe, die nach seinem eigenen Selbstverständnis schon nicht mehr auf Erfahrung beruhen. Dieses Verständnis von Kategorien kann sich nach Bloch erst dann herausbilden, wenn der Tauschwert über den Gebrauchswert das Übergewicht bekommt. Das „Quantumsmuster“ aller Formen heißt nun Geld. Die Kategorien sind dem Tauschdenken „verhaftet“ (S. 156). Ganz anders versteht Bloch die Kategorien. Sie müssen bei ihm gesehen werden im Zusammenhang mit dem erwähnten Zentralmittelpunkt: Die Kategorien sind auf die unfertige Welt bezogen; sie müssen in Einklang stehen mit der objektiven Tendenz. Um über den Werdensprozeß Aussagen machen zu können, reichen aber die hergebrachten Kategorien nicht hin. Die Kategorien dürfen nicht statisch sein, sondern sie müssen dem Fluß des realen Prozesses entsprechen. Trotz des Flusses aber ist auch die Kategorie-Bildung notwendig, denn wenn man nur den Fluß sehen würde, kann der „auf ernste Weise über seine Sache siegen, wenn sein endloses Anliegen aus lauter Elan das Anliegen in kategorialen Häfen übersieht“ (S. 150). Bloch muß also Kategoriales finden, das nicht statisch ist, das nicht im Gegensatz zum Fluß steht. Kategoriales also, das zu seinem offenen philosophischen System paßt.

Ganz allgemein sind Kategorien bei Bloch Aussagen über den noch offenen Weltprozeß. Sie beinhalten somit die nach vorn weisenden Tendenzen in den Daseinsweisen. „Die Kategorien stellen sich im Denken zunächst als die jeweils

allgemeinsten Beziehungsbegriffe dar; als solche spiegeln sie die jeweils allgemeinsten Daseinsweisen, Daseinsformen der sich bewegenden Etwas. . . Daß aber zwischen Daß und Was überhaupt bezogen werden kann: diese Beziehung ist selber die Grundkategorie, und alle anderen führen sie nur aus.“ (S. 71). Die Begriffe Daß und Was sind hier im Sinne der Scholastischen Philosophie oder im Sinne der Schellingschen Philosophie zu verstehen: Daß und Was entsprechen quid und quod. Das Daß drückt die Existenz aus, das Was das Wesen, wohin jedes Existierende erst noch gelangen muß. Nicht wie bei Heidegger, bei dem das Wesen nur verborgen ist, schon da ist, unter dem Existierenden liegt und nur freigelegt werden muß. Nein, das Wesen ist im Weltprozeß noch zu entwickeln, im Zusammenwirken von Mensch und Welt noch zu erreichen. Das Wesen steht am Ende des Weltprozesses als Ziel, ist aber in allem, was existiert, seiner Potenz nach enthalten. Die Begriffsbildung für ein Denken, das zwischen Daß und Was vermitteln will, ist aber nicht nach den Gesetzen der klassischen Logik zu vollziehen. Das ist schon aus dem bisher Gesagten ersichtlich. Es gibt hierbei keine Begriffe, die nicht verändert werden dürfen wie bei der Abfolge: Begriff – Urteil – Schluß. Sondern, da das Sein in Bewegung ist, müssen es auch die allgemeinen Aussagen über die Daseinsweisen sein. Es müssen Begriffe in statu nascendi gefunden werden. Solche stehen aber nicht am Anfang der Urteilsbildung, sondern bei Bloch vollzieht sich die Folge so: Ergriff – Urteil – Begriff – Schluß. Wie das zu verstehen ist, macht er an einem Beispiel deutlich. „Sagen wir: Es regnet, so wird dieses Es noch nicht prädiert durch Regen, während andererseits freilich, wenn wir impersonal so beginnen: Es ist ein Schrank, dann läßt sich bereits sagen: es ist als Schrank bestimmt. Beide Es haben nicht das mindeste miteinander gemein, doch gerade, weil sie einen noch gänzlich unbestimmten bloßen ‚Ergriff‘ gleichmäßig darstellen, stehen sie gleichmäßig undifferenziert am Anfang des Urteilens selber. *Ergriffe* stehen logisch vor dem Urteil, sind eine Vorstufe zu dem bestimmten Subjekt, das im Prädikat begriffen wird; Ergriffe werden im Prädiertieren ihrer zu Begriffen bestimmt. Das noch unbestimmte, aber zu bestimmende Es, nämlich der Ergriff, ist noch in jedem logischen Subjekt enthalten, und das Urteil ist dazu da, es prädiertiv zum Begriff zu bestimmen. Das Es hält hierbei formal den Platz für das einfache und doch so wenig einfache Daß dafür, daß es überhaupt etwas zu bestimmen gibt. Dieses Bestimmen ist Urteilen als Verknüpfung des zu bestimmenden Subjekts durch die Kopula mit dem bestimmenden Prädikat. Derart eben setzt Urteilen Ergriffe voraus, um sie so erst prädiertierend, präzise zu Begriffen zu bilden.“(S. 39)

Die Dimensionen für die Herausbildung des Seins sind nicht Raum und Zeit im hergebrachten Sinne. Das Jetzt, in dem das Noch-Nicht-Sein steht, ist nicht dem Begriff Gegenwart gleichzusetzen, sondern Jetzt enthält Vergangenheit und Zukunft. In dem Sinne versteht ja auch Marx die Dimensionierung der Daseinsformen. An den Daseinsformen ist die Gewordenheit und ihre Vergänglichkeit erkennbar. Das muß sich für Marx auch in seinen Begriffen ausdrücken. Deshalb gibt es für ihn auch nicht die Trennung von Logischem und Historischem. Logisches ist für ihn Historisches. Darin sind sich Bloch und Marx völlig einig. Darin liegt der Kerngedanke des historischen Materialismus. Die Daseinsformen sind nicht so aufzunehmen, wie es der Empirismus tut, sondern ihr Historisches ist mit aufzunehmen.

Fast von selbst versteht sich, daß zu einem solchen Kategoriensystem auch das Kausalitätsverhältnis im hergebrachten Sinne klassischer Logik nicht paßt.

Ursache und Wirkung stehen in dem neuen Kategoriensystem von Bloch in Wechselwirkung.

Auch die quantitäsorientierten Maßeinheiten passen nicht hierhin. Es wird nicht einfach alles, was sich dem Denker in den Weg stellt, auf ein summierbares, qualitätsloses und mathematisches Maß gebracht. „Es geht also um Maße, die sich nicht am bloß Tatsächlichen orientieren, die sich gegebenenfalls gegen das bloß Tatsächliche, wenden, derart Tatsachen, sofern sie verdinglichte Prozeßmomente sind, zum Verschwinden bringen wollen. Im Einklang mit der objektiven Tendenz, heißt nach Maßgabe des objektiv-real Möglichen und seines noch ungekommenen, aber auch unvereitelten Plus übers unwahr Vorhandene. Nur solchen Sinns haben alle sich offen haltenden Kategorien ein Maß und sind maßbestimmend für das Besondere, das sie erfassen, indem sie unruhig sind, nicht nur mit dem durch sie Gemessenen unzufrieden, sondern gerade auch mit ihrer erlangten Kategoriengestalt selber. . . . Darum eben sind alle Gestaltkategorien als manifestierende ebenso *Auszugsgestalten* aus sich, Maße eines Novum, die sich kreativ selber – bei aller Invariante der Richtung – dialektisch verwandeln.“ (S. 154 f.)

Als Beispiel für eine Gebietskategorie sei hier *der* Mensch angeführt. Was *der* Mensch ist, ist nach Bloch noch nicht ausgemacht. Es läßt sich zwar aus dem, was vorher in der Geschichte gewesen ist, via negationis feststellen, was *der* Mensch, was das Menschliche nicht ist. Der menschliche Mensch kann beispielsweise nicht unfrei leben, nicht in einem Herr-Knecht-Verhältnis existieren, oder in einem feindlichen Gegensatz zur Natur. Was *der* Mensch jetzt ist, ist zwar seine Existenz, aber nicht sein Wesen. Um zum Wesen zu gelangen, muß vermittelt werden zwischen Existenz und Wesen. Das muß sich auch in den Kategorien eines neuen Kategoriensystems ausdrücken.

Kategorien sind bei Bloch also Wesensaussagen über den Weltprozeß, sind also nicht statisch wie die Kategorien, die wir aus der Geschichte der Philosophie kennen. Aber kategoriales Denken ist nicht passiv, nur abbildend, sondern greift auch in den Weltprozeß aktiv ein. Deshalb ist kategoriales Denken auch für den Menschen, der an der Front des Weltprozesses steht, wichtig; ja, unentbehrlich.

Meine Absicht war es, anzudeuten, was ein „an Marx orientierter“ Philosoph in diesem Werk finden kann. Es ist keinesfalls nur ein neuer Aufguß dessen, was wir von Bloch sowieso schon kennen. Es sind also keine Wiederholungen, die – wie Bruno Frei meint – dem Neunzigjährigen nicht anzulasten sind. Hier liegt eine vorwärtsweisende Kategorienlehre vor, die über die Kategorienlehren hinaus will, die mit dem Kapitalismus gewachsen sind. Diese marxistische Kategorienlehre ist eine Alternative zur erstarrten traditionellen Logik; epochemachend also für philosophisches Denken.

Kongreßbericht**Internationaler Kongreß Kritische Psychologie
Marburg/L., 13. –15. Mai 1977**

Während gegenüber der Landesparteitag der CDU sich Gedanken machte, wie „politische Agitationsveranstaltungen“ an den Hochschulen Frankfurts und Marburgs zu verhindern seien, waren über dreitausend Studenten und nahezu achtzig Referenten aus der BRD, Westberlin, Holland, Dänemark, Schweiz, DDR etc. dem Aufruf des Bundes Demokratischer Wissenschaftler und des AStA Marburg gefolgt, teilzuhaben an einem historischen Ereignis: eine neue Wissenschaft, Kritische Psychologie, trat mit der Kraft mehrjähriger kollektiver Forschungsarbeit vor die Öffentlichkeit. Mag dieser Schritt auch der Mißachtung bürgerlicher Presse ausgesetzt sein, Bürgermeister der Stadt Marburg und Universitätspräsident bezogen Stellung; sie hielten Eröffnungsansprachen.

Was machte diesen Kongreß attraktiv für die internationalen Kongreßteilnehmer, ließ die Zuhörer begeistert ein wahres Mammutprogramm auf sich nehmen und mit großer Ernsthaftigkeit jeden einzelnen Beitrag verfolgen? Eine Einzelwissenschaft entsteht durch die Anwendung der Marx'schen Methode, gelangt zu wegweisenden Ergebnissen und setzt diese der öffentlichen Überprüfung aus. Dies muß das Interesse eines jeden fortschrittlichen Studenten und Wissenschaftlers finden: wie kann dieser exemplarische Vorstoß zu neuen Ufern für das eigene Fach fruchtbar gemacht werden? Besonders aber sind alle herausgefordert, die Genaueres über die Besonderheiten des individuellen Lebens- und Entwicklungsprozesses wissen müssen.

Der historische Stellenwert, den dies Auftreten der Kritischen Psychologie besitzt, verdeutlicht sich auch an den neuen Formen der Kongreßgestaltung. Massenhafte Rezeption mußte ermöglicht werden. Eröffnung sowie Darstellung der Kritischen Psychologie fanden im brechend vollen Audi Max statt, in mehreren Hörsälen verfolgten die Teilnehmer die Übertragung der Ausführungen. Nach der Eröffnung (vgl. den Abdruck des Einleitungsreferats von Klaus Holzkamp in diesem Heft) am Freitagnachmittag begann der Kongreß am nächsten Morgen mit aufeinander aufbauenden Vorträgen von W. F. Haug, V. Schurig, K. Holzkamp und F. Haug. Der gemeinschaftlich erarbeitete Gesamtvortrag, in den die fachspezifischen Qualifikationen der Philosophen, Biologen, Psychologen und Soziologen eingingen und welcher den individuellen Stärken und Eigentümlichkeiten (wie leider zuweilen auch fachwissenschaftlicher Verklausulierung) Raum bot, stellte Vorgehen, Ergebnisse und Programm zugleich von Kritischer Psychologie zur Diskussion.

Herkömmliche Psychologie bleibt in der Welt der Erfahrung und der Erscheinungen bürgerlicher Lebensformen befangen. Ihr stellt sich Gesellschaft als „Umwelt“ dar, der die Menschen in einseitiger Abhängigkeit ausgeliefert sind. Es scheint zwingend, diese Abhängigkeiten individuellen Verhaltens in zahllosen

Experimenten mit vermeintlich naturwissenschaftlicher Exaktheit zu bestimmen. Die „Umwelthaftigkeit“ von Gesellschaft in der bürgerlichen Gesellschaft kann nur im Rückgriff auf die „Kritik der politischen Ökonomie“ gedanklich durchbrochen werden, führte W. F. Haug zu Beginn aus. Nur das Verständnis der Entstehung solcher Lebensformen, die den gegenständlichen Schein von Gesellschaft als Natur hervorbringen, ermöglicht, das Verhältnis von den konkreten Menschen zu den von Menschen geschaffenen Verhältnissen zu begreifen. Die Naturhaftigkeit bürgerlicher Gesellschaft kann wissenschaftlich durchdrungen werden, so daß erklärbar wird, weshalb herkömmliche Psychologie dazu verleitet wird, Gesellschaft als Umwelt und tätige Individuen als ausgelieferte Organismen zu denken. Gesellschaft als Gesellschaft zu bestimmen, kann nicht heißen, die Individuen als ausschließliches Resultat der gesellschaftlichen Verhältnisse zu begreifen (vgl. K. Holzkamp in diesem Heft). Menschen sind auch Naturwesen mit bestimmter biologischer Ausstattung. Folgerichtig beschäftigt sich die Kritische Psychologie auch mit der Erforschung dieser Seite menschlichen Daseins. Das Verhältnis von Natürlichkeit und Gesellschaftlichkeit der Menschen soll geklärt werden. Hier setzte der Beitrag der Biologie (V. Schurig) ein und bestimmte die natürliche Ausstattung der Menschen als Fähigkeit zur Gesellschaftlichkeit. Daß dieses Vorgehen auch zu neuen Erkenntnissen in die biologische Entwicklung führt und zu einer Kritik ahistorischer Sichtweisen beispielsweise der naturwissenschaftlichen Psychologie, ist ein Aspekt. Bedeutender scheint, daß die wissenschaftliche, interdisziplinäre Beschäftigung mit dem Gegenstand „Mensch“ die Durchbrechung traditioneller Trennung von Naturwissenschaft und Gesellschaftswissenschaft erzwingt. Auch hier gelangt die Kritische Psychologie also zu Positionen, die Maßstab zukünftiger wissenschaftlicher Beschäftigung mit diesen Problemen sein werden.

Die biologischen Grundausstattungen der Menschen zu klären, erfordert den Nachvollzug der phylogenetischen Entwicklung vom Tier zum Menschen. In historischer Analyse werden die Voraussetzungen zur Gesellschaftlichkeit der Menschen bestimmt und Grundkategorien gefunden, mittels derer sich die individuelle Lebentätigkeit erfassen läßt. K. Holzkamp führte als Grundkategorien an: Aneignung als menschliche Form des Lernens, Kooperation in der Bewältigung des gesellschaftlichen Lebens u. a. (vgl. die Rezension von K. Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis, in Argument 96).

Diese Grundkategorien können nicht direkt auf heutige menschliche Praxis angewandt werden und das Handeln der Psychologen anleiten. Die historischen Bedingungen müssen untersucht werden, unter denen sich die biologisch gegebenen Möglichkeiten realisieren. Am Beispiel „Sozialbeziehungen“ führte F. Haug exemplarisch aus, daß diese Untersuchungen in eine Kritik menschlicher Praxis in der bürgerlichen Gesellschaft und in eine Kritik bürgerlicher Wissenschaft zugleich münden müssen. Bürgerliche Interaktionstheorien und Rollentheorie beschreiben die Oberfläche von Sozialbeziehungen, dringen aber nicht zum wissenschaftlichen Begreifen vor. Hier führt nur die Kategorie ‚Kooperation‘ weiter und verdeutlicht, daß menschliche Beziehungen nur entstehen können, wenn die Produktion des gesellschaftlichen Lebens zur gemeinsamen Sache wird.

Kritische Psychologie, wie sie in dem gemeinschaftlichen Vortrag dargeboten wurde, beschreibt also eine Bewegung von der Erfahrungswelt über die historische Analyse der menschlichen Praxis zur Kritik dieser Praxis und der herkömmlichen Psychologie. Sie knüpft daher an diese Psychologie an, hebt sie in ihrer Kritik auf. Eine solche Bewegung bewegt offenkundig diejenigen, die mit herkömmlichen und zu überprüfenden Anschauungen ausgestattet in diese Bewegung verwickelt werden; der Beifall bewies es.

Kollektiv und in Beiträgen verschiedener Wissenschaftsgebiete wurde auch das weitere Programm des Kongresses bestritten. Es folgte zunächst eine genaue Auseinanderlegung der historischen Methode; das der Kritischen Psychologie eigene Verfahren wurde als bewußtes, den Eigenarten des wissenschaftlichen Gegenstandes angemessenes in Abhebung von analytischer Wissenschaftstheorie verfügbar gemacht. Über zwanzig Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen deckten einen weiten Themenbereich ab und ließen die theoretischen Auseinandersetzungen im wissenschaftlichen Streit lebendig werden. Von der Behandlung theoretischer und methodischer Einzelfragen, wie Bedeutung des „Intelligenz-Konzepts“, Grundlagen der Handlungstheorie, Probleme des Spracherwerbs und der empirischen Forschung, über die Darstellung verschiedener Bereiche psychologischer Berufstätigkeit, zur Bedeutung Kritischer Psychologie für andere Fachwissenschaften, wie Rechtswissenschaften, Kommunikationstheorie, Politische Psychologie, Analyse anthropologischer Auffassungen, Erforschung von Arbeitstätigkeiten erstreckte sich die Themenvielfalt. Auf die Veröffentlichung dieser Ergebnisse und der Diskussionen zur Kritischen Psychologie in der Kontroverse wird man gespannt sein müssen. (Im Pahl-Rugenstein Verlag erscheint im Herbst 77 der umfangreiche Kongreßbericht).

Der Kongreß zeigte die Fruchtbarkeit einer Psychologie, die sich zur konsequenten Wissenschaft wendet und damit letztlich zur gesellschaftlichen Praxis. Entstand diese Wissenschaft im Gefolge der Studentenbewegung, so zeitigte sie, wie auf diesem Kongreß, eine Studentenbewegung für materialistische Wissenschaft im Interesse wissenschaftlich angeleiteter Praxis.

Und hier liegen die Aufgaben. Nicht nur zeigten die Vorträge der Projekte wie der Arbeitsgruppen, wie schwierig es ist, über praktische Tätigkeit zu berichten, ohne in Einzelbeispielen sich zu verlieren und die Praxis nachzuerzählen, sondern auch, daß noch große Anstrengung nötig ist, zu konkreten und vernünftigen Erkenntnissen über die Handlungsmöglichkeiten von fortschrittlichen Psychologen zu gelangen. Das Fundament ist gelegt, weitere Untersuchungen sind notwendig, um das Fundament zu einem Gebäude hochzuziehen, daß die Ergebnisse bürgerlicher Psychologie in sich aufnimmt und Raum, d. h. Perspektiven für die eigenen Praxis bietet.

Der Kongreß zeigte den massenhaften Bedarf – und viele werden gebraucht für die Weiterentwicklung der Kritischen Psychologie in praktischer Perspektive.

Thomas Waldhubel (Berlin/West)

Kongreßbericht

31. Historikertag

Mannheim, 22.–26. September 1976

Zur Eröffnung trug der Bundespräsident den westdeutschen Historikern eine Aufgabe an: die Vermittlung eines „gesunden“ historisch fundierten Bewußtseins von der fortdauernden „Einheit der Nation“. Es ist sicherlich nicht nur auf diese Tatsache zurückzuführen, daß 1976 die in der Mehrheit konservativen Historiker wieder selbstbewußt auftraten. Der neugewählte Vorsitzende des Historikerverbandes, G. A. Ritter (München), verkündete: die Zeit der Defensive, als Kultusbürokratie das Fach „Geschichte“ abbauen und andere Kräfte sich der Geschichte nur noch als „eines Steinbruchs“ zur Stützung „vorgefertigter Ideologien“ bedienen wollten, sei vorbei; die Geschichtswissenschaft könne in einem „gewandelten Klima in der Öffentlichkeit“ nunmehr ihr „Heil in der Offensive suchen“ und „verlorenes Terrain“ zurückgewinnen.

Die „übergreifenden Themen“: „Sicht der Geschichte: Prozeß und Plan – Ereignis und Epoche?“, „Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein im 20. Jahrhundert“ und „Die klassischen Revolutionen“ stehen im Zentrum der Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher und marxistischer Geschichtswissenschaft. K. Borchardt (München) stellte in seinem Vortrag über „Trend, Zyklus, Strukturbrüche, Zufälle: Was bestimmte die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts?“ drei unterschiedliche Modelle zur Bestimmung längerfristiger Trends in der wirtschaftlichen Entwicklung vor. Er demonstrierte, daß jedes Modell Anspruch auf Erklärung der sozialökonomischen Realität erheben kann. Auf Nachfrage bestritt er, daß die Entscheidung zugunsten eines einzigen Modells wissenschaftlich begründbar sei. Eine ähnliche erkenntnistheoretische Position bezog F. Furet (Paris) in seinem Referat über „Die Probleme und Ursprünge der Französischen Revolution“: Furet lehnte ein „pauschales erklärendes Modell“ ab und hielt die Deutung der Französischen Revolution als „bürgerliche“ weder in ökonomischer noch in sozialer Hinsicht für berechtigt. Schließlich griff J. Rohlfes (Bielefeld) die Konzeption einer emanzipativen, schülerorientierten Didaktik A. Kuhns scharf an und warf ihr u. a. eine Präformation der Ergebnisse durch gesellschaftspolitische Zielsetzung bzw. politisch-metatheoretische Standpunkte vor. Er plädierte für einen „nicht klassenspezifisch“ eingegengten Geschichtsunterricht, in dem eine „Distanzierung von vorgegebenen Identifikationszwängen“ durch die Vorführung einer „Mehrzahl von Identifikationsmöglichkeiten und sozialen Rollenmustern“ einzuüben sei.

Gegen diese als „offen“ und „multiperspektivisch“ propagierte Geschichtsbeurteilung opponierte H. Diwald (Erlangen). Er forderte angesichts der Tatsache, daß die Geschichtskonzeption in der BRD „pluralistisch bis zur Verwaschenheit“, in der DDR dagegen „massiv einheitlich“ sei, dazu auf, hierzulande ebenfalls ein „geschlossenes Geschichtsbild“ zu entwickeln, da sein Fehlen von der westdeutschen Bevölkerung angesichts der „Notwendigkeit einer handfesten Begründung des Selbstverständnisses der Deutschen in der gegenwärtigen Situation“ als „besonders quälend“ empfunden werde.

In den überwiegend empirisch-forschungsorientierten Sektionen wurden zum Teil durchaus interessante und wichtige Themen behandelt – u. a. „Arbeiterfragen im Industrialisierungsprozeß“, „Staat und Bildung in Preußen und im deutschen Kaiserreich 1871–1914“ – sowie bemerkenswerte Einzelergebnisse präsentiert – z. B. die Referate von H. Schomerus (Heidelberg) über „Soziale Differenzierungen und Nivellierungen der Fabrikarbeiterschaft Esslingens 1846–1914“, von K. H. Jaraus (Saarbrücken) über „Die Studenten im Kaiserreich: Bildung als politische Sozialisation“, sowie von M. Heinemann (Bochum) über „Die Volksschule: Erziehung in Staatshand“ –, wobei diese empirische Detailforschung allerdings die Ebene des Konkret-Besonderen nicht verließ und ihre Ergebnisse nicht zu allgemeinen systematischen und theoretisch fundierten Aussagen zusammenfaßte.

Von führenden Fachvertretern wurden ermutigende Anzeichen für eine Überwindung der seit dem Ende der 60er Jahre virulenten „Krise der Geschichtswissenschaft“ festgestellt – jener Legitimations- und Identitätskrise, welche die bis dahin unangefochten herrschende traditionelle Geschichtswissenschaft aufgrund des Vordringens von Politikwissenschaft und Soziologie sowie der verstärkten Rezeption marxistischer Theorie erfaßt hatte. Im Kontext einer staatlichen Orientierung auf systemerhaltende Reform- und Modernisierungskonzeptionen konnte sich seit Anfang der 70er Jahre eine kritische Richtung der sogenannten „historischen Sozialwissenschaft“ zunehmend durchsetzen. Obwohl das Konzept dieser Gruppe, deren Repräsentanten u. a. die mit der Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft“ verbundenen Historiker J. Kocka, W. J. Mommsen, W. Schieder und H.-U. Wehler sind, sich stets auf der Basis eines „offenen Methodenpluralismus“ – der die Rezeption und Integration nur einzelner Elemente der marxistischen Theorie erlaubt – bewegte, reichte dies, um auf den heftigen Widerstand konservativer Fachvertreter zu stoßen: ein Angebot J. Kockas und H.-U. Wehlers, für Mannheim eine international besetzte Sektion zum Vergleich von Klassen- und Schichtenstrukturen zu organisieren, wurde vom Vorstand des Historikerverbandes abgelehnt (vgl. FR vom 30. 9. 1976).

Als hervorragende Kennzeichen des neu artikulierten Selbstverständnisses der westdeutschen Geschichtswissenschaft bleiben generell festzuhalten: das Postulat einer theoretisch-methodologischen „Multiperspektivität“, die neuerliche Präsentation einer rechten Pluralismuskritik und das Erstarken agnostizistischer Tendenzen. Kritisch-alternative Positionen werden zur Zeit nur noch außerhalb der Historikertage (z. B. im „ARGUMENT“, in „Geschichte und Gesellschaft“ sowie in der neuen Zeitschrift „Geschichtsdidaktik“) vertreten.

Peter W. Reuter (Duisburg)

Besprechungen

Philosophie

Zilsel, Edgar: Die sozialen Ursprünge der neuzeitlichen Wissenschaft. Hrsgg. v. W. Krohn. STW 152. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (279 S., br., 10,- DM).

Die in diesem Band gesammelten Aufsätze wurden von ihrem am „Wiener Kreis“ orientierten Autor in den vierziger Jahren im amerikanischen Exil als Vorarbeiten zu einer nicht mehr ausgeführten systematischen Studie veröffentlicht. Der Herausgeber begründet ihre Wiederveröffentlichung mit der Fragwürdigkeit der in der angelsächsischen Wissenschaftsgeschichtsschreibung gegenwärtig gängigen Unterscheidung und Entgegensetzung von „externen“ (sozialen) und „internen“ (kognitiven) „Entwicklungsfaktoren“. Indem Zilsel nach den historischen Gesetzen suche, die „Korrelationen zwischen sozialen Strukturen oder Wandlungen und kognitiven Strukturen oder Wandlungen“ herstellen, seien seine Aufsätze wichtige Vorarbeiten für eine „Soziologie der Wissenschaftsentwicklung“ (43).

Das Hauptmerkmal der neuzeitlichen Wissenschaft bildet nach Zilsel ihre Forschungsmethode, die aus der Vereinigung zweier Komponenten, des logisch-systematischen Denkens und des experimentellen Verfahrens, hervorging. Diese Komponenten waren unterschiedlichen sozialen Trägern zugeordnet: den Universitätsgelehrten, deren rationale Methode auf Kompilation und Klassifikation beschränkt blieb, den Humanisten, die die klassische Bildung pflegten, und schließlich den höheren Handwerkern oder Künstler-Ingenieuren, die keine Zunftmeister mehr waren. Als Erfinder nützlicher Geräte und Maschinen waren sie die „wirklichen Pioniere der empirischen Beobachtung und der kausalen Forschung“ (57). Ihnen ist auch die moderne, quantitative Form des wissenschaftlichen Gesetzesbegriffs (83) ebenso wie der Begriff des wissenschaftlichen Fortschritts und der ihm zugehörigen wissenschaftlichen Kooperation (127 f.; 133) zu verdanken.

Die sozialen Bedingungen für die Überwindung der Trennung dieser Komponenten sieht Zilsel im Übergang vom Feudalismus zum Frühkapitalismus. Mit diesem Übergang verlagerten sich die Zentren der Kultur von Ritterburgen und Klöstern in die Städte, entwickelten sich Technik und Individualismus, die ein rationales, von Autorität unabhängiges Denken vorantrieben: die an der kapitalistischen Rationalität orientierten Normen überwandten die traditionellen Werte des Mittelalters (51 f.). Das entscheidende Ereignis in der Entstehung der neuzeitlichen Wissenschaft sieht Zilsel deshalb im „Aufstieg der Methoden der Handarbeiter in die Reihe der akademisch ausgebildeten Gelehrten“ (63): „Die Wissenschaft wurde geboren, als mit dem Fortschritt der Technologie die experimentelle Methode schließlich die sozialen Vorurteile gegen die Handarbeit besiegte und von rational geschulten Gelehrten übernommen wurde. Dies wurde um ca. 1600 erreicht (Gilbert, Galilei, Bacon)“ (49).

Den Beitrag der höheren Form der Handarbeit zur Herausbildung der wissenschaftlichen Methode belegt der Autor mit einer Fülle empirischen Materials.

Der Anspruch, damit bereits eine Analyse der sozialen Ursprünge der neuzeitlichen Wissenschaft geleistet zu haben, ist jedoch fragwürdig. Zinsel vernachlässigt vielmehr für eine solche Untersuchung entscheidende Zusammenhänge, z. B. die durch die Herausbildung der bürgerlichen Produktionsweise geschaffenen gegenständlichen Voraussetzungen der Wissenschaft, die Rolle der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung für den Produktionsprozeß, die Bedeutung der Wissenschaft in den weltanschaulichen Auseinandersetzungen. Dies fällt um so mehr auf, als einige Arbeiten zu diesen Themen schon vor der Entstehung der Aufsätze Zisels veröffentlicht worden sind (so z. B. die Arbeiten Clarks, Hessens und Grossmanns), ohne daß er positiv oder negativ auf sie Bezug nähme. Diese Einschränkung ist dem empiristischen Wissenschaftsbegriff des Verfassers geschuldet, der auch sein Vorgehen prägt.

Bereits an der Bestimmung der neuzeitlichen wissenschaftlichen Methode wird die Schwäche einer abstrakten Begriffsbildung deutlich, die ihre Gegenstände nicht genetisch rekonstruiert, sondern sie als Aggregate fixer Elemente faßt. So braucht z. B. nur die „soziale Barriere“, die die bereits existierenden Komponenten voneinander isoliert, zusammenzuberechnen, damit der „Empirismus“ vom logischen Denken fertig übernommen werden kann. Indem Zinsel auf die Untersuchung des qualitativ Neuen in der Einheit von Logischem und Empirischem in der wissenschaftlichen Erkenntnis verzichtet, suggeriert er die Lösung eines Problems, ohne es überhaupt in Angriff zu nehmen.

Ähnliche Mängel weist die formal-typologisierende Begriffsbildung des Verfassers in den historisch-soziologischen Analysen auf. Diese zeichnen sich dadurch aus, daß sie ein Verhältnis koexistierender widersprüchlicher Produktionsweisen in ein historisches Nacheinander verlegen. Der von Zinsel untersuchte Zeitraum ist dadurch bestimmt, daß sich innerhalb der feudalen Produktionsweise die Elemente der bürgerlichen herausbilden. Zinsel stellt dieses Grundverhältnis so dar, als würde ein Typ von gesellschaftlichen Beziehungen mit den ihm entsprechenden Normen und Wertsystemen durch einen anderen Typ abgelöst, also die Feudalordnung mit der in ihr herrschenden Tradition und Gruppenbildung durch den Frühkapitalismus und den ihm immanenten Normen von Individualismus und Rationalität. Entsprechend dieser Uminterpretation eines gegensätzlichen Verhältnisses in eine bloße Aufeinanderfolge, spielen in den Analysen Zisels der politische Formierungsprozeß der bürgerlichen Klasse innerhalb des Feudalsystems und die ihn begleitende Herausbildung der bürgerlichen Weltanschauung für die Entstehung der neuzeitlichen Wissenschaft keine Rolle. Bezeichnend dafür ist, daß der Verfasser an keiner Stelle auf die Bedeutung der markantesten Ereignisse innerhalb der ideologischen Auseinandersetzung wie z. B. die Verfolgung und Hinrichtung Brunos oder den Prozeß gegen Galilei eingeht.

Die deutlichste Manifestation des der Forschungsmethode Zisels zugrundeliegenden Empirizismus findet sich in dem systematischen Aufsatz „Die Physik und das Problem der historisch-soziologischen Gesetze“, der die Fundierung einer „empirischen Sozialwissenschaft“ zu geben versucht. Da in der Kulturosoziologie – im Unterschied zu den Naturwissenschaften – die „kausale Erklärung“ nicht auf dem Experiment beruhen könne, schlägt der Verfasser als Verfahren zur Auffindung historischer Gesetze „den Vergleich verschiedener Länder und Kulturen“ (208) vor. Da seine Auffassung eines Zusammenhangs die einer Summe unabhängiger Bausteine ist und er unter Gesetz keinen Entwicklungszusammenhang, sondern „beobachtbare wiederholte Assoziationen von Ereignissen“ (70) versteht, hat er auch keine Bedenken, „z. B. Europa und Amerika, die moderne Zeit und die Antike, die Zivilisationen von Indien, China, Ägypten und

Persien“ unter „identischen Gesichtspunkten“ zu vergleichen (208). Aus einem derartigen Vergleich entspringen dann „Gesetze“ wie das folgende: „Wo immer gelehrte Priester mit der Aufgabe betraut sind, Priesterkandidaten zu unterrichten, systematisieren sie die vagen und widersprüchlichen mythologischen Traditionen der Vergangenheit und entwickeln rationale Unterscheidung, Klassifikation und Enumeration als wissenschaftliche Methode“ (207). Abgesehen von der Fragwürdigkeit der miteinander verglichenen „empirischen Belege“ sowie von der Tatsache, daß die Elemente der Definition hier wieder als Ergebnis präsentiert werden, das „Gesetz“ somit logisch eine Tautologie darstellt, erhellt, daß dergleichen Gesetze in unendlicher Zahl gesammelt werden können, ohne auch nur ein einziges historisches, d. h. Entwicklungsgesetz herauszuarbeiten.

Zusammenfassend läßt sich Zilsels Methode als eine doppelte Reduktion charakterisieren. Einerseits führt die Reduktion der Wissenschaftsentwicklung auf das Methodenproblem zu einer Abstraktion von den gesellschaftlichen Wirkungszusammenhängen der Wissenschaft. Andererseits führt die soziologische Reduktion der Methode auf ihre sozialen Träger zur Abstraktion von der inhaltlichen Spezifik des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses. Es erscheint deshalb zweifelhaft, ob die vorliegenden Aufsätze einen Weg zur Überwindung des starren Gegensatzes zwischen „internen“ und „externen“ Faktoren in der Wissenschaftsgeschichte weisen oder ob ihnen nicht vielmehr dieser Gegensatz selbst zugrunde liegt. – Dem Band ist eine empfehlenswerte Bibliographie zur Wissenschaftsgeschichte beigegeben.

Gideon Freudenthal u. H. O. Riethus (Berlin/West)

Rotermundt, Rainer: Das Denken John Lockes. Zur Logik bürgerlichen Bewußtseins. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1976 (196 S., br., 22,80 DM).

John Locke als eine Art Ahnvater des ökonomischen und politischen Liberalismus besitzt auch heute noch eine gewisse Aktualität, weil sich in seiner Theorie einige identisch gebliebene Grundprobleme der bürgerlichen Gesellschaft gerade in ihrer Entstehungsgeschichte besonders deutlich herausarbeiten lassen. Mit dieser Absicht untersucht Rotermundt Lockes Gesamtwerk und erhebt dabei keinen geringeren methodischen Anspruch, als das Lockesche Denken aus den gesellschaftlichen Verhältnissen im England des 17. Jahrhunderts zu entwickeln, d. h. „den konkreten Vermittlungszusammenhang von historisch gegebener Entwicklungsstufe der bürgerlichen Gesellschaft und ihr zugehöriger Bewußtseinsformen aufzuzeigen“ (11). Der Untersuchung liegt dabei die These zugrunde, daß letztlich die fehlende Erkenntnis des Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit Lockes gesamte Theorie bestimme.

Rotermundt beginnt mit der Untersuchung, in welche Widersprüche sich Locke infolge seiner mangelnden Unterscheidung zwischen konkreter und abstrakter Arbeit bei der Bestimmung des Werts von Waren und Geld bzw. bei der Preisbestimmung verwickelt. Die dabei feststellbaren „falschen“ Auffassungen werden Marx folgend aus den realen Verkehren des Gegenstandes abgeleitet. Lockes Vorstellungen über Kapital, Profit und Lohnarbeit werden anschließend analysiert. – Daraufhin behandelt Rotermundt die Relation von Arbeit und Privateigentum in Lockes politischer Theorie. Da Locke den Naturcharakter der Arbeit mit deren sozialer Formbestimmtheit zusammenwirft, versucht er aus natürlicher Arbeit unmittelbar das Privateigentum abzuleiten, womit die bürgerli-

chen Eigentumsverhältnisse zu Naturbestimmungen deklariert werden. Davon ausgehend, verfolgt Rotermundt, wie Locke aus diesen als „Naturzustand“ bezeichneten sozialen Beziehungen die Vorstellung von Freiheit und Gleichheit begründet, auf der anderen Seite jedoch aus der Verallgemeinerung der Warenproduktion soziale Ungleichheit und die Aneignung fremder Arbeit folgen läßt. Das führt zu einem bestimmten Verhältnis von Gesellschaft und Staat, dessen Funktion nach Locke darin besteht, mittels allgemeingültiger formaler Gesetze die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu schützen. Mit dieser allgemeinen Funktion und den konkreteren politischen Umständen in der Restaurationsperiode nach der Englischen Revolution wird versucht, spezifische Probleme der Lockeschen Staatstheorie wie Widerstandsrecht, Gewaltenteilung und religiöse Toleranz in Verbindung zu bringen. – In einem abschließenden Exkurs zur Erkenntnistheorie führt Rotermundt entsprechend seiner Ausgangsthese die von Locke unterstellte Trennung zwischen Erkenntnissubjekt und Objekt auf die Warenproduktion zurück. Das aus der mittelalterlichen Seinsordnung herausgerissene bürgerliche Individuum werde sich zwar der Fähigkeit bewußt, die Welt seinen Zwecken gemäß zu verändern, erfahre aber die selbst hervorgebrachten gesellschaftlichen Verhältnisse als fremd und unbeeinflussbar. Damit werde zugleich der Anspruch konzeptiv eingreifender Praxis zurückgenommen und das Subjekt an den Naturcharakter des Erkenntnisobjekts ausgeliefert. Diese spezifische Konstellation wird von Rotermundt zur erkenntnistheoretischen Fragestellung schlechthin verallgemeinert und damit jede Erkenntnistheorie als „bürgerlich“ deklariert (vgl. seinen Diskussionsbeitrag zur Widerspiegelungs-Diskussion in Argument 92). Den empiristischen Lösungsversuch Lockes charakterisiert Rotermundt als „pragmatisch“ und erklärt ihn mit dem relativen Entwicklungsstand der bürgerlichen Gesellschaft in England, wo eine Theorie primär nach ihrer Praktikabilität gemessen worden sei.

Dem hohen methodischen Anspruch versucht Rotermundt dadurch gerecht zu werden, daß er sich im Aufbau der Untersuchung an der von Marx angewandten Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zur konkreten Totalität orientiert (16). Hierin liegt jedoch eine entscheidende Schwierigkeit. Denn die Spezifik der Lockeschen Theorie ist damit noch keineswegs begründet. Anstatt zu zeigen, auf welche Weise sich allgemeine Gesetzmäßigkeiten *in der konkreten historischen Entwicklung* durchsetzen und wie die konkrete Entstehungsgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft das Denken Lockes bedingt, wiederholt Rotermundt lediglich das schon von Marx bekannte allgemeine Entwicklungsgesetz, während die jeweils erst nachträglich erwähnten konkreten historischen Bedingungen dem eigentlichen Ableitungsversuch *äußerlich* bleiben. Daß daher Lockes Theorie in Hinblick auf ihre sozial- und ideengeschichtliche Spezifik zu wenig präzisiert wird, führt schließlich zur Unterschätzung seiner theoretischen Leistung; am gravierendsten wohl die Einschätzung, Locke habe in Unkenntnis des Doppelcharakters der Arbeit unter Bedingungen der Warenproduktion zwangsläufig auch den Gesellschaft stiftenden Charakter der Arbeit nicht erkannt (62/78). Diese Fehlinterpretation hat Konsequenzen für die gesamte Beurteilung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft: Wenn Rotermundt meint, der Staat müsse nach Locke regulativ die bürgerliche Gesellschaft wegen der dort herrschenden ökonomischen Konkurrenz ständig organisieren (105/111/122), bleibt gerade der Fortschritt der Lockeschen Theorie unberücksichtigt, die Selbstregulation der Gesellschaft von Anfang an vorauszusetzen. – Am deutlichsten zeigt sich die Problematik des Versuchs, Lockes Gesamtheorie „in letzter Instanz“ aus „dem unerkannt vorausgesetzten Begriff von menschlicher Arbeit“

(160, vgl. 140) ableiten zu wollen, im abschließenden Exkurs zur Erkenntnistheorie. Der Einfluß der Naturwissenschaft wird kategorisch ausgeklammert. Lokales Auffassungen über Erkenntnismethoden, über die Unerkennbarkeit von Naturkräften, seine Unterscheidung zwischen „primären“ und „sekundären Qualitäten“ usw. wird man jedoch wohl kaum ohne Bezug zur zeitgenössischen Mechanik behandeln können. Damit soll keineswegs bestritten werden, daß auch die Naturwissenschaft gesellschaftlich vermittelt ist, aber Rotermundt glaubt mit diesem Hinweis auf eine Untersuchung derartiger Zusammenhänge generell verzichten zu können. Trotz dieser Einwände bedeutet die Arbeit einen methodischen Fortschritt. Sie ist in ihrem prinzipiell sinnvollen Aufbau von ökonomischer, politischer und gnoseologischer Theorie konsequent durchgeführt, erkennt die historische Legitimität der Lockeschen Theorie grundsätzlich an und zeigt eine Fülle aufschlußreicher Zusammenhänge. Johannes Rohbeck (Berlin/West)

Neuendorff, Hartmut: *Der Begriff des Interesses. Eine Studie zu den Gesellschaftstheorien von Hobbes, Smith und Marx.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1973 (163 S., br., 4,- DM).

Der Begriff des Interesses spielt in der Gesellschaftstheorie insofern eine bedeutende Rolle, als er eine zentrale Vermittlungskategorie ist: Interessen vermitteln zwischen Bedürfnis und Gegenstand, und, sofern diese Beziehung gesellschaftlich bestimmt ist, zwischen Individuum und Gesellschaft. In der vorliegenden Studie wird – nach einer informativen Einführung in die Begriffsgeschichte – versucht, anhand des Interessenbegriffs die Spezifik dieser Vermittlung in den Gesellschaftstheorien der genannten Autoren zu charakterisieren.

In der Untersuchung der Hobbesschen Staatstheorie liegt der Akzent auf der Ableitung des Staates aus der nach dem methodischen Vorbild der Mechanik Galileis konstruierten Triebstruktur einzelner Individuen (38 ff.). Indem jeder zur bloßen Selbsterhaltung tendenziell grenzenlos nach Erweiterung seiner Machtmittel strebt und nur durch die Macht der anderen eingeschränkt wird, entsteht zwangsläufig eine Interessenkollision, die sich nur in einen friedlichen Gesellschaftszustand überführen läßt, wenn jeder auf seine Macht zugunsten einer allgemeinen Staatsmacht verzichtet. Die Gesellschaft als Sphäre des wirtschaftlichen Zusammenlebens muß vom Staat daher erst konstituiert werden, bleibt aber nach der Staatsgründung sich selbst überlassen (66). Hinsichtlich dieses Verhältnisses von Staat und Gesellschaft besteht, wie Neuendorff hervorhebt (73 f.), zwischen Hobbes und Smith kein prinzipieller Unterschied. Die Differenz liegt lediglich in der Ausgangssituation der miteinander konkurrierenden Privatinteressen, die Smith bereits unabhängig vom Staat durch ökonomische Gesetze vermittelt sieht. Auf der Grundlage gesellschaftlicher Arbeitsteilung bildet sich zwischen den Privatproduzenten eine sachliche Abhängigkeit heraus, in der sich die unterschiedlichen Bedürfnisse wechselseitig ergänzen (85 ff.). Versuchte Hobbes, Gesellschaft und Staat rational und in diesem Sinne künstlich zu konstruieren, stellt sich bei Smith die Harmonie der Privatinteressen auf natürliche Weise von selbst her.

Neuendorff betont mit einer gewissen Berechtigung die „liberale“ Komponente der Hobbesschen Theorie, doch bleibt außer acht, daß Hobbes mit dem vorstaatlichen „Krieg aller gegen alle“ gerade nicht die bürgerliche Konkurrenzgesellschaft beschreibt (N. spricht hier in Anlehnung an Macpherson auch von der „Eigentumsmarktgesellschaft“, 51 ff.), sondern primär die Erfahrungen der Eng-

lischen Revolution verarbeitet. Denn die Individuen des von Hobbes dargestellten „Kriegszustands“ konkurrieren nicht als Privatproduzenten, sondern eignen sich ihren Besitz gewaltsam an. Weil dieser Mangel, Gesellschaft ohne Arbeit begründen zu wollen, nicht genügend berücksichtigt wird, konzentriert sich die Kritik gleich zu Anfang auf die Art und Weise der Interaktion: Hobbes behandle die Errichtung des Staates als ein technisches statt als ein „praktisches“ Problem, d. h. er räume der „herrschaftsfreien Kommunikation“ zu wenig Platz ein (37). Erst bei Smith zeigt sich dann, daß der Schritt zum Liberalismus wesentlich von der Erkenntnis des Arbeitszusammenhangs der bürgerlichen Gesellschaft gestützt wird.

Aber auch mit der Gesellschaftstheorie von Smith macht es sich Neuendorff zu einfach. Er beginnt mit einem Referat der Smithschen Ethik (80 ff.), ohne diese mit den wirtschaftstheoretischen Ausführungen zu vermitteln. Unterstellt die ökonomische Theorie allein das Eigeninteresse, rückt Smith in seiner Moralphilosophie die Sympathie, ein anthropologisch vorausgesetztes Vermögen des Menschen, die Emotionen anderer Menschen nach- und mitzuempfinden, ins Zentrum. Daß damit in der Gesamtheorie – grob gesagt – Egoismus und Altruismus in einem Gegensatz stehen, der die Harmoniebehauptung in Frage zu stellen scheint, kommt bei Neuendorff nicht ins Blickfeld. Dabei böte sich gerade im Rückblick auf Hobbes an, die Sympathie-Theorie als den Versuch eines konsequenten Liberalismus zu interpretieren, die zuvor allein dem Staat zugeschriebenen, jedoch weiterhin zu erfüllenden Funktionen (vor allem der Eigentumssicherung) nun durch Verinnerlichung der Normen einer warenproduzierenden Gesellschaft von den Privatleuten selbst auch ohne direkte Staatsaufsicht ausüben zu lassen.

Gegenstand des letzten Abschnitts ist die Gesellschaftstheorie von Marx mit dem Ziel, die Spezifik des in der Kritik der politischen Ökonomie enthaltenen Interessenbegriffs herauszuarbeiten. Auf der Ebene der einfachen Warenproduktion wird zunächst nur das bereits in den Ausführungen über Smith Gesagte expliziert: Ging die bürgerliche Nationalökonomie vom einzelnen Interesse aus, um das harmonische Zusammenspiel der Privatinteressen zu begründen, zeigt Marx, daß dies nur funktionieren kann, weil diese Interessen bereits in Inhalt, Form und Mittel von den gesellschaftlichen Verhältnissen, unter denen sie sich realisieren, bestimmt sind (110). Auch die daran anschließende recht langatmige Darstellung der Marxschen Ableitung von der Wertform bis zum Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit trägt zu den vorher entwickelten Fragestellungen nichts wesentlich Neues bei.

Erst mit der Behandlung des Verhältnisses zwischen individuellem und Klasseninteresse von Kapitalisten und Lohnarbeitern kommt Neuendorff wieder zum Thema. Wer hier allerdings einen Versuch erwartet, bestimmte soziale Interessen aus der Analyse ökonomischer Funktionszusammenhänge abzuleiten, sieht sich gerade in Hinblick auf die anfangs erwähnte Leistung des Interessenbegriffs als Vermittlungskategorie enttäuscht. Stattdessen begnügt sich Neuendorff neben der Darbietung weiteren Stoffs mit einem Nebeneinander von „objektivem“ und „subjektivem Konstitutionsprozeß“ (124/152), ohne zu zeigen, welche Instrumente Marx bereitstellt, diese beiden Seiten zu vermitteln. Etwas detaillierter wird Neuendorff bei den abschließenden Untersuchungen zur Genese proletarischen Klasseninteresses und Klassenbewußtseins: Es entstehe durch die bewußte Organisation der Arbeiter als Klasse (143) sowie durch die Erkenntnis der Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems (148). Freilich soll sich diese Erkenntnis (Lukács folgend) unmittelbar auf den Widerspruch zwischen Tausch-

wert und Gebrauchswert (der Arbeitskraft) richten (7/154), eine Erkenntnis, die jedoch weder Ausgangspunkt gemeinsamer Kampferfahrung sein kann, noch zum Begreifen der kapitalistischen Klassenverhältnisse spezifisch genug ist. Zum andern meint Neuendorff, daß die Spaltung der Arbeiterorganisationen in Gewerkschaften, die sich in der Regel auf ökonomische Kämpfe beschränken, und in politische Parteien die Trennung der bürgerlichen Gesellschaft in Gesellschaft und Staat reproduziere und deshalb die „wirkliche Entfaltung der Klasseninteressen der Arbeiter“ verhindere (150). Um diese Trennung nicht zu fixieren, dürfe keine dieser Organisationen besondere Priorität beanspruchen. Das widerspricht Neuendorffs eigener Einsicht, daß der rein gewerkschaftliche Kampf über Verbesserungen im Rahmen der bestehenden Kapitalverhältnisse nicht hinausgehen könne (154 f.).

Johannes Rohbeck (Berlin/West)

Arendt, Dieter (Hrsg.): *Der Nihilismus als Phänomen der Geistesgeschichte in der wissenschaftlichen Diskussion unseres Jahrhunderts.* Wege der Forschung, Bd. 360, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1974 (365 S., Ln., 67,- DM, Mitgl.-Preis 38,- DM).

Der Band sammelt Zeitschriftenaufsätze und Buchauszüge nach 1945. Zu einer Gruppe lassen sich zusammenfassen die Beiträge von Ludwig Landgrebe „Zur Überwindung des Nihilismus“, „Der getarnte Tod“ von Hildegard Schaefer, die in den Übermenschens Dostojewskis die literarische Vorwegnahme der „Nihilismus-Überwindung“ bei den Nazis sieht (beide 1946/47), der weitgehend ausführlich Belege sammelnde Beitrag von Gerhard Gloege (1949), Hermann Rauschnings Buchauszug aus „Masken und Metamorphosen des Nihilismus“ (1954), der in den „modernen Mythen“ und ihren „Ordnungen“ (113) die „eigentlichen Masken des Nihilismus“ sehen will und gegen den „egozentrischen Materialismus“ wieder den „ganzen“ Menschen fordert, dann Wilhelm Weischedels „Philosophische Theologie im Schatten des Nihilismus“ (1962) und Wolfgang Müller-Lauters Antwort darauf: „Zarathustras Schatten hat lange Beine . . .“ (1963). Sie alle nehmen den abstrakten Nihilismus als Wert- und Sinnverlust hin und versuchen mit ihm, die gegenwärtige geschichtliche Situation zu reflektieren und zu beschreiben. Freilich sind die Unterschiede dennoch beträchtlich: während auf der einen Seite Landgrebe breit über das Schicksal des deutschen Geistes sinniert, dem es aufgegeben sei, nach den höchsten Höhen nun auch die tiefsten Tiefen (1946) zu durchstehen (vgl. z. B. 30), und wieder einmal den Schluß zieht, daß es ohne Irrationalismus nicht gehe (wohingegen der Faschismus „geistesgeschichtlich“ im Rahmen des „Sichselbstsetzen des Menschen im Vernunftglauben“ gesehen wird; vgl. 2, 25, 27, 31), so benutzt auf der anderen Seite Weischedel das Thema dazu, das grundsätzliche Infragestellen der Philosophie als nihilistisch zu erweisen und entsprechend zu empfehlen, „radikalphilosophisch“ auch das Fragen infragezustellen: der Mensch stehe „in der Fraglichkeit zu allem“ (165), wobei dann Gott – es geht ja um „Philosophische Theologie“ – als „radikale Fraglichkeit über alle Wirklichkeit“ (166), diesen „Nihilismus“ sozusagen legitimierend, „hereinbricht“ (dieser Setzung Gottes widerspricht dann Müller-Lauter in seinem Aufsatz, der in der „Fraglichkeit des Fraglichen“ die mögliche Zukunftsperspektive, d. h. die mögliche Überwindung des Nihilismus sieht, vgl. 193 f.). Diesen Beiträgen, die sich einzig sind in der Abkehr von realgeschichtlicher Fragestellung und in der Hinnahme von Nietzsches dü-

sterer Prognose, daß die Zeit des Nihilismus gekommen sei, steht kontrapunktisch der Auszug aus Adornos „Negativer Dialektik“ gegenüber, der gerade die Überwinder des Nihilismus zeihet und sich weigert, neuen (ausgelaugten) Positivitäten zu vertrauen (1966).

Unmittelbar an diese Gruppe schließen sich drei Aufsätze an, die den Geburtstag des Nihilismus (1963) feiern bzw. darüber streiten, ob er zu feiern sei. Hermann Wein beginnt die Feier mit dem 100. Geburtstag, indem er den Arzt Basarow aus Turgenjews „Väter und Söhne“ zur legitimen nihilistischen Erstgeburt (1862) erklärt. Werner Vordtriede dagegen sieht in diesem „Nihilistischen Geburtstagskind“ ebenso einen späten Bastard wie Hans Thom, der die Frage stellt: „Wie alt ist der Nihilismus?“ und die „bemerkenswerte Fehlleistung“ Weins, so der Herausgeber in der Einleitung (10), richtigzustellen versucht.

Damit ist die Gruppe der „historischen“ Arbeiten, die beanspruchen dürfen, das Zentrum des Bands zu bilden, angesprochen. Da ist zunächst der Aufsatz von Theobald Süß, der die – lange als die erste Belegstelle geltende – Verwendung des Begriffs „Nihilismus“ bei F. H. Jacobi untersucht und die Anfänge des Nihilismus in den deutschen Idealismus (Fichte) zurückverlegt, der die „ganze reale Welt (...) in der Abstraktion, die zum Begriff hinführt, aufgehoben oder (...) vernichtet“ hat (68)(1951). Dem geht auch der Aufsatz von Kurt Hübner nach, der die „nihilistische Gestimmtheit“ auf Fichte zurückführt und gleichzeitig zum existentialistischen Sartre in Beziehung setzt (Entwurf des existentiellen Ich im essentiellen Nichts) (1956). „Hegel und die Anfänge der Nihilismus-Diskussion“ sind Thema von Otto Pöggelers Aufsatz (1970), der geisteswissenschaftlich zwar, aber doch mit Entschiedenheit den Nihilismus als erkenntnistheoretische Folge von Kants „Kritischer Vernunft“ zeigt, die in der grundsätzlichen Trennung von Phänomena und Noumena den Zeitgenossen nahelegte, dem menschlichen Erkennen nicht mehr zu trauen, d. h. die Realität der Außenwelt zu leugnen (annihilieren). Pöggeler wartet mit neuen Quellen auf, die zeigen, daß die Nihilismus-Diskussion vor Jacobi anzusetzen ist (und da auch prägnanteren Ausdruck gefunden hat). Andeutungsweise erscheint Hegel als adäquater „Überwinder“ dieses Nihilismus, indem Hegel als derjenige vorgestellt wird, der die rein erkenntnistheoretische Diskussion aus dem Himmel auf die Erde, d. h. in die Geschichte zurückgeholt hat. Die bestimmte Negation weist den abstrakten Nihilismus ab (und damit auch den Idealismus).

Zu einer letzten Gruppe lassen sich die literaturwissenschaftlichen Beiträge zusammenschließen. Werner Kohlschmidt stellt der heilen Romantik den „Nihilismus der Romantik“ (1953) gegenüber, Walter Hof erklettert die „Stufen des Nihilismus“ (1963) vom Sturm und Drang bis in die Gegenwart auf besonders geistesgeschichtliche Weise, und Leo Kofler stellt dem „nihilistischen“ das „humanistische“ „epische Theater“ gegenüber (1962); jenes isoliert unrealistisch das „Ich“ (der Mensch erzählt sich selbst) im absurden Theater (Beckett), dieses dagegen vermittelt einzelnen und Allgemeinheit (Brecht) und kommt so nicht nur zu adäquater Wirklichkeitsdarstellung, sondern in der Berücksichtigung der realen Subjekt-Objekt-Beziehung auch zu einer humanistischen Alternative zum abstrakt nihilistischen Ansatz des absurden Theaters.

Der Band wird zusammengehalten durch eine die Beiträge distanzierend vorstellende Einleitung von Dieter Arendt, in der es ihm darum geht, den Nihilismus als „Phantom“ zu entlarven, um es gegenstandslos zu machen, anstatt zu versuchen, es mit unangemessen pathetischem Aufwand zu „überwinden“ (11), und seinen Schlußbeitrag, der den Nihilismus als „umgekehrten Idealismus“ (350) ausweist. Andeutungsweise wenigstens zeigt Arendt an, wo die wirkliche „Über-

windung“ zu erwarten ist: „konsequentermaßen würde das absorbierte Nichts als Nein zum Instrument einer kontrastiven oder komparativen Alternative im dialektischen Materialismus“ (17).

Freilich: diesen Schluß legen die Beiträge des Bandes sonst kaum nahe, im Gegenteil (und darin ist wohl auch der „Sinn“ hinter dem Unsinn zu sehen): er zeigt vielmehr den Nihilismus eben als dies Phantom der Geistesgeschichte, oder besser gesagt: der deutschen Geistesgeschichte, ein Phantom freilich, das zu viel Realität unter sich hatte, als daß es zu bagatellisieren wäre. In einer Zeit, in der sich die Reaktion wieder auf „die“ Werte besinnt, ist auch der Nihilismusverdacht nicht weit: er denunziert auch die bestimmte Negation.

Jan Knopf (Karlsruhe)

Friedrich, Carl J.: Tradition und Autorität. Paul List Verlag, München 1974 (165 S., br., 8,80 DM).

Wenn Konservative ihre eigenen politischen bzw. philosophischen Kategorien entfalten und begründen, so geschieht dies nicht selten mit beschwörendem Blick auf ein abzuwendendes drohendes Chaos. Friedrich – der vor allem durch seine Studien zur „Totalitarismus-Theorie“ bekannt geworden ist – verzichtet auf apokalyptische Visionen, wengleich auch er „wachsende Anarchie“ (84) zu erkennen meint.

Die Titel-Begriffe „Tradition“ und „Autorität“ sind zugleich zentrale Kategorien – neben Dauer, Ordnung, Hierarchie, etc. – konservativen Denkens. Betonen andere Konservatismus-Theoretiker den Kampf der Aufklärung und des Rationalismus gegen Autorität und Tradition, so versucht Friedrich nachzuweisen, „daß weder Autorität und Tradition ohne Beziehung zu Vernunft und logischem Denken ist, und spezieller noch, daß Tradition oftmals sogar die Grundlage des Denkens und rationalen Arguments bildet“ (12). Damit steht seine Arbeit offensichtlich im Zusammenhang mit dem aktuellen Bemühen um einen „aufgeklärten Konservatismus“. Welche politische Implikationen dieses Unternehmen hat, soll an diesem Versuch geprüft werden.

Friedrichs Anliegen, eine Beziehung zwischen Vernunft, logischem Denken und Tradition herzustellen, bleibt deklamatorisch. Es finden sich variationsreiche Wiederholungen seiner Definitionen von „Tradition“ (Summe der vorherrschenden Werte und Glaubensinhalte, die sich in den Gewohnheiten, Bräuchen und Normen einer politischen Gemeinschaft ausdrücken, 17) und „Autorität“ (die „Fähigkeit zu argumentieren“, 57 ff., 63, 76, 89, 126, 128 u. a.). Friedrich trennt „Tradition“ säuberlich von „Ideologie“, der eine eher apologetische Funktion zukomme (17 f., 45, 98).

In lockerer Form werden Beziehungen zwischen Autorität und Freiheit, Legitimität, Werturteil, Anarchie etc. diskutiert. Wer neue soziologische Aufschlüsse erwartet, wird enttäuscht: daß sozialer Wandel durch „Traditionen“ blockiert wird oder sozialer Wandel neue „Traditionen“ entstehen läßt (13 ff.), ist kaum mehr als eine Trivialität. Indiziert oftmals schon der Verweis auf irgendwelche vage umrissenen „Traditionen“ zur Erklärung historisch-politischer Vorgänge den Abbruch des analytischen Begründungsverfahrens, so wird dieses durch den Verzicht einer Vermittlung der Begriffe mit der politisch-sozialen Realität vollends fragwürdig. Die „gesellschaftskritischen“ politischen Postulate, die an die Reflexionen über „Tradition und Autorität“ angeknüpft werden, richten sich dann auch notwendig an den „guten Willen“ der am politischen Prozeß Beteilig-

ten. Etablierten Institutionen wird ein besonderer Autoritätsvorschuß gewährt. In konkreten Illustrationen seiner Reflexionen wird Friedrich offen affirmativ bis reaktionär, wenn er z. B. dem Rektor einer alten Universität das Recht erteilt, rebellierende Studenten, die sich einer „schmutzigen, verunglimpfenden Sprache“ bedienen, von der Universität zu jagen (126), der Regierung eine Schiedsrichterrolle „in den Konflikten zwischen den Menschen in der Gesellschaft“ zuerkennt (118) und natürlich auch Berufsverbote legitimiert (98).

Wie sind nun dann die Bedingungen einer „guten und gerechten“ Ordnung und Politik, zu der Tradition und Autorität in besonderem Maße beitragen? „Gute Manieren“ werden zum „Schlüssel zur Politik“ (22). Wer verfügt nun über Qualitäten zu einer „guten Politik“? Es sind die „Spezialisten“ (83 f.), solche, die intime Einblicke in die „Mysterien des Staates“ (80 f.) besitzen und „mit dem Zufälligen in größerer Vertrautheit leben“ (58) als andere. Sie tragen dann die Last der Verantwortung und erfüllen eine Mission (33). Konsequenterweise fällt diesen „Auserwählten“ ein „freies Ermessen“ unter außergewöhnlichen Umständen zu (75).

Hartmann Wunderer (Kassel)

Szczesny, Gerhard (Hrsg.): *Marxismus ernst genommen.* Rowohlt Verlag, Reinbek 1975 (253 S., br., 6,80 DM).

Es fängt damit an, daß der Herausgeber bekennt, der Marxismus sei ihm „suspekt und unsympathisch“. Es bleibt jedoch nicht dabei. Die elf Beiträge unterscheiden sich zwar hinsichtlich der Fähigkeit der Autoren, dem Marxismus Verständnis entgegenzubringen bzw. ihn „ernst zu nehmen“, doch dem Vorurteil des Herausgebers stehen sie in ihrer Mehrheit fern. Von Ernst Topitsch („Marx zwischen Mythos und Wissenschaft“) allerdings war nichts anderes zu erwarten als ein Aufguß seiner allzu bekannten „Entdeckung“, Marx habe sein Gedankengebäude „neuplatonisch-gnostischen und kabbalistischen Überlieferungen entnommen“ (17). – Hans Mohr glaubt, den „prinzipiellen Konflikt zwischen Biologie und Marxismus“ mit Berufung auf Karl Poppers „Wissenschaftstheorie“ auflösen zu können. Seit die Affäre Lysenko von der sowjetischen Wissenschaft selbst liquidiert worden ist, bietet sich dem Professor an der Universität Freiburg kein anderer Einwand als die Unterscheidung zwischen Dialektik und „dialektischen Momenten“. Während die Dialektik als Realkategorie in der Naturforschung sich nicht bewähre, hätten sich „dialektische Momente“ in der Naturforschung der westlichen Länder „entwickelt und durchgesetzt“ (37). Was mit der Tüftelei gewonnen sein soll, bleibt unklar. – Erich H. Witte, das Verhältnis von Psychologie und Marxismus untersuchend, findet ohne Umschweife: „Die Entfremdung am Arbeitsplatz wird seit langem in der Psychologie untersucht; die Ergebnisse hierzu sind recht eindeutig und bestätigen die Ansichten von Marx“ (56). – Günter Hartfiel, inzwischen verstorbener ehemaliger Rektor der Berliner Pädagogischen Hochschule, liefert eine intelligente Kritik der „Marxologen“: „Es grenzt mitunter an bornierte Ignoranz, wenn Vertreter einzelner, voneinander abgeschottet arbeitender Sozialwissenschaften . . . zunächst einmal fest überzeugt von der Irrelevanz marxistischer Thesen reden“ (72). Der Marxismus habe die Volksmassen gelehrt, daß die Weltgeschichte und ihr soziales Schicksal nicht das Ergebnis der Taten großer Männer oder Eliten seien, daß ihnen vielmehr die geschichtliche Entwicklung selbst die kollektive Kraft in die Hände spiele, mit der sie ihr Schicksal in die eigene Verantwortung übernehmen könnten. Die gängige Fehlinterpretation der „Marxologen“, der Begründer des

wissenschaftlichen Sozialismus lehre eine Automatik des sozio-ökonomischen Prozesses, wird damit implizit zurückgewiesen. Der Begriff der Klasse wird als die „theoretische Kategorie“ anerkannt, „mit der die für die gesellschaftliche Entwicklung grundlegenden Gegensätze in der Gesellschaft beschrieben werden“ (75). Die Übereinstimmung mit der materialistischen Betrachtungsweise findet freilich ihre Grenze, wo es um die Einsicht geht, die als unmenschlich erkannte kapitalistische Gesellschaft sei auf revolutionäre Weise zu verändern. – Thomas Nipperdey, Eiferer des reaktionären „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, halbiert in seinem Beitrag „Marxismus und Geschichtswissenschaft“ den historischen Materialismus: einerseits sei er „Gemeingut auch der nichtmarxistischen Wissenschaft“ (96), andererseits zeige die marxistische Geschichtswissenschaft „den Irrweg einer eindimensionalen, monopolistischen Konstruktion“ (101). Nipperdey stößt sich an der Unterscheidung von subjektiven und objektiven Faktoren des Geschichtsprozesses, die, am Beispiel der frühbürgerlichen Revolution gezeigt, dahin führe, daß die objektiven Wirkungen zur Ursache des Prozesses erklärt würden. Aus diesem Grunde „versage“ die marxistische Historie, bestimmte historische Prozesse zu erfassen, wie etwa die „Revolution von oben“, die Industrialisierung und Modernisierung in einem Staat, dessen mächtigste Klasse die Junker waren. Daß es gerade im Hinblick auf die objektiven Faktoren Klassenbündnisse gibt, die den subjektiven Faktor zeitweilig modifizieren, ist dem gelehrten Autor nicht geläufig. (vgl. auch F. Tombergs Kritik dieses Buches in seinem Aufsatz in *Argument* 95.) – Der Beitrag des Göttinger Germanisten Horst Turk „Marxismus und Literaturwissenschaft“ beweist eindrucksvolle Kenntnis der Literatur zur Realismuskritik; der Essay schließt mit dem Hinweis auf Walter Benjamins Betrachtung der „Geschichte als Erwartungszusammenhang“. – Zwei „Sowjetologen“, der Jesuitenpater Peter Ehlen und der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats der Ostakademie/Königstein Siegfried Rother, stellen die philosophische Gretchenfrage: wie hält es der Marxismus mit dem Sinn des Lebens? Das geht natürlich ohne polnische und jugoslawische Gewährsleute nicht ab. Die Autoren arbeiten mit dem Widerspruch zwischen zwei marxorientierten Aussagen: a) es sei sinnlos, nach dem Sinn der Welt als ganzer zu fragen, b) der Mensch könne seinem Leben und der Geschichte einen Sinn geben. Die Autoren beruhigen sich bei der „zentralen Dimension jedes marxistischen Denkens“, bei der „Kategorie der Zukunft“ (222). Die Frage nach dem Sinn des Lebens verstumme auch nicht in der sozialistischen Gesellschaft; beantwortet werde sie, im Sinne von Marx, von der Zukunft her, von dem, was die Menschheit sein sollte und sein könnte. Um zu diesem Schluß zu kommen, bedarf es freilich keines „ethischen Marxismus“ – Marxismus genügt.

Bruno Frei (Wien)

Ströker, Elisabeth: *Wissenschaftsgeschichte als Herausforderung. Marginalien zur jüngsten wissenschaftstheoretischen Kontroverse.* Vittorio Klostermann, Frankfurt/M. 1976 (62 S., br., 8,50 DM).

Ströker analysiert die „Herausforderung“ der modernen Wissenschaftstheorie, insbesondere des sogenannten kritischen Rationalismus (Popper, Lakatos, Toulmin, Watkins, Feyerabend), durch die Wissenschaftsgeschichte in der Gestalt Thomas S. Kuhns („Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“). Im Mittelpunkt der Untersuchung steht Kuhns Begriff der „normalen Wissenschaft“ (12 ff.), der besagt, daß sich die „normale“ Arbeit des Wissenschaftlers im we-

sentlichen darauf beschränke, im Rahmen eines bestehenden wissenschaftlichen Paradigmas „Aufräumtätigkeit“ zu leisten, d. h. „das fragliche Paradigma weiter zu präzisieren und zu spezifizieren“ (13), dieses selbst aber nicht infrage zu stellen. Gerade dieses Theorem wird von den Methodologen des kritischen Rationalismus, die von der Annahme einer „permanenten Revolution“ (Popper) in den Wissenschaften ausgehen, vehement bekämpft. Weiter diskutiert die Verfasserin den u. a. von Popper gegen Kuhn erhobenen Vorwurf des „Irrationalismus“ (36 ff.), der sich auf Kuhns Behauptung stützen zu können glaubt, daß ein Paradigmenwechsel in den Wissenschaften weniger logisch-methodologischen Regeln folgt, als vielmehr der faktischen Zustimmung seitens einer Forschergemeinschaft zu einem neuen wissenschaftlichen Paradigma (38). Schließlich erörtert Ströker den Wahrheitsrelativismus in Kuhns Programm (48 ff.), von dem dieser freilich später, unter dem Eindruck der Kritik Poppers, der von einer approximativen Wahrheitsidee ausgeht, abgerückt ist (52).

Die kritische Sympathie der Verfasserin gehört eindeutig Kuhn. Zu dessen „unbestreitbaren Verdiensten“ zähle, daß er „für die Geschichte der ‚positiven‘ Wissenschaften gezeigt (hat), daß diese mit jeder wissenschaftlichen Entscheidung nicht einfach und eindeutig nur das bessere, umfassendere, gehaltvollere Wissen gewählt, sondern sich zugleich auch einer Fülle anderer Fragestellungen und Antwortmöglichkeiten begeben hat . . .“ (57 f.). Es ist schade, daß Ströker es bei dieser Feststellung beläßt, die ja in der Tat die Frage nach dem „Sinn“ gegenwärtiger Wissenschaft impliziert: Denn wer wüßte mit letzter Bestimmtheit zu sagen, ob das, was heute mit dem Anspruch wissenschaftlicher Wahrheit auftritt, nicht womöglich eine gesellschaftliche Fehlentwicklung darstellt (was kulturvergleichende Untersuchungen nahelegen könnten)? Schade auch, daß die Verfasserin Paul Feyerabends „Against Method“ (1975) unerwähnt gelassen hat, das m. E. eine wesentlich radikalere Herausforderung der Wissenschaftstheorie ist als Kuhns Wissenschaftshistorik. Bedenklich schließlich, daß jede im engeren Sinne sozialhistorische Dimension ausgeblendet bleibt. Hier können wohl nur marxistisch erleuchtete Arbeiten, die dem Zusammenhang von Wissenschaftsentwicklung und Gesellschaftsentwicklung systematisch nachgehen, Klarheit verschaffen. Ich denke etwa an O. Ullrichs „Technik und Herrschaft“, das eine „strukturelle Affinität“ zwischen Wissenschaft und Kapital vermutet (so daß „wissenschaftliche Revolutionen“ im Sinne Kuhns an die Logik ökonomischer Prozesse gebunden wären, freilich auch auf diese zurückwirkten), und an „Geld und Geist“ von R. W. Müller, das die Rekonstruktion der Genesis des neuzeitlichen Rationalitätsbegriffs zum Gegenstand hat. Ganz zu schweigen von Foucaults großartigen wissenschaftsarchäologischen Analysen.

Hans-Martin Lohmann (Frankfurt/M.)

Lührs, Georg, Thilo Sarrazin, Frithjof Spreer u. Manfred Tietzel (Hrsg.):
Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie II.
 Diskussion und Kritik. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/West, Bonn-Bad
 Godesberg 1976 (389 S., br., 25,- DM).

1975 erschien, mit überraschend großer Resonanz, ein voluminöser Sammelband mit dem Titel: „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie“. Durch ein Vorwort von Bundeskanzler Helmut Schmidt mit dem parteioffiziellen Segen ausgestattet, zielte dieser Band nach dem Willen seiner Herausgeber darauf ab, der sozialdemokratischen Reformpolitik eine erkenntnistheoretische Stütze zu

geben und zugleich ein philosophisches Bollwerk gegen das Vordringen marxistischer Tendenzen in der SPD zu errichten. Ausgangspunkt auch des zweiten Bandes ist die Einschätzung der Herausgeber, daß die „Theoriediskussion“ in der SPD seit 1965 „manche einfältigen Vorurteile eher bekräftigt als abgebaut (hat), denn die Diskussion um politische Theorie war in dieser Zeit . . . weitgehend von marxistischen Ansätzen verschiedenster Provenienz dominiert“ (7). Die mangelhafte publizistische Präsenz der Gegner des Marxismus habe „eine etwas undifferenzierte Gleichsetzung von ‚Marxismus‘ und ‚politischer Theorie‘ begünstigt und bei vielen aktiven Sozialdemokraten, die Nicht-Marxisten waren, einen ganz unbegründeten Schuldkomplex der ‚Theorielosigkeit‘ oder gar ‚Theoriefeindlichkeit‘ entstehen lassen.“ (7 f.) Die im ersten Band noch völlig ungebrochene Hoffnung, dieser Theorielosigkeit nun endlich mit Hilfe des kritischen Rationalismus ein Ende machen zu können, sieht sich inzwischen offenbar mit unerwarteten Schwierigkeiten konfrontiert. Der kritische Rationalismus tritt zwar mit dem Anspruch auf, philosophisch und methodologisch bewiesen zu haben, daß die Politik der kleinen Schritte („Stückwerk-Sozialtechnik“ in Poppers Terminologie) die einzige *rationale* Politik und daher eine auf marxistischen Grundlagen beruhende Politik irrational sei, für eine sozialdemokratische Hausphilosophie aber reicht das in zweierlei Hinsicht nicht aus. Zunächst bleibt fraglich, ob der kritische Rationalismus überhaupt die spezifisch *sozialdemokratische* Reformpolitik philosophisch zu untermauern vermag. Wie U. Schlitzberger in seinem Beitrag ausführt, haben sich auch Vertreter von FDP (R. Dahrendorf) und CDU (K. Biedenkopf) auf den kritischen Rationalismus berufen. Die Frage, ob die kritisch-rationale Politik der kleinen Schritte nicht letztlich doch eher konservativer Natur ist, wird daher in einer Reihe von Beiträgen als ernstes Problem diskutiert (z. B. von M. Krüper und P. Clever). Das zweite Problem ist das der Tragfähigkeit der politischen Philosophie Poppers überhaupt: R. Prim stellt fest, die Postulate des kritischen Rationalismus seien zu inhaltsarm, um politisches Handeln wirksam anleiten zu können. L. F. Neumann weist darauf hin, daß die Kernthese von Poppers politischer Philosophie, in der Politik müßten dieselben Rationalitätsprinzipien zur Wirkung kommen wie in der Wissenschaft, die entscheidende Tatsache unterschlägt, daß es in politischen Auseinandersetzungen nicht darauf ankommt, der Wahrheit näherzukommen (wie in der Wissenschaft), sondern darauf, widerstreitende Interessen durchzusetzen. Bezeichnend ist, daß auch Autoren, die den kritischen Rationalismus als geeignete Grundlegung rationaler Politik ansehen, ihn durchaus für ergänzungsbedürftig halten: so möchten G. Kleinhenz und W. W. Engelhardt die von Popper generell verabscheuten Utopien in eine politische Ökonomie auf kritisch-rationalistischer Grundlage einführen. Wenn man auch nicht davon sprechen kann, in diesem Band werde dem kritischen Rationalismus als Hausphilosophie der SPD abgeschworen, so zeigen sich doch Zweifel an seiner Tragfähigkeit als philosophische Grundlage politischen Handelns; Poppers „kritische Vernunft“ wird wohl bestenfalls als *ein* Element in der bunten Mischung sozialdemokratischer Parteiphilosophie überleben können.

Kurt Bayertz (Köln)

Apel, Karl-Otto: Transformation der Philosophie. 2 Bde. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (378 u. 446 S., br., 12,- DM bzw. 14,- DM).

„Transformation der Philosophie“ heißt hier nicht „Aufhebung“, sondern „Rekonstruktion“: Apel unternimmt es, die auf das „monologische“ Subjekt bezogene ältere Transzendentalphilosophie durch eine bestimmte Interpretation intersubjektiver Kommunikation neu zu formulieren. Nicht die Kategorien „still“ waltender Subjektivität konstituieren Erkenntnis, sondern ein transzendentaler Kommunikationszusammenhang ist ihnen selber noch vorgesetzt. Im Institut einer transzendentalen „Interpretationsgemeinschaft“ ist die Möglichkeit und Gültigkeit aller objektiv gerichteten, naturwissenschaftlichen und auch präzientifischen Erkenntnis schon beschlossen: Die Subjekt-Subjekt-Beziehung geht der aufs Objekt voraus. Gespeist wird eine solche Auffassung von der Theorie semiotischer Transformation der Transzendentalphilosophie bei Pierce einerseits und von der Phänomenologie Husserls bzw. der Seins-Hermeneutik Heideggers andererseits. Vor allem wird natürlich die „Koexistenz“ von Arbeit und Interaktion bei Habermas „radikalisiert“, indem der instrumentellen Verfügung über Natur selber eine sinnhafte „Vorstruktur“ unterlegt wird: Die Menschen „können“ nur arbeiten, indem sie einen Kommunikationszusammenhang „transzendental“ voraussetzen oder – erkenntnistheoretisch überhöht –: die naturwissenschaftliche Erkenntnis ist nur „möglich“, wenn ein kommunikativer Kontext der Erkennenden „immer schon“ unterstellt ist.

Diese „Erkenntnisanthropologie“ markiert einen vorläufigen Schlußpunkt der Revision der Arbeitswertlehre, die Habermas' Halbheiten zu Ende bringt und eine Montage von Transzendentalphilosophie und Hermeneutik vor dem Hintergrund einer „ursprünglichen“, zeichenvermittelten Subjekt-Subjekt-Relation, d. i. des kommunikativen Zusammenhangs der Gattung a priori betreibt.

Es geht also nicht nur um die internen Schwierigkeiten einer erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Position, die in ihrem Bau von dem „unverfügbaren Sinnereignis“ sprachlicher Welterschließung als der „transzendentalhermeneutischen“ Voraussetzung aller erklärenden Wissenschaft ausgeht. Es geht in der Darstellung der Philosophie Apels vor allem auch um die Nachzeichnung einer fast intimen Revision der Arbeitswerttheorie, die auf der Linie von Habermas' „Koexistenz“ von Arbeit und Interaktion so noch nicht zu leisten war. Die beiden „Paradedisziplinen“ bürgerlicher Theorie, Transzendentalphilosophie und Hermeneutik, werden hier zu voller Geltung gebracht, nicht ohne die „szientistischen“ Vertreter bürgerlicher Wissenschaft einigermaßen herablassend auf ihre widersprüchliche Befangenheit im technischen Verfügungsinteresse hinzuweisen.

„Transformation der Philosophie“ bestärkt die Vermutung, daß die jüngere wissenschaftstheoretische Entwicklung die herkömmliche Orientierung am Verhältnis von Tatsachen und theoretischem Zugriff verläßt und durch die Einführung eines Begriffs „konstitutiver“ Kommunikation einen neuen Diskussionszusammenhang eröffnet. Ist durch diese „Kommunikationstheorie“ eine neue, freilich transzendentallogisch vermittelte „Ursprungsphilosophie“ auf den Weg gebracht?

Dieter Hirschfeld (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

- Apel, Karl-Otto (Hrsg.): Sprachpragmatik und Philosophie.** Theorie-Diskussion. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (488 S., br., 32,- DM).
- Henne, Helmut:** Sprachpragmatik. Nachschrift einer Vorlesung. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1975 (120 S., br., 19,80 DM).
- Hennig, Jörg, u. Lutz Huth:** Kommunikation als Problem der Linguistik. Eine Einführung. Vandenhoeck + Ruprecht, Göttingen 1975 (202 S., br., 14,80 DM).
- Schlieben-Lange, Brigitte:** Linguistische Pragmatik. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart-Berlin/West 1975 (148 S., br., 8,- DM).
- Braunroth, Manfred, u. a.:** Ansätze und Aufgaben der linguistischen Pragmatik. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1975 (329 S., br., 16,80 DM).
- Braunroth, Manfred, u. Karsten Siegel (Hrsg.): Sprache - Arbeit - Gesellschaft.** Texte zur linguistischen Pragmatik. Kommunikation/Sprache. Materialien für den Kurs- und Projektunterricht. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/M. 1975 (104 S., br., 6,80 DM).

Die hier zu besprechenden Bücher gehören zu einer Forschungsrichtung, die mit ihrem Namen „Pragmatik“ auf den amerikanischen philosophischen Pragmatismus und insbesondere auf Morris verweist, der den Terminus zur Bezeichnung der Teildisziplin der Semiotik (Allgemeine Zeichenwissenschaft) eingeführt hat, die sich – über Syntax und Semantik hinausgehend – mit den Beziehungen zwischen Zeichen und Zeichenbenutzern, grob, mit den psychologischen und soziologischen Aspekten der Zeichen und ihrer Verwendung befaßt. Allerdings ist die semiotische Pragmatik Morrisscher Konzeption für die gegenwärtige Pragmatik-Diskussion nicht der einzige und nicht einmal der vorherrschende Bezugspunkt. Wesentlich größeren Einfluß haben die Sprachphilosophie Wittgensteins und die angelsächsische Sprechakttheorie von Austin und Searle gewonnen. In der Linguistik hat sich in den letzten Jahren besonders in Deutschland auf dieser Grundlage eine lebhaftere Forschungstätigkeit entwickelt, die sich – in Konzentration auf die Zeichen natürlich-menschlicher Sprache – als „linguistische Pragmatik“ oder „Sprechhandlungstheorie“/„Theorie sprachlichen Handelns“ etabliert hat, wofür inner- und außerwissenschaftliche Gründe maßgebend waren: Die pragmatische Erweiterung ist sowohl eine Antwort auf wissenschaftsinterne Beschreibung- und Erklärungsschwierigkeiten der syntaktisch-semantischen Grammatikmodelle, die den Einbezug der Sprecher und der Sprechsituation erforderlich machten, als auch und vor allem eine Antwort auf die neuen und erweiterten Aufgaben, die der Linguistik im Zuge der Bildungsreform im Bereich der Lehrerbildung zuwuchsen und die den immensen Ausbau der Linguistik an den deutschen Universitäten seit 1969/70 erklären.

Im Vorspann zu dem Band „Sprachpragmatik und Philosophie“ wird die Pragmatik unterschieden in eine „empirische Pragmatik“ (als Teil der empirischen Linguistik) und eine „philosophische Pragmatik“ (als Universal- oder Transzendentalpragmatik). Folgt man für die Zwecke der Rezension dieser groben Einteilung, so ist der Sammelband von Apel der anspruchsvollen Konzeption einer philosophischen Pragmatik gewidmet; die Bücher von Henne, Hennig/Lutz, Schlieben-Lange und Braunroth u. a. verstehen sich als Einführungen in die linguistische Pragmatik für den Hochschulunterricht, und die Textsammlung von

Braunroth/Siegel versucht, Materialien zur linguistischen Pragmatik für den schulischen Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Genauer besehen, erweist sich diese Einteilung jedoch nur als bedingt brauchbar, was u. a. die folgende Beobachtung zeigt: Der Sammelband von Apel, der *philosophischen* Pragmatik zugehörig, enthält neben zwei Beiträgen von Apel und Habermas vier Aufsätze von Linguisten; in der zuletzt besprochenen Textsammlung von Braunroth/Siegel, zweifellos der *empirischen* Pragmatik zuzurechnen, sind Linguisten bis auf die Herausgeber und 55 Zeilen Utz Maas nicht vertreten. Ohne behaupten zu wollen, diese Verteilung sei repräsentativ, bleibt sie doch auch im Lichte der sonstigen Pragmatikdiskussion merkwürdig: Die wahren Philosophen scheinen die Linguisten zu sein und die wahren Linguisten die Psychologen und Soziologen. Diese Unstimmigkeit, wenn nicht Ungereimtheit, ist ein Indiz für die Tatsache, daß der Status der Pragmatik in ihren verschiedenen Spielarten bisher nicht als geklärt gelten kann. Der Leser wird eine handliche Orientierung auch in den hier besprochenen Arbeiten nicht finden, und wo er definitorischen Festlegungen begegnet, die eine solche Klärung zu leisten beanspruchen, sollte er sie mit Vorsicht aufnehmen.

Der Sammelband „Sprachpragmatik und Philosophie“ ist Zwischenglied einer Diskussion zwischen Vertretern einer philosophischen Universalpragmatik (Habermas) bzw. Transzendentalpragmatik (Apel) einerseits und Autoren, die in der wissenschaftstheoretischen Tradition Carnaps stehen (Bar-Hillel, Schnelle, Kanneißer) andererseits – ein Gegensatz, den Apel als den zwischen normativ-transzendentaler und wertfrei-empirischer Pragmatik zu erfassen sucht. Dieter Wunderlich als zusätzlich Beteiligter übernahm in dieser Kontroverse die Rolle des Weltkinds in der Mitte, von dem nicht recht klar war, welcher Seite er sich schließlich zuneigen würde. (Seine Position wird klarer in den von ihm herausgegebenen Tagungsprotokollen „Wissenschaftstheorie der Linguistik“, Reinbek 1976.) – Zur ersten Phase dieser Diskussion, auf die sich die Autoren des Bandes allenthalben beziehen, gehören vor allem die früheren Arbeiten Apels zum Thema (z. T. gesammelt im 2. Band der „Transformation der Philosophie“, Frankfurt/M. 1973, vgl. die Rezension in diesem Heft), die „Vorbereitende(n) Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz“ von Habermas (in: Habermas/Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt/M. 1971), Bar-Hillels Kritik „On Habermas' Hermeneutic Philosophy of Language“ (in: Synthese 26, 1973), Wunderlichs „Grundlagen der Linguistik“ (Reinbek 1974) und Schnelles „Sprachphilosophie und Linguistik“ (Reinbek 1973).

Der vorliegende Band gibt den Autoren Gelegenheit, ihre Positionen in Auseinandersetzung mit der vorgebrachten Kritik der anderen Seite weiter zu klären und zu rechtfertigen, eine Aufgabe, die die Beiträge von Apel („Sprechakttheorie und transzendente Sprachpragmatik zur Frage ethischer Normen“), Habermas („Was heißt Universalpragmatik?“) und Schnelle („Empirische und transzendente Sprachgemeinschaften“) gut erfüllen. An Stelle von Bar-Hillel ist ein Aufsatz von S. Kanneißer aufgenommen („Sprachliche Universalien und diachrone Prozesse“), der als Beitrag eines „Neulings“ besonderes Interesse beanspruchen kann. Wunderlich ist mit zwei Beiträgen vertreten, befaßt sich aber mit – vergleichsweise – beschränkteren Gegenständen („Über die Konsequenzen von Sprechhandlungen“/„Sprechakttheorie und Diskursanalyse“). Als Ergebnis glaubt Apel (8) festhalten zu können, daß sich die erwartete Situation einer Kontroverse durch die vorliegenden Beiträge nicht eigentlich bestätigt, daß sich vielmehr „das Bild eines kontinuierlichen Spielraums möglicher Pragmatik-Konzept-

tionen zwischen den Polen einer wertfrei-empirischen und einer normativ-transzendentalen Pragmatik ergeben“ habe. Nichtsdestotrotz regt er eine Fortsetzung der Diskussion an.

Viele Leser dieser Zeitschrift mögen den Band ohne großes Interesse zur Seite zu legen geneigt sein, da es sich um eine Kontroverse innerhalb der sprachanalytischen Philosophie und innerhalb der Linguistik (soweit sie den wissenschaftstheoretischen Prinzipien des logischen Empirismus verpflichtet ist) handelt, zwischen Positionen also, die von einem marxistischen Anspruch gleich weit entfernt sind und dem Diskussionszusammenhang der Zeitschrift „Das Argument“ relativ fremd sind. Dennoch handelt es sich um eine wichtige und lesenswerte Veröffentlichung: (1) Die in der gegenwärtigen philosophischen und linguistischen Diskussion in Deutschland einflußreichen Konzeptionen werden klar und in entwickelter Form präsentiert, wobei der stete Bezug auf den feindlichen Bruder zur Klärung beiträgt und dem Leser das Verständnis erleichtert. (2) Für den Linguisten insbesondere bietet der Band Gelegenheit, sich mit den philosophischen und wissenschaftstheoretischen Grundlagen wichtiger Teile der gegenwärtigen Linguistik vertraut zu machen, die auch die linguistische Normalveröffentlichung bestimmen, jedoch dort meist nicht erkennbar sind, und (3): Der Band, wie die gesamte Pragmatik-Diskussion, behandelt Gegenstände, die auch für den, der ihren Anspruch für überzogen hält, von Bedeutung sind: die Frage nach den invarianten Strukturen jedes sinnvollen Sprechens bzw. seinen normativ verbindlichen Regeln, die Frage nach der unbegrenzten bzw. (wie und wodurch) begrenzten Möglichkeit der Verständigung zwischen Individuen und Gruppen von Individuen (Klassen, Ideologien, wissenschaftlichen Disziplinen, wissenschaftstheoretischen Richtungen usw.), das Problem der Fachsprachen und der Verständlichkeit und Verstehbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse über den engen Rahmen derer hinaus, die die gleiche (Fach-)Sprache sprechen, oder auch die Frage: Mit wem ist eine Diskussion möglich/sinnvoll/notwendig, und welchen Regeln folgt sie/sollte sie folgen? (Daß auch „Das Argument“ mit solchen Fragen Probleme hat, zeigt z. B. H. 95/1976. Siehe u. vergl. Editorial, S. 3, und den Teil „Diskussion“, S. 92–112.) Das Spektrum der gegebenen Antworten und Lösungsvorschläge reicht von Apels Glaube an die Möglichkeit der unbegrenzten Kommunikationsgemeinschaft bis zu Schnelles Reduktion auf die unbegrenzte Kommunikationsgemeinschaft *innerhalb* einer Sprachvariante und seiner „vielleicht . . . eher irrationale(n) Hoffnung“ auf die Brüderlichkeit, die den anderen akzeptiert „als jemand, der mir gleich ist, indem er von mir verschieden sein kann, und in der Ermöglichung dieser Verschiedenheit, auch dann, wenn dadurch die gemeinsame Kommunikation behindert werden könnte“ (436).

Die linguistische Einführung in die „Sprachpragmatik“ von Helmut Henne ist die Nachschrift einer Vorlesung, die anschließend überarbeitet und in Teilen erweitert wurde (u. a. ist jedem Kapitel eine längere referierende und kritisierende „Anmerkung zur Literatur“ angefügt worden), die aber auch als Endprodukt eine Zwischenstellung zwischen (verschriftlichter) Vorlesung und Monographie einnimmt. Sie enthält in relativ lockerer Folge den Versuch einer ersten Bestimmung des Gegenstandsbereichs einer Sprachpragmatik (Kap. 1); Referat und Diskussion wichtiger Konzepte, die für die linguistische Pragmatik von Bedeutung geworden sind (die semiotische Traditionslinie Morris–Klaus in Kap. 2, die Sprachspieltheorie Wittgensteins und den Handlungsbegriff Max Webers in Kap. 3); eine Präzisierung des Gegenstandsbereichs der Sprachpragmatik in Kap. 4, wobei Henne – eine Besonderheit dieser Einführung! – besonderes Gewicht auf die Unterscheidung des Sprechens/Hörens – Schreibens/Lesens legt

und die geschriebene Kommunikation als eigenständigen Forschungsgegenstand in die Linguistik zurückzubringen sucht, und eine Auseinandersetzung mit der Sprechakttheorie Austins und Searles in Kap. 5. Im 6. Kapitel wirft Henne die Frage auf, ob und wie die pragmatisch orientierte Sprachforschung an die Theoriekonzeptionen der neueren Linguistik, insbesondere an die zentralen Dichotomien *langue – parole* (Saussure) bzw. *Kompetenz – Performanz* (Chomsky) angeschlossen werden kann, und schlägt im Anschluß an v. Polenz und eigene Vorarbeiten (zusammen mit Althaus und Wiegand) ein differenzierteres Schema der „Existenzweisen von Sprache“ vor. Kap. 7 verweist mit der Überschrift „Neue Sprachpragmatik und altes Trivium“ auf die Rhetorik als eine alte Disziplin, die in gewissem Sinne als Vorläufer der Pragmatik gelten kann oder doch wenigstens vergleichbare Zielsetzungen verfolgte.

Hennes Einführung berücksichtigt also einerseits das, was gegenwärtig sozusagen obligatorisch in ein Buch über die linguistische Pragmatik gehört und auch in den anderen Veröffentlichungen zu finden ist (Semiotik, Wittgenstein, Sprechakttheorie); kennzeichnend für sie ist ihr betont traditionsbewußter und germanistischer Charakter, der sich nicht nur in dem Rhetorik-Kapitel, sondern auch in den vergleichsweise starken Bezügen auf neuere und ältere Traditionen der Germanistik in Deutschland äußert und schließlich auch in der Wiederaufnahme der schriftlichen Kommunikation als wichtigem Forschungsgegenstand der Linguistik, womit Henne auf neuer Stufe alte philologische Traditionen fortsetzt. Vermittelt wird auf diese Weise ein relativ eigenständiges Bild der Sprachpragmatik, das jedoch Inhalte und Tenor der linguistischen Pragmatik-Diskussion der letzten Jahre weniger trifft als die Einführung von Schlieben-Lange (s. u.).

Das Taschenbuch von Hennig und Huth unterscheidet sich von den anderen Darstellungen schon dadurch, daß es den Begriff der Pragmatik nicht im Titel führt und weder eine Einführung in die linguistische Pragmatik noch einen systematischen Überblick zu geben beansprucht. Für ihren Vorschlag, wie „Kommunikation als Problem“ in der linguistischen Universitätsausbildung behandelt werden sollte, ziehen sie Ansätze der Pragmatik heran, soweit sie ihnen für ihre Zwecke nützlich erscheinen (sie kommen z. B. ohne Morris, Klaus und Wittgenstein aus), berücksichtigen aber andererseits nach dem gleichen Prinzip Ergebnisse der Syntax, der Semantik und der Textlinguistik, die in anderen Pragmatik-Büchern fehlen. Mit diesem Vorbehalt kann auch diese Darstellung als Einführung in eine pragmatisch orientierte Linguistik gelten.

Da die Autoren von ihrer Zielrichtung her nicht verpflichtet sind, die disparate Forschungssituation der linguistischen Pragmatik zu dokumentieren, sondern sich ein Problem stellen, gelingt ihnen die größte Geschlossenheit in der Darstellung. Ein Student, der sich für Seminar oder Examen über das informieren will, was in der Linguistik in den vergangenen Jahren unter dem Stichwort „Pragmatik“ diskutiert worden ist, sollte vielleicht eher zu der Einführung von Schlieben-Lange greifen; ein Lehrer, der sich für einen Kurs „Kommunikation“ o. ä. Hilfe sucht, wird mit Hennig/Huth wohl weiter kommen, zumal das Buch das leserfreundlichste ist. Sicher wird nicht jeder, der „erklärtermaßen . . . an Erfahrungen des ‚normalen‘ Lebens“ (6) anknüpfen will, ein ganzes Kapitel mit der Kommunikation zwischen drei Hofhunden bestreiten wollen, wie es die Autoren in Kap. I tun, doch andererseits klingt das z. T. ganz witzig, und schließlich sind die sprechenden Menschen in der Beispielwelt anderer Linguisten oft auch nur Fabelwesen.

Brigitte Schlieben-Langes Darstellung zeichnet sich durch einen entschlossenen Zugriff aus und ist verständlich und flüssig geschrieben. Auch hat die Autorin genügend Distanz zu ihrem Gegenstand, um auf kurzem und kürzestem Raum Probleme sichtbar machen und Fragen zur Weiterarbeit formulieren zu können. Das Problem, den in Wirklichkeit recht chaotischen Zustand der fraglichen Disziplin nicht künstlich zu vereinfachen und ihn doch in der Darstellung nicht einfach zu reproduzieren, scheint mir relativ gut gelöst. Wissenschaftstheoretisch steht die Autorin der hermeneutischen Philosophie im Umkreis von Habermas und Apel, die auch ausführlich zu Wort kommen, nahe; doch wird diese inhaltliche Gewichtung, zusammen mit der Betonung der Sprechakttheorie, ihrer faktischen Bedeutung in der linguistischen Pragmatik gerecht und mindert in diesem Sinne nicht den informativen Wert der Veröffentlichung. Innerhalb des universalpragmatischen Rahmens ist das Buch ein starkes Plädoyer für eine empirische linguistische Pragmatik, die Sprache und Kommunikation in bezug auf bestimmte historische Sprachen und Gesellschaften zu untersuchen habe. Diese unterstützenswerte Tendenz ist – bei unterschiedlichen theoretischen Ausgangspunkten – in allen Einführungen deutlich spürbar; sie gewinnt bei Schlieben-Lange programmatischen Charakter.

Das Buch ist nach der Einleitung („Frage nach dem Gegenstand der linguistischen Pragmatik“) in einen wissenschaftsgeschichtlichen (Kap. 1) und einen systematischen (Kap. 2) Teil gegliedert. Der geschichtliche Teil stellt auf kurzem Raum die philosophischen, sozialwissenschaftlichen und sprachwissenschaftlichen Traditionen dar, die in der linguistischen Pragmatik (widersprüchlich) konvergieren: Amerikanischer Pragmatismus, Logischer Empirismus, Ordinary Language Philosophy, Transzendental- und Universal-Pragmatik, Marxistische Ansätze (Klaus, Leont'ev) und Transformationelle Grammatik. Unter „sozialwissenschaftlichen Beiträgen“ erscheinen zusätzlich die amerikanische Schizophrenieforschung (Watzlawick u. a.) und die Psychoanalyse (A. Lorenzer). Ein Abschnitt gilt der amerikanischen interpretativen Soziologie (A. Schütz, G. H. Mead, Ethnomethodologie), die in jüngster Zeit in der linguistischen Pragmatik alternativ oder auch neben der sowjetischen Tätigkeitstheorie (die Pragmatik hat einen großen Magen!) zunehmend an Bedeutung gewinnt, um die Alleinherrschaft der Sprechakttheorie zu brechen.

Der zweite Teil skizziert den „Entwurf einer linguistischen Pragmatik“ mit einem universalpragmatischen Rahmen habermasscher Prägung (2.2.) und einem Teilkapitel „Die empirischen Aufgaben einer linguistischen Pragmatik“ (2.3.), das auf der Sprechakttheorie beruht, die jedoch, da sie selbst universalistisch interessiert ist, von der Autorin immer wieder empirisch gewendet werden muß und außerdem, ähnlich wie bei Hennig/Huth, durch Überlegungen zur Analyse komplexerer Einheiten (Texte, Textsorten, Sprechsituationen) ergänzt wird. In einem dritten Kapitel wird der tatsächliche bzw. wünschenswerte Einfluß pragmatischer Fragestellungen auf andere sprachwissenschaftliche Bereiche (Semantik, Textlinguistik, Soziolinguistik) diskutiert. Das vierte und letzte Kapitel („Lernziel Kommunikation“) ist schließlich doch zu kurz, um seinem Gegenstand, den fachdidaktischen Problemen des Deutschunterrichts und der möglichen Aufgabe der linguistischen Pragmatik in diesem Rahmen, gerecht zu werden. Es scheint mir eher das Feigenblatt einer (romanistischen) Linguistin, die sich daran erinnert hat, daß ihr Buch vor allem von Germanistik-Studenten und Deutschlehrern gelesen werden dürfte.

Das Buch von Braunroth und Mitautoren, ebenfalls als einführendes Lehrbuch für das Universitätsstudium gedacht, ist die bei weitem umfanglichste und de-

taillierteste Darstellung der linguistischen Pragmatik, die bisher vorgelegt worden ist. Primär bekommt es die Aufgabe, „den gegenwärtigen Stand der linguistischen Pragmatik zu beschreiben, zu vergleichen und die wesentlichen Problemstellungen zu entwickeln“ (9). – Teil II („Gegenwärtig diskutierte Ansätze und Ausarbeitungen der Pragmatik“) nimmt daher auch $\frac{2}{3}$ des gesamten Raumes ein. In ihm führen die Autoren den Leser, im großen Ganzen der wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung folgend, von den sprachphilosophischen Grundlegungen zu den spezifisch linguistischen Ausarbeitungen; für die BRD von Wittgenstein (Kap. 2) über die Sprechakttheorie von Austin, Searle und Grice (Kap. 3) zur „linguistischen Pragmatik“ von Maas und Wunderlich (Kap. 4); für die DDR parallel von Morris über Klaus zur linguistischen „Sprachwirkungsforschung“ Wilhelm Schmidts u. a. Da sich die Verfasser nicht auf die Beschreibung beschränken, sondern die referierten Ansätze auch kritisch einzuschätzen versuchen, stellt sich die Frage nach der Position, von der aus diese Kritik vorgenommen wird. Es ist das „Fundament derjenigen, die Gegenstand und Probleme der linguistischen Pragmatik unter dem Aspekt einer materialistischen Sprachtheorie zu bestimmen versuchen“ (9). Wer darunter verstanden werden soll, wird in 1.3. ausgeführt. Das Teilkapitel skizziert den Gegenstandsbereich einer zukünftigen linguistischen Pragmatik, die im umfassenden und integrativen Sinne Sprache und Sprechen als (a) Mittel und Form gesellschaftlichen Bewußtseins (Theorie der sprachlichen Erkenntnis), (b) Mittel und Form gesellschaftlichen Handelns (Theorie des sprachlichen Handelns; Sprachpragmatik im engeren Sinne) und (c) Mittel und Form der gesellschaftlichen Verhältnisse (Theorie der kommunikativen sozialen Beziehungen bzw. Verhältnisse und Situationen) zu thematisieren habe. Dies der Rahmen, für den die Verfasser die wichtigsten Anstöße Marx und Engels, der Theorie der Sprechfähigkeit und der geistigen Handlung in der sowjetischen Psycholinguistik und der Handlungstheorie von Sève entnehmen. Der erste Teil (Gesamttitle: „Über Geschichte, Gegenstand und Probleme der linguistischen Pragmatik“) enthält außerdem ein Teilkapitel „Über die Herausbildung der Kategorie ‚Pragmatik‘“ von Aristoteles bis zum amerikanischen Pragmatismus und eins „Über die Herausbildung der Pragmatik als linguistische Disziplin“, herauswachsend aus der strukturalistischen und generativen Linguistik.

Der Vorzug des Buches liegt einmal in der – verglichen mit den anderen hier besprochenen Arbeiten – wesentlich ausführlicheren Beschreibung und Kritik der verschiedenen Autoren und Richtungen der Pragmatik; jedoch gerät die Darstellung in Teilen auch umständlich ausführlich und unnötig detailliert. Das Buch präsentiert das gesammelte Wissen von vier Autoren, die – so scheint mir – das, was sie sich arbeitsteilig erarbeitet hatten, auch möglichst vollständig in die Darstellung aufnehmen wollten – ein Prinzip, das einer Veröffentlichung und besonders einer Einführung nicht unbedingt gut tut. Man sollte sie deshalb vorzugsweise auf der Grundlage eines schon erworbenen Überblicks zur genaueren Information über bestimmte Teilbereiche der Pragmatik oder einzelne Autoren heranziehen. Darüber hinaus verdient das eigene Pragmatik-Konzept der Autoren im Anschluß an die sowjetische Tätigkeitstheorie Interesse, obwohl man sich über die in 1.3. gegebene allgemeine Grundlegung inzwischen auch in anderen Veröffentlichungen vertraut machen kann. Bemerkenswert die ausführliche Darstellung der pragmatisch orientierten DDR-Forschung in Kap. 5, für die es bisher nichts Vergleichbares gibt. Die Betonung der „Sprachwirkungsforschung“ Wilhelm Schmidts und seiner Mitarbeiter, die als bisher letzter und erfolversprechendster Ansatz der Pragmatik und als erste linguistische Konkretisierung des

in 1.3. entwickelten Rahmens präsentiert wird, scheint mir allerdings zu entschieden auszufallen und nur als Verlegenheitslösung akzeptabel. Die „Sprachwissenschaftsforschung“ war bei aller Kritik an Klaus weiterhin semiotisch-zeichen-theoretisch begründet und der Einfluß der sowjetischen Psychologie und Sprachpsychologie in der Traditionslinie Wygotski-Rubinstein-Leont'ev weitaus geringer, als es in dem Buch erscheint. Er wird auch in der DDR erst etwas später deutlich sichtbar, nämlich in den Arbeiten des Arbeitskollektivs Pragmatik am Zentralinstitut für Sprachwissenschaft unter Leitung von Wolfdietrich Hartung. (Siehe dazu W. Hartung und Autorenkollektiv, *Sprachliche Kommunikation und Gesellschaft*. Akademie-Verlag, Berlin 1974.)

Das Bändchen „Sprache – Arbeit – Gesellschaft“ von Braunroth/Siegel enthält neben Vorbemerkung und allgemeiner Einführung theoretische und methodische Texte im Auszug zu den Themenbereichen „Natürliche und gesellschaftliche Voraussetzungen des sprachlichen Handelns“ (Engels, Wygotski, Lenneberg, Wittgenstein, Marx/Engels), „Gesellschaftliche Erfahrungen in der Sprache“ (Schaff, Negt, Glaser) und „Sprachliches Handeln in der Gesellschaft“ (Wygotski, Watzlawick u. a., Zehrfeld/Zinnecker, Maas). Im vierten Kapitel sind unter dem Titel „Sprache und Arbeitswelt“ Materialien zusammengetragen worden, „die eine erste Überprüfung dieser Sprachtheorien an der Sprachpraxis ermöglichen sollen“ (83). Es sind Texte zur linguistischen Pragmatik im Verständnis des oben besprochenen Buches von Braunroth und Mitautoren, nicht unbedingt Texte der linguistischen Pragmatik im Sinne der linguistischen Forschungsrichtung, die sich in den vergangenen Jahren unter diesem Namen eingepreßt hat. Diese Feststellung kann, wie die erwähnte geringe Berücksichtigung von Linguisten überhaupt, nicht ohne Umstände als Kritik an einer Textsammlung formuliert werden, die nach eigenem Anspruch „versucht, das Verhältnis von Sprache und Handeln in einen konsistenten Zusammenhang hineinzustellen, der die bisher isolierten Zugriffe auf dieses Thema vermeidet“ (5), und außerdem die Texte nach ihrer Brauchbarkeit im schulischen Unterricht auszuwählen hat; der auch erhobene Anspruch, „eine historische wie systematische Einführung in die Grundprobleme der linguistischen Pragmatik“ zu geben (ebda.), dürfte Lehrer und Schüler aber etwas irreführen. Hinsichtlich der Brauchbarkeit im schulischen Unterricht scheint mir das Bändchen ein vernünftiges Angebot an den Lehrer. Ob und wie dieser damit im praktischen Unterricht im Rahmen eines Kursprogrammes fertig wird, welche Texte sich als günstig erweisen, welche eventuell zu ergänzen sind, wird er – wie immer bei vorfabrizierten Textzusammenstellungen – selbst herausfinden müssen.

Rückblickend kann man sagen, daß die vorgelegten Einführungen im großen Ganzen das leisten, was beim gegenwärtigen Stand der linguistischen Pragmatik leistbar ist. Man kann sie mit der Ansicht Schlieben-Langes rechtfertigen, „es sei besser, eine Einführung in eine Wissenschaftsdisziplin zu schreiben, in der alles im Fluß ist, als sie nicht zu schreiben“ (8). Eine im Fluß befindliche Forschungsrichtung wird in der Tat beschrieben. Doch wohin fließt sie oder soll sie fließen? Darüber herrschen keine einheitlichen und keine klaren Vorstellungen. Eine Antwort erfordert nicht nur eine Funktionsbestimmung der linguistischen Pragmatik, sondern – immer noch – eine Funktionsbestimmung der Linguistik insgesamt, und dies vor allem im Bereich der Lehrerbildung. Deutlich erkennbar sind eine stärkere Hinwendung zu den Problemen einer empirischen Pragmatik und die Wahl komplexerer Untersuchungseinheiten (vom Sprechakt zum Text und zur Sprechsituation). Die Hauptaufgabe indes scheint mir zu sein, die Kluft zwischen den großräumigen Rahmenkonzepten und Programmen und den ad-

hoc-Illustrationen an Detailproblemen durch die Bearbeitung von Teilbereichen des Gesamtkomplexes mittleren Umfangs zu schließen, denn andernfalls gewinnt weder der „universalistische Rahmen“ Schlieben-Langes noch die „materialistische Sprachtheorie“ Braunroths u. a. empirischen Gehalt.

Walther Dieckmann (Berlin/West)

Rossbacher, Karlheinz: *Heimatkunstabewegung und Heimatroman. Zu einer Literatursoziologie der Jahrhundertwende.* Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1975 (280 S., br., 11,80 DM).

Rossbachers Untersuchung stellt sich die Aufgabe, „das Genre des Heimatromans an den historisch-soziologischen und ökonomischen Bedingungen seiner Entstehung aufzusuchen“ (8); sie erschien fast gleichzeitig mit dem Buch P. Zimmermanns über den Bauernroman (vgl. die Rez. in ARGUMENT 96, S. 307 f.), mit dem sie sich z. T. überschneidet, aber auch ergänzt. Im Unterschied zu Zimmermann geht R. nicht von einem Gattungsbegriff aus, sondern faßt die Heimatkunstabewegung, in ihrem sozialgeschichtlichen Kontext, prozeßhaft als „Kommunikationsvorgang“. Nacheinander werden das Programm der Heimatkunst, die Soziologie ihrer Autoren und ihres Publikums sowie ihre Vermittlungsorgane, d. h. Zeitschriften und Verlage dargestellt. Die Heimatkunst als eine „kollektive Reaktion bestimmter sozialer Gruppen auf eine (...) als unbehaglich empfundene oder unerträglich gewordene soziale Lage“ (9) erweist sich als eine konzeptionell bewußte, kulturelle Erneuerungsbewegung, deren zunächst romantisch-antikapitalistische Orientierung durch eine zunehmend völkisch profilierte, antidemokratische und z. T. rassistische Militanz abgelöst wurde; sie paßte sich schließlich „fugenlos dem wilhelminischen Nationalismus und Imperialismus ein“ und erfüllte ihre soziale Funktion bei dessen Durchsetzung und Legitimierung.

R.s umsichtige und einleuchtende „Übersetzung“ der Heimatkunstprogrammatik in ihre sozialgeschichtlichen Entsprechungen (105–125) macht diesen Vorgang im einzelnen gut sichtbar und dient zugleich als sichere Grundlage für die eingehende Charakterisierung des Typus „Heimatroman“ (126–242). Die ideologischen Grundmuster und die künstlerische Praxis der Bewegung erscheinen als ein regressiver, in seiner Wirkung reaktionärer Ausweg aus der ökonomischen und sozialen Krise, in die der wirtschaftende Mittelstand mit dem Übergang Deutschlands zum Monopolkapitalismus geraten war: „Die Landschaft und das in sie verlegte Sozialmodell (des Dorfes und des ‚ganzen Hauses‘) ergeben den Raum für die Regression, in dem sich der auf seinem Bildungsweg Gescheiterte mit seiner von der (großstädtischen) Gesellschaft verletzten Seele verschanzen kann“ (129). Die mittelständischen Existenzängste, von denen her sowohl die Entstehung als auch die Wirkung der Heimatliteratur zu erklären ist, werden universalisiert; das Leben erscheint als permanenter Kampf ums Dasein und als Schlachtfeld (110). Der Raum dieses Kampfes ist die unberührte Landschaft, der Gegenspieler die Natur (auch die biologisch gesehene des Menschen). Die Naturalisierung von Gesellschaft und Geschichte im Heimatroman vermittelt die „Suggestion einer grandiosen Statik“ (151); das gilt sowohl für die Zeitstruktur als auch für die Konfliktgestaltung. Lange bis sehr lange Spannen erzählter Zeit dienen der Fiktion, es seien die Menschen zu allen Zeiten gleich, und wecken die „Vorstellung vom Gang unumstößlicher Ordnungen“ (150), die nach ehernen, aber undurchschaubaren Gesetzen ablaufen (man erinnert sich an die *kriti-*

sche Verarbeitung ähnlicher Krisenerfahrungen in Kafkas Werken). Trotz allen Handlungsreichtums passiert im Heimatroman nur, was *immer* passieren kann: Geburt und Tod, Liebe und Haß und – vor allem – Naturkatastrophen, „meist Störungen des geschlossenen Systems“ (157), d. h. der in sich abgeschlossenen dörflichen Welt, die jedoch als Modell der ganzen Gesellschaft vorgezeigt wird. Entsprechend statisch ist das Menschenbild der Heimatkunst. Die Persönlichkeit, die sich in den Romanen „entfaltet“, ist gekennzeichnet durch das heroische „Hinnehmen von Schlag und Druck“ (162); sie „wird von einem dämonisierten Schicksal aufgefordert, sich zu stellen“ (174); und sie bewährt sich ausschließlich moralisch, d. h. durch die richtige Gesinnung und individuelle Lebensführung: als Unterwerfung gegenüber den Schicksalsmächten, als Aggressivität gegen die Mitglieder der out-group, die Nicht-Bodenständigen (R. diagnostiziert konstitutive Züge des „autoritären Charakters“). In der Entwicklungstendenz der Heimatkunst wird diese schollenverwurzelte, „ganze“ Persönlichkeit – zunächst eher versponnenes „Original“ – schließlich zum heroisierten Gewalttäter, dem das Totschlagen und die tägliche Arbeit identisch werden (etwa in Hermann Löns' eben vom Heyne-Verlag als Taschenbuch wieder aufgelegten „Wehrwolf“ von 1910). – In der literatursoziologischen Schlußfolgerung, die R. aus einer minutiösen Untersuchung heimatkünstlerischer Erzähltechniken zieht, definiert er den Heimatroman als „Literatur einer konsumierenden Öffentlichkeit“ (Habermas); ein Begriff, der wie der gleichermaßen zurückhaltend gebrauchte der „Kulturindustrie“ (Horkheimer/Adorno) den methodischen Standort der Arbeit in etwa bezeichnet. Eine zusammenhängende Interpretation des (übrigens auch in der „Gartenlaube“ gedruckten) „Kreuz im Venn“ von Clara Viebig und eine exemplarische Rezeptionsstudie zum „Jörn Uhl“ von G. Frensen runden das umfassende, außerordentlich differenzierte Bild ab, das R. von dieser wirksamsten Variante der frühen imperialistischen Massenliteratur entwirft. Seine Arbeit ist nicht nur für den Literaturwissenschaftler, sondern auch für den Historiker und Soziologen von Interesse. Jürgen Schutte (Berlin/West)

Kienzle, Michael: *Der Erfolgsroman. Zur Kritik seiner poetischen Ökonomie bei Gustav Freytag und Eugenie Marlitt.* Metzler Verlag, Stuttgart 1975 (140 S., br., 24,- DM).

K. kontrastiert die im Titel genannten Autoren, „Vorläufer des psychologischen Illustriertenromans von heute“ (85), als Repräsentanten unterschiedlicher Typen von Massenliteratur des 19. Jahrhunderts. G. Freytags Kampf gegen die demokratische Tradition von 1848/49 wird aus seinem Lebensweg und seinen gesellschaftlichen Erfahrungen begründet; ungebrochene Apologie der Interessen des liberalen Bürgertums und der preußischen „Ordnungskräfte“ bestimmt seinen Roman „Soll und Haben“ (1855), dessen Hinwendung zum Alltag die Hinnahme eben dieser Realität bewußt erzeugen will. Die Poetisierung des Handels und der Waren hat in Freytags Roman die Funktion, die undurchschaute Macht der kapitalistischen Produktionsverhältnisse über das Bewußtsein der Produzenten zu verklären (14); der „Klassiker der freien Konkurrenz“ (52) verhält sich dabei insofern „realistisch“, als er die „von der sich rapide ausbreitenden Lohnarbeit erheischte Arbeitsmoral nachvollzieht“ (15). Positive Identifizierung des Nicht-Besitzers mit dem Warenbesitzer, d. h. die Verinnerlichung von dessen Standpunkt als eigenen, macht die Entwicklung des Helden aus; an ihrem Ende

stehen als Belohnung die Aufnahme in die Firma und der erotische Erfolg. Im Blick auf die Rezeptionsgeschichte zeigt sich, daß Freytags „pragmatischer“ Optimismus die Leser besonders in „Gründerperioden“ angesprochen und für die massenhafte Verbreitung des Romans gesorgt hat. Er transportiere den „historischen Tagtraum vom sozialen Aufstieg“ (50) – und habe mit der endgültig schwindenden Glaubwürdigkeit dieses Traums (in der Rezession 1966 ff.) auch jede Bedeutung verloren (vgl. jedoch die Neuausgabe bei Hanser 1977!).

Bei Marlitt werden die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die Stabilisierung der kleinbürgerlichen Familie *indirekt* gerechtfertigt. Darin spiegelt sich die von Kienzle dargelegte veränderte gesellschaftliche Situation nach 1870, in der die explizite Legitimation bürgerlicher Führungsansprüche gegenüber dem Volk zunehmend brüchiger geworden sei. Die durchgehende Wirkung der Marlitt-Romane, im Zusammenhang mit Programm und Verbreitung der „Gartenlaube“, beruhe auf dem Glücksversprechen der Romane, die an die „Erfahrungen des Familienkonflikts innerhalb der kleinfamilialen Familienstruktur anknüpft“ (64) und sie im Sinne der Aufstiegswünsche des Kleinbürgers (bes. der kleinbürgerlichen Frau) „löst“. Diese Aufsteigerwünsche seien vorab durch das parasitäre Anhängen an fremde Interessen, die der „Herrschaft“ (Dienstmädchen-Lektüre) oder der herrschenden Klasse, gekennzeichnet (63). Entsprechend steht das (stets weibliche) Ich-Ideal der Marlitt-Romane in engem Zusammenhang mit der bürgerlichen Frauenbewegung „nach deren resignativer Anknüpfung an die Bismarcksche Politik“ (70).

In dem Ansatz „einer psychoanalytischen Theorie des Vorstellungsvermögens“ (142) geht Kienzle vom Begriff der Identifizierung aus; diese bezeichnet den Punkt, an dem die Tagträume des Autors sich in Vorstellungen, „Einsichten“ und Überzeugungen, Handlungen und Handlungshemmungen der Leser umsetzen. Gegenüber einer Theorie von der „Flucht aus der Wirklichkeit“ betont K. zu Recht die konstitutive Beziehung zwischen der Realität und den von der Masseliteratur angebotenen symbolischen Modellen sozialen Verhaltens: „die Fluchtrichtung und die Schlupfwinkel, die die Literatur ihren Lesern anbieten mag, sind gesellschaftlich und historisch vorgegeben“ (97). Die *Differenz* zwischen der affirmativen Funktion der Masseliteratur und den von ihr ausgebeuteten spontanen Bedürfnissen (etwa nach gesellschaftlicher Partizipation, nach Veränderung der Wirklichkeit) ist daher „das entscheidende Merkmal gesellschaftlicher Bedeutung von Literatur“ (98): es kommt darauf an, diese wirklichen Interessen der Lesermassen zu rekonstruieren und von ihnen her die „glänzenderen Inszenierungen“ (98) im literarisch vergesellschafteten Tagtraum kritisch zu destruieren. Denn in der wunsch *erfüllenden* Lektüre besitzen die Leser „nur den Traum von einer Sache (. . .), von dem sie nur das Bewußtsein besitzen mußten, um sie wirklich zu besitzen“ (Marx, zit. 102). Deswegen insistiert K. – gegen Freud – auf der Realitätsbeziehung des Tagtraums (in Genese und literarischer Umsetzung); und – gegen Ernst Blochs These vom „Tagtraum als Vorstufe der Kunst“ – auf der Berücksichtigung des geschichtlichen Vorgangs, durch den der bürgerlich-kleinbürgerliche Tagtraum (als Masseliteratur vergesellschaftet) im 19. Jahrhundert seine utopische Kraft einbüßte und „zum Richtweg ins Banale“ (Benjamin) wurde. Kritik der *poetischen* Ökonomie ist daher immer zugleich die der *politischen* Ökonomie des bürgerlich-kapitalistischen „Literaturwesens“ (107).

Jürgen Schutte (Berlin/West)

Schrader, Monika: *Mimesis und Poiesis. Poetologische Studien zum Bildungsroman.* (= Quellen und Forschungen zur Sprach- und Kulturgeschichte der germanischen Völker. N. F. 65.) Walter de Gruyter Verlag, Berlin und New York 1975 (367 S., Ln., 98,- DM).

Der Anspruch ist groß: an Wielands „Agathon“ und Musils „Mann ohne Eigenschaften“ soll eine „Analyse der mimetisch-poietischen Strukturen des Bildungsromans“ (VII) mit dem Ziel durchgeführt werden, nicht weniger als die „immanenten Baugesetze des Romantypus“ (VIII) „an sich“ zu „erschließen“; denn, so wird versichert: „Die Interpreten des Bildungsromans huldigen einem scheinbar unausrottbaren Konservativismus“ (1). Das soll nun anders werden, indem die beiden Romane Wielands und Musils strukturanalytisch beschrieben, die „ästhetische Gesetzmäßigkeit und poetologische Relevanz dieser bislang unzureichend bestimmten Romanart“ erhellt und die ästhetischen Strukturzusammenhänge moderner Kunsttheorie am Beispiel der Morphologie dieser Romanform expliziert werden (1). Der Titel des Buchs resultiert aus einer sogenannten „Dialektik“ von Mimesis und Poiesis, die für die Gattung als grundlegend angenommen wird: Nachahmung, d. h. unmittelbare Abbildung der Faktizität, wird immer fragwürdiger und – komplementär dazu – die poetische Produktivität, die Kreativität immer wichtiger. Warum sich gerade diese beiden Romane anbieten, liegt auf der Hand: hat doch die Wieland-Forschung längst erwiesen, daß der „Agathon“ eine „immanente Poetik“ (Preisendanz) enthält, ebenso wie es der Forschung bekannt ist, daß der moderne Roman dahin tendiert, die Probleme seiner Gattung mitzureflektieren, dazu neigt, „Roman des Romans“ zu sein. Daraus macht nun Schrader das „ästhetische Gesetz“ des Bildungsromans schlechthin, wobei der Leser aufgefordert wird, die Moderne nun mit Wieland beginnen zu lassen. Auf 350 Seiten wird der vorausgesetzte und zweifelhafte Ansatz, daß den Bildungsroman „ursprünglich ästhetische Intentionalität“ (1) auszeichne, im Falle Wielands dem Roman Kapitel für Kapitel folgend, im Falle Musils zunächst ebenso verfahrend, dann das Personal des Romans nacheinander abhakend, auf eine so wirre und sprachlich derart inkompetente Weise ausgewälzt, daß dem gequälten Leser anhaltend die Haare zu Berge stehen. Zwei Beispiele dafür: „Die durch das ‚technische‘ ‚Denken‘ erschlossene unendliche Relationalität des Wirklichen kann durch das Phänomen des Bildes auf ihren einheitsstiftenden Grund hin durchstoßen werden.“ (215) „Moosbrugger ist Triebverbrecher. Auf Grund der differenzlosen Einheit von ‚Innen‘ und ‚Außen‘ ist die Möglichkeit einer ‚Unterscheidung‘ von ‚Ergreifen‘ und ‚Ergriffenwerden‘ nicht mehr gegeben. Die in der mythischen Phantasie realisierte totale Synthese wird notwendig zur Form der Anarchie.“ (240) In diesem Buch herrscht das totale Chaos, und es ist in ihm kein diskussionswerter Gedanke zu finden, der von der Verfasserin stammte. Das Werk wurde im billigen Schreibmaschinenverfahren hergestellt, auf daß viele Seiten entstehen, auf denen möglichst wenig steht; dafür aber umhüllt es teures Linnen, auf daß ein hoher Preis herauspringt und wenigstens die Fassade lockt. Jan Knopf (Karlsruhe)

Janik, Dieter: Magische Wirklichkeitsauffassung im hispanoamerikanischen Roman des 20. Jahrhunderts. Geschichtliches Erbe und kulturelle Tendenz. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1975 (186 S., br., 40,- DM).

In den letzten fünf Jahren hat die Rezeption der lateinamerikanischen Literatur nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in ganz Europa einen Aufschwung erlebt, den vorherzusagen niemand gewagt hätte. Mit einer zeitlichen Verschiebung von etwa zehn Jahren hat sich „el boom“, als Durchsetzung lateinamerikanischer Literatur auf dem eigenen Kontinent, für Europa wiederholt. Was aber bedeutet die Rezeption dieser Literatur hier? „In Lateinamerika spielt die Literatur die Rolle der Ethik“, sagt der Peruaner Manuel Scorza – in Europa spielt sie nichts als die Rolle der Literatur.

Das etwa ist der Ausgangspunkt von Janiks Buch, der mit der Untersuchung der Kategorie des Magischen im hispanoamerikanischen Roman der Gegenwart einen der Schlüsselbegriffe dieser Unterschiedlichkeit darlegen will. Mitten im Buch und in ganz anderem Zusammenhang findet sich für dessen Bedeutung das gelungenste Beispiel: Janik zitiert aus Arguedas' Roman „Los rios profundos“ den Ausdruck „vögel mordende Kinder“ (140). Und dies ist nicht, wie der europäische Leser vermuten könnte, einfache Umschreibung für „grausame Kinder“ – der Gehalt umschreibt sich weitaus treffender mit „Kinder, die den Kontakt zur Natur verloren haben, der Natur als dem Leben entfremdete Kinder“. „Magisch“ nämlich bezeichnet ein Verhältnis zwischen Mensch und Natur.

Janiks Buch besteht aus drei voneinander relativ unabhängigen Teilen. Der erste untersucht die Erscheinung des „nahualismo“ als der Verbindung von Mensch und Tier, insbesondere in Form der Verwandlung von Menschen in Tiere: Erscheinungen, die sich vor allem in Romanen des mittelamerikanischen und des Anden-Raumes mit den prominenten Beispielen der „Maismenschen“ von Asturias und des „Reichs von dieser Welt“ von Carpentier finden. Über die Untersuchung magischer Beschwörung in Form von Gebeten (oraciones) spanischer Herkunft und einen Exkurs über das Magische im Dienste der Durchsetzung individueller Interessen (Liebes-Zauber!) gelangt Janik zu den Kategorien „Zivilisation“ und „Barbarei“ als kulturellem Interpretationsmodell, mit den „amerikanistischen“ Romanen der 20er und 30er Jahre (Gallegos), die das „barbarische Leben“ wegen seines Individualismus angreifen, und solchen, die dessen Ursprünglichkeit positiv bewerten. Der dritte, von einer vertieften Analyse konkreter Werke ausgehende Teil beschäftigt sich mit der Bedeutung magischer Wirklichkeitsauffassung im indigenistischen, d. h. sich mit der Indioproblematik beschäftigenden Roman, in dem sich die zwei Kulturwelten des Naturverbundenen und des Ausbeuterisch-Zivilisatorischen gegenüberstehen.

Dieser letzte Aspekt kommt bei Janik jedoch zu kurz. Gerade wenn man „magisch“ als „Schlüsselpunkt der Daseinserfahrung und -deutung“ (18) Lateinamerikas im Kontrast zur kolonialen Zivilisation sieht, wäre dessen Evasions-Funktion zu untersuchen wesentlich gewesen. Die Kategorie des Magischen bedeutet nämlich Evasion in doppelter Hinsicht: Evasion aus der deprimierenden sozialen Lage und aus einer fremden, im Grunde weitgehend unakzeptierten Kultur. Dies bedeutet das Nebeneinanderherlaufen von zwei Kulturen, die gegenseitig wenig durchlässig sind. Damit aber kann das Magische den Charakter einer Geheim-Ideologie erhalten; das magische Element des Handelns ist für Weiße nämlich unverständlich, weil sie diesen engen Kontakt zur Natur eben nicht mehr besitzen. Von daher kann das Magische auch subversiv sein, wie wir es in vielen Ro-

manen des indigenismo finden, so daß von daher auch dessen Zusammenhang mit der Frage sozialer Gerechtigkeit, die Janik offenbar nicht sieht (10), klar wird.

Dies hätte sich beispielsweise an Alejo Carpentiers Roman „El reino de este mundo“ zeigen lassen, der mit seinem Programm des „Wunderbar Wirklichen“ ebenfalls zur Kategorie des Magischen gehört. Die Untersuchung dieses Zusammenhangs (für den Janik bereits Vorarbeiten in seinem Beitrag zur Festschrift Kurt Wais 1972 geleistet hatte) unterläßt er jedoch bzw. beschränkt sich auf Allgemeinplätze (159 f.). Hätte Janik Carpentier in die Darstellung einbezogen und sich bei Asturias nicht nur auf die Aufstellung eines Fragenkataloges (161 f.) beschränkt, sondern auch nur ansatzweise dessen Beantwortung versucht, so wäre er über die dann unvermeidliche Einbeziehung des Einflusses des Surrealismus auf die magische Wirklichkeitsauffassung seinem Ziel wesentlich näher gekommen, den „allgemeinen Horizont des Verstehens“ (10) für deutsche Leser zu erweitern.

Die Untersuchung wird trotz ihrer unbestreitbaren Qualitäten nur einen Anfang für die Untersuchung der Problematik bilden können, weil sie sich in der weitgehenden Beschränkung auf die *literarische Wirklichkeitsauffassung* bei weitestgehender Ausparung der Darstellung der eigentlichen Wirklichkeit, vor allem sozialer Art, und in der Beschränkung auf die fast ausschließliche Untersuchung des Herkommens aus dem lateinamerikanischen Bereich unter Ausschluß des europäischen Einflusses (und sei es als Gegenpol) viele Perspektiven selbst verbaut.

Thomas Bremer (Gießen)

Soziologie

Döbert, Rainer: *Systemtheorie und die Entwicklung religiöser Deutungssysteme. Zur Logik des sozialwissenschaftlichen Funktionalismus.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1973 (165 S., br., 18,- DM).

R. Döbert stammt aus der Starnberger Habermas-Truppe. Im ersten Teil (9–72) seiner Arbeit zerpflückt er Methodik und Anspruch der soziologischen Systemtheorien von T. Parsons und N. Luhmann zunächst immanent nach empiristischen Kriterien E. Nagels und C. G. Hempels, um dann ihre Ergänzung durch eine „objektbereichsspezifische Theorie sozialen Handelns“ zu fordern (157). Der zweite Teil, eine Analyse der Evolution von Weltbildstrukturen (73–154), soll ihr die erforderliche historische Fundierung liefern. Döbert will so der systemtheoretischen Willkür und ihrem Formalismus in der „Bezugspunktfeststellung“ Einhalt gebieten, d. h. in der Frage nach Konstituierung und Richtungssteuerung von Systemen (65, 27 ff., 66 ff.).

Die ungewöhnlich dicht, präzise und mit gutem Stil geschriebene Kritik des umfassenden Anspruchs systemtheoretischer Soziologie (9–72, 155–157) hilft weiter als das meiste, was im Gefolge der Habermas-Luhmann-Kontroverse publiziert wurde, da sie die Argumente der wichtigsten Vertreter dieser Gattung bündelt und bis zu ihrem kritischen Punkt verfolgt. Döbert enthüllt ihren Formalismus aus ihren eigenen Voraussetzungen und gesteht ihnen als legitimen Gegenstandsbereich lediglich den der systemerhaltenden Mechanismen zu. Aber auch darin seien sie ohne handlungstheoretische Fundierung noch auf alte kau-

salanalytische Theorie reduzierbar (10, 157). Ihr Instrumentarium reiche zwar dazu hin, „komplexe Systeme als einheitlich organisierte Gebilde“ zu erfassen, nicht aber, deren „Sollwerte“ mitzuanalysieren, so daß sie sich mit den platten Annahmen der „Überlebensnorm“, einer „Selbstregulierung“ und „pattern-maintenance“ behelfen müßten (47, 66 ff.). In seiner kritischen Immanenz ist Döbert jedoch blind gegenüber jenem außerakademischen Interessenkonflikt, in dem Systemtheorien handfest Position beziehen. So erschlägt er alle darauf reflektierenden Kritiken mit formallogischer Argumentation (31 ff.) Er übersieht dabei, wieviel Realität der kapitalistischen Gesellschaft in der nicht grundlos so unscharfen systemtheoretischen Annahme der Disponibilität aller Werte oder in den von Luhmann postulierten funktionalen Notwendigkeiten einer „Chiffrierung“ der Ist-Zustände und von „Vertrauen“ und „Glauben“ als Kommunikationsmedien steckt (63).

Der zweite Teil (73–154) zeichnet knapp Korrespondenzen zwischen wechselnden Gesellschaftsformationen – Döbert folgt dabei der Stadieneinteilung G. Lenskis (84) – und symbolischen Gebäuden der Systemkonstituierung, -beschreibung, -legitimation und -steuerung. Stringent belegt der Autor den Reduktionismus einer systemtheoretischen Erfassung ihrer Strukturen (R. N. Bellah, T. Parsons): ihr gilt das jeweils Symbolisierte als „Umwelt“, die mehr oder weniger gut adaptiert werden kann; „ultimate reality“ oder gar „Gott“ ist damit ein nicht mehr hinterfragbares Dogma (75 ff.). Döbert hat dagegen eine Menge ethnologischen und religionswissenschaftlichen Materials zu der These kondensiert, von den alten „Weltbildern“ sei heute nur noch das „nackte Normensystem“ übrig geblieben; kognitive Kategorien, etwa konfessionelle Grenzen oder der Gegensatz von Religiosität und Atheismus, seien faktisch bedeutungslos geworden (136 f.). Er kümmert sich nicht um eine nähere Untersuchung von Basis-Überbau-Beziehungen, sondern insistiert auf die interne „Entwicklungslogik“ der globalen Abfolge von früher spontaner Unreflektiertheit zu dualistischer Abwertung des Subjekts bis hin zu Vernunft und Autonomie. Sein Begriffsapparat bietet eine nützliche Heuristik für jeden, der sich mit Ideologieentwicklung befaßt. Seine Einordnung von Religion in die Kategorie der „Regel- und Orientierungssysteme“ zerrt Religionssoziologie aus dem abgeschiedenen Winkel, der sie bis heute vor weitreichender Kritik schützt.

Damit sind die Grenzen der Brauchbarkeit dieses Buches erreicht. Wer Döberts inhaltlichen Thesen nachspürt, landet sehr schnell vor dem in Starnberg aufgeschütteten Gebirge an Formalbegriffen und humanistischer Utopie. Man gelangt immer wieder an die Stelle, an der sich die Habermas-Leute impulsiv gegen die von Weber klassisch formulierte und von den Systemsoziologen chiffrierte These wehren, die kapitalistische Gesellschaft, ein unentrinnbares „Gehäuse“, forme sich ihre „Subjekte“ autonom. Döbert hält sich an die von seinem Lehrmeister ausgegebene Marschrichtung, man solle den Zwängen der Wirklichkeit ausweichen, indem man *Kompetenzen* eines „idealisierten Subjekts“ von den *Performanzen* der Realität methodologisch trennt. Er glaubt an die emanzipatorische Wirkung seiner Theorie, die den Forscher in die Lage versetze, „faktisch institutionalisierte Normensysteme an den Möglichkeiten menschlicher Entwicklung zu messen“ (152). Das steht aber, wie in Starnberg parallel zu kognitivistischen Entwicklungspsychologien üblich, nur unter dem Titel „forschungsstrategische Implikationen“ (151) und ist nirgendwo Gegenstand eigener Überlegungen. Die Theorie selbst erweckt nicht den Eindruck, als könne sie je zu einer solchen kritischen Gegenwartsanalyse vorstoßen. Sie holt sich aber so ihren linken Touch.

Döberts Grundfehler liegt darin, daß er das von Habermas schon arg verdünnte politökonomische Instrumentarium nun ganz aufgibt. Er will sich vor der Formkraft kapitalistischer Produktionsverhältnisse in die strukturalistische Variante idealistischer Dogmen retten: Deutungssysteme seien nicht beliebig funktionalisierbar, sondern hätten einen „inneren strukturellen Kern“ und „gehorch(t)en weitgehend eigenen Gesetzen“, vor allem einer „internen Logik“ der Entwicklung (147, 151 und A. 118). Das macht ihn unfähig, Realität, ihren Schein und alternative Möglichkeiten auch nur nach Form-Inhalt-Kriterien zu scheiden. So kann die Suche nach „universellen“ Trends den alten soziologischen Winkelzug verbergen, gesellschaftlich aufsummierte Handlungsmöglichkeiten zum Spielraum des Subjekts zu deklarieren.

Diesem Verfahren folgt Döberts abenteuerliche These, in der religiösen Entwicklung habe sich fortschreitend „kommunikative Kompetenz“ entfaltet, d. h. die *Menschheit* habe sich „in zunehmendem Maße über ihr eigenes Wesen Klarheit verschafft und sich von dem naturwüchsigen Zwang herrschender Normensysteme befreit“ (140). Die Evolution der Weltbilder sei an den Punkt angelangt, an dem sich der Modus „rationaler Vernunftätigkeit“ und die „Normen der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit“ zur gemeinsamen moralischen Basis „moderner individueller Gesellschaften“ verschmolzen hätten, so daß nicht mehr sie selbst, sondern nur noch *Abweichungen* von ihr einer Begründung bedürften (135 ff., 6). Das geht noch über Habermas' starke Behauptung hinaus, in unserer Gesellschaft seien „Diskurse“ schon teil-institutionalisiert.

Traugott Schöffthaler (Berlin/West)

Lauenstein, Diether: *Das Ich und die Gesellschaft*. Einführung in die philosophische Soziologie im Kontrast zu Max Weber und Jürgen Habermas in der Denkweise Plotins und Fichtes. Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1974 (367 S., br., 39,- DM).

„Hier versucht ein Platoniker, die moderne Soziologie denkend zu durchdringen“ (9). Dies gelingt ihm mehr schlecht als recht. Vorgestellt und in endlos erscheinenden Zitatmontagen miteinander verglichen werden neben den im Untertitel genannten Konzeptionen Webers und Habermas' auch die Hauptgedanken der Systemtheorie Luhmanns (wobei Lauenstein das Kunststück vollbringt, dessen funktionalistischen Reduktionismus ausgerechnet mit Fichte zu legitimieren); im Einleitungskapitel über die Grundlegung der Soziologie werden auch Marx und Lassalle kurz behandelt. Allerdings muß sich der Leser auf ein Wechselbad von Banalem und Schwerverdaulichem vorbereiten: Die immanente Rekonstruktion und Kommentierung der verschiedenen Ansätze wird stets überformt durch eine an Schwülstigkeit manchmal kaum mehr zu überbietende werkbiographische Darstellungsweise. Von Marx etwa heißt es, dieser habe mit dem Erscheinen des *Kapital* den „Rubicon seiner geistigen Machtergreifung“ überschritten (33). Daß die hier naheliegenden politischen Assoziationen durchaus nicht ungewollt sind, beweist die totalitarismustheoretische Argumentation im Schlußkapitel des Buches, in dem es um die „Erkrafung des geistigen Ich“ als Gegengewicht zum „totalen Industriestaat“ geht (328 ff.).

Dennoch: Bei aller Verschrobenheit des anthroposophisch orientierten Verfassers enthält das Buch Ansätze zu zwei wichtigen Argumentationslinien, die m. E. auch für Marxisten sinnvoll weiterzuverfolgen wären. Dies betrifft zum einen die Betonung der biographischen Dimension gesellschaftlicher Entwick-

lungsprozesse, zum anderen die Ausformulierung eines nicht-individualistischen Begriffs des Individuums, der die falsche Alternative von hypostasierter Individualautonomie und nivellierendem Kollektivismus vermeidet zugunsten der Bestimmung individueller Entfaltungschancen im Rahmen selbstbestimmter Kollektivität.
Rainer Paris (Berlin/West)

Gronemeyer, Reimer: *Integration durch Partizipation? Arbeitsplatz, Wohnbereich: Fallstudien.* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (219 S., br., 5,80 DM).

Der Autor geht aus von der Frage, weshalb „spätkapitalistische Industrie- gesellschaften“ zur Bewältigung ihrer spezifischen „Integrationsprobleme“, die durch die zunehmende „Komplexität“ aller gesellschaftlichen Strukturen laufend vergrößert und vervielfacht würden, angewiesen seien auf eine vermehrte Partizipation der Bevölkerung an der Bestimmung ihrer Existenzbedingungen im Produktions- und Reproduktionsbereich. Die Begründung für den behaupteten Komplexitätszuwachs: Der „wissenschaftlich-technische Fortschritt“ sei verantwortlich für die permanente Aufhebung tradierter Formen der Arbeitsteilung, die wachsende Disponibilität des Menschen und die zunehmende Vergesellschaftung staatlicher Funktionen. Obwohl hier ein theoretisch fruchtbarer Ausgangspunkt seiner Untersuchung gegeben wäre, geht der Verfasser nicht weiter darauf ein und beschränkt sich auf wenige thesenartige Feststellungen: Angesichts der wachsenden Konzentration und Komplexität der zentralen gesellschaftlichen „Subsysteme“ – z. B. kapitalistische Wirtschaftsunternehmen, und staatliche Verwaltung – würden hierarchische Organisationsformen dysfunktional, würden traditionelle Sanktionsmittel zur Erhaltung von Leistungsbereitschaft und Massenloyalität versagen: Ohne eine vermehrte Partizipation der „Basis“ – z. B. durch Entscheidungsbeteiligung, Vergrößerung der Handlungsautonomie, Dezentralisierung des Informationsflusses, Mobilisierung von Verantwortungsbereitschaft und Konsens – könnten die herrschenden „Eliten“ die notwendigen Systemprozesse nicht mehr steuern. Die zunächst mit dem Ziel technokratischer Herrschaftsstabilisierung eingesetzte manipulativ zugestandene Partizipation sei jedoch nur schwer kontrollierbar, sie könne eine der erwünschten Systemstabilisierung widersprechende „emanzipative“ Eigendynamik entwickeln und zur schrittweisen Untergrabung „überflüssiger“ Herrschaft, zur demokratischen Transformation des Systems beitragen. Die Eliten schafften so die „Bedingungen ihrer eigenen Sabotage“ (nach Offe).

Gronemeyer referiert anschließend verschiedene Positionen der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung (Rollentheorien, Kommunikationstheorien und empirische Partizipationsforschung) unter dem Aspekt, wie diese den allgemeinen „Partizipationstrend“ mit zum Teil präskriptiv-technokratischer Absicht reflektieren. Anschließend untersucht der Autor, wie dieser Partizipationstrend in bestimmten Organisationsstrukturen erscheint und welche Sozialisationsfolgen sich daraus für die betroffenen Organisationsmitglieder ergeben können, indem er wiederum Aussagen verschiedener heterogener sozialwissenschaftlicher Theorieansätze (im Rahmen von Organisationssoziologie, Betriebssoziologie, Sozialisations- theorie) referiert.

Schließlich schildert er zahlreiche Fallbeispiele einer Partizipation am Arbeitsplatz (Gewinnbeteiligung, Mitbestimmung, Arbeiter selbstverwaltung etc.) und einer Planungsbeteiligung im Bereich der städtischen Lebensbedingungen (z. B.

Beeinflussung der Sanierungs- und Verkehrsplanung durch Bürgerinitiativen, Planungsbeiräte etc.). Diesen beiden Teilen geht jeweils eine Einleitung voraus, in der konkrete Ansatzpunkte und Entwicklungsmöglichkeiten einer Partizipation der Betroffenen im Betriebs- und im Wohnbereich dargestellt werden. An keiner Stelle erfolgt ein Nachweis des von Gronemeyer implizit zum gesellschaftlichen Entwicklungsgesetz hypostasierten „Partizipationszwangs“; als „Beleg“ dient nur eine unsystematische Aneinanderreihung von Äußerungen verschiedener sozialwissenschaftlicher „Autoritäten“ (z. B. Offe, Naschold, Marcuse usw.), wobei der theoretische Kontext, aus dem die Zitate jeweils entnommen wurden, kaum vermittelt wird. Sofern ansatzweise einzelne Positionen kritisch ausgewertet werden (z. B. Luhmanns Systemtheorie und die amerikanischen Management-Theorien), dann nur unter der reduzierten Fragestellung, wie dort das Komplexitäts-/Partizipationsproblem *bewertet* wird: es kommt nicht zum Ausdruck, welchen Stellenwert diese Problemstellung im jeweiligen Aussagenzusammenhang überhaupt einnimmt. Entsprechend dem daraus folgenden assoziativ-feuilletonistischen Argumentationsstil des Autors werden die verwendeten Begriffe und Begriffsfelder wie Komplexität-Zentrifugalität-Dezentralisierung-Differenzierung, / Partizipation-Autonomisierung-Demokratisierung / Integration-Systemstabilisierung etc. nicht geklärt und gegeneinander abgegrenzt. Die Ausführungen zum Komplexitätsbegriff beschränken sich auf das unvermittelte Zitieren einer informationstheoretischen „Definition“ (von Ziegler). Bei der Einschätzung des Partizipationstrends in der soziologischen Literatur gibt der Autor zwar eine einleuchtende Kritik der empirischen amerikanischen Partizipationsforschung als „Stabilisationswissenschaft“, die Partizipation auf systemkonformes Mitmachen reduziere und als Grad der Anpassung diagnostiziere. Doch referiert er hier lediglich die Diskussion von 1957–65; ein Bezug zur aktuellen Auseinandersetzung der „Counter-Insurgency-Sociology“ mit der Bürgerrechtsbewegung fehlt. Gronemeyers Kritik der Management-Theorien (Taylorismus, Human-Relations, Systemkonzepte) ist zwar für sich genommen schlüssig, doch bleibt seine Feststellung, sie seien Reflex auf die wachsende Komplexität der Führungsaufgaben und der industriellen Arbeitsanforderungen selbst, auch hier unbewiesen.

Bei der Untersuchung des Produktionsbereichs verweist der Verfasser wiederum nur auf die „offensichtliche“ Interdependenz zwischen Komplexitätsentwicklung der Industrie und gewandelten Verhaltensanforderungen. Es fehlt jeder Hinweis auf die gesellschaftliche Organisationsform des „wissenschaftlich-technischen Fortschritts“. Für den Sozialisationsbereich behauptet Gronemeyer, daß das Partizipationserfordernis enorme Folgen zeitige: es finde unaufhaltsam eine Vermehrung „basisdemokratischer Elemente“ statt. – Im Einleitungsteil zu den Fallstudien im Produktionsbereich, wo der Autor auf die Kern-Schumann-Studie und den Richta-Report Bezug nimmt, versucht er die Tendenzen einer durch die Partizipationsnotwendigkeit möglichen demokratischen Gesellschaftstransformation aufzuweisen. Die Automation ermögliche eine Requalifizierung der Industriearbeit und erhöhe die Autonomie des Arbeiters, das Rentabilitätsprinzip reiche als Steuerungsinstrument nicht mehr aus und werde durch den Primat der Politik ersetzt. Auch hier fehlt jeder Hinweis auf die kapitalistischen Bedingungen des Prozesses der Entfaltung der Produktivkräfte. Der Verklärung ganz verschiedener Erscheinungen aus dem Bereich der gesellschaftlichen Verkehrsformen zu einem „Entwicklungstrend“ – „Komplexität schafft Partizipationschancen“ – entspricht die implizite Reduktion von „Gesellschaft“ auf eine Versammlung amöbenartiger Primitivorganismen, die die durch ihr Wachstum und ihre

Vermehrung bedingten steigenden „Umweltbelastungen“, d. h. steigenden „Komplexitätsdruck“ jeweils durch interne Strukturdifferenzierung ausgleichen müssen. Der Autor bezeichnet zwar Partizipation als technokratisch erzwungenes Integrationsmittel mit ambivalenten Folgewirkungen, er weist darauf hin, daß Partizipation weder zur bloßen Herrschaftsstabilisierung noch zur naturwüchsigen Demokratisierung führen würde, doch wird diese Ambivalenz und Widersprüchlichkeit weder inhaltlich gefüllt noch durch empirisches Material veranschaulicht. Am Schluß bleibt dem Verfasser dann nur noch eine vage Hoffnung auf die demokratische Transformation des Systems: In Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen sollten Gemeinwesenarbeiter und Sozialplaner ein „partizipatorisches Veränderungsprogramm für die BRD“ entwerfen und das „latente Emanzipationspotential“ institutioneller Partizipationsmöglichkeiten freisetzen.

Gerhard Buck (Berlin/West)

Zöllner, Wolfgang: Obdachlos durch Wohnungsnot. rororo-aktuell 1663, Rowohlt-Verlag, Hamburg 1973 (96 S., br., 2,80 DM).

Untersucht wird das Problem der „selbstverschuldeten Obdachlosigkeit“ im Zusammenhang mit den Bedingungen des Wohnungsmarktes in der BRD. 130 Obdachlose, die dies nicht länger als ein halbes Jahr waren und unmittelbar vorher nicht schon eine andere Notunterkunft bewohnt hatten, wurden interviewt. In einem einleitenden Teil werden die Probleme der sozialen und psychischen Situation Obdachloser angerissen, auf das Vorgehen der Sozialarbeit wird eingegangen und schließlich ein knapper Überblick gegeben über die Situation in den Städten München, Frankfurt, Dortmund, Hannover und Hamburg, wo die Untersuchungen durchgeführt wurden. Im zweiten Kapitel wird den Ursachen der „selbstverschuldeten Obdachlosigkeit“ nachgegangen: Mit Hilfe von Persönlichkeitsfragebogen ließen sich keine Unterschiede zwischen Personen, die „selbst schuld“ sein sollten und solchen, die dies nicht sind, feststellen. Ebenso wenig fanden sich Unterschiede in Schulbildung und Qualität der Berufsausbildung. „Selbstverschuldung“ konnte auf sozioökonomische Ursachen, insbesondere auf die Höhe der Miete (63) und das Einkommen je Verbrauchseinheit (60) zurückgeführt werden. In einem dritten Teil wird den Problemen der Wohnraumbeschaffung nachgegangen und u. a. am Beispiel des „sozialen Wohnungsbaues“ nachgewiesen, „daß die Obdachlosen von morgen mit einer noch größeren Konkurrenz anderer Mietergruppen zu rechnen haben“ (71). Schließlich wird an einem Einzelfall drohender Obdachlosigkeit die faktische Unmöglichkeit belegt, Verelendungsprozesse dieser Art individuell auffangen zu können. Der Verfasser resümiert: „Es ist auch bequemer, sich freiwillig in die Rolle zu fügen, die den Gemeindeverwaltungen in der kapitalistischen Wirtschaft zugewiesen ist, nämlich Kinderreiche, Schwierige und Arme mit Wohnungen zu versorgen, weil man sie den privaten Hausbesitzern nicht zumuten möchte. Mir ist nicht bekannt, daß irgendwo eine Rathausfraktion je gegen diese in Wohnungs- und Obdachlosenbehörden zu einem Dogma erhobene Ansicht protestiert hätte. Die von allen Parteien im Bundeswahlkampf 1972 propagierte Sozialbindung des Eigentums ist somit leeres Gerede geblieben.“ (87) Die Untersuchung liefert auf der Ebene der analysierten Faktizität eine Reihe wichtiger Materialien zur sozialen Verelendung breiter Teile der werktätigen Bevölkerung.

Wolfgang Jantzen (Bremen)

Glaser, Hermann (Hrsg.): Urbanistik. Neue Aspekte der Stadtentwicklung.
Verlag C. H. Beck, München 1974 (215 S., br., 14,80 DM).

Die unterschiedlichen theoretischen Ansätze der 16 Beiträge des Readers sollen an zwei Beispielen verdeutlicht werden. Theorie und Praxis der Sanierung werden im Aufsatz „Stadtsanierung oder Stadtzerstörung?“ (Autorengruppe im Deutschen Werkbund, 124 ff.) aufgezeigt. „Sanierung: das ist der humanitär verbrämte Deckmantel, unter dem heute die ökonomisch Stärkeren mit Hilfe von Politikern und Verwaltung sich die Gebiete der sozial Schwächeren ‚greifen‘“, die Bewohner aus ihren angestammten Quartieren vertreiben und in profitableren Neubauten ansiedeln. Folgen des „Klassenkampfes von oben“ (125) seien Monostrukturen. Neben der enormen Belastung der Betroffenen durch hohe Mieten stellten der psychologische Verlust der alten sozialen Beziehungen und die Ansiedlung in einem „reiz- und anregungsarmen“ mittelständisch orientierten Milieu eine schwer quantifizierbare Größe dar, die bei den angewandten Befragungsmethoden eine untergeordnete Rolle spielt. Intendiert sei die Zerstörung des Klassenbewußtseins. Begründung für den Abriß alter Bausubstanz (Baualter), Sozialplan und Zielsetzungen der herkömmlichen Sanierung orientieren sich an der privaten Gewinnmaximierung. Da man einerseits das hohe Bauvolumen erhalten will und Neubauten profitabler sind, andererseits die Kommunen an besserer = rentablerer Nutzung des standortgünstigen Bodens interessiert sind, zwingt der private Reichtum und die öffentliche Armut die Kommunen zu einer „unheiligen Allianz mit denen, die ökonomisch stark sind“ (133). Der Beitrag, in dem überzeugend die Ursachen, Mechanismen, Praktiken und Folgen der kapitalistischen Stadtsanierung aufgezeigt werden, schließt mit einem historischen Überblick. Die Sanierungen setzten in dem Augenblick verstärkt ein, als das Bauvolumen Mitte der 60er Jahre sank und die mit dem Wiederaufbau geschaffenen Baukapazitäten durch Flächensanierungen ausgelastet wurden.

Heinz Rohn preist in dem Beitrag „Aufgabe und Bedeutung von Fußgängerzonen“ (163 ff.) die Verbannung des Autos aus den innerstädtischen Zonen, geht aber mit keinem Wort auf die ökonomischen Ursachen (Reaktion der City auf die verkehrsgünstig gelegenen Einkaufszentren) und auf die sozialen und architektonischen Folgen ein. Die Schaffung innerstädtischer „Freiräume im Sinne innerstädtischer Umwelt“ (165) und die Gewinnung von „Aktionsraum“ (Austausch und Gewinnung von Informationen – 167) sind leider nur ein schöner Traum, da die Einrichtung von Fußgängerzonen und die Ansiedlung gewinnträchtiger Nutzungsarten in den Altstädten die verstärkt einsetzende Bodenspekulation und damit die Vertreibung der Stadtbewohner erheblich beschleunigte und der Stadtbau zugunsten des Warenhandels- und Dienstleistungskapitals die ursprünglichen Zielsetzungen der Fußgängerzonen nicht ermöglicht. Stehengebliebene historische Bauten dienen als Konsumkulisse. Der Zusammenhang zwischen dem Vordringen des Großkapitals und der Verödung der Innenstädte wird nicht gesehen. Dieser zweite Beitrag steht exemplarisch für die übrigen Aufsätze des Bandes, die von städtebaulichen Vorstellungen geprägt sind, die große Teile der Sozialdemokratie beherrschen. Durch technische Steuerungsmaßnahmen (Forderungen nach kooperativer Stadtentwicklungsplanung, Informationsverarbeitung im Planungsprozeß) und besseres juristisches und ästhetisches Instrumentarium (Bürgerbeteiligung, gestaltorientierte Stadtplanung) glaubt man, die Misere des bundesdeutschen Städtebaus beheben zu können, läßt aber die bestehenden Produktionsbedingungen unangetastet.

Joachim Petsch (Bonn)

Erziehungswissenschaft

Feuerstein, Thomas: Emanzipation und Rationalität einer kritischen Erziehungswissenschaft. Methodologische Überlegungen im Anschluß an Habermas. Mit einem Vorwort von Herwig Blankertz. Kösel-Verlag, München 1973 (143 S., br., 25,- DM).

Ein großer Teil der neueren Ansätze zu einer kritischen Erziehungswissenschaft, die sich dem Leitziel „Emanzipation“ verpflichtet wissen, beruft sich auch heute noch auf Theorien oder doch Schlagworte der „kritischen Theorie“ von Jürgen Habermas. Feuerstein will nun zeigen, daß diese erziehungswissenschaftlichen Ansätze hinter den Stand der „kritischen Theorie“ zurückfallen, indem sie – mehr oder minder explizit – die methodologische Kritik „instrumenteller Rationalität“ zugunsten eines Nebeneinander von kritischer und normativ- bzw. empirisch-analytischer Theorie aufgeben. Damit will er gleichzeitig den Weg für eine weiterführende Diskussion über Möglichkeiten einer „objektiv-sinnverstandenen Theorie“ öffnen.

Zu diesem interessanten Zweck aber füllt Feuerstein die ersten beiden Drittel seines Buches (13–96) mit einer Rekonstruktion der Habermasschen Theorie unter den Leitbegriffen „Emanzipation und Rationalität“, gegenüber der die originalen Texte von Habermas sich wie pralle und saftige Weintrauben gegenüber einer zähen Rosine ausmachen. Der trocken-abstrakte Sprachstil stellt zumal den mit Habermas nur wenig vertrauten Leser vor schier unüberwindbare Barrieren und läßt dann auch leicht über manche Merkwürdigkeiten hinweglesen wie z. B. die, daß Habermas – per idealistischem Rückgriff – über Marx hinausgehe, „ohne zugunsten einer materialistischen Dialektik die identitätsphilosophische Voraussetzung des Idealismus zu machen“ (16).

Da die Darstellung in den fünf Kapiteln des ersten Teils (Geschichtsphilosophie / Sozialphilosophie / Methodologie / Erkenntnis- und Gesellschaftstheorie / Kommunikationstheorie) Habermas fast ausschließlich affirmativ wiedergibt, gelten für sie auch alle kritischen Argumente, die bisher gegen Habermas geltend gemacht worden sind und auf deren Diskussion Feuerstein sich – mit Ausnahme weniger Fußnoten – nicht einläßt. Einzige Ausnahme ist die von Feuerstein konstatierte unzureichende Vermittlung von Sprachtheorie und Gesellschaftstheorie in eine „objektiv-sinnverstandene Theorie“, die er anhand der Kritiken Gadamers und Giegels und Habermas' Replik herausarbeitet (90 ff.). Dabei wendet er die Kritik an der Übertragung des therapeutischen Modells auf die „Organisation von Aufklärungsprozessen“ (Habermas) letztlich gegen verändernde Praxis überhaupt, da der praktische Diskurs „unter den Bedingungen des politischen Kampfes... zur Legitimation einer ‚Kritik der Waffen‘ für elitäre Gewaltausübung instrumentalisiert werden kann“ (91). – Ansonsten aber werden die Brüche der Habermasschen Argumentation von Feuerstein eingeebnet. Die Folge ist, daß er sich (und Habermas) immer wieder in Widersprüche verwickelt, anstatt sie aufzulösen. Als Beispiel mag hier die Behandlung der kontrafaktischen idealen Sprechsituationen stehen. Feuerstein sieht durchaus richtig, daß diese sich zwar antizipieren, aber „unabhängig von den faktischen Bedingungen eines Gesellschaftssystems... nicht real hervorbringen“ läßt (81). Dennoch dient einige Seiten später die diskursive Ausübung von Sprechakten, also der theoretische und praktische Diskurs, als „Konstruktionsmittel, eine ideale Sprechsituation herbeizuführen“ (84).

Im zweiten Teil (97–139) will Feuerstein gegen die „kritische Erziehungswissenschaft“ den Nachweis erbringen, „daß eine ‚Veränderung der Strukturen des allgemeinen Bildungssystems‘ nach Maßgabe der methodologischen Maßstäbe, die Habermas selber aufgestellt hat, noch nicht zu erwarten ist“ (96). An Mollenhauer und Lempert wird kritisiert, daß sie Erziehungswissenschaft „an ein arbeitsteiliges Nebeneinander von Empirie und Hermeneutik binden“ (106), anstatt das von Habermas aufgestellte Programm der objektiv-sinnverstehenden Theorie weiterzuverfolgen. Während Mollenhauer immerhin noch empirisch aufweisbare Gesetzmäßigkeiten als Ausdruck reaktiven Zwangsverhaltens nehme, die es interaktionstheoretisch aufzulösen gelte, wolle Klafki mit der Annahme, es gebe auch ideologiefreie Kovarianzen, diese in den Dienst der Unterrichtsplanung nehmen (108 ff.), was für den objektiv-sinnverstehenden Theoretiker ein Greuel ist. Daher trifft Klafki die gleiche Kritik wie Achtenhagen, der versuche, Entscheidungslogik in den Rahmen einer auf Emanzipation verpflichteten Fachdidaktik einzubeziehen, ohne diese als einen Ausdruck strategischer Rationalität zu hinterfragen.

Zum Schluß kritisiert Feuerstein H. L. Meyers Curriculummethodologie in ihrer Reduktion der Zweckprogrammierung auf eine erfahrungswissenschaftliche Ebene (127 ff.) und kommt zu einer Synthese zwischen Habermas und Luhmann.

Wilfried Kunstmann und Karin Derichs (Göttingen)

Kob, Janpeter: Soziologische Theorie der Erziehung. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1976 (108 S., br., 8,- DM).

Den Anspruch im Titel relativiert der Verfasser bereits im Vorwort, wo er das Ergebnis seiner Arbeit lediglich als „Ansatz ... zu einer begrifflich-systematischen Betrachtung von Erziehung als einem speziellen Handlungstyp“ (7) charakterisiert. Kob beginnt aus „forschungspragmatischen“ Gründen mit dem, was erst zu erarbeiten wäre: einer Definition des Begriffs Erziehung als „Sonderfall“ des Sozialisationsgeschehens (Kap. 1) und geht erst dann über zu einer Rechtfertigung der soziologischen Betrachtung von Erziehung im Rahmen einer „speziellen Soziologie“ (Kap. 2). Der bereits zu Anfang per definitionem als konstitutiv für Erziehung angesehene Zwangscharakter, der Erziehung wesentlich von Sozialisation scheidet, wird herausgearbeitet in Anlehnung an Durkheim. Diese Trennung von Erziehung und Sozialisation hebt der Verfasser im folgenden bei dem Versuch einer Typologisierung von Erziehung gleich wieder auf: So unterscheidet er zunächst den Typus der von der institutionalisierten Erziehung als einem isolierten und vom sozialen Alltag abgesetzten Handeln, das einer Legitimation bedarf, vom Typus der nicht-institutionalisierten Erziehung als sporadischem und kurzfristigem Erziehungshandeln, das nach Kobs Meinung wieder dem Sozialisationsprozeß zuzuordnen ist. Als weitere idealtypologische Differenzierung führt Kob die von ergänzender und substantieller Erziehung ein. Erstere legitimiert sich aus der zufälligen Nachfrage der zu Erziehenden und steht wiederum in Beziehung zur Sozialisation. Letztere tritt dann auf, „wenn von einer pädagogisch motivierten Gruppe in einer Gesellschaft die sonstigen Sozialleistungen als unzureichend und fehlorientiert empfunden werden“ (Kap. 4, 63); sie legitimiert sich aus der Erziehungsideologie der jeweiligen Gesellschaft. In Kap. 5 wiederholt Kob seine bereits früher geäußerte These von der strukturellen Distanz von Gesellschaft und Erziehung („Die Interdependenz von Gesellschafts- und Erziehungssystem“ in Klaus Kippert [Hrsg.]: Einführung in die So-

ziologie der Erziehung, Freiburg 1970). Diese Distanz, die nicht nur aus einem Rückstand der Erziehung hinter der gesellschaftlichen Entwicklung zu erklären, sondern im Erziehungshandeln strukturell fundiert sei, versucht Kob aus der zunehmenden Differenzierung und dem höheren sozialen Entwicklungsstand von Gesellschafts- und Erziehungssystemen herzuleiten. Die strukturelle Distanz von Erziehung und Gesellschaft als funktional für diese zu betrachten, lehnt Kob ab. Doch verkennt er dabei, daß die „Zielorientierungen, die nicht aus den modisch aktuellen Tendenzen unmittelbar abgeleitet werden können“ (S. 84), Erziehung nicht von den Bedürfnissen einer industriellen Gesellschaft distanzieren, sondern auf sie zugeschnitten sind, da diese fortlaufend Anpassung, disponiblen Intellekt und rasche Einstellung auf verschiedene sich ändernde Arbeitsprozesse fordert. Auch ist die Gesellschaft so „ausgeklint“ (Habermas) aus dem schulpädagogischen Schonraum nicht, wie sich an den Auswirkungen des numerus clausus aller Ausbildungsstufen nicht nur in den Abschlußklassen, sondern schon in der Grundschule zeigen läßt.

Ulla Kleemann (Frankfurt/M.)

v. Staehr, Gerda: *Kritische Theorie und politische Didaktik.*
Verlag Wissenschaftliches Archiv, Bonn-Bad Godesberg 1973 (141 S., br., 17,80 DM).

Die Arbeit ist wichtig, sie vereint einige Vorzüge, die in der Literatur über Didaktik oft fehlen: die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Didaktikkonzeptionen findet auf einer argumentierenden Ebene unter Angabe der eigenen Beurteilungskriterien statt. Die Autorin sieht die Aufgabe der politischen Bildung und damit der Didaktik darin, „Handlungsorientierungen für die Daseinsbewältigung in einer demokratisierenden Gesellschaft zu vermitteln“ (16). Die Analyse der informationstheoretischen, normativen und bildungstheoretischen Didaktik aus wissenschaftstheoretischer Sicht und die Analyse der Beziehungen, die zwischen dieser Didaktik und den mit ihnen verbundenen politischen Didaktikansätzen bestehen, gehören zu den übersichtlichsten Untersuchungen, die bisher vorgelegt wurden. Danach wendet sich die Autorin der kritischen Theorie zu: in einer – manchmal ermüdenden – Exegese der wichtigsten Schriften von Habermas kommt sie zu dem Schluß, daß seine Erkenntnistheorie „möglicherweise positive Konsequenzen für eine Didaktik haben kann“. Sie nimmt an, daß „eine dialektische Vermittlung der Lebensbereiche von Arbeit und Sprache zu Handlungsorientierungen führen kann, die neue Wege weisen, auf denen Individuen durch dialogische Teilhabe am gesellschaftlichen Ganzen sich aus ihrer anonymen Subjektivität zu befreien vermögen, um in und mit Gruppen ihre Handlungen und Verhaltensweisen so zu rationalisieren, daß durch die Auflösung überflüssiger Herrschaft der je historisch-gesellschaftlich mögliche Grad an Autonomie erkennbar wird“ (111). In den weiteren Ausführungen wendet die Autorin die Ergebnisse der Analyse auf eine politische Didaktik an. Vier Prinzipien müssen erfüllt werden, wenn das oberste Ziel der Emanzipation erreicht werden soll. Zunächst nennt sie den Wert der individualisierenden Erziehung, die die Sensibilität und die Erfahrungsfähigkeit des einzelnen fördert. Zweitens müssen Erkenntnisprozesse „von der Basis der Erfahrungen der Individuen ausgehen, damit ihre Offenheit und Aufgeschlossenheit für Lernprozesse gewährleistet ist“ (117). Drittens sollen Kenntnisse und Fertigkeiten „in ihrer Bedeutung für den historisch-gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang kritisch interpretiert werden, so daß sich durch Identifikation eine bewußte Toleranz bildet, die zugleich

eine Distanzierung ermöglicht“ (118). Wenn diese drei Prinzipien in „der richtigen Weise“ berücksichtigt werden, kann das vierte Prinzip der „rationalen Problemlösung bzw. Entscheidung zur Geltung“ (ebda.) kommen. Dieser theoretische Versuch bedarf der „empirischen Überprüfung in der Praxis“ (111), damit „mit wachsender Sicherheit emanzipatorische Ergebnisse in Forschungs- und Lernprozessen erreicht werden können“ (134). Die Umsetzung der Konzeption ist einer doppelten Schwierigkeit ausgesetzt: die eine hat die Autorin mit der Forderung nach empirischer Überprüfung selbst genannt; die zweite Schwierigkeit liegt in dem zunehmenden gesellschaftlichen und politischen Druck, der von konservativen und restaurativen Kräften auf solche Vertreter politischer Didaktik ausgeübt wird, die Konzeptionen vertreten, deren Ziel über das einer Anpassungsdidaktik hinausgeht. Die politischen Auseinandersetzungen um die hessischen Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre und die Richtlinien für den Politikunterricht in Nordrhein-Westfalen sind Beispiele dafür.

Kurt Thomas Schmitz (Bonn)

Kamper, Dietmar (Hrsg.): Studienführer zur Einführung in das kritische Studium der Erziehungs- und Sozialwissenschaften – Sozialisations- theorie. Herder Verlag, Freiburg 1974 (168 S., br., 17,80 DM)

Als „Studienführer zur Einführung in das kritische Studium der Erziehungs- und Sozialwissenschaften“ wird der Band vorgelegt – von überwiegend an der Universität Marburg arbeitenden Autoren. Die *Theorieansätze* zur Sozialisation aus Humanbiologie bzw. Verhaltensforschung, Entwicklungspsychologie, Lerntheorie, Psychoanalyse, Symbolischem Interaktionismus und Rollentheorie sowie *Schwerpunkte der Fragestellung* – kulturbedingte, schichtenspezifische und pathogene Sozialisation – werden mit ausführlichen Literaturangaben beschrieben. Differieren die einzelnen Beiträge auch bezüglich Darstellungsweise, Schwierigkeitsniveau etc., z. T. gegenstandsbedingt, so lassen sie doch *eine* Perspektive erkennen:

Die Bedeutung der sozial-kulturellen, ökonomisch-sozialen Bedingungen für die Entwicklung menschlichen Verhaltens wird allgemein sichtbar. Als gemeinsame Basis zeichnet sich eine wissenschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet ab, die wertbesetzte, normative Aspekte nicht ausklammert, sondern offenzulegen und zu begründen und auch Soll-Zustände der menschlichen Entwicklung, des Sozialisationsprozesses, einzubeziehen hat. Unter dieser Akzentsetzung werden Erkenntnismöglichkeiten und -grenzen der einzelnen Theorie- und Forschungsansätze herausgearbeitet, darüber hinaus in unterschiedlicher Deutlichkeit der historische Kontext, d. h. die Frage nach der gesellschaftlichen Praxis reflektiert, in der ein bestimmtes Verständnis, z. B. die behavioristisch-mechanistische Sicht eines nahezu bewußtlosen Verhaltens der Menschen, überhaupt entstehen konnte.

„Die historische Bestimmtheit der menschlichen Reflexivität als der Grundlage wissenschaftlicher Reflexion“ steht auch im Mittelpunkt der Überlegungen des Herausgebers, um in ein *kritisches* Studium der Sozialisation einzuführen. Was Kamper für das Thema ‚Sozialisation‘ konstatiert, trifft allgemein zu. „Niemand, der das Thema wissenschaftlich behandelt, ist davon ausgenommen, zuvor gesellschaftlich behandelt worden zu sein. In der Art und Weise, wie er

fragt, ansetzt, untersucht, zusammenfaßt, prüft, schlägt die Art und Weise durch, wie man ihn gefragt, untersucht und geprüft hat.“ (152)

Interpretationskategorien für Erfahrungen im Sozialisationsprozeß sind demnach immer „mitsozialisiert“ und müssen auf dem Hintergrund der jeweiligen Erkenntniskompetenz, der sie ermöglichenden gesellschaftlichen Bedingungen betrachtet werden; nur so können die Betroffenen selbst die gegenwärtige soziale Realität begreifen und eine Strategie zu deren Veränderung entwickeln, aus der theoretischen Aneignung praktische Konsequenzen ziehen. Dieses Vorgehen gilt sowohl für die Untersuchung und das Studium der Sozialisierungstheorie als Teildisziplin oder interdisziplinäres Aufgabenfeld in der Hochschule als auch ganz besonders dann, wenn Sozialisierungstheorie zum Programm einer kritischen Selbstdisziplinierung für Lehrende und Lernende wird.

Es bleibt *ein* Einwand: Statt der angegebenen Einführung stellt der Band eher eine Strukturierungshilfe für den Komplex der Sozialisierung und seiner Bewältigung dar, die einen gewissen Kenntnisstand voraussetzt, um als solche wirksam zu werden.

Linde Bernath (Göttingen)

Psychologie

Deleuze, Gilles, und Félix Guattari: *Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie I.* Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1974 (1. franz. Auflage, Paris 1972) (529 S., Ln., 48,- DM).

Entgegen Vermutungen, die der Titel des Buches nahelegt, handelt es sich keineswegs um einen grundsätzlichen Bruch mit Positionen der Psychoanalyse, vielmehr um deren Revision auf dem Hintergrund der strukturalen Analyse Lacans. Grundkritik an der klassischen Psychoanalyse ist, auf zahlreichen Selbstzeugnissen schizophrener Künstler wie insbesondere auf der Analyse des Falles Schreber aufbauend, die permanente Rückführung der Wunschproduktion auf die ödipale Situation. Dem wird als Gegenthese, die Ödipus lediglich als Ausdruck einer bestimmten Epoche betrachtet, die Polyvalenz der Wünsche entgegengesetzt. Über die Herrschaft der Partialtriebe entstehe die Produktion der Wünsche in der Form von „Wunschmaschinen“. Diese produzieren Wünsche aufgrund an bestimmte Körperregionen gebundener Codes, signifikanter Ketten entsprechend der von Watson und Crick beschriebenen Ketten des genetischen Codes. Den Grundeinheiten der Wunschproduktion in Form der durch die Partialtriebe determinierten und durch die Libido energetisch betriebenen „Wunschmaschinen“ stehe als Antiproduktion jeweils der „volle organische Körper“ gegenüber, der die Ergebnisse der Produktion nach dem Aufzeichnungsmodus „sei es . . . sei es“ als „nicht differenziertes übergroßes Objekt der Bindung beider“ (14) aufzeichnet, indem sich von der Libido Aufzeichnungsenergie (Numen) abspaltet. Aus dem Gegensatz des organischen als organlosen Körpers und der Wunschmaschinen entsteht die Urverdrängung, d. h. die Wunschmaschinen werden abgestoßen. Es resultieren paranoische Reaktionen und Wundermaschinen (im Sinne von Fetischbildung). Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der Synthese in Form neuer Maschinen. Es entstehen zölibatäre Maschinen durch die von der Libido abgezweigte Konsumtionsenergie (Voluptas). Maschinen sind hierbei als Einschnitte in den Materiestrom zu verstehen, die sich als Einschnitte

der Stromentnahme und –weitergabe, der Koppelung im Sinne der Verbindungen der Ketten des Codes (die gemäß den Gesetzen Markoffscher Ketten erfolgt, 372) und der Subjektbildung im Sinne der Koppelung von Restbausteinen klassifizieren lassen. Das Subjekt wird jeweils neben der Maschine als Residuum erzeugt und durchläuft als deren Anhängsel den organlosen Körper.

Der gesellschaftliche Produktionsprozeß ist in ähnlicher Weise als Prozeß von Produktion und Antiproduktion zu begreifen, wobei der gesellschaftliche Körper, der „Sozius“ (Antiproduktion) als „voller Körper der Erde“, des „despotischen Staats“ oder als „Geldkapital“ sich auf die Wunschproduktion senkt, sich ihrer bemächtigt, die Wunschströme codiert. „Die Partialobjekte bilden weder Repräsentanten elterlicher Personen noch Träger familiärer Beziehungen, es sind Bestandteile der Wunschmaschinen. Sie verweisen auf einen Produktionsprozeß und auf Produktionsverhältnisse, die auf das in der Figur des Ödipus sich einschreibende nicht zurückführbar und deshalb primär sind“ (58). Sie sind somit Bestandteil der gesellschaftlichen Basis. „In Wahrheit ist die gesellschaftliche Produktion selbst unter bestimmten Bedingungen allein die Wunschproduktion“ (39). Auf diesem Hintergrund ist eine Reinterpretation der Geschichte notwendig, die nach Durchführung einer breiten Kritik des Familialismus in der Psychoanalyse, auf dem Hintergrund strukturalistischer Theoriebildung und unter Rückgriff auf die in der marxistischen Geschichtstheorie vorgeblich nicht einfügbare Struktur des despotischen asiatischen Staates die Bedingungen herausarbeiten soll, unter denen Ödipus als Reterritorialisierung der Wunschproduktion heraustritt. Soweit die Autoren, die unter dem Anspruch angetreten sind, eine „materialistische Psychiatrie“ insbesondere in Fortführung von Reich ins Leben zu rufen, auf marxistische Theorie zurückgreifen, geschieht dies in der Umdeutung und Vulgarisierung von Marx: So z. B. in der Inflationierung des Begriffes Mehrwert, der auf Bereiche der Wunschproduktion übertragen wird, in der Wiedereinführung von Momenten bürgerlicher Ökonomie, indem „maschineller“ und „menschlicher Mehrwert“ entsprechend der Unterscheidung von konstantem und variablem Kapital getrennt werden und in der „nichtberechenbaren Natur“ ihrer Einheit zusätzlich einen „Mehrwert an Strömen“ erreichen (305), in der Staatstheorie (325), der Klassentheorie (328), der weitgehenden Gleichsetzung von Kapitalismus und Sozialismus (330, 336, 487), der Aufhebung der Dialektik (z. B. 519) auf dem Hintergrund der Philosophie Nietzsches und Kants, schließlich der Liquidierung des humanistischen und kulturellen Erbes in den Begriffen der Theorie, in dem Schluß, daß die Grausamkeit des despotischen Staates „unendlich mehr Affinität zu den Wunschmaschinen“ bewahrt als die kapitalistische Axiomatik (236), d. h. der höheren Wertung dieser Gesellschaftsformation für die menschliche Entwicklung. In einem letzten Kapitel wird der Psychoanalyse als neuer methodischer Zugang im Sinne einer „materialistischen Psychiatrie“ die Schizo-Analyse gegenübergestellt. Soweit praktische Konsequenzen für die Psychiatrie formuliert werden, geschieht dies orientiert an den Arbeiten von Laing und Cooper. Insgesamt bleibt die Darstellung den Aufweis ihrer Behandlungsmethoden schuldig.

In einem strukturalen System maschineller Verknüpfung – entleert von Tätigkeit, Ethik und Subjektivität – kommt der Schizo-Analyse der Status der Ingenieurwissenschaft, dem Schizo-Analytiker der des „Mechanikers, Mikrotechnikers“ (437) zu, d. h. vorgeblich materialistische Wissenschaft verfängt sich im Netz der Erscheinungen der schizophrenen Produktion, deren gesellschaftliche Ursachen sie zu analysieren und bekämpfen angetreten ist.

Wolfgang Jantzen (Bremen)

Wellner, Klaus: *Leiden an der Familie. Zur sozialpathologischen Rollenanalyse im Werk Gabriele Wohmanns.* Klett, Stuttgart 1976 (237 S., br., 19,80 DM).

Die Interpretation ausgewählter Erzählungen G. Wohmanns soll den Beleg für die These erbringen, „daß eine angemessene Explikation von Sinn nur leistbar ist, sofern handlungstheoretische Grundannahmen mit in den Interaktionsprozeß eingehen“ (15). Zugrunde liegt eine Gegenstandsbestimmung von Literatur, wonach sie sich primär mit der „Darstellung von Handlungssequenzen“ (9), von Interaktionen der Individuen, eingebunden in die Normsysteme sozialer Gruppen, befaßt und nur sekundär mit der Darstellung instrumentellen Handelns (z. B. von Arbeitsprozessen). Ein Deutungsschema für Literatur sieht Wellner im symbolischen Interaktionismus G. H. Meads und seiner Weiterentwicklung vor allem durch Krappmann und Dreitzel. Die Textanalyse zeigt Parallelen der Interaktionssysteme (zumeist Familien, in einem Fall Bürokollegen) verschiedener Erzählungen, die Wellner unter Rückgriff auf die Ergebnisse der Schizophrenieforschung als stabile oder instabile Pseudogemeinschaften untersucht. Am Beispiel der weiblichen Hauptgestalt aus „Treibjagd“ wird die Identitätsproblematik über die Interaktionssituation hinaus an der defizitären Struktur des Rollenhaushalts der Figur in ihren Ursachen betrachtet. Im Ergebnis zeigt sich als Grundmuster der Wohmannschen Erzählungen die Zerstörung von Identität in interpersonellen Mikrosystemen, die jedoch „isoliert von ihren objektiven Randbedingungen“ (134) dargestellt wird, so daß „die Stelle, an der sich für das Individuum die sozio-ökonomischen Determinanten seiner Existenz konkretisieren, ausgespart wird“ (134). Diese Reduktion des Problemhorizonts sieht Wellner als Resultat der in den Erzählungen vorwiegend gewählten erlebnisperspektivischen Darstellung. Andererseits leiste eine solche Gestaltung, „die Modalitäten des Erlebens und Interpretierens von Welt, das heißt die Formen subjektiver Aneignung von Welt selbst zum Gegenstand der Darstellung zu machen“ (223), wobei Wellner die Gefahr sieht, daß „das falsche Bewußtsein der erlebenden Gestalten eine systematische Interpretationsgrenze im Hinblick auf die Zusammenhänge zwischen den Deformationen zwischenmenschlicher Beziehungen und Gesellschaftsstruktur“ (226) setzen könnte.

Um die in der Interaktionsanalyse aufgedeckten Verhaltensstörungen und Kommunikationsverzerrungen in ihren Ursachen erfassen zu können, erweitert Wellner den soziologischen Analyserahmen durch die Einbeziehung psychoanalytischer Erkenntnisse; unter Rückgriff besonders auf Lorenzers Theorie exkommunizierter Symbole gelingt es, für die Wohmannschen Frauengestalten einen Grundtypus aufzudecken, dessen Erlebnisweise bestimmt ist durch die Furcht vor der Sexualität und, daraus resultierend, die Entsinnlichung der Wahrnehmungen bis zum Ästhetizismus. Auf dieser Grundlage sind die Verzerrungen der gestalteten Interaktionsprozesse auch in ihren intrapersonellen Ursachen erkennbar.

Die Leistung des gewählten literaturwissenschaftlichen Ansatzes einer Verknüpfung von interaktionistischer Rollentheorie und Psychoanalyse sieht Wellner darin, daß über die Erfassung bewußt intendierter Sinngehalte des Textes hinaus auch „die Rekonstruktion objektiv-intentionaler gesellschaftlicher und lebensgeschichtlicher Sinnzusammenhänge“ (229) möglich wird. Zu fragen bleibt nach der Reichweite des Ansatzes bei einer Analyse von Texten, in denen nicht verzerrte Interaktion und Darstellung von Subjektivität im Vordergrund stehen. Es gilt, die Ausklammerung der im Text gestalteten gesellschaftlichen Prozesse

zu vermeiden, die mit psychoanalytischem und interaktionistischem Begriffsinstrumentarium nicht zu erfassen sind. Kirsten Boie (Hamburg)

Steakley, James D.: *The Homosexual Emancipation Movement in Germany.* Arno Press, New York 1975 (121 S., Ln., \$ 10,-).

Am 22. Juni 1869 schrieb Engels an Marx: „Die Päderasten fangen an sich zu zählen und finden, daß sie eine Macht im Staate bilden . . . Übrigens auch nur in Deutschland möglich, daß so ein Bursche auftritt, die Schweinerei in eine Theorie umzusetzen und einladet: *introte.*“ (MEW 32, S. 324 f.) Engels reagierte damit auf die Lektüre des Buches „Argonauticus“ von Karl Heinrich Ulrichs. Dieser formulierte erstmals in der Geschichte die Forderung, daß auch für homosexuelle Menschen (Urninge) die Menschen- und Bürgerrechte zu gelten haben und daß die Urninge selber für die Verwirklichung dieser Rechte, für die Beseitigung der antihomosexuellen Sondergesetze und der gesellschaftlichen Ächtung kämpfen müssen.

In Steakleys verdienstvollem Buch – es handelt sich gewissermaßen um eine Pionierarbeit – wird Ulrichs' Tätigkeit, die dieser noch als isolierter Einzelkämpfer aufnahm und die schließlich in Resignation endete, unter der Kapitelüberschrift „The end of invisibility“ ausführlich dargestellt. War Ulrichs ein Zufritgkommener, der nichtsdestoweniger ein Tabu gebrochen hatte und wichtige Impulse auf die damals entstehende Sexualwissenschaft (Krafft-Ebing, Havelock-Ellis) abgab, so konnte der Arzt Magnus Hirschfeld, der 1897 die erste Organisation für Homosexuellenrechte gründete – das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee – einen bedeutenden Schritt weiterkommen. Die enorme publizistische, politische und wissenschaftliche Tätigkeit, die Hirschfeld und das Komitee in den Jahren bis 1933 entfalteten, die Rückschläge, etwa bei der Eulenburgaffäre 1908 oder der Sezession der Brand-Friedländer-Gruppe, und die Erfolge werden ausführlich in den beiden Hauptkapiteln der Arbeit Steakleys dargestellt, „The emergence of organizations“ und „The struggle for a national movement 1919–1932“. Indes konnte eines der Nahziele der Bewegung, die Beseitigung des berüchtigten § 175, bis heute noch nicht voll verwirklicht werden.

Hirschfeld war Sozialist. Zunächst durch seine Freundschaft mit August Bebel konnte er sich der Unterstützung der Sozialdemokratie und später auch der KPD im Kampf gegen den § 175 versichern. Diese Unterstützung durch die Arbeiterbewegung war jedoch ebenso von gewissen Inkosequenzen charakterisiert (Dekadenz- und Krankheitsideologien bezüglich der Homosexualität), wie es andererseits in den verschiedenen Strömungen der Homosexuellenbewegung auch antisozialistische bis offen faschistische (Blüher, Röhm) Stimmen gab.

Die antihomosexuelle Paranoia der klerikalen und faschistischen Kräfte nahm am Ende der Weimarer Republik derartige Ausmaße an, daß Hirschfeld schon 1930 Deutschland für immer verlassen mußte. Er starb 1935 in der französischen Emigration.

Im Abschlußkapitel schildert Steakly „The final solution“, die verschiedenen Etappen der Zerschlagung der Homosexuellenbewegung durch die Nazis und den Massenmord an Homosexuellen in den KZs des Dritten Reiches.

Steakleys Buch ist der erste umfassende Versuch, die Geschichte des Kampfes der homosexuellen Männer und Frauen gegen ihre Unterdrückung aufzuzeichnen und damit der seit einigen Jahren wieder entstehenden schwulen Bürgerrechtsbewegung ein angemessenes Selbst- und Geschichtsbewußtsein zu vermit-

teln. Die Lücken und Mängel, die es aufweist – die Nachkriegsentwicklung fehlt völlig; ebenso die wichtige Bewegung in der Schweiz der 30er und 40er Jahre; aus der Weimarer Republik wird der Radszuweitsche „Bund für Menschenrechte“ nur beiläufig erwähnt; Richard Linsert wird irrtümlich als Trotzkiist bezeichnet usw. – schmälern in keiner Weise die Bedeutung dieses Beitrages zur Geschichte eines immer wider gern tabuierten Teilaspekts des demokratischen Kampfes.

Steakley Buch erschien in einer Reihe, die hauptsächlich aus Reprints klassischer Texte und Dokumente der Homosexuellenbewegung besteht. Neben anderen deutschsprachigen Texten sind auch die Schriften Karl Heinrich Ulrichs in der Ausgabe von 1898 neu herausgegeben worden.

Manfred Herzer (Berlin/West)

Mucchielli, Roger: *Gruppendynamik*. Otto Müller Verlag, Salzburg. (176 S., Ringbuch, 19,50 DM).

Mucchielli adressiert diese Schrift zur Schulung an Psychologen, Führungskräfte und Verantwortliche im sozialen und pädagogischen Bereich. Sie besteht aus der „Theoretischen Einführung“, „Praktischen Übungen“; ein Glossarium mit Fachausdrücken, sowie Programmvorschläge für Gruppenkurse ergänzen die Schrift. Diese formale Gliederung zeigt, daß eine Integration von Inhalt und Methode, von gruppendynamischer Theorie (Rechtfertigung und Begründung) und gruppendynamischen Methoden nicht versucht wird. Als Vorteil jedoch, und hier ist das vorliegende Buch vielen ähnlichen überlegen, muß festgehalten werden, daß inhaltliche Reflexion und Methoden wenigstens in einer Schrift gemeinsam auftauchen. Gliederungspunkte in der theoretischen Einführung sind: „Was ist Gruppendynamik?“, „Der innere Aufbau von Gruppen“, „Die Dynamik von Diskussionsgruppen“, „Gruppendynamik als Methode der Beeinflussung von Personen und Organisationen“. Die dargelegten Informationen erschöpfen sich dabei in der reduktionistischen Darstellung der Ergebnisse von Experimenten und in dem Bemühen, Alltagserfahrungen mit sozialpsychologisch unterlegter Terminologie zu erklären und auf den für alle Zielgruppen verständlichen Begriff zu bringen. Dieses nur pädagogische „Bemühen“ macht die Sache selbst unkritisch und den Leser noch dazu. Ein Beispiel: Die Interaktionsanalyse von Bales wird in ihrer Tabellierung dargestellt (64 ff.), kein Wort über ihr Entstehen, kein Wort über ihre Anwendung (z. B. bezüglich welcher Adressatengruppe), kein Wort über ihre Beschränkungen und kein Wort über die noch gerade recht fundierte Kritik an dem Raster selbst. „Die Gruppe als Mittel für Veränderungen zu gebrauchen“ (71), ist der Tenor der Ausführung. Zu welchen Veränderungen aber, bleibt völlig im Dunkeln. An einer Stelle läßt Mucchielli dann doch die Katze aus dem Sack: „Aus ihrem Vermögen heraus verändernd auf Menschen und Organisation zu wirken, erweist sich die Gruppendynamik als ein Heilverfahren“ (77). Der Theorieanteil der Gruppendynamik, auf die Funktion des Schmieröls für den status quo bereits festgelegt (z. B. „größere Geschicklichkeit im Umgang mit beruflichen Beziehungen“ 81), wird dann noch vom zweiten methodischen Teil, in dem zehn praktische Übungen angeführt sind, übertroffen. Hier kann sich der ganze Methodenfetischismus eines auf die technologische Strukturierung von Lernabläufen hinorientierten Publikums ausleben. – Die anfangs postulierte Integration von Inhalt (Theorie) und Methode lohnt sich hier nicht. Für die Erhaltung dessen, was eh schon ist, kann man sich

diese Mühe sparen. Die treffende Metapher vom „Straßenbegleitgrün“ als jenem Rest von Vegetation, der zwischen breiten, dröhnenden Betonbahnen noch an Leben zu erinnern vermag, ist für das Gruppendynamikverständnis von Mucchielli angebracht. Nur diese Negation von Leben erinnert in seiner absterbenden Traurigkeit immer noch an bessere, andere Möglichkeiten. Dem Markt entgeht keine Theorie, Gruppendynamik nach Mucchielli ist „Irischer Frühling“ aus der Spraydose.

Karlheinz A. Geißler (München)

Knorr, Thomas: Gruppendynamische Methoden der Öffentlichkeitsarbeit im Städtebau. Ein lerntheoretischer Ansatz. Werkstattpapiere zur Analyse und Planung gesellschaftlicher Veränderungen (Nr. 4), hrsg. von Helmut Klages. Verlag Anton Hain, Meisenheim/Glan 1974 (126 S., br., 18,50 DM).

Die Arbeit behandelt exemplarische Möglichkeiten einer verbesserten „Partizipation“ der Bevölkerung an den sie betreffenden politischen und administrativen Entscheidungsprozessen innerhalb der Stadtplanung, insbesondere von kommunalen Sanierungsverfahren. Angesichts der immer stärkeren Proteste der Planungsbetroffenen gegen die akute oder abzusehende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, feststellbar in der wachsenden Aktivität von Bürgerinitiativen und politischen Stadtteilgruppen, entwickelt die zuständige Verwaltung verschiedene konfliktkanalisierende „Partizipationsangebote“, die anstelle einer tatsächlichen „Demokratisierung des Planungsprozesses“ lediglich die Durchsetzbarkeit der beabsichtigten Umstrukturierungsmaßnahmen erhöhen. Angesichts dieser Interessenpolarisierung möchte der Verfasser ein Modell für eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit im Städtebau entwerfen, das eine „echte Beteiligung“ der Betroffenen garantiert, wobei er sich angesichts der Komplexität seiner Fragestellung auf einen allgemeinen Hypothesenkatalog beschränken will. Er fragt zunächst nach den für ein verbessertes „Interaktionssystem“ von Verwaltung und Betroffenen geforderten Verhaltensänderungen und Problemlösungsfähigkeiten, d. h. nach den zur Veränderung des Status quo notwendigen „Lernprozessen“. Dies führt ihn zur Untersuchung der allgemeinen lerntheoretischen Voraussetzungen. Dies unterscheidet die Arbeit von der inzwischen sehr umfangreichen Literatur zu Planungs- und Partizipationsproblemen. Den Rückgriff auf eine sozialpsychologische Theorie begründet der Autor nur verkürzt-pragmatisch – unter Bezugnahme auf A. Malewski („Verhalten und Interaktion“) – in einigen knappen „wissenschaftstheoretischen“ Bemerkungen zur Notwendigkeit der Entwicklung allgemeiner, die konkreten sozialen Erscheinungen erfassender, erklärender und prognostizierender „Sozialtheorien“. Innerhalb dieser „Sozialtheorien“ komme der systemtheoretisch erweiterten behavioristischen Lerntheorie ein wichtiger Stellenwert zu, da durch sie generelle Anforderungen an die Verbesserung empirischer Interaktionssysteme, an die Herstellung von funktionalen Problemlösungsstrukturen und von vergangenen Lernerfahrungen neu ordnenen Verhaltensänderungen formulierbar seien. Er kann jedoch den von ihm beschworenen Begründungszusammenhang zwischen den verschiedenen Aussagen über (a) die „spezifischen sozialen Erscheinungen (hier: Sanierungsproblematik); (b) deren „jeweilige gesellschaftliche Randbedingungen“ (hier: Planungspolitik und Betroffenpartizipation); sowie (c) die diese historisch-gesellschaftlichen Randbedingungen und empirischen Erscheinungen jeweils erklärenden „allgemeinen wissenschaftlichen Theorien“ (hier: Lerntheorie) – nicht schlüssig und

nachvollziehbar herstellen. Einer kursorischen Darstellung der „gesamtgesellschaftlichen Randbedingungen“ der bürokratisch funktionalisierten Planungspartizipation folgen unvermittelt ein Abschnitt über ausgewählte lerntheoretische Ansätze und ein Abschnitt über „fallspezifische Randbedingungen“ (wo ein Sanierungsablauf in Berlin-Neukölln skizziert wird). Hat der Verfasser so versucht, die objektive gesellschaftliche Notwendigkeit verstärkter Planungspartizipation, die dafür erforderlichen subjektiven Voraussetzungen und schließlich die konkrete restriktive Realität zu beschreiben, folgen ein Abschnitt über Formen der Gruppenarbeit und des Lernens in Gruppen sowie ein Abschnitt über konkrete Möglichkeiten für eine Gruppenarbeit mit Planungsbetroffenen im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes. Mit dem Anspruch, diese heterogenen Aussagezusammenhänge zu integrieren, formuliert der Autor dann einige Hypothesen für ein „Modell einer auf Beteiligung gerichteten Öffentlichkeitsarbeit im Städtebau“ (104). Zur Illustration der möglichen praktischen Auswirkungen eines solchen Modells verweist der Autor abschließend auf die Gemeinwesenarbeit Saul Alinskys in den großstädtischen Ghettos der USA, der den korrupten bürokratischen Machtstrukturen eine demokratische gemeinde- bzw. quartiersbezogene Selbstorganisation der Bevölkerung konfrontieren will, um die durch den Zynismus und die Verantwortungslosigkeit der Herrschenden verlorengegangene „wahre Demokratie“ wiederherzustellen; deren Fundament sei die umfassende demokratische Partizipation der Bevölkerung an der Bestimmung ihrer gesellschaftlichen Angelegenheiten.

Die von den besonderen kapitalistischen Produktionsbedingungen absehende, nur moralische Systemkritik Alinskys greift Knorr in abgeschwächter Form auf, indem er versucht, die beklagte Polarisierung zwischen den technokratischen Partizipationsmodellen der Verwaltung mit einer entsprechend legitimatorischen Öffentlichkeitsarbeit einerseits und den radikalen Kampfprogrammen politischer Stadtteilorganisationen andererseits zu überwinden durch die Forderung, die planende Verwaltung solle lern- und damit partizipationsfähige Betroffenengruppen mitentscheiden lassen, und die Betroffenen selbst sollten auf einer sachlichen, nicht ausschließlich disruptiven Ebene des Aushandelns mitwirken. Der Verfasser kritisiert zwar die manipulativpaternalistische Planungspraxis der Behörden, doch verzichtet er darauf, sein alternatives Konzept eines demokratisierten Planungsprozesses aus einer Analyse der antagonistischen Interessen von Planungsinstanzen und Betroffenen strategisch abzuleiten. Gerhard Buck (Berlin/West)

Geschichte

Sywottek, Arnold: *Geschichtswissenschaft in der Legitimationskrise. Ein Überblick über die Diskussion um Theorie und Didaktik der Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland 1969–1973*, Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 1. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1974 (136 S., br., 15,- DM).

Die westdeutsche Geschichtswissenschaft steht vor dem Dilemma, daß „Investoren wie Konsumenten“ (9) die Überzeugung vom Nutzen der Beschäftigung mit Historie schwindet. Deshalb wurde es notwendig, die eigene Arbeit theoretisch zu rechtfertigen. Sywottek skizziert in seiner als Zwischenbilanz konzipier-

ten Sammelrezension vor allem Elemente dieses Selbstverständigungsprozesses. Dazu hat er nach unbestimmten Kriterien 28 Publikationen zu folgenden thematischen Schwerpunkten ausgewählt: unkritische Aufarbeitung geschichtswissenschaftlicher Tradition; Versuche, Historie als Sozialwissenschaft zu begründen. Kritik der „bürgerlichen“ Geschichtswissenschaft; Selbstverständnis der DDR-Geschichtswissenschaft; Didaktik der Geschichte. Als Angelpunkt der Diskussion über Geschichtswissenschaft bezeichnet der Verfasser den Konflikt zwischen der „Problematik der Antizipation von Zukunft in der situationsbezogenen Formulierung der Geschichtsdarstellung“ (z. B. Parteilichkeit zugunsten der Arbeiterklasse oder der Marktwirtschaft), der „Problematik der politisch-strategischen Legitimationsfunktion“ und der „Relevanz-Problematik“ (89). Dazu werden im Abschnitt „Historie als Sozialwissenschaft“ insbesondere Ansätze behandelt, die versuchen, sozialwissenschaftliche Methoden, Ökonomie, Sozialpsychologie, Psychoanalyse in die Geschichtswissenschaft einzubeziehen. Der an Gewinnung theoretischer Klarheit interessierten „historischen Sozialwissenschaft“ wird vorgehalten, die Bedeutung ihrer „Forschungsobjekte“ nicht zu explizieren (63). Bürgerlichen Kritikern deutscher geschichtswissenschaftlicher Tradition wird u. a. vorgeworfen, für sie sei Geschichte „dokumentarisch zu positivierende Vergangenheit“ (48), sie reflektierten eigene Geschichtsschreibung nicht in ihrer Funktion als politische Legitimation (38), besäßen keine überprüfbaren Bewertungskriterien für theoretische Argumentation. Im Abschnitt „Kritik der ‚bürgerlichen‘ Geschichtswissenschaft“ werden ausführlich die ARGUMENT-Bände 70 und 75 besprochen. Grundsätzlich wohlwollend konstatiert Sywotek, die im ARGUMENT vorgetragene Kritik sei inzwischen von manchen „bürgerlichen“ Wissenschaftlern rezipiert und integriert worden. Bedauert wird eine zu geringe Konstruktivität der Beiträge, das Fehlen versprochener Neuansätze. Unerfindlich bleibt allerdings, wieso dort, wo bei der Kritik der westdeutschen Geschichtswissenschaft auch Arbeiten aus der DDR genannt werden, gleich eine „Bewunderung“ der DDR-Historie unterstellt wird. Die Kritik der DDR-Geschichtsschreibung versucht Sywotek selbst zu liefern. Er weist ihren Anspruch zurück, eine „in ihrer Systematik begründete Geschichte als Wissenschaft“ im Rahmen des Marxismus-Leninismus zu sein (94). Nur ansatzweise seien die Erstarrung zur Legitimationswissenschaft überwunden und der Diskussionsprozeß über erkenntnistheoretische Prämissen sowie historische Methodologie in Gang gekommen. Der Zukunftsaspekt gehöre nicht zum engeren Gegenstandsbereich dieser Historie. Die Praxisrelevanz bestehe in der Identifizierung der Konsumenten mit bestehenden Verhältnissen. Diese Wissenschaft sei also ähnlich bürgerlicher Wissenschaft konservativ (100). Vielleicht hätte der Verfasser doch erwähnen sollen, daß in der von ihm in diesem Zusammenhang zitierten DDR-Literatur die Rolle von Geschichtsbewußtsein und Geschichtswissenschaft für die Herausbildung von prognostischer Tätigkeit und Perspektivbewußtsein zumindest thematisiert wird. Immerhin vertritt er die Meinung, Marx sei von bürgerlichen Historikern mit Gewinn rezipiert worden. Auch der praktischen Einzelforschung in der DDR wird attestiert, daß sie über pathetische Allgemeinplätze hinausreiche. Auf Teilgebieten sieht Sywotek sogar „konvergierende Tendenzen“ bei DDR- und BRD-Historie (103), stellt diese aber nicht konkret vor. Neueren Geschichtsdidaktiken bestätigt er zwar die Erarbeitung einer geschichtstheoretisch konkretisierten Perspektive, bemängelt aber das Fehlen einer Konzeption, wie Unterricht zu „identifikations- und verhaltensrelevante(n) Konsequenzen“ auch hinsichtlich der Veränderung des gegenwärtigen politisch-sozialen Systems führen könne (111).

In dem Buch wird der seit 1968 in Gang gekommene Reflexionsprozeß über Aufgaben und Theorie der Geschichtswissenschaft belegt. Wer Interesse an einem Überblick über wichtige Elemente dieses Prozesses hat, dem wird eine kritische Lektüre Anregungen geben, wer aber stringente eigene Positionen des Verfassers und eine weiterführende Konzeption erwartet, wird enttäuscht werden.

Jörg Berlin (Hamburg)

Baumgartner, Hans Michael, und Jörn Rüsen (Hrsg.): Seminar: Geschichte und Theorie. Umriss einer Historik. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Frankfurt/M. 1976 (403 S., br., 14,- DM).

Zwar verlautete auf dem 31. deutschen Historikertag im Oktober 1976 in Mannheim, daß die „Krise der Geschichtswissenschaft“ so weitgehend überwunden sei, daß man nunmehr wieder in die Offensive gehen könne (vgl. den Kongreßbericht in diesem Heft) – diese optimistische Selbsteinschätzung findet jedoch keine Rechtfertigung im Stand der Diskussion über grundlegende Fragen zu Gegenstand und Methode historischer Forschung und historischen Denkens überhaupt. Im Gegenteil: die Vielfalt der hier anstehenden Probleme, ja, die Schwierigkeit, sie überhaupt präzise und kohärent zu beschreiben, dokumentiert der vorliegende Reader. Die Herausgeber verfolgen die Absicht, durch gezielte Auswahl und Anordnung von 14 Aufsätzen die – mit 2 Ausnahmen – aus den letzten 10 Jahren stammen, Einblick zu geben in einen Prozeß der „Selbstreflexion der historischen Wissenschaften“ (12), der ausgelöst wurde durch die Erfahrung eines Theoriedefizits seit der Destruktion des Historismus. Der Beitrag Rüsens („Ursprung und Aufgabe der Historik“, (59–87) macht deutlich, wie hochabstrakt und gleichzeitig: wie unabgeschlossen die Überlegungen sind, die darauf zielen, die Begriffskombination „Geschichte“ und „Theorie“ zu einer Historik zu integrieren bzw. anzugeben, in welchem Kontext diese Integration möglich und sinnvoll ist (vgl. 75). Die Herausgeber bemühen sich, die Anordnung der Aufsätze aus dem Begriff einer „kritischen Historik“ zu erklären, d. h. einer „Selbstreflexion der historischen Wissenschaften“, die „Theorien und Methoden historischer Forschung nicht einfach auf einer . . . abstrakten Ebene abbildet, sondern auf dieser Ebene diejenigen Fragen artikuliert, die mit den jeweiligen Theorien und Methoden aufgeworfen werden, ohne durch sie schon hinreichend beantwortet zu sein“ (10). Die Aufsätze werden unter diesem Aspekt zu 5 Komplexen geordnet, von denen nur die beiden ersten, „Grundlagenkrise und Selbstreflexion“ und „Forschungspraktische Strategien“ vorwiegend Aufsätze von Historikern enthalten. Die 3 folgenden Komplexe, „Methodologische Konzepte“, „Transzendente Analysen“ und „Dialektische Reflexionen“ sind Domäne der Philosophen (denen Habermas und Luhmann in diesem Zusammenhang zugeordnet werden können). Hier wird bereits deutlich, daß der Terminus „Selbstreflexion“ nur bedingt zutrifft – das Theoriedefizit der Geschichtswissenschaft ist offensichtlich weniger den Historikern als Problem bewußt, als daß es Philosophen zum Anlaß nehmen, über die logische Struktur historischer Aussagen zu reflektieren: der Debatte über den Charakter historisch-genetischer Erklärungen bzw. über die narrative Struktur des Historischen wird mit vier Beiträgen relativ breiter Raum gegeben. Die Beiträge der Historiker (Koselleck, Meier, Furet, Hobsbawm) liegen auf einer anderen Ebene und sind auch untereinander heterogen: während Koselleck in seinem Aufsatz am Beispiel begriffsgeschichtlicher Analyse einige Merkmale historischer Forschung beschreibt und Furet und

Hobsbawm die Ergiebigkeit quantitativer bzw. marxistischer Ansätze diskutieren (wobei zumindest der letztere keineswegs hinreichend charakterisiert wird), stellt Meier die m. E. grundlegende Frage, „was eigentlich die historische Praxis an Theorie braucht, was für eine Theorie sie braucht und wie diese Theorie erarbeitet werden kann“ (39). Er begründet an Beispielen aus der alten Geschichte die Notwendigkeit, „Theorien der jeweiligen Epochen-Kontexte“ aufzustellen, um dadurch auf einer mittleren Abstraktionsebene historische Praxis und historische Theorie zu vermitteln und die Notwendigkeit der letzteren den Historikern überhaupt erst plausibel zu machen. Denn der Nachweis der Notwendigkeit von Theorie wird weder dadurch geführt, daß man ihr Fehlen beklagt, noch dadurch, daß man einige ihrer Elemente auf einer Ebene abhandelt, die die Rezeption durch Nicht-Philosophen stark einschränkt. Damit ist ein wesentliches Manko des Bandes angesprochen: er verfehlt den Adressaten, wenn tatsächlich die Absicht bestand, Historiker über den Zusammenhang von Theorie, Methode und „lebensweltlicher Absicht“ (Rüsen) ihrer Wissenschaft aufzuklären. Ging es aber darum, Einblicke in den Stand erkenntnistheoretischer Grundlagenforschung zu vermitteln, so erübrigen sich die Beiträge der Historiker, die mit denen der Philosophen bestenfalls durch das Theoriepostulat vermittelt sind. Diese Kritik schließt notwendig die Auswahl der Beiträge ein. Das Fehlen eines marxistischen Beitrages wird durch den Hobsbawm-Aufsatz „Karl Marx' Beitrag zur Geschichtsschreibung“ in keiner Weise kompensiert.

Dorothea Berger-Thimme (Göttingen)

Krader, Lawrence: *Ethnologie und Anthropologie bei Marx.*
Carl Hanser Verlag, München 1973 (283 S., br., 33,- DM).

Die drei Kapitel dieses Buches sind unter verschiedenen Gesichtspunkten angefertigte Abhandlungen, die sich thematisch mehr oder weniger eng auf die „im Zentrum der Entwicklung der philosophischen im Verhältnis zur empirischen Anthropologie“ (161) angesiedelten Marxschen Exzerpthefte beziehen. Das erste Kapitel, das praktisch mit der Einleitung des Verfassers zu den 1972 herausgegebenen „Ethnological Notebooks of Karl Marx“ identisch ist, versucht aufgrund der nach Auswahl und Kommentierung spezifischen Rezeption, die die völkerkundlichen resp. rechts- und sozialhistorischen Schriften eines Morgan, Maine und anderer bei Marx finden, dessen „ethnologische Thesen (darzustellen)“ (9). Dabei geht es um das Marxsche Verhältnis zu einer empirischen Ethnologie, die sich im Kraftfeld der die philosophisch-politische Anthropologie des 19. Jhdts. bestimmenden Kontroverse zwischen individualistischen Gesellschaftsvertragstheorien naturrechtlicher Prägung einerseits und kollektivistischen Gesellschaftsbildungstheorien romantischer resp. frühsozialistischer Provenienz andererseits entwickelt. Die empirische Ethnologie gewinnt in dem Maß, wie im Zuge einer historischen Auflösung der Kontroverse die gegensätzlichen Positionen als sukzessive Momente und Stadien einer realgeschichtlichen Evolution begriffen werden, entscheidende Bedeutung. Ihr nämlich fällt nun die Aufgabe zu, den Evolutionsprozeß an eben dem Punkt zu thematisieren, an dem das Problem des „als zeitliche Erscheinung greifbaren“ (69) Übergangs aus dem Stadium einer durch „Status“ regulierten archaisch-kommunalen Gemeinschaft in das Stadium einer durch „Vertrag“ konstituierten zivilisierten-politischen Gesellschaft zur Debatte steht. Im Blick auf diese Übergangssproblematik wird dem Marx der Exzerpthefte ein voll entwickeltes Problembewußtsein bescheinigt.

Dank seines materialistischen Ansatzes sei Marx nicht nur der Gefahr eines ebenso ethnozentrischen wie organisistisch-teleologischen Evolutionismus entgangen, habe er nicht nur – unter Würdigung der „subjektiven“ bis hin zu den „technologischen“ Faktoren gesellschaftlicher Veränderung (79) – das die moderne Ethnologie beschäftigende Thema „des dialektischen Verhältnisses der einen und der vielen Linien der Evolution“ (79) bereits thematisiert. In Vorwegnahme des Moments von Wahrheit, das der Verfasser geneigt scheint, den funktionalistischen und strukturalisierenden Theorien der neueren Ethnologie zuzubilligen, habe es Marx mehr noch vermocht, jenen problematischen Übergang aus einer durch Gentil- und Kommunalorganisation charakterisierten Archaik in die durch Klassen- und Staatsbildung bestimmte Zivilisation von allen Konnotationen eines „ontologischen Sprungs“ aus der Natur in die Geschichte freizuhalten. Darin, daß es Marx gelungen sei, unter Wahrung „des Prinzips der Einheit der Menschengattung“ (10) jenen Übergang in Begriffen eines als Aktualisierung von „Potentialität“ (104) faßlichen und durch die ökonomischen Basisprozesse vermittelten Wechsels der Stellung und Funktion von ebenso historischen wie gesellschaftlichen Institutionen zu verhandeln, sieht der Verfasser den entscheidenden Unterschied zu Engels, dem er den Vorwurf macht, „die Wirksamkeit der Gesetze des historischen Materialismus ausschließlich auf die Zivilisation (beschränkt)“ und auf Kosten der „primitiven“ Gesellschaften „die Grenzlinie zwischen Mensch und Natur (verschoben)“ (10) zu haben. Der Erhärtung dieses Vorwurfs dient das 2. Kapitel, das auf der schmalen Basis der einschlägigen Textstellen die doppelte Absicht verfolgt, zugleich den authentischen Marx hinter dem „Kanoniker“ Engels hervortreten zu lassen und den „Wissenschaftler“ Engels gegen einen an ihn anknüpfenden „Dogmatismus“ materialistischer Geschichtsschreibung in Schutz zu nehmen. Das 3. Kapitel steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der bis dahin verfolgten Fragestellung. In ihm entwickelt der Verfasser seine Überlegungen zum Phänomen der Verdinglichung – Überlegungen, die eine zweifache Modifizierung und Einschränkung der Lukácsschen Theorie von der Verdinglichung als einem „struktiven Grundphänomen“ (190) der kapitalistischen Gesellschaft anstreben. Über Tendenz und Tragweite dieser Differenzierungen gibt das Kapitel wenig Aufschluß. Auch wenn das Buch von der Darstellungsseite her einigermaßen zu wünschen übrig läßt und über weite Strecken eher den Eindruck einer zum Literaturbericht geratenden, vorläufigen Themen- und Motivsammlung als den eines durchgeführten Reflexionszusammenhangs erweckt, bleibt es doch, jedenfalls in seinem ersten, direkt auf die Marxschen Exzerpthefte bezogenen Teil, eine zur Zeit unentbehrliche Informationsquelle.

Ulrich Enderwitz (Berlin/West)

Backhaus, Wilhelm: Marx, Engels und die Sklaverei. Verlag Schwann, Düsseldorf 1974 (267 S., br., 32,- DM).

Im Kern geht es um die Beurteilung jener bekannten Formulierungen, welche die historische Entwicklung als eine Folge sozialer Revolutionen und diese Revolutionen jeweils als das Resultat eines Widerspruchs zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und dem Stand der Produktionsverhältnisse erklären. Backhaus trägt bei zu einer ausführlichen Darstellung der forschungsgeschichtlichen Entwicklung zur Frage der Sklavenwirtschaft und des Untergangs der Antike sowie in einer sehr gründlichen Aufarbeitung des vorliegenden Materials zur Sklavenwirtschaft in den amerikanischen Südstaaten. Marxistische Althistoriker

haben sich zunächst bemüht, das von Marx und Engels in einem sehr frühen Stadium ihrer Arbeit (vor einer eingehenden Beschäftigung mit der Sklaverei und ohne die nähere Beschäftigung mit der technischen Entwicklung in der Antike) entwickelte „Schema“ der historischen Entwicklung durch Anführung entsprechenden Materials zu illustrieren. Inzwischen ist von den meisten allerdings die These aufgegeben worden, derzufolge eine soziale Revolution zum Untergang der Antike geführt habe, insbesondere wird nicht mehr vertreten, daß Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnisse in der Spätantike in einem Widerspruch zueinander geraten seien. Neuerdings gibt es Versuche, die vorkapitalistischen Klassengesellschaften nicht mehr als jeweils eigenständige historische Formationen aufzufassen, sondern in einer großen vorkapitalistischen Gesellschaftsformation zusammenzufassen.

Entstanden sind diese analytischen Schwierigkeiten dadurch, daß weder die These eines notwendigen Zusammenhangs von stagnierender technischer Entwicklung und Sklavenwirtschaft zu halten ist noch die mangelnde Produktivität der Sklavenwirtschaft. Letzteres hatte nicht nur zu der fehlerhaften Interpretation antiker Kriege als Sklavenraubzüge geführt, sondern auch zur Annahme von Sklavenzuchtanlagen im amerikanischen Süden nach dem Ende des offiziellen Sklavenhandels. Backhaus zeigt, daß Marx sich teils auf die jeweils ideologischen Äußerungen der beteiligten Parteien des amerikanischen Bürgerkriegs stützte, teils auf die Darstellungen der historisch sehr spezifischen Sklavenwirtschaft in Westindien. Während aber Marx seine Quellen noch deutlich macht, verschwindet solche Differenzierung bei der „Weiterführung“ seiner Analyse, und zitierte Äußerungen über westindische Sklavenwirtschaft gelten fortan als Charakteristika auf Sklavenarbeit beruhender Produktion.

Backhaus untersucht diese Charakteristika der Sklavenwirtschaft am Beispiel der amerikanischen Südstaaten. Beim Übergang von der forschungsgeschichtlichen Diskussion zur konkreten Analyse liegt m. E. der fundamentale Mangel dieses Buches. Denn wenn sich auch nachweisen läßt, daß nicht nur in der Antike, sondern auch im 19. Jh. die Sklaverei ein profitables Produktionssystem war und daß ihm nicht die Notwendigkeit einer Stagnation der technischen Entwicklung zugeschrieben werden kann, so ist es eben doch ein Unterschied, ob Sklavenwirtschaft in der Antike oder im Zusammenhang eines sich kapitalistisch entwickelnden Weltmarktes betrieben wurde. Obwohl Backhaus sich im einzelnen sehr gründlich mit den Arbeiten von Marx und Engels beschäftigt hat, zeigt sich in dieser Gleichsetzung, daß er die wirklichen Konstitutionsbedingungen von deren Theorie nicht erfaßt hat. Ebenso wird dies deutlich, wenn die Frage, ob in den Südstaaten eine Sklavenhaltergesellschaft existiert habe, anhand von demographischem Material aufgeworfen wird. Der politisch-ökonomische Zusammenhang einer Gesellschaft wird in beiden Fällen ausgeklammert. Was Backhaus dann allerdings an Material darstellt und analysiert, das ergibt ein konkretes Bild des ökonomischen Aspekts der Sklavenwirtschaft im amerikanischen Süden, wie es bislang noch nicht vorliegt. Die abschließende Analyse dieser Ergebnisse wäre erst im Zusammenhang einer historisch-materialistischen Untersuchung möglich. Meiner eigenen Interpretation zufolge sind in den letzten Jahren vor dem Bürgerkrieg die Widersprüche zwischen Sklavenwirtschaft und kapitalistischer Entwicklung im amerikanischen Süden bereits deutlich geworden.

Heide Gerstenberger (Bremen)

Hausen, Karin, u. Reinhard Rürup (Hrsg.): Moderne Technikgeschichte. Neue Wissenschaftliche Bibliothek 81, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1975 (431 S., br., 32,- DM).

Technikgeschichte war lange Zeit ein Stiefkind der Geschichtswissenschaft, besonders in Westdeutschland. Die sozialwissenschaftlich orientierte Historie behandelte zwar die soziokulturellen Auswirkungen der Industrialisierung, überließ aber die eigentliche Technikgeschichte den historisch interessierten Ingenieuren und Technikern. Erst vor kurzer Zeit hat sich hier ein internationaler Wandel vollzogen, den der Sammelband „Technikgeschichte“ eindrucksvoll dokumentiert. Die Herausgeber, die den Band wie die einzelnen Kapitel mit theoretisch fundierten Überblicken über den Stand der Technikgeschichte einleiten und anregende Forschungsperspektiven aufzeigen, definieren Technikgeschichte als „Sozialgeschichte mit dem besonderen Gegenstandsbereich der Technik“ (20), die sich als interdisziplinäre Wissenschaft eigenständig von der Wirtschaftsgeschichte abgrenzt. Sie fragt nach dem Entstehen bestimmter technischer Dinge und zugleich nach den „Auswirkungen technische(r) Verfahren und Produkte in anderen Bereichen menschlicher Aktivität“ (20) und den Faktoren, die die Einführung oder Verhinderung neuer Verfahren beeinflussten. Noch immer fehlt allerdings eine „ernsthafte Beschäftigung mit der Natur der Technik selber“ (21), die Frage nach dem evolutionären oder revolutionären Charakter der Technik ist auch ansatzweise nicht geklärt.

Nach Arbeiten zu Gegenstand und Methode der Technikgeschichte werden das Verhältnis von Naturwissenschaft und Technik, Technik und Wirtschaft, Technik und Industriearbeit und das Verhältnis von Technik, Staat und Politik in jeweils exemplarischen Aufsätzen vorgestellt. Die Aufsätze aus dem Bereich „Technik und Wirtschaft“ machen die Abhängigkeit technischer Erfindungen von der Möglichkeit zur Nutzung der Steigerung des Profits deutlich. So setzte sich der mechanische Webstuhl, wie D. Bythell zeigen kann (165–189), erst im Laufe von 50 Jahren durch, da extrem billige Arbeitskräfte für mechanische Handwebstühle die Einführung einer teuren Innovation ökonomisch nicht sinnvoll erscheinen ließen. „Technischer Fortschritt“ scheint vor allem von den Marktchancen einer Erfindung abhängig gewesen zu sein. Den Hinweis der Herausgeber auf das 13. Kapitel im Kapital, wo Marx die Maschinen als ein Mittel der Mehrwertproduktion beschreibt, thematisiert allerdings keiner der ausgewählten Aufsätze direkt.

Frühe Formen einer Unfallschutzdebatte dokumentiert J. G. Burke in seinem Aufsatz „Kesselexplosion und bundesstaatliche Gewalt in den USA“ (314–337). Er zeigt, daß die Dampfkesselhersteller in den USA 40 Jahre mit der Berufung auf die Eigentumsrechte zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine wirksame Schutzgesetzgebung verhindern konnten. Dies wurde von einem Betroffenen treffend kommentiert: „Wir werden zumeist von Handels- und Aktiengesellschaften regiert . . .“ (327). Erst nachdem die Zahl der Toten durch explodierende Kessel zu stark anstieg, wurden eine staatliche Inspektion und Kontrollen durchgesetzt. C. Trebilcock weist darauf hin, daß bereits in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in England fast alle technischen Innovationen vom Staat bezahlt wurden, da sie im wesentlichen von der Rüstungsindustrie hervorgebracht wurden, die die Kosten ihrer systematischen Forschung über die Preise auf den staatlichen Auftraggeber abwälzen konnte (337–358). Für die deutsche Faschismuskritik ist schließlich der Aufsatz von Th. P. Hughes über das „Technologische Monumentum“ wichtig, weil er die Zusammenarbeit der IG Farben (BASF) mit

Hitler seit 1932 aus den ökonomischen Bedingungen des Konzerns erklären kann. Nur durch die Zusicherung Hitlers, nach der Machtübernahme das unter hohen Kosten entwickelte synthetische Benzin, das fünfmal teurer war als das eingeführte Benzin, durch Zölle und energische Motorisierung zu stützen, wurde der Konzern vor einem gigantischen Verlust bewahrt. Für Hitler war das „Leunabenzin“ die Grundlage seiner Kriegspläne, andererseits konnte die technische Innovation „synthetisches Benzin“ nur dadurch profitbringend verwirklicht werden (358–383).

Aus Platzgründen wurden leider Aufsätze aus dem Bereich der Agrartechnik und zum Verhältnis von Technik und Gesellschaft nicht aufgenommen. Der Sammelband enthält aber eine vorzügliche, das Forschungsgebiet erschließende Bibliographie.

Thomas Berger (Göttingen)

Soziale Bewegung und Politik

Castro, Fidel: Ausgewählte Reden. Dietz Verlag, Berlin/DDR 1976 (361 S., Ln., 8,50 M).

Castro, Fidel: Ausgewählte Reden zur internationalen Politik 1965–1976. Verlag rotpunkt, Zürich 1976 (184 S., br., 8,50 DM).

Die politische Publizistik Fidel Castros vereint eine Menge von Qualitäten, die bestes Leninsches Erbe repräsentieren: Castro ist in seinen Reden konkret-praxisbezogen, historisch, kritisch und selbstkritisch, aufklärerisch, unakademisch, volksverbunden, revolutionär und internationalistisch; sein Stil ist rhetorisch im besten Sinn, indem er z. B. auf die jeweiligen Hörer Rücksicht nimmt, er wirkt auch bei den Festreden agitatorisch, er ist – kurzgesagt – unapapieren. Doch nicht seiner rhetorischen Eigenschaften wegen müßte man Castro vor manchen sozialistischen Sonntagsrednern hervorheben, sondern weil in seinem Werk Praxis und Politik der kommunistischen Partei Kubas (PCC) zum Ausdruck kommt, von der gerade auch bei uns in Westeuropa viel zu lernen ist.

Mit einer Auswahl aus den Jahren 1973–75 setzt der Dietz-Verlag seine 1963 mit der Sammlung „Fanal Kuba“ begonnene Reihe der Übersetzungen von Reden des Ersten Sekretärs der PCC fort. Leider wird nirgends aufgeführt, welche Leitlinien bei der Auswahl maßgebend waren oder wie die hier veröffentlichten Positionen der PCC einzuschätzen sind. Rund die Hälfte der abgedruckten Beiträge in dem Buch sind vorwiegend innenpolitischen Themen, d. h. Erfahrungen, Erfolge und Problemen beim sozialistischen Aufbau Kubas, gewidmet, wobei Castro jedoch nie zu betonen vergißt, daß nichts verfehlter wäre, als dabei eine insular beschränkte Sichtweise anzuwenden. Immer wieder ruft er in Erinnerung, daß materiell dieser Aufbau 90 Seemeilen vor den Toren des imperialistischen Kernlandes, der USA, die die Revolution von Beginn an durch einen ökonomischen Totalboykott und durch militärische Interventionen ersticken wollten, nur dank der Hilfe der sozialistischen Staaten, in erster Linie der Sowjetunion, gesichert werden konnte. Empfehlenswert für einen Einblick in die praktischen Aufbauprobleme sind vor allem die Rede auf dem 13. Kongreß des Kubanischen Gewerkschaftsbundes (vgl. die Übersetzung in Argument 85) und die Rede zum 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Gesetzes über die Bodenreform. Die kritische Offenheit bei der Diskussion der Frauenfrage (vgl. die Rede auf

dem 2. Kongreß des Kubanischen Frauenbundes), aber auch das globalökologische Bewußtsein, das Castro an den Tag legt (etwa 152 ff.), verdienen auch in Westeuropa zur Kenntnis genommen zu werden. Einen zweiten Auswahl-schwerpunkt bilden die Ansprachen zur Begrüßung ausländischer Regierungsdelegationen aus sozialistischen Ländern. Zwei Reden schließlich dokumentieren die Rolle der PCC innerhalb der zunehmend wichtiger werdenden Bewegung der Blockfreien, wo die Partei zur eigentlichen Scharnierstelle zwischen der kommunistischen Weltbewegung und den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen geworden ist. Es sind dies die Rede auf der 4. Gipfelkonferenz der Blockfreien Staaten in Algier vom 7. 9. 1973 und die Rede auf der 3. Ministerialkonferenz des Koordinationsbüros der Blockfreien Staaten vom 19. 3. 1975.

In diesen beiden Reden überschneidet sich aufgrund mangelnder Kooperation der beiden Verlage die Auswahl des Dietz-Bandes mit jener des Züricher rot-punkt-Verlags. Trotzdem bildet das Bändchen aus der Schweiz eine notwendige Ergänzung zur Publikation aus der DDR. Ausdrücklich wird darin die Auswahl inhaltlich begründet „nach dem Kriterium der Wichtigkeit der Texte für die Strategiediskussion der weltweiten antiimperialistischen Bewegung“ (3). Die sieben hier ausgewählten Reden dokumentieren so die von der PCC 1965–76 bezogenen Positionen zu international brennenden Fragen wie den Auswirkungen der Spaltung in der kommunistischen Weltbewegung auf die Aufstandsbewegungen im Trikontinent (Rede vom 13. 3. 1965), den Ereignissen in der CSSR (Rede vom 23. 8. 1968), der Strategie der Blockfreien vor und nach der sogenannten Ölkrise (in den schon erwähnten Reden), den Ereignissen in Angola (Rede vom 19. 4. 1976), der Außenpolitik Kubas (Rechenschaftsbericht auf dem 1. Parteitag der PCC vom 17. 12. 1975) u. a. Gerade die Hilfe Kubas für die MPLA in Angola, aber auch beim Aufbau in Vietnam und anderswo zeigt, daß die PCC eine internationalistische und revolutionäre Haltung bei sich und bei anderen Parteien nicht an den Worten, sondern an den Taten, d. h. an der tatsächlich geleisteten militärischen und technischen Unterstützung gemessen hat und mißt. Hier liegt der Grund dafür, daß die kubanischen Kommunisten zum einen eng im Bündnis mit der KPdSU stehen können, zum andern jedoch keineswegs auf die Ausarbeitung einer eigenständigen Linie verzichten müssen (siehe 86). Der unorthodoxe Weg der Kubanischen Revolution, in deren Folge bekanntlich die castristische Bewegung die teilweise revisionistische Praxis der alten kubanischen KP zu korrigieren hatte, schließlich die treibende Rolle der neuen PCC in der Bewegung der nicht-paktgebundenen Länder sind der praktische Ausdruck der eigenständigen Linie. – Die Übersetzung des rot-punkt-Verlags ist von unterschiedlicher Qualität, da und dort sind Romanismen stehengeblieben (etwa 174 und 181). Die vielen Druckfehler ließen sich mit einer weiteren Korrekturlesung vermeiden.

Stephan Schmidlin (Berlin/West)

Mansilla, H. C. F. (Hrsg.): Probleme des Dritten Weges. Mexiko – Argentinien – Bolivien – Tansania – Peru. Sammlung Luchterhand 151, Darmstadt-Neuwied 1974 (263 S., br., 12,80 DM).

Die Konzeption dieses Buches, die Mansilla in seinem Beitrag „Möglichkeiten und Grenzen des Dritten Weges“ (199–245) darstellt, geht von einer Kritik sowohl kapitalistischer als auch sozialistischer Entwicklungsstrategien für Länder der Dritten Welt aus. Der kapitalistisch-technokratische Weg, verkörpert im bra-

silianischen Beispiel, reduziert Fortschritt auf die wirtschaftlich-technologische Entwicklung und unterdrückt „vielfach die Emanzipationsbestrebungen der Bevölkerung durch extrem militärisch-diktatorische Maßnahmen“ (202 f.). Seine Kritik am sozialistischen Entwicklungsweg richtet sich einerseits gegen die Guerilla-Strategie als Form der Machteroberung in der Dritten Welt, die vor allem daran gescheitert sei, daß sie sich ohne Rücksicht auf die sehr unterschiedlichen sozio-ökonomischen Strukturen verschiedener unterentwickelter Länder ausschließlich auf die Mobilisierung von Bauern und Landarbeitern konzentriert und die wachsende Bedeutung des städtischen Lebens übersehen habe (203–212). Darüber hinaus könne eine sozialistische Gesellschaft nur auf der Basis eines voll entwickelten Kapitalismus aufgebaut werden; die „bestehenden sozialistischen“ Systeme zeigen, daß eine „ursprüngliche sozialistische Akkumulation“ (215) nur über einen rigorosen Konsumverzicht und eine scharfe Repression jeder politischen Opposition zu ermöglichen sei, wobei wesentliche Aspekte kapitalistischer Gesellschaften in noch verschärfter Form auftreten (Leistungsprinzip, Entpolitisierung der arbeitenden Bevölkerung, Privatisierung des Gesellschaftslebens) (213–225).

Im sog. „Dritten Weg“ sieht Mansilla nun eine Alternative zu beiden Strategien, die von der spezifischen Realität der Dritten Welt ausgeht: „Diese Alternative . . . verkörpert die evolutionäre, pragmatische und friedliche Tendenz der sozioökonomischen Entwicklung, die sich abhebt sowohl vom traditionell-kapitalistischen Weg (. . .) als auch von der forcierten Industrialisierung kommunistischer Observanz . . . Es scheint . . . , trotz eines manchmal eindeutigen und sogar starren ideologisch-propagandistischen Vordergrundes, ein pragmatisches, in bezug auf die jeweiligen Bedingungen recht anpassungsfähiges Herangehen an die Probleme von Entwicklung und Wachstum zu dominieren. Dabei geht es nicht primär darum, der Doktrin ‚um jeden Preis‘ und in ‚kürzester Frist‘ Genüge zu tun, sondern man sucht einen eigenen Weg zu finden, der nicht Verzicht auf Freiheit und große Opfer seitens der Bevölkerung impliziert“ (230 f.).

Die Beiträge einer Berliner Projektgruppe, die verschiedene Realisierungsversuche des „Dritten Weges“ in einzelnen Ländern untersucht, bilden den Kern des Buches. Allein ihre Lektüre läßt das ganze Konzept Mansillas sehr fragwürdig aussehen: *G. M. Tripps* Untersuchung der *mexikanischen* Revolution (11–36) wie *G. Skupchs* Analyse des *Peronismus* (37–69) gelangen zwar nicht zu einer systematischen Einschätzung der Entwicklung in diesen beiden Ländern, aber sie zeigen klar das Scheitern von zwei historischen Versuchen, einen solchen „Dritten Weg“ jenseits von Kapitalismus und Sozialismus zu gehen. *R. A. Mayorgas* Untersuchung des *Movimiento Nacionalista Revolutionario* (MNR) unter Paz Estenssoro zwischen 1952 und 1963 zeigt am Beispiel *Bolivians* (69–123) die prinzipiellen Widersprüche dieses „Dritten Weges“ auf: Die Notwendigkeit, die materielle Reproduktion des Landes sicherzustellen, stärkte innerhalb des populistischen Bündnisses der MNR (Bergarbeiter, Bauern, städtische Mittelschichten, nationale Bourgeoisie) immer mehr diejenigen Sektoren, die den Reproduktionsprozeß dominierten, nämlich die bürgerlichen; darüber hinaus zwang die sich verstärkende amerikanische Weltmarktdominanz diese bürgerlichen Sektoren zu einer Preisgabe ihrer nationalistischen Tendenzen. Es lag sozusagen in der Natur der Interessen dieser bürgerlichen Sektoren, sich im Laufe dieses Entwicklungsprozesses gegen die proletarischen Bündnispartner bis hin zur Repression ihrer Organisationen zu wenden (vgl. vor allem 120–123).

Das Beispiel *Tansania* (Aufsatz von *H. B. Kavemann/K. J. Voll*, 125–158) dagegen, das von den Eigentumsformen und den Mechanismen wirtschaftlicher

Steuerung her heute durchaus als sozialistisch bezeichnet werden kann (134–140), zeigt gerade, daß eine „ursprüngliche sozialistische Akkumulation“ ohne scharfe politische Repression durchaus möglich ist, wenn der Entwicklungsschwerpunkt zunächst auf die Landwirtschaft gelegt wird. Genau dies entspricht dem *chinesischen Modell*, und man fragt sich, wie Mansilla das sozialistische Entwicklungsmodell für Länder der Dritten Welt rundweg ablehnen kann, ohne die VR China überhaupt mit einem einzigen Satz zu erwähnen.

Bleibt das Beispiel *Peru*, das in der Form eines Auszugs einer bereits anderweitig erschienenen Analyse von *J. Cotler* (159–197) vorgestellt wird. Da das ganze Konzept des „Dritten Weges“ vor allem an der Politik der peruanischen Militärs entwickelt worden ist, verwundert es wenig, daß es auf Peru auch am ehesten anwendbar erschien: Hier gelang es dem Militär, seinen Reformkurs – basierend auf einem Bündnis mit Mittelschichten und Teilen der Arbeiterklasse – zunächst gegen die Angriffe imperialistischer Interessen zu verteidigen, jedoch nur unter weitgehenden Zugeständnissen, die inzwischen zu einem Umkippen des Prozesses geführt haben (Putsch 1976).

Sicher ist Mansillas Forderung berechtigt, daß sich politische Strategien in Ländern der Dritten Welt an den besonderen Bedingungen dieser Länder zu orientieren haben – die Alternative zwischen einer kapitalistischen Strategie, die im wesentlichen an der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse durch Markt und Profitmaximierung festhält, und einer sozialistischen, die versucht, den gesellschaftlichen Produktionsprozeß nach den Bedürfnissen der Massen zu planen, ist jedoch damit nicht vom Tisch zu fegen. Wolfgang Hein (Konstanz)

Feder, Ernest: *Gewalt und Ausbeutung. Lateinamerikas Landwirtschaft.* Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1973 (584 S., br., 38,- DM).

Feders Sammelband will „die alarmierenden Agrarprobleme Lateinamerikas in ihrer ganzen Breite und Komplexität erhellen“ (11). Er macht jedoch von vorneherein klar, daß diese Probleme nicht vom Schreibtisch aus zu lösen sind, sondern daß die betroffenen Bauern sie selbst in die Hand nehmen müssen: Der Band beginnt mit der Rede eines kolumbianischen Bauernführers während eines Seminars der FAO (*Londono*, „Der Standpunkt der Bauern“, 28–42). Die Beiträge von *Thomas* und *Marjorie Melville* („Der Weg zur Hölle“, 117–131), *G. Huizer* (Bauernorganisation in Lateinamerika, 255–272), *E. R. Wolf* („Die Phasen des ländlichen Protests in Lateinamerika“, 273–286) sowie der ganze Teil IV (Agrarreformen und andere Entwicklungsstrategien) machen deutlich, wie die lateinamerikanischen Bauern sich immer wieder gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die herrschenden Klassen auflehnten, daß aber dennoch der Schritt von der Verabschiedung von Agrarreformgesetzen bis hin zu ihrer effektiven Durchsetzung bisher unüberwindbar war. Warum, wird vor allem im Aufsatz von *Cynthia Hewitt de Alcántara* zur „Grünen Revolution“ in Mexiko (473–495) klar: Auf der einen Seite besteht zwar heute ein objektives Interesse der Industriebourgeoisie und der bürokratischen Sektoren an einer wirksamen Agrarreform (Verbesserung der Versorgung des Marktes mit landwirtschaftlichen Produkten; Expansion des inneren Marktes für Industrieprodukte), andererseits sind aber gerade als Folge der bisherigen kapitalistischen Entwicklung Strukturen entstanden, die den Erfolg einer solchen Reform verhindern. Den Klein- und Mittelbauern fehlt i. a. das nötige Kapital, um die zur Modernisierung nötigen Investitionen zu finanzieren; selbst bei der Ausnutzung staatlicher An-

leihen wären sie nicht in der Lage, gegen die Großgrundbesitzer, denen sämtliche Bedingungen der institutionellen Struktur zugutekommen, zu konkurrieren. Die Großgrundbesitzer andererseits verfügen über so viel Land, daß ökonomische Maßnahmen, die sie zu dessen intensiveren Ausnutzung veranlassen sollen, nicht greifen: darüber hinaus ist ihre politische Macht auf dem Lande weiterhin groß genug, um jede effektive Agrarreform zu blockieren.

Der allgemeine Überblick von *Barraclough* und *Domike* („Die Agrarstruktur in sieben lateinamerikanischen Ländern“, 65–116) sowie die Teile II und III („Die sozial-politische Struktur“, 137–289, und „Die Struktur der Nutzung landwirtschaftlicher Ressourcen“, 291–379) bieten eine solide Informationsbasis, die es dem Leser erlaubt, diese widersprüchliche Entwicklung der lateinamerikanischen Landwirtschaft im Detail nachzuvollziehen. Literaturhinweise zu jedem der vier Teile des Buches vervollständigen das Bild eines ausgezeichneten Einführungsbandes, der unmißverständlich klarmacht, daß Agrarreformen in erster Linie ein Problem politischer Machtverhältnisse darstellen und nicht nur ein technisch-ökonomisches Problem, wie man beim Lesen vieler Arbeiten glauben könnte, die in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Schwerpunktverlagerung der UN- (Weltbank-) Entwicklungsstrategie auf den Landwirtschaftssektor entstanden sind.

Daß die politischen Perspektiven, die dieses Buch aufzeigt, nicht ganz so überzeugend sind wie die darin geleisteten Analysen, liegt am insgesamt sehr dürftigen Stand der wissenschaftlichen Diskussion in dieser Hinsicht. Die beiden Aufsätze über Kuba (*P. Anhalt*, „Die kubanische Agrarrevolution“, 437–462; *E. H. Jacoby*, „Kuba: Der wirkliche Gewinner ist der Landarbeiter“, 463–472) zeigen eindeutig, daß trotz der überkommenen Strukturen Landreformen möglich sind, die auch der ärmsten Schicht der Landbevölkerung, den Landarbeitern, ein sicheres Auskommen garantieren. Wenn man daran denkt, daß große Teile der Landbevölkerung in anderen lateinamerikanischen Ländern um ihr bloßes Überleben kämpfen müssen, verlieren die Kritikpunkte (Bürokratisierungstendenzen, mangelnde Effizienz) hier stark an Gewicht. Leider fehlt bisher eine systematische politökonomische Analyse der Entwicklung des Agrarsektors in lateinamerikanischen Gesellschaften und deren Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt; erst auf diesem Hintergrund könnten die grundsätzlich anderen Voraussetzungen für eine Agrarreform, die im sozialistischen Kuba gegeben sind, wirklich verstanden werden. Es ist ein Fortschritt, daß dieses Buch im Gegensatz zu vielen Arbeiten der Dependencia-Schule nicht nur mit der simplen Feststellung endet, daß die Unterentwicklungsprobleme in einem kapitalistischen Kontext eben nicht gelöst werden können, sondern daß *Feder* in seinem Schlußbeitrag („Der lateinamerikanische Agrarsektor auf dem Weg in die achtziger Jahre“, 496–520) aufzuzeigen versucht, wie sich der Agrarsektor in den nächsten Jahren voraussichtlich entwickeln wird und wo zumindest fortschrittliche Ansätze möglich sind. Ohne eine gründlichere politökonomische Analyse bleiben diese Überlegungen jedoch noch sehr spekulativ.

Wolfgang Hein (Konstanz)

Weinstock, Nathan: Das Ende Israels? Wagenbach Verlag, Berlin/West 1975 (270 S., br., 13,50 DM).

„Matzpen“ nennt sich eine Gruppe meist junger Israelis, die, wie es in einer das vorliegende Buch einleitenden Grundsatzklärung heißt, den gemeinsamen revolutionären Kampf von Juden und Arabern „gegen den Imperialismus, den

Zionismus und die Ausbeuterklassen der arabischen Welt“ programmatisch fordert. Dieses Buch will die politisch-historischen Grundlagen dieses Programms liefern. Ausgangspunkt ist die von Abraham Leon „Judenfrage und Kapitalismus“ aufgestellte Definition, die Juden seien eine „Händlerklasse“, entstanden im Ausleseprozeß nach dem Untergang des Römischen Imperiums. Das vulgärmarxistische Element in dieser Entstehungsgeschichte der „jüdischen Frage“ ist nicht zu übersehen. So etwa wenn wir lesen: „Mit der Entwicklung einer vom Gesetz des Wertes durchdrungenen Händlerklasse muß man ohne Zweifel den Universalismus der jüdischen Profeten in Zusammenhang bringen“ (30). Der Verfasser skizziert die zweitausendjährige Sozialgeschichte der Juden auf der Grundlage des Begriffs der „Volksklasse“, um schließlich den Zionismus, nicht ganz im Einklang mit diesem Begriff, vorzustellen. Indem Weinstock die „zionistische Utopie“ von Moses Hess der ein halbes Jahrhundert später von Theodor Herzl begründeten zionistischen Bewegung gleichstellt, verläßt er vollends den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus. Er übersieht, daß die beiden „Zionismen“ einander entgegengesetzt sind, wie Sozialismus und Kapitalismus. Hess entwarf die Vision eines sozialistischen Judenstaates in Palästina, während die Gründungsurkunde des Herzlschen Zionismus, „Der Judenstaat“, eine kraß kapitalistische Gesellschaft und Wirtschaft projiziert. Unbeschadet dieses Mißverständnisses kommt der Verfasser zu dem richtigen Schluß: „Die Verdrängung der Juden aus der kapitalistischen Gesellschaft und der moderne Antisemitismus rufen den Zionismus hervor“ (63). Weinstock macht jedoch keinen Unterschied zwischen dem sog. Arbeiterzionismus, Produkt der Arbeiterbewegung in Osteuropa, und dem vornehmlich westeuropäischen, bürgerlichen Zionismus.

Das Buch erzählt sodann im einzelnen die Entstehungsgeschichte des jüdischen Staatswesens im Kampf gegen die britische Mandatsmacht und gegen den Ansturm des arabischen Nationalismus. Auschwitz habe „eine politische Atmosphäre geschaffen, die gleichermaßen feindlich gegenüber der britischen Regierung wie dem arabischen Nationalismus“ war (187). Gromykos Rede in der UNO-Vollversammlung vom 17. November 1947 präsentiert der Verfasser, nicht ohne Hintergedanken, als „eine explizite Anerkennung der Berechtigung der zionistischen Ideologie“ (216). Worauf es Weinstock jedoch ankommt, ist die emphatische Deutung des parallel zur zionistischen Besiedlung Palästinas erwachenden arabischen Nationalismus. Hier setzt nun der Widerspruch ein, der das Buch charakterisiert. Weinstock erkennt an, daß es eine „Fehlinterpretation“ wäre, zwischen Zionismus und klassischem Kolonialismus eine Ähnlichkeit zu sehen (162); der Zionismus impliziere die Bildung einer jüdischen Arbeiterklasse, „was auch, in seiner eigenen Konzeption angelegt, die Ausbeutung des arabischen Proletariats ausschließt. Die jüdische Einwanderung fügte sich insofern in den kolonialen Zusammenhang ein, als sie ein Element des Pauperisierungsprozesses der autochthonen Bevölkerung darstellt, der sich unter der nachsichtigen englischen Verwaltung vollzieht. Dennoch ist dieser Prozeß nicht von einer ähnlichen Umschichtung begleitet, wie die der Bevölkerungen der Kolonien Algerien oder Südafrika, wo die koloniale Wirtschaft insgesamt auf der Ausbeutung der eingeborenen Bevölkerung gegründet ist. Weit davon entfernt, eine Klasse ausländischer Unterdrücker zu werden, verwandeln sich die palästinensischen Juden Schritt für Schritt in eine neue hebräische Nation, die entsprechend der Struktur des klassischen Kapitalismus aufgebaut ist: herrschende Bourgeoisie und unterdrücktes Proletariat“ (163). Aus dieser korrekten Feststellung wäre eigentlich der Schluß fällig, daß beide Nationen, die alte arabische und die neue hebräische, die ja keinen kolonialen Charakter hat, beide das Selbstbestim-

mungsrecht in Anspruch nehmend, in friedlicher Koexistenz nebeneinander, wenn schon nicht miteinander lebten. Und zwar als Nationen und nicht nur als Religionsgemeinschaften.

Das aber ist nicht die Aussage des Verfassers. Als Operationsfeld des Imperialismus biete sich die Region auf vielfache Weise dem Intrigenspiel der imperialistischen Mächte dar. Ohne die Antilogik des Arguments zu erkennen, disqualifiziert Weinstock die diplomatischen Versuche, eine Koexistenz der beiden Nationen herbeizuführen – Abkommen Feisal-Weizmann vom 3. Januar 1919 – als „Verrat“ (110). In diesem Konzept ist es nicht verwunderlich, daß die antijüdischen Pogrome (1920) als „irregeleiteter Ausdruck der Feindschaft der arabischen Massen dem politischen Zionismus gegenüber“ (116) quasi entschuldigt werden. Offen bleibt, wer sie irreleitet. Eindrucksvoll ist die detaillierte Darstellung der zynischen Manöver der britischen Mandatsmacht, die sich nicht scheute, dem Mufti von Jerusalem, Hitlers eifrigem Kollaborateur, unter die Arme zu greifen. Das eigentliche Anliegen des Verfassers, das im Buchtitel zum Ausdruck kommt, wird mit der Gründung des Staates Israel (1948) manifest. Als Hindernis der antiimperialistischen arabischen Revolution müsse er verschwinden. Weinstock, und mit ihm die „Matzpen“, identifiziert sich mit der bekannten Forderung der PLO, an Stelle Israels einen „demokratischen palästinensischen Staat“ zu begründen, in dessen Mitte alle religiösen Gemeinschaften gleichberechtigt leben sollen (246). Diese auch von Arafat in seiner UNO-Rede vom 13. November 1974 aufgestellte Forderung findet ihre Begründung in der Charta der PLO vom 17. Juli 1968, deren Artikel 6 die Zulassung von Juden im „demokratischen Palästina“ auf die vor 1917 (Balfourdeklaration) dort lebenden beschränkt. Auch wenn dieses Zulassungsrecht seither erweitert worden sein sollte, was öffentlich nicht geschehen ist, droht das Programm der PLO in Konsequenz der Liquidierung des Judenstaates einen Völkermord auszulösen.

Bruno Frei (Wien)

Grohs, Gerhard, u. Harry Neyer (Hrsg.): Die Kirchen und die portugiesische Präsenz in Afrika. Entwicklung und Frieden – Dokumente, Berichte, Meinungen Nr. 2. Chr. Kaiser Verlag, München, und Matthias Grünewald Verlag, Mainz 1975 (176 S., br., 16,50 DM).

Dieser Band ist ein hervorragendes Dokument dafür, wie schnell Entwicklungen in der Dritten Welt – und nicht nur dort – die vorsichtige, abwägende politische Einschätzung, die in den westlichen Demokratien üblicherweise als noch akzeptabel, als nicht zu radikal gewertet und geübt wird, zum historischen Dokument macht.

Niemand kann den Herausgebern mangelnde Sachkenntnis und/oder fehlendes Engagement für den Gegenstand vorwerfen; der Soziologe Gerhard Grohs ist als Forscher und Lehrer in Afrika tätig gewesen und ist einer der profilierten protestantischen Kirchenpolitiker für Probleme der Dritten Welt. Harry Neyer ist im Rahmen der deutschen katholischen Kirche einer derjenigen, dem zu danken ist, daß auch hier Bewußtsein von den Problemen des südlichen Afrika entsteht. Veröffentlicht werden die Beiträge von der Studienkonferenz „Die Kirchen und die Situation in den portugiesischen Überseegebieten in Afrika“, die Ende 1973 in Bensberg bei Köln auf Einladung der „Gemeinsamen Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen“ stattfand. Diese Veranstaltung wurde von den entscheidenden Gremien der deutschen katholischen und evangelischen Kirchen für

Probleme der Dritten Welt im Rahmen der damals aufbrechenden Debatte über die portugiesische Afrikapolitik in der Bundesrepublik veranstaltet, die sich im Nachklang an Cabora Bassa und um die Eppler-Todenhöfer-Kontroverse entfaltete. Es gelang den Veranstaltern, ein breites Spektrum von deutschen und internationalen Sachverständigen sowie Vertretern der portugiesischen Positionen zusammenzubringen zu einer umfassenden Darstellung der Problematik. Allerdings fehlten die Vertreter der Befreiungsbewegungen, d. h. die Repräsentanten der politischen Kräfte, die heute die Politik in den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika bestimmen und sie bereits bei der Veröffentlichung der Konferenzunterlagen zu prägen begannen. So ist es nicht erstaunlich, daß die einmal als aktuelle Analyse oder politische Zielvorstellung vorgetragenen Referate heute fast ausnahmslos als historische Quellen erscheinen, Quellen von höherem und von geringerem Wert.

Ein Beitrag wie die Analyse der Situation in Portugal von dem Journalisten F. R. Allemann liest sich im nachhinein als Voraussage einer Systemkrise, die inzwischen aufbrach, und als Hintergrundlektüre für jetzige Entwicklungen ist sie noch immer verwendbar. Beinahe als gespenstische Anachronismen wirken dagegen die Präsentationen der portugiesischen Afrikapolitik durch Dr. F. B. Miranda, den Direktor des Informationsamts im Außenministerium, und den ehemaligen Frelimoaktivisten und damaligen Journalisten Dr. M. A. Murupa aus Mosambik. Ihre Wirkung kann heute allenfalls der Anstoß zu der Frage sein, ob die in gleicher Weise vertretenen Rechtfertigungen für weiße Politik in Rhodesien, Namibia und Südafrika genauso in sich zusammenfallen werden, wie es die portugiesische Afrikapolitik tat.

Unter einem vergleichbaren Ansatz lassen sich die Beiträge zu den kirchlichen Positionen lesen, die um eine aufschlußreiche Dokumentation kirchlicher Stellungnahmen im Anhang erweitert wurden. Im Ergebnis ist der Eindruck sehr viel positiver als für die politischen Vertreter. Der sich hier andeutende Klärungsprozeß für die kirchliche Position zu Rassismus und Kolonialismus sollte breiter zur Kenntnis genommen und diskutiert werden, als es bisher der Fall ist. Diese kirchliche Diskussion ist ein Echo aus der Öffentlichkeit wert und sollte intensiv weitergeführt werden – in und mit den Kirchen –, darum ist es bedauerlich, daß die Veröffentlichung von den Ereignissen zu schnell überholt wurde, um aktuelles Interesse auf sie zu lenken. Hans Detlef Laß † (Hamburg)

Jura

Säcker, Horst: Das Bundesverfassungsgericht. Status – Funktion – Rechtsprechungsbeispiele. Beck'sche Elementarbücher, Verlag C. H. Beck, München 1975 (164 S., br., 16,80 DM).

Der Verfasser will mit diesem auch als Arbeitsheft der Bayrischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erschienenen Buch Verständnis für die Tätigkeit des Gerichts „in diesem Grenzbereich von Politik und Rechtsfrage“ (Vorwort) wecken. Ausgehend von der These, daß der richterlichen Gewalt im System der Gewaltenteilung „naturgemäß“ (15) besondere Bedeutung zukommt, sieht er die Aufgabe des Verfassungsgerichts darin, die Bindung der anderen Verfassungsorgane an Recht, Gesetz und verfassungsmäßige Ordnung zu über-

wachen. Daß auch der Gesetzgeber dieser verfassungsgerichtlichen Kontrolle unterliegt, wird vom Verfasser besonders hervorgehoben, mit den „bitteren Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat“ (16) erklärt und als „Abkehr von unkritischer Gesetzesgläubigkeit“ (ebda) begrüßt. Bedenkt man, daß gerade die Mehrzahl der Richter bedenkenlos nationalsozialistisches Unrecht gesprochen hat, daß sich bereits in der Weimarer Republik die Rechtsprechung in bestimmten Fällen gegen bestehende Gesetze wandte, so erscheint es zweifelhaft, ob mit der weiteren Stärkung der Judikative gegenüber dem gewählten Gesetzgeber allein die richtigen Lehren aus den genannten Erfahrungen gezogen worden sind.

Nach Auffassung des Autors hat das Bundesverfassungsgericht die ihm übertragenen Aufgaben trotz ihrer „oftmals engen politischen Verflechtung“ (17) bisher gut gelöst und ist „seiner Befriedungsfunktion gerecht“ (ebda) geworden, was er an einigen Beispielen erläutert. Wenn S. im Zusammenhang richterlicher Selbstbeschränkung ausführt, das Gericht überprüfe zwar auch völkerrechtliche Verträge auf ihre Vereinbarkeit mit der verfassungsmäßigen Ordnung, wobei es aber den von der Verfassung überlassenen Bereich freier politischer Gestaltung respektiere, so ist dem allerdings entgegenzuhalten, daß ein „von der Verfassung den anderen Verfassungsorganen garantierter Raum“ (ebda) nicht erst durch judicial self-restraint der gerichtlichen Kontrolle entzogen ist. Säcker stellt die in der rechtsetzenden und alle Verfassungsorgane bindenden Funktion – „Ebenbürtigkeit mit der Legislative“ (21) – zum Ausdruck kommende außerordentliche Kompetenz des Gerichts dar, welches durch die „gestaltende Kraft (seiner) Entscheidungen . . . auf das politische Geschehen große Wirkung“ (ebda) ausübt. Insoweit sich alle politischen Organe daran ausrichten, kommt dem Gericht ein „Anteil an der Staatslenkung“ (ebda) zu.

Bei der Erläuterung des recht komplizierten Systems der Richterwahl schließlich stellt Säcker, auf kritische Äußerungen zum parteipolitischen Proporz eingehend, fest, „für eine unpolitische Beschränkung auf eine wertfreie Rechtsanwendung (sei) gerade in der Verfassungsgerichtsbarkeit kein Raum“ (25). Daher müßten „die verschiedenen politischen Kräfte in einem Volk auch in seinem Verfassungsgerichtshof zur Geltung kommen“ (ebda). Eine Gefahr negativer Politisierung sieht er nur dann, wenn nicht qualifizierte, aber den Parteien genehme Personen gewählt würden, was sich bislang noch nicht ergeben habe; dies nicht zuletzt deshalb, „weil der richterlichen Tätigkeit eine fast zwanghafte Sachbezogenheit eigen ist“ (26). Zunächst verwundert die Behauptung der nicht möglichen unpolitischen Beschränkung der Rechtsanwendung, da sie im Gegensatz zu der Eingangsthese des Autors im Vorwort steht, die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts sei – entgegen dem gelegentlich erhobenen Vorwurf politischer Judikatur – ausschließlich am Maßstab des Grundgesetzes orientiert. Noch schwerer fällt es, das wiederum entgegengesetzte abschließende Urteil von der zwanghaften Sachbezogenheit richterlicher Tätigkeit nachzuvollziehen, um so mehr, als keiner der widersprüchlichen Gedankengänge näher begründet wird. Parteilichkeit der Rechtsprechung wird im übrigen auf eine individuelle Dimension verkürzt und lediglich in einer Vorrangstellung von „Einzeleressen“ gegenüber „Interessen des Ganzen“ gesehen (26).

Der Autor informiert im folgenden über Verfassungsbeschwerde, Normenkontroll- und Parteiverbotsverfahren und die Verwirkung von Grundrechten. Dabei zeigt er selbst Möglichkeiten auf, das Gericht politisch einzusetzen, wenn er der Opposition anempfiehlt, gegen ihre Stimmen verabschiedete Gesetze verfassungsgerichtlich überprüfen zu lassen. „Auf diese Weise erfüllt das Bundesver-

fassungsgericht eine wichtige Funktion zum Schutz der parlamentarischen Minderheit“ (34).

Die im 2. Teil folgenden Rechtsprechungsbeispiele sollen dem Leser neben dem „sprachlichen Ductus... insbesondere (die) spezifisch verfassungsrechtliche Gedankenführung“ nahebringen (61). Die Gesetzesauszüge im letzten Teil des Buches „dokumentieren“ im wesentlichen, was der Autor bereits an früherer Stelle dargestellt hat.

Die Urteilsauszüge sind in zwanzig zeitlich geordneten und mit knapper Einleitung versehenen Fällen zusammengefaßt, die u. a. die Verfahren gegen die SRP und die KPD, die Entscheidungen zum numerus clausus und zur Mitbestimmung an den Hochschulen sowie zum Grundlagenvvertrag und zu § 218 Strafgesetzbuch enthalten. Angesichts der seit fünf Jahren anhaltenden Auseinandersetzungen um den Zugang zum Öffentlichen Dienst und der inzwischen hierzu ergangenen Entscheidungen des Bundesverwaltungs- und des Bundesverfassungsgerichts wäre dessen früheres Urteil zum „Parteienprivileg“, das mit wünschenswerter Klarheit die rechtliche Geltendmachung der Verfassungswidrigkeit einer Partei vor deren etwaigem Verbot für unzulässig erklärt hat, in der Fallsammlung von Gewicht gewesen. Ein Vergleich beider Entscheidungen hätte den von Säcker nur benannten Zusammenhang von Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik als durchaus wechselseitig deutlich gemacht.

Jedoch widerlegen auch die Auszüge aus dem Mitbestimmungsurteil und der Entscheidung zu § 218 StGB, hier insbesondere die mitabgedruckten Sondervoten, die angeblich problemlose Kompetenzabgrenzung zwischen politischem und verfassungsgerichtlichem Bereich. Zugleich wird spätestens in diesem Teil des Buches sein Hauptmangel deutlich: daß der Autor das Verhältnis von Politik und Verfassungsgerichtsbarkeit, dabei u. a. das Problem der Kompetenzüberschreitung des Gerichts, zwar verbal beschwört, es aber sofort als nicht existent beiseiteschiebt. Auf diese Weise vermittelt er eine Fülle von – zum Teil kleinlichen und überflüssigen – Informationen, unterläßt es aber konsequent, die entscheidenden Fragen zu problematisieren. Susanne Seegert-Will (Bremen)

Brandt, Edmund (Hrsg.): Die politische Treuepflicht. Rechtsquellen zur Geschichte des deutschen Berufsbeamtentums. Eingeleitet von Hans Mommsen. C. F. Müller Verlag, Karlsruhe/Heidelberg 1976 (256 S., br., 19,80 DM).

Mit dieser sorgfältigen Edition von Dokumenten liefert Brandt einen wichtigen Beitrag zur Tradition einer besonderen politischen Treuepflicht von Beamten und damit zur Geschichte des Berufsbeamtentums in Deutschland überhaupt. Ausgehend vom Allgemeinen preußischen Landrecht stellt Brandt die wichtigsten teilweise unveröffentlichten, teilweise nur schwer zugänglichen Texte zu diesem Problembereich bis in die Gegenwart zusammen. Die jeweiligen Perioden leitet er mit einem knappen Überblick über die politische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Beamtentums ein; dem eiligen und historisch unerfahrenen Leser wird die Bedeutung der einzelnen Dokumente und ihr Stellenwert in der gesellschaftlich-politischen Entwicklung erschlossen. Die auch heute noch weitverbreitete Gleichsetzung der gegenwärtigen Berufsverbote mit ähnlichen Maßnahmen des Faschismus führt zu einer unzutreffenden Einschätzung sowohl der Berufsverbote wie auch der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung. Demgegenüber stellt Brandt die heutigen Maßnah-

men zutreffend in einen Zusammenhang, der zurückführt bis in den aufgeklärten Absolutismus. Berufsverbote erweisen sich als ein schon fast traditionelles, gegen demokratische Bestrebungen gerichtetes Mittel politischer Disziplinierung der und durch die Beamtenschaft seit jeher.

Entgegen der in der politischen Auseinandersetzung vorherrschenden und im Begriff „Berufsverbot“ enthaltenen individuellen Sicht des Problems macht die Sammlung den gesellschaftlich-politischen Aspekt des Problems durch die zusammengestellten Dokumente deutlich; sie liefert damit Beweismaterial für die von Ridder aufgestellte These, daß es sich nicht um Berufs-, sondern um Demokratieverbote handelt (Argument 92, S. 576 ff.). Konsequenterweise liegt der Schwerpunkt der ausgewählten Dokumente nach 1918, also nach dem Durchbruch der bürgerlichen Demokratie in Deutschland. Die Dokumente aus der Zeit der Weimarer Republik belegen, daß die gegenwärtige Praxis mit ihrer Interpretation der besonderen politischen Treuepflicht der Beamten hinter den Diskussionsstand und die Rechtslage der Weimarer Zeit zurückfällt. Hier hatte sich – wenn auch zugunsten einer überwiegend konservativen Beamtenschaft – die Anschauung durchzusetzen begonnen, daß von Beamten neben allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten lediglich die loyale Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben, keinesfalls aber eine spezielle politische Treuepflicht dem – überwiegend abgelehnten republikanischen – Staat gegenüber verlangt werden könne. Diese Entwicklung nimmt der Faschismus wieder zurück; das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 droht jedem Beamten die Entlassung an, der nicht nach seiner „bisherigen politischen Betätigung . . . die Gewähr dafür (bietet), daß (er) jederzeit rückhaltlos für den ‚nationalen Staat‘ (eintritt)“. Das deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937, das, lediglich bereinigt um eindeutig nationalsozialistisches Gedankengut, nach 1945 in der BRD bis in die fünfziger Jahre hinein weitergalt, verpflichtet den Beamten in gleicher Weise auf den nationalen Staat und beschreibt das Beamtenverhältnis als ein öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis zu Führer und Reich. Die heute vorherrschende, der Berufsverbotspraxis zugrundeliegende und im „Radikalen-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts sanktionierte Auffassung einer besonderen politischen Treuepflicht knüpft nicht an die während des Faschismus zurückgenommene Entwicklung in der Weimarer Republik an; sie fällt vielmehr weit dahinter zurück und greift inhaltlich ideologische Versatzstücke aus der Zeit vor 1918 und begrifflich Formulierungen aus der Zeit nach 1933 wieder auf. In der Sammlung dürfen Dokumente aus der Zeit vor 1918 daher nicht fehlen. Sie sind notwendig und geeignet, um die Kontinuität der Ideologien zu zeigen, mit denen sich das Bürgertum vor den unerwünschten Folgen der Demokratie zu schützen sucht: Der (autoritäre) Staat als neutraler Mittler zwischen gegensätzlichen gesellschaftlichen Kräften wird mit der Verwaltung und der Beamtenschaft identifiziert und gerät damit fast automatisch zum Demokratieprinzip in Widerspruch. Die Beamtenschaft wird somit zum eigentlichen Träger der „Staatsidee“, die sich gegenüber den jeweiligen Verfassungsgrundsätzen verselbständigt. Daher unterliegen Beamte nicht lediglich allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten und der speziellen Verpflichtung, ihre dienstlichen Aufgaben loyal zu erfüllen, sondern darüber hinaus einer besonderen politischen Treuepflicht gegenüber dem „Staat“, die immer wieder Anknüpfungspunkt für antidemokratische disziplinierende Eingriffe war und ist. Die Ideologie eines in sich homogenen und zu besonderer Treue verpflichteten Beamtentums hat zuletzt das Bundesverfassungsgericht wieder beschworen. Auf den Widerspruch von traditionellem „Beamtentum und demokratische(m) Verfassungsstaat“ weist Hans Mommsen in

seiner sozialhistorischen Einleitung zutreffend und pointiert hin. Die ausgewählten Dokumente belegen dies dann auch eindrucksvoll.

Kritisch anzumerken ist an dieser Sammlung allenfalls, daß Texte zur Bismarck-Puttkamerschen Beamtenreform, mit der Ende der siebziger Jahre die letzten liberalen Beamten aus Verwaltung und Justiz herausgesäubert wurden, wie auch zur Restauration der Beamtenschaft nach 1945 fehlen. Insgesamt aber hat Brandt mit der Sammlung einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um und zum Kampf gegen die Berufsverbote geliefert, indem er diese für die Entwicklung und die politische Bedeutung des Berufsbeamtentums wesentlichen Dokumente zusammenstellte und veröffentlichte. Jochen Brauns (Berlin/West)

Däubler, Wolfgang: Das Arbeitsrecht. Von der Kinderarbeit zur Betriebsverfassung. rororo aktuell 4057, Reinbek 1976 (381 S., br., 8,80 DM).

Der Band befaßt sich mit dem sog. kollektiven Arbeitsrecht („der gewerkschaftlichen und betrieblichen Selbsthilfe“, S. 35); ihm soll in Kürze ein zweiter Teil mit den eher individualrechtlichen Regelungen folgen (vgl. die Inhaltsübersicht für diesen 2. Bd. S. 380 f.). Däubler bewältigt in durchweg kritischer Absicht ein beeindruckendes Pensum: Spezifische Begriffs- und Normdefinitionen leiten ein, Teile des sozialen, historischen und politischen Hintergrundes werden zusammenfassend angeschlossen (S. 27 ff.) und bei einzelnen Abschnitten vertieft, während die „Funktionen des Arbeitsrechts“ in sehr verschiedenen, rechtstheoretisch zumindest nicht klar ausgewiesenen Zusammenhängen thematisiert werden. Koalition und Tarif, Arbeitskampf, betriebliche Interessenvertretung und Unternehmensmitbestimmung sowie einige Bemerkungen zu „Gewerkschaften und Staat“ (S. 320 ff.) sind die Stichworte, unter denen Däubler mit der herrschenden Rechtsprechung und Literatur als der Rechtsprechung und Literatur der Herrschenden ins Gericht geht. Der regelmäßig ausführlichen Darstellung stehen einige, an der Bedeutung des Gegenstandes gemessen zu kurz gekommene, Abschnitte gegenüber: z. B. über den sog. politischen Streik (S. 136–139), über „Interessenausgleich und Sozialplan“ im ganz und gar nicht seltenen Stilllegungsfall (S. 265–270), über den Wirtschaftsausschuß (S. 273), dessen Bedeutung m. E. über die einer bloßen Informationsquelle hinausgeht, oder über Stellung und Problematik der gewerkschaftlichen Vertrauensleute (S. 112, 283–286). Zuweilen gebrichts auch an Konsequenz: etwa dann, wenn begründet wird – durchaus zutreffend im übrigen –, die Aussperrung sei weder verfassungsrechtlich geschützt noch sonst rechtmäßig (S. 156–161), und kurz darauf zu lesen ist, der Arbeitgeber könne sich, „wo es um eine rechtswidrige Aktion geht, ausnahmsweise des Mittels der Aussperrung bedienen“, und zwar sowohl einer die Einzelarbeitsverträge nur suspendierenden als auch einer sog. lösenden Aussperrung (S. 166). Zur Einlösung des mit dem Wort „Leitfaden“ angesprochenen Programms bemüht sich Däubler darum, seine Arbeit folgenreich zu machen. Er gibt Interpretations- und Handlungsanleitungen bzw. juristische Strategiehinweise, die überwiegend einleuchten, in einigen Fällen jedoch zweifelhaft erscheinen. Z. B. folge aus Art. 12 GG: „Schülerorganisationen dürfen daher ebenso wie Studentenorganisationen ggfs. sogar Kampfmaßnahmen ergreifen“ (S. 49). Oder Däublers Tip an die Arbeitgeber: diese wären „schlecht beraten, wenn sie eine rechtliche Absicherung (von Tarifabschlüssen) durch staatliche Lohnleitlinien betrieben“ (S. 81). Oder schließlich zur Taktik bei Forderungen an den Gesetzgeber: es mutet fragwürdig an, wenn „man (bei der Debatte um das

Mitbestimmungsgesetz) ein für die Arbeitgeber ‚lästigeres‘ Modell, etwa eine paritätische, auch die Hauptversammlung einbeziehende Unternehmensverfassung (hätte) vorschlagen müssen, um wenigstens das Montanmodell ‚durchzubringen‘“ (S. 303).

Schwierig bleibt die Ermittlung des rechts- und damit gesellschaftstheoretischen Standorts des Verfassers. Vieles deutet auf einen materialistischen Zugriff hin (so die Ausführungen zum politökonomischen Ausgangspunkt des Arbeitsrechts, S. 27–29; hier wären weiterführende Verweise auf Spezialliteratur von Wert gewesen, um die auf Plausibilität angewiesene Oberflächlichkeit der „Herleitung“ zu legitimieren), doch lassen andere Passagen starke Bedenken aufkommen: Wenn etwa das Arbeitsrecht als „die den zentralen Bereich menschlicher Existenz regelnde Rechtsmaterie“ (S. 19) vorgestellt wird oder „das in konkreten Rechtsnormen ‚geronnene‘ soziale und politische Verhältnis sichtbar gemacht werden“ soll (S. 26), fragt es sich, ob das *Recht* die menschliche *Existenz* regelt (Fall 1) und/oder ob soziale Verhältnisse in Normen „gerinnen“ (Fall 2): die Beziehungen zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und Norm bleiben unklar, wenn auch nicht notwendigerweise widersprüchlich. Unversöhnlich stünden sich die beiden Zitate nur dann gegenüber, wenn der Doppelcharakter des (Arbeits-)Rechts (in grober Vereinfachung: Spiegel *und* Motor der Verhältnisse zugleich) übersehen oder geleugnet würde; dies bleibt bei Däubler offen.

Die nur angedeuteten Mängel und offengebliebenen Fragen können den Gebrauchswert dieses erfreulich wohlfeilen Buches nicht entscheidend verringern, wenn es in die Hände „vorbelasteter“ Praktiker und Theoretiker des Arbeitsrechts kommt. Als Kontrast zur „herrschenden Meinung“ ist es für jede Ausbildung unverzichtbar, die nicht auch die letzten Veränderungspotentiale in der arbeitenden Bevölkerung noch abbauen will. Joachim Heilmann (Hannover)

Fitting, Karl, Fritz Auffarth u. Heinz Kaiser: Betriebsverfassungsgesetz. Handkommentar. Verlag Franz Vahlen, 11. Auflage, München 1974 (XXII und 1306 S., geb., 59,80 DM).

Dieser Kommentar gehört zur wichtigen und anerkannten Standardliteratur dieses juristischen Spezialgebietes. Er ist wohl der, der sich am besten für die Praxis eignet. Er kommentiert ausführlich; allein die Kommentierung des augenblicklich so wichtigen § 102 umfaßt 20 Seiten. Und er ist übersichtlich: Nach dem Wortlaut eines jeden Paragraphen findet sich ein kurzes Inhaltsverzeichnis der folgenden Kommentierung. So kommt man schnell zum „Wesentlichen“, zu dem, was man sucht.

Die 11. Auflage ist die zweite nach Inkrafttreten des neuen Betriebsverfassungsgesetzes. Die Verfasser bieten die Gewähr für die Wiedergabe der vorherrschenden Auffassung. Zum einen sind zwei der Verfasser als Beamte des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (Fitting und Kaiser) maßgeblich an der Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes beteiligt gewesen. Der andere ist Richter am Bundesarbeitsgericht und hat die neuere Rechtsprechung zum Betriebsverfassungsgesetz mit zu vertreten. – Die Ausrichtung nach der vorherrschenden Auffassung könnte man auch negativ bewerten. Doch für kritische Kommentierung ist ohnehin ein anderer Rahmen erforderlich. Eine Kommentierung wie die von Korsch in den zwanziger Jahren ist leider in der BRD bis heute nicht versucht worden. Hier aber kommt es erst einmal darauf an, sich über den

Stand der Auslegung des Betriebsverfassungsgesetzes zu informieren. Selbst das liegt ja bei vielen Betriebsräten noch im argen.

Leicht verliert man in der Fülle der Literatur und auch der Rechtsprechung kurz nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes den Überblick. All dies wurde aber in der Neuauflage bis zum 1. Juli 1974 verarbeitet. Mit Hilfe des Kommentars ist man nun in der Praxis wieder auf dem laufenden, was für eine wirkungsvolle Ausschöpfung der verbürgten Rechte unabdingbar ist. Auch sind schon die Änderungen des neuen Gesetzes berücksichtigt und ebenso die neu erlassenen Zusatzgesetze, die das Betriebsverfassungsgesetz berühren, wie beispielsweise das Gesetz über Betriebsärzte. Diese Gesetze sind auch im Anhang abgedruckt. Neu gegenüber der 10. Auflage ist das Fundstellenverzeichnis der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts – eine wesentliche Erleichterung für die, die mit dem Kommentar arbeiten, weil sie schnellstens den neuesten Stand der Rechtsprechung vor Augen haben wollen.

Alles in allem: Praktiker wie Betriebsräte, Vertrauensleute, gewerkschaftliche und andere Rechtsberater in arbeitsrechtlichen Fragen sollten, wenn sie sich einen Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz zulegen, diesen anschaffen. Betriebsräte und Vertrauensleute kommen ohne ihn nicht zurecht, wollen sie eine wirksame Interessenvertretung betreiben.

Detlef Horster (Hannover)

Lüderssen, Klaus, u. Fritz Sack (Hrsg.): Seminar Abweichendes Verhalten I. Die selektiven Normen der Gesellschaft. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1975 (507 S., br., 14,- DM).

Seminar Abweichendes Verhalten II. Die gesellschaftliche Reaktion auf Kriminalität. Band 1: Strafgesetzgebung und Strafrechtsdogmatik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1975 (386 S., br., 14,- DM).

Seminar Abweichendes Verhalten III. Die gesellschaftliche Reaktion auf Kriminalität. Band 2: Strafprozeß und Strafvollzug. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (453 S., br., 16,- DM).

Es geht den Herausgebern um die Beseitigung des Mangels an sozialwissenschaftlichen Informationen im gegenwärtigen Jurastudium, speziell im Strafrecht und in der Strafrechtspraxis; sie wollen die Grundlage schaffen für ein verändertes Studium des Strafrechts. Im ersten Band sind Arbeiten gesammelt, die aus verschiedenen Blickwinkeln das Strafrechtsnormensystem westlicher Gesellschaften wie die Funktionen dieser Normen untersuchen. Der zweite Band vereinigte Aufsätze, die Fragen der Soziologie und Psychologie der Strafgesetzgebung wie der Strafrechtsdogmatik behandeln. Die einleitende Diskussion der Herausgeber gibt einen Einblick in die Probleme der neuen einphasigen Juristenausbildung, die die Integration der Sozialwissenschaften in das juristische Studium versucht. Im ersten Band wird zunächst der Versuch gemacht, „abweichendes Verhalten“ zu beschreiben. Dieser Begriff wird zur gemeinsamen Definition dessen, was Strafrecht, Kriminologie und Teile der Sozialwissenschaft als ihr Untersuchungsfeld betrachten. Das Problem ist, wie M. Philipson zu Recht betont, nicht das abweichende Verhalten schlechthin, sondern sind seine „tatsächlichen Muster“ (I, 144) in den verschiedenen Gesellschaften. Solange Strafrecht und herkömmliche Kriminologie dieses Verhalten nur als das Ergebnis bestimmter sozialer Faktoren untersuchen mit dem Ziel, diese zu verändern, um abweichendes Verhalten zu minimieren, begreifen sie es nach Meinung des Autors nicht, weil sie die Interaktionsprozesse, in denen es durch Definition der

Normensetzer entstehe, außer acht lassen. Hieran anknüpfend, klären A. L. Clark u. P. Gibbs den Begriff der sozialen Kontrolle, den sie als „soziale Reaktion auf Verhalten, das als abweichend definiert wird“ (I, 157), verstanden wissen wollen. Andere Arbeiten fragen nach dem Geltungsbereich von Normen, der Band schließt mit Fallstudien über die Anwendung und Auswirkungen gesetzter Normen. So diskutiert D. Peters die signifikant hohe Festnahme von Angehörigen der Unterschicht durch die Polizei. In ähnlicher Weise zeigen G. Armstrong und M. Wilson, wie durch die Einstellung der Öffentlichkeit, hier repräsentiert durch eine Lokalzeitung, abweichendes Verhalten herausgefordert und regelrecht produziert wird.

Der zweite Band (II, 1) versammelt Arbeiten, die die Beziehung von Kriminalität und Gesellschaftsordnung aufgreifen. Der schon historische Beitrag von J. Hall über „Diebstahl, Recht und Gesellschaft“ stellt immer noch alle ähnlichen Arbeiten in den Schatten: gezeigt wird, wie die englische Gesellschaft am Ende des 18. Jahrhunderts parallel zu ihrer industriellen Entwicklung mit der enormen Ausweitung des Handels und Geldverkehrs neue spezifische Eigentumsschutzbestimmungen schafft, die den Bedürfnissen der Handelsbourgeoisie entsprechen und vor allen nur ihr nützen. Betrug und Hehlerei werden jetzt staatlich kriminalisierte Handlungen. Im Anschluß folgen rechtsdogmatische Arbeiten jüngerer Juristen der BRD.

Der dritte Band der Reihe „Seminar Abweichendes Verhalten“ enthält im ersten Teil Arbeiten über die „Karriere einer Tat“, in denen die polizeiliche Strategie und Taktik gegenüber Tätern wie die Abhängigkeit dieser Strategie von der Schichtzugehörigkeit der Täter untersucht werden. Im zweiten Teil wird die Tätigkeit der Gerichte, leider nur an einem amerikanischen Beispiel, das auf den deutschen Strafprozeß nicht zu übertragen ist, untersucht. Der letzte Hauptteil enthält wichtige Arbeiten zum Strafvollzug und zu den neuen sozialtherapeutischen Anstalten. Die meisten Arbeiten sind allerdings älteren Datums, das neue Strafvollzugsgesetz, seine gegenwärtigen und historischen Dimensionen werden leider nicht behandelt. Auch fehlen vergleichende Arbeiten über den Strafvollzug in anderen Ländern. Wichtig ist der Originalbeitrag von B. Haffke über die Möglichkeiten von Sozialtherapie im Strafvollzug, diese kritische Untersuchung entwirft für die Sozialtherapie einen Bezugsrahmen, der allerdings gegenwärtig kaum besteht.

Die Textsammlung ist für Studenten eine nützliche und notwendige Informationsquelle, weil sie Texte bereitstellt, die geeignet sind, Defizite der institutionalisierten Juristenausbildung auszugleichen. Die Ausklammerung der Kriminologie sozialistischer Gesellschaften wie marxistischer Erklärungsversuche abweichenden Verhaltens ist allerdings ein gravierender Mangel. Darüber hinaus wird nicht deutlich, wie ein gemeinsames Arbeitsprogramm der Sozialwissenschaften und der Rechtswissenschaften aussehen kann, offensichtlich legt die herrschaftssichernde Funktion des Rechts auch der Rechtswissenschaft Fesseln auf, die verhindern, daß sie mehr sein kann als Anwendungs- und Auslegungskunst gesetzter Normen. Die auch als Werbung auf dem Buchdeckel von Band I nachgedruckte These Lüdderssens „Die Geschichte des Strafrechts ist die Geschichte seiner Abschaffung“ (ähnlich I, 27) ist durch nichts vom Autor belegt, es erweist sich im Gegenteil, daß seine Geschichte vielmehr die Geschichte seiner Anpassung ist.

Thomas Berger (Göttingen)

Ökonomie

Huffschmid, Jörg, u. Herbert Schui (Hrsg.): Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–1976 in der BRD. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976 (538 S., br., 12,80 DM).

Gibt es sie oder gibt es sie nicht – die „Krise der Marktwirtschaft“? Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ beantwortete seine kecke Titelfrage des Jahresgutachtens 1975 selbstverständlich negativ. Die Antwort der Verfasser, einer Gruppe Bremer Ökonomen, fällt entschieden anders aus. „Nichts von dem, was vor wenigen Jahren noch – trotz des Schocks der Krise 1966/67 – als erreichter Fortschritt oder garantierter Anspruch erschien, kann gegenwärtig noch als gesichert gelten: Es gibt weder Aussicht auf einen krisenfesten Arbeitsplatz noch auf ein langfristig ausreichendes Einkommen; die Möglichkeiten zur Ausbildung der Kinder sind ebenso fraglich geworden wie die der zureichenden eigenen Krankenversorgung; selbst die Versorgung im Alter scheint zunehmend gefährdet zu sein“ (17). Das Handbuch versucht, diese Aussagen durch eine sorgfältige Anatomie aller mit der Krise verbundenen Erscheinungen so umfassend zu belegen, daß es nicht mehr möglich ist, die jüngste Depression in bewährter Manier als Folge von Partialitäten und/oder Zufälligkeiten des Wirtschaftsgeschehens zu erklären und damit die Wirtschaftsverfassung als „im Kern gesund“ hinzustellen. – Die Spannweite der abgehandelten Themen läßt sich hier nur summarisch andeuten. Im *ersten Teil* – Bedingungen der Krise (J. Huffschmid) – werden die zunächst gesondert beschriebene „Entwicklung des allgemeinen historischen Hintergrundes“ und die Herausarbeitung der „inneren Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung“ in einer Darstellung der „wirtschaftlichen Entwicklung der BRD bis 1975 in ihren Grundzügen“ zusammengefaßt. Die „Konkretisierungen der realen Prozesse“ erfolgen im *zweiten Teil* – Verlauf der Krise – durch Untersuchungen über die „Entwicklung und Wirkungen von Konzentration und Zentralisation“ (J. Huffschmid), der „Außenwirtschaftsbeziehungen“ (H. Hopf, G. Mayer), der „Strukturprobleme der Bau- und Textilindustrie“ (R. Hoppstock) und der „materiellen Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger“ (U. Haupt, D. Pauly). Der *dritte Teil* – Erklärungen der Krise – befaßt sich mit dem Reflex der Krise auf die bürgerliche Wissenschaft und auf die politisch-ideologischen Auseinandersetzungen, der „Suche nach dem Schuldigen“ (F. Manske). Ohne wie ein Fremdkörper in dieser der Empirie verpflichteten Arbeit zu wirken, wird die Krise der bürgerlichen Krisentheorie dargelegt. Andererseits wird in der Aufdeckung der ideologischen Verbrämung von festgestellten Ursachen und vorgeschlagenen Maßnahmen die praktisch-politische Relevanz der Kritik deutlich. Dieser Strang wird in dem Beitrag „Reformverzicht der SPD“ (W. Günnemann) fortgesetzt. Nicht einseitig ist allerdings, daß in diesem Teil der harte Kern bürgerlicher Krisentheorie [„Steigende Löhne als Ursache für sinkende Gewinne“ (284), „Die ‚kostenneutrale Lohnpolitik‘“ (292) und „Zum Zusammenhang zwischen Gewinnen, Investitionen und Beschäftigung“ (295)] im Verhältnis zur Abhandlung z. B. der aktuellen Ölpreiskrise wesentlich zu kurz kommt. – Die herrschende Wirtschaftswissenschaft versucht auch in der aktuellen Krise nur, die Konjunkturerklärungen insoweit auf den Begriff zu bringen, als sie herrschenden Politiken ermöglicht, systemkonforme Steuerungsmöglichkeiten des Wirtschaftsablaufs zu entwickeln und zu begründen. Die Argumente der Konjunkturpolitik und ihrer Akteure reichen nie weiter als bis zum nächsten Aufschwung und ver-

lieren sich dann in der vagen Formel eines zukünftig möglichen stetigen Wachstums. Demgegenüber insistiert die Politische Ökonomie darauf, die Frage der Periodizität und Zyklizität der Krisen zu beantworten und damit zugleich zu klären, aus welchen *immanenten* Gründen die verantwortlichen Institutionen immer wieder „Fehler“ in der Konjunkturpolitik machen. Der *vierte Teil* – Politik in der Krise – verdeutlicht dies. Zunächst wird „die krisenverschärfende Politik der Bundesbank“ (H. Schui) auf dem Hintergrund ihrer monetaristischen Philosophie analysiert; dem folgt eine Einschätzung der „Antikrisenpolitik der Bundesregierung“ und deren Ziel der „Stabilisierung der Gewinne“ (A. Sörgel) sowie der „Gewerkschaften in der Defensive“ (W. Krüer-Buchholz) in ihrem Kampf „gegen Lohnabbau und Arbeitslosigkeit“. Dieser fehlerhaften und gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichteten amtlichen Politik und ihrer größtenteils unwirksamen Kritik durch die Gewerkschaften werden im *abschließenden Teil* „Alternativen und Perspektiven im Kampf gegen die Krise“ (J. Huffschmid) entgegengestellt, die noch einmal die praktisch-politischen Intentionen dieses Buches deutlich machen.

Will man ein Resümee des mit reichhaltigem empirischem Material illustrierten Krisenszenarios ziehen, so fällt in beeindruckender Weise der Grundzug aller Analysen ins Auge: zunehmende Konzentration und Zentralisation auf allen Gebieten des Wirtschaftsgeschehens, verbunden mit einem umfassenden Angriff auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen und (im besten Falle) Anpassung der verantwortlichen wirtschaftspolitischen Instanzen an die Grundstrukturen dieser Entwicklung bei Vornahme marginaler Korrekturen. Die systematische Begünstigung der Monopole in der Krise aufgrund ihrer starken Stellung in der Produktion (Technologie, Produktivität) und ihrer Marktmacht in der Zirkulationssphäre führt zu einer vermehrten Abwälzung der gesamtwirtschaftlich notwendigen Entwertung des fungierenden Kapitals in die nichtmonopolisierten Sektoren (oder Teilsektoren) der Volkswirtschaft. Die weiterreichende Bedeutung des „Handbuchs“ besteht darin, daß hier endlich eine der herrschenden konjunkturpolitischen Gutachterpraxis äquivalente und alternative Darstellung von seiten der Politischen Ökonomie vorliegt. Einige abschließende kritische Bemerkungen können dieses Verdienst nicht schmälern, denn die Kritik gründet auf dem objektiven Entwicklungsstand unserer Wissenschaft. Wie die Verfasser selber sehen (18), ist es der marxistischen Forschung bisher nicht gelungen, eine lückenlose und stringente *Vermittlungsebene* zu schaffen zwischen der Analyse des Kapitals im Allgemeinen und der Analyse des Konkreten/Einzeln, z. B. einer Wirtschaftskrise mit all ihren Facetten als historisch *singulärem* Ereignis *trotz* der immanenten Notwendigkeit der Krise für die kapitalistische Entwicklung. Hier weiterzuarbeiten – vor allem hin zu einer *integralen Einbeziehung der besonderen Momente* (Konkurrenzformen, Kreditwesen, Staat, Außenhandel) des Gesamtprozesses des Kapitals und der durch sie bedingten Modifikationen der allgemeinen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten *in den Rahmen einer systematischen, empirisch greifenden Krisentheorie* –, darin wird ein Schwerpunkt der Weiterentwicklung alternativer politökonomischer Diagnose- und Beratungstätigkeit liegen müssen.

Reimer Eilers (Hamburg)

Nowotny, Ewald (Hrsg.): Löhne, Preise, Beschäftigung. Die Phillips-Kurve und ihre Alternativen. Fischer Athenäum, Frankfurt/M. 1974 (339 S., br., 17,80 DM).

Der Zusammenhang zwischen Lohnentwicklung, Preisentwicklung und Beschäftigungsgrad gehört, seit es eine keynesianische Beschäftigungspolitik gibt, notwendigerweise zu den viel diskutierten Themen der Ökonomie. Es wird in der Ökonomie häufig anhand der Phillips-Kurve, d. h. einer empirisch beobachteten quantitativen Beziehung von Lohn- bzw. Preisentwicklung und Beschäftigungsgrad veranschaulicht. Über die Ursachen einer solchen Beziehung sagt diese Kurve freilich noch nichts aus. So entwickelte sich im Anschluß an die Beobachtungen von Phillips eine Diskussion um die Ursachen der Inflation. Der vorliegende Band dokumentiert insbesondere die Beiträge des angelsächsischen Raumes dazu und bietet einen Überblick über die verschiedenen Positionen innerhalb der bürgerlichen Ökonomie. – Der einführende Aufsatz von K. W. Rothschild „Die Phillipskurvendiskussion. Eine Übersicht“ führt mit großem Geschick in die Probleme ein und bietet tatsächlich einen Überblick über die Positionen, die dann auch in dem Band selbst vertreten werden. In Rothschilds Aufsatz wird auch eine Ausgangsposition für die Kritik an den in der Ökonomie vertretenen Positionen angedeutet, die allerdings in dem Band durch keinen Aufsatz vertreten ist. Rothschild weist nämlich darauf hin, daß die Modellkonstruktionen der Ökonomie oft genug eine Interessenharmonie in der Gesellschaft unterstellen, die es in Wahrheit nicht gibt.

Der zweite und dritte Teil des Bandes dienen der Darstellung des traditionellen Phillipsmodells sowie seiner Erweiterungen. An den Arbeiten von Lipsey und Hansen läßt sich das traditionelle Phillipsmodell studieren, durch die Beiträge von Perry, Eckstein/Wilson und Simler/Teila werden Erweiterungen vorgestellt, die sich auf das Hereinnehmen zusätzlicher Erklärungsvariablen, die Berücksichtigung institutioneller Faktoren der Lohnbildung und eine genauere Bestimmung von Arbeitskraftreserven beziehen. – Im vierten Teil werden der Phillipskurve alternative Ansätze gegenübergestellt (Hines, Kuh, Phelps). Neben dem Versuch, die Lohnentwicklung aus dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad bzw. der Produktivitätsentwicklung abzuleiten, geht es hier insbesondere um den neoklassischen Ansatz, der den Arbeitsmarkt als Teil eines allgemeinen Gleichgewichtssystems begreift. Im Unterschied zum traditionellen Gleichgewichtsmodell wird konzediert, daß sich die Wirklichkeit aufgrund unvollkommener Information sowie zeitlicher Reaktionsverzögerungen stets im Ungleichgewicht befindet. Dennoch versuchen diese Ansätze, die Lohnbildung rein einzelwirtschaftlich zu erklären. Daraus wird dann auch auf eine andere Bedeutung der Arbeitslosigkeit geschlossen: Während die Vertreter der Phillipskurve Arbeitslosigkeit als Ergebnis des Koordinationsmangels des gesamtwirtschaftlichen Systems interpretieren, ergibt sich für die Neoklassiker als Erklärungsfaktor die individuelle Fehlanpassung. Dementsprechend hat Arbeitslosigkeit (sprich: die industrielle Reservearmee) eine positive Funktion: „Alchian ist der Ansicht, daß Arbeitslosigkeit produktiv ist. . . Auch diejenigen, die nur vorhanden sind und warten, sind nützlich“ (Phelps, 193). – Im fünften Teil zur Frage des Austauschs von Arbeitslosigkeit und Inflation („Trade-off“) setzt sich die Auseinandersetzung zwischen Neoklassikern und Vertretern der Phillipskurve fort: Die Vertreter der Phillipskurve leiten aus den gesamtwirtschaftlichen Koordinationsmängeln die Folgerung ab, daß die Inflation quasi als Schmiermittel dazu verhelfen könnte, einen höheren Beschäftigungsgrad zu erreichen (Tobin). Dagegen be-

hauptet M. Friedman, der sich in jüngster Zeit als wirtschaftspolitischer Berater der chilenischen Junta hervorgetan hat, daß die „natürliche“ Arbeitslosigkeit auch durch eine inflationäre Politik nicht beseitigt werden könnte. Ausführlicher wird das Problem des wirtschaftspolitischen Zielkonflikts noch einmal in Teil sieben (Perry, Eckstein/Brinner) aufgegriffen. – Im sechsten Teil wird auf empirische Untersuchungen zum Inflationsproblem eingegangen (Goldstein, Streit). Die Arbeit von Goldstein enthält einen Überblick über verschiedene empirische Untersuchungen, während Streit in seinem Beitrag über die BRD zu dem Ergebnis kommt, daß eine langfristig stabile Phillipskurve für die BRD nicht existiert.

Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg)

Koshimura, Shinzaburo: *Theory of Capital Reproduction and Accumulation*. DPG Publishing Co., Kitchener (Canada) 1975 (161 S., br., 5,- \$; Ln., 10,- \$).

Das Buch ist die Übersetzung einer Arbeit, die 1956 in Tokyo erschienen ist. Nach Meinung des amerikanischen Herausgebers (J. G. Schwartz) ist es ein Lehrbuch, das den Studenten zu einer zur herrschenden ökonomischen Theorie alternativen Betrachtungsweise verhelfen soll (XI). Solche Zuversicht dürfte etwas voreilig sein. Nach Einführung der Reproduktionsschemata (Kap. I–II) wird immer wieder so verfahren: einige der Größen des Schemas mögen in einem festen Verhältnis zueinander stehen. Wie lauten dann die Gleichgewichtsbedingungen bzw. wie lassen sich andere Größen in Funktion der vorgegebenen Verhältnisse ausdrücken (z. B. Profitrate)? Erst werden Wertgrößen, Mehrwerten, organische Zusammensetzung des Kapitals bestimmt (Kap. III–IV), dann geht es um das Transformationsproblem, über das Kap. V Eigenartiges bietet. Der Streit um Produktionspreise und Ausgleich der Profitraten nimmt bekanntlich seinen Ausgang von der Tatsache, daß Marx den Ausstoß umbewertet – und den Einsatz nicht. Wer das nicht beanstandet, der hat gar kein Problem. So Koshimura: er rechnet fleißig und vermerkt abschließend, daß er den Einsatz ebenfalls nicht umbewertet, es sei aber trotzdem eine qualitative Lösung gelungen (94). Nur: was soll das heißen, und welcher Grund besteht dann überhaupt, vom Marxschen Verfahren abzuweichen? Der letzte Teil des Buchs behandelt Nachfrage, tendenziellen Fall der Profitrate und Monopolpreise. Auch hier ist nicht zu erkennen, warum der Verfasser so lange rechnet und worauf er hinauswill. Noch schwieriger ist es zu verstehen, wieso er weiterhin seine Produktionspreise zugrunde legt, nachdem er gerade erklärt hat, seine Behandlung des Transformationsproblems sei qualitativ. – Für eine Lehrbuch-Darstellung der Reproduktion und Akkumulation von Kapital erwächst also mit diesem Buch keine Konkurrenz dem gleichnamigen Oskar Langes – zumal dort der Versuch unternommen wird, der hier lediglich Erwähnung findet: Berücksichtigung des fixen Kapitals, d. h. Berücksichtigung der Tatsache, daß die Produktionsmittel nicht in einer einzigen Periode restlos verschlissen werden. Gianfranco Accardo (Berlin/West)

Kumm, Jürgen: Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, Lebensqualität. Eine systemanalytische Umweltstudie für die Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1975 (450 S., br., 54,- DM).

Umweltpolitiker agieren bzw. re-agieren weitgehend ohne eine wissenschaftliche Grundlage. Diese will Kumm liefern. Die Methode, deren ersich bedient, besteht darin, Daten über historische Trends in verschiedenen Parametern zu sammeln, die für die Rohstoff- und Umweltkrise relevant sind, diese Kurven mathematisch zu projizieren und ihre Wechselwirkung zu berechnen. Die Art und Weise, wie die einzelnen Parameter agieren (Bevölkerungswachstum, Nahrungsmittelversorgung, technische Entwicklung usw.) bilden die Basis des Programms für den Computer, die sog. Software. Das wichtigste Problem für den Entwurf eines Computerprogramms ist jedoch die Frage nach den gewählten Interaktionsmechanismen. Kumm schließt zumindest einen Bereich völlig aus: die wirtschaftlichen Bedingungsfaktoren der Umweltzerstörung. Dadurch wird die Software bereits so strukturiert, daß die Ergebnisse und damit die Ursachenbeseitigung nur bedingt oder auch gar nicht durch ökonomische Maßnahmen beeinflußt werden können. Die zunehmende Umweltzerstörung liegt aber weder am erhöhten „materiellen Wohlstand“ (6) noch am „Bevölkerungswachstum“ (7/8), wie Kumm zu suggerieren versucht, sondern sie hängt im wesentlichen von wirtschaftlichen Erwägungen der privaten, am Gewinn orientierten Unternehmen ab. Kumm betont, daß die ökonomischen Prozesse der privaten Unternehmen ausschließlich der „Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse“ (11) dienen und nicht „Selbstzweck“ (11) sind. Dementsprechend ist für ihn nicht das Gewinnstreben die Ursache der Umweltzerstörung, sondern die „mangelhafte Zurechnung“ (24) der Umweltkosten zu den „social costs“ wie z.B. Bildung und Gesundheit. Folglich lehnt er das Verursacherprinzip ab, da die Umweltschäden nicht den jeweiligen Unternehmen zugeordnet werden können (31/32).

Mit dem Verweis auf die Gleichzeitigkeit der Umweltzerstörung in sozialistischen wie in kapitalistischen Ländern meint er, die Alternative einer gesamtgesellschaftlichen Planung widerlegt zu haben. Daß in den sozialistischen Ländern die Biosphäre als wesentlicher Produktionsfaktor bisher weitgehend vernachlässigt worden ist, ist unbestritten. Aber in Gesellschaften, wo die planmäßige Verwendung des Gemeineigentums an Produktionsmitteln durch politische Entscheidungen geregelt wird, kann die Erhaltung und Regeneration des *Gemeinguts* Biosphäre adäquater gehandhabt werden, vorausgesetzt, es existiert ein entsprechendes gesellschaftliches Bewußtsein darüber. In Gesellschaften dagegen, deren Ressourcen planlos vernutzt werden, können Entscheidungen hinsichtlich des Gemeingutes der Biosphäre nur gegen die Interessen der Privateigentümer durchgesetzt werden. Kumms Simulationsmodell baut auf einem ungenügenden Verständnis der theoretischen Grundlagen des Problems auf und lenkt damit von adäquaten Problemlösungen ab. Zur Erkenntnis der Grenzbelastung der Biosphäre ist es solange irreführend, wie wichtige Determinanten ausgeschlossen werden müssen, da sie (noch) nicht mathematisch darstellbar sind. Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die Notwendigkeit der Planung gesellschaftlicher Prozesse, wie sie im Anspruch der Arbeit anklingt, durch die Ausführungen nicht eingelöst werden. Kumms Lösungsvorschläge wie „Gebührenverordnungen für Umweltverschmutzer“ oder „Produktionsverbote“ (403f) haben sich übrigen bereits in der Praxis als wirkungslos herausgestellt.

Eberhard Göbel (Berlin-West)



BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

4 '77

Lateinamerika: Faschismus und Widerstand (2. Teil)

W. Breuer: Säulen des Pinochet-Regimes
R. Falk/A. Friese/H. Mayer: Das brasilianische Wirtschaftsmodell
J. Juruna: „Demokratische“ Fassade der Geisel-Diktatur
I. Ljubetic: Die „Verschwundenen“ Chiles

8. Jahrgang, April 1977, Heft 4

5 '77

Lateinamerika: Faschismus und Widerstand (3. Teil)

W. Israel: Arbeiter- und Volkswiderstand in Uruguay
Erklärung der Unidad Popular: Ausweg der chilenischen Volksbewegung
Unidad Popular: Erklärung von Stockholm
I. Ljubetic: Christdemokratie und antifaschistische Opposition in Chile
Brasilianische Bischofskonferenzen: Hirtenbrief
H. Merkelbach/B. Pflug: „Krieg dem Kommunismus“ auf guatemalteckisch
A. Hermanns: Bolivianisches „Roll Back“
W. Brönner/U. Rupp: Paraguay — ein „abhängiger Faschismus“

8. Jahrgang, Mai 1977, Heft 5

3 '77

J. Elleinstein: Die Rolle der SU für die Politik der kommunistischen Parteien in Westeuropa
C. Buci-Glucksmann: Eurokommunismus und Probleme des Staats

M. Salvadori: Gramsci und die KPI: Zwei Konzeptionen der Hegemonie
Kampf gegen „Berlingotti“: Studentenbewegung in Italien
Sozialisten in der SPD — eine Illusion?

Internationale Klassenstruktur: Vergleich von Kennziffern für die wichtigsten kapitalistischen Länder

Bewußtseinsformen des Alltagslebens. Widerspiegelungstheorie und die Bewußtseinsstrukturen bei Lohnabhängigen

Gesellschaft im Konkurs — Hufschmidt/Schuis Konkursverwaltung

Max Frischs „Montauk“

Bücher: H. E. Richter, M. Foucault, H. Schäfer, F. Mitterand, W. Scharrer, Seitenzahl, A. Glucksmann

Zeitschriften: Argument, Sowjetwissenschaften, Wirtschaftswissenschaft, Marxismus Digest, Marxistische Blätter, links

Funny Science und Kommentare über Jusos, Stamokap, Studentenbewegung und die Frage: wessen Staat?

3. Jahrgang, Mai 1977, Heft 3

Hg.: W. Breuer, J. v. Freyberg, W. Gehrke, B. Hartmann, G. Kwiatkowski, H. Lederer, S. Lehdorff, R. R. Priemer, B. Schilling, C. Sprigath, K. Steinhaus, C. Streubel, F. Werkmeister, B. Wulff. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 1,50 DM; Jahresabo 15,— DM. — AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

Redaktion: W. Breuer, Ch. Lieber, D. Umbach. — Jährlich 4 Hefte. — Einzelheft 12,— DM; Jahresabo 44,— DM. VSA-Verlag, Postfach 360 307, 1000 Berlin 36

Blätter für deutsche und internationale Politik

4 '77

Kommentare und Berichte

L. Knorr: Rüstungsabbau in Mitteleuropa?

E. Gärtner: Gemeinderatswahlen in Frankreich

N. R. Wiener: Ein problematisches Schutzkomitee

B. Jentzsch: Analphabetismus in den USA

Hauptaufsätze

K. Bayertz: Alternativlosigkeit als Staatsräson. Zur politischen Situation der BRD

P. Lock, H. Wulf: Wachstum durch Rüstung?

P. M. Kaiser, D. Keiner, H. J. Krysmanski: Hochschulrahmengesetz, hochschulpolitische Lage und Klassenauseinandersetzung in der BRD

H. J. Axt: Sozialpartnerschaft als Modell für Europa? „Dreierkonferenzen“ als Konzertierte Aktion auf EG-Ebene

K. H. Braun: Aufgaben einer Politischen Psychologie

J. Radkau: Aktuelle Aspekte der Hexenprozesse

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Wirtschafts- und sozialistische Daten

22. Jahrgang, April 1977, Heft 4

5 '77

Kommentare und Berichte

D. Albers: Zur Situation bei den Jungsozialisten

H.-J. Gottschalk: Angola im Umbruch

E. Guz: Sind westliche Journalisten wirklich frei?

Hauptaufsätze

J. Hufschmid: Ökonomie der Abrüstung

G. Herde: Entspannungsfeindliche Organisationen in der BRD 1977

M. Jansen: Aktuelle Probleme der Studentebewegung

J. Ostrowsky: Militärische Kooperation Bundesrepublik — Südafrika. Zu einem Memorandum des Auswärtigen Amtes

B. Koolen: Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Transformationsvorstellungen der Italienischen Kommunistischen Partei

H.-U. Deppe: Zum Entwurf des „Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes“

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Dokumente zum Zeitgeschehen

Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit. Vorgelegt im Namen von 75 Wirtschaftswissenschaftlern von den Professoren E. Uherek, A. Zerdick, H. Schui und R. Hickel

Erklärung des Kongresses der Demokratischen Fraueninitiative in Oberhausen am 16. April 1977

22. Jahrgang, Mai 1977, Heft 5

Hg.: W. Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Hufschmid, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. — Red.: K. D. Bredthauer, P. Neuhöffer, J. Weidenheim. Erscheint monatlich. Einzelheft 5,30 DM, im Jahresabo 3,80 DM, für Studenten 3,30 DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51.

democrazia e diritto

Demokratie und Recht

4 '76

Poteri locali e riforma dello Stato

A. O. Battaglini: Stato liberale e « sistema delle autonomie »

D. Sorace: Politici e burocrati nell'amministrazione locale

G. Berti: Autonomia e trasformazioni giuridiche

La questione « comprensorio »

A. Carrassi: I fondamenti politici dell'ipotesi « comprensorio »

R. Moschini: Il superamento della provincia nella riforma del sistema dei poteri locali

S. D'Albergo: Lo strumento comprensorio. La democratizzazione dello Stato per le riforme sociali

Contributi e studi

G. C. Argan: Un'intervista con il sindaco di Roma, a cura di Giovanni Salvi

R. Zangheri: Ruolo e finanziamento dei comuni

R. Triva: Obiettivi economici e qualità dell'ordinamento

A. Lodi: L'assistenza pubblica fra enti ecclesiastici e poteri territoriali

M. Colucci e F. C. Rampulla: Comprensori e deleghe, per la programmazione regionale

A. Brasca: Centralità del comune e nuovo assetto delle autonomie

A. Mattone: I partiti di massa e le autonomie locali dalla Resistenza al centrismo, 1945-1948

16. Jahrgang, Oktober—Dezember 1976, Heft 4

1 '77

u. a. K. J. Bieback: Statusschutz und Mobilitätswang im Sozialversicherungsrecht

R. Erd: Die Aussperrung in der Druckindustrie 1976

Eike Schmidt: Zu den Ausstrahlungen des Radikalenerlasses in das Zivilrecht

U. Günther: Kündigungsschutzgesetz und Kündigungsschutzverfahren

Entscheidungen: Kernkraftwerk Brokdorf / Beschluß des VG Schleswig

Ch. Nieß-Urteil / Berufsverbote

5. Jahrgang, Jan.—März 1977, Heft 1

2 '77

W. Egloff, W. Schimmel: Anmerkungen zum neuen Bundesdatenschutzgesetz

W. Matzka: Rechtswissenschaftliche Bewältigung von Demokratisierungspostulaten an die staatliche Planung

D. Damm: Die Abhöraffaire — Aus der Alltagspraxis der Staatspolizei, mit einem Nachwort von H. Ridder

R. Kammer, M. Ruete: Der transparente Bürger

S. Edelman: Revisionismus und Recht

Entscheidungen: Berufsverbote

5. Jahrgang, April—Juni 1977, Heft 2

Herausgeber: Luigi Berlinguer; Redaktion: A. Baldassarre, A. Bolaffi, M. Fedele, D. Greco, F. Lorenzoni (Chefredakteur), A. Mazzacane, C. Salvi, A. Schiavone, F. Tarsitano. — Vierteljährlich. — Einzelpreis L 3 000, ältere Hefte L 6 000, Jahresabo L 20 000. — Editori Riuniti Sezione Periodici, I 00187 Roma, vie IV Novembre 114

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder. — Vierteljährlich. — Einzelheft 7,— DM, im Jahresabo 6,— DM, für Studenten 5,— DM. — Pahl Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51

Demokratische Erziehung

dialectiques

3 '77

Kommentare und Berichte

D. Görs: Der Berufsbildungsbericht — eine Verbeugung vor dem Kapital

K. Priester: Zu den jüngsten Unruhen an den italienischen Universitäten

Hauptaufsätze

E. Rösner: Kooperative Schule — ein Schritt zur Gesamtschule

K. Goehrke: Kooperative Schule? Die Gesamtschule muß Regelschule werden!

G. Wenninger: Zur Effektivität von Beschäftigungshilfen für arbeitslose Jugendliche

G. Bitterwolf: Die Bedeutung der KSZE-Schlußakte — ein Unterrichtsentwurf

M. Bayer: Erziehungswissenschaftliches Selbstverständnis im Spiegel universitärer Lehrangebote

G. Auernheimer: Mündigkeit und Allgemeinbildung als Erziehungsanforderungen der bürgerlichen Gesellschaft

W. Rügemer: Automation, Qualifikation und subjektiver Faktor

H. Brandes: Unterdeterminiert, dysfunktional und parasitär? Zum Offe-Gutachten zur Bildungsplanung

H. J. Gamm: Umweltdiskussion und Erziehung

K. Krusewitz: Die Entdeckung des gesellschaftlichen Reichtums

3. Jahrgang, Mai 1977, Heft 3

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemer. — Alle zwei Monate. — Einzelheft 5.— DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten 3.— DM. — Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51

18/19

l'Italie et nous

P. Ingrao: l'Italie aujourd'hui: stratégie politique et dialectique sociale

M. Diani: le mouvement syndical italien

B. Trentin: un syndicalisme pour la révolution

D. Sassoon: vers l'eurocommunisme

J. Rony: note sur l'historiographie du P. C. I.

M. Montanari: 1968, intellectuels et classe ouvrière en Italie

A. Tortorella: intellectuels, hégémonie et culture

T. de Mauro: langue et politique

A. Tosel: la philosophie marxiste en Italie.

Au travers des revues

M. L. Salvadori: gramsci et le P. C. I.: deux conceptions de l'hégémonie

C. Buci-Glucksmann: eurocommunisme et problèmes de l'Etat

A travers la Presse, état, pluralisme, stalinisme (Colletti, Salvadori, Ingrao, Chiaromonte)

N. Bobbio: démocratie et dictature (1954)

P. Togliatti: sur la question des libertés (1955)

6. Jahrgang, 1977

Redaktion: B. Avakian-Ryng, M. Abeles, D. Kaisergruber, J.-C. Chaumette, Y. Mancel, D. Kaisergruber, S. Ouvrard, C.-A. Ryng, J.-L. Piel, P. de Lara, Y. Blanc, C. Lazzeri, N. Ouvrard. — Vierteljahresschrift. — Preis des Doppelhefts 40 F; Jahresabo 90 F. — 77 bis, rue Legendre 75017 Paris

3. WELT MAGAZIN

KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

2 '77

U. Gerdes: Explosion der Städte
P. Lock: „Der Arbeitsplatz heiligt die Mittel“. Zur Waffenexportpolitik der Bundesrepublik
F. N. Eisenloeffel: Der Krieg ist noch nicht vorbei. Reisebericht aus Angola
T. Schiel: Südostasien als Stütze des kapitalistischen Systems
D. Eich: Achtzehn Jahre Revolution in Kuba

3. Jahrgang, Februar 1977, Heft 2

3 '77

D. Luz, L. Schiffler: Psychiatrie auf den Kapverdischen Inseln
Konventionelle und atomare militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika
Oman: Revolution und Konterrevolution
Gespräch mit dem brasilianischen Bauernführer Manoel da Conceicao

3. Jahrgang, März 1977, Heft 3

4 '77

Zur Umsiedlung von Rassisten aus dem südlichen Afrika nach Bolivien
3WM-Interview mit Kamal Joumbblatt
Marokko — Analyse einer imperialistischen Basis
A. Hürter: Mobutu und seine verlorenen Brüder

3. Jahrgang, April 1977, Heft 4

13

Italien
Geschichtliche, ökonomische und aktuelle Bedingungen des italienischen Kommunismus

E. Krippendorff: Die Herausbildung der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit Italiens
P. Flores, F. Moretti: Das Paradox der italienischen Krise
F. Claudin: Die verhinderte Revolution
F. Krabbe, U. Wolter: Problemstellungen zum Eurokommunismus

4. Jahrgang, Heft 1

Redaktion: D. Habicht-Penthin, P. Simmer, D. Hauche, N. Paech. — 12 Hefte pro Jahr. — Jahresabo 36.— DM, für Schüler 24.— DM. — Progress Dritte Welt, Buschstr. 20, 5300 Bonn 1

Erscheint unregelmäßig. — Einzelheft 6.— DM, Doppelheft 9.— DM, Dreifachheft 15.— DM; Abonnement (4 Nummern) 21.— DM. — Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

lendemains

Zeitschrift für
Frankreichforschung +
Französischstudium

7/8

Gewerkschaften in Frankreich

I. Kolboom: Rezeption der französischen Gewerkschaftsbewegung im deutschen Reich und in der Bundesrepublik

J. Droz: Zum französischen Syndikalismus

M. Moissonnier: Die CGT (1895—1976)

J.-L. Robert: Die CGTU (1922—1935)

A. Bergounioux: Die Force Ouvrière (1947—1976)

P. Fridenson u. J. Juilliard: Die CFDT (1963—1976)

P. Delanoue: Vom Volksschullehrersyndikalismus zur Lehrergewerkschaftsbewegung

P. Delanoue: Die Hochschullehrergewerkschaft SNEsup

F. Marie: Die Kunst im Streik: zur Künstlergewerkschaft SFA

ferner in diesem Heft:

Beiträge aus der Literaturwissenschaft, France Actuelle und Besprechungen

2. Jahrgang, Juni 1977, Heft 7/8

Herausgeber: Michael Nerlich. — Jährlich erscheinen 4 Hefte in unregelmäßiger Folge. — Einzelheft 7,70 DM, Jahresabonnement 26,80 DM, für Studenten 22,80 DM. Verlag Sozialistische Politik, Büsingstr. 17, 1000 Berlin 41

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND POLITIK

3 '77

Brennpunkte des nationalen Befreiungskampfes in Lateinamerika/Südafrika

A. Kohen: Verschärfung der Widersprüche und des Kampfes in Lateinamerika

R. S. Martines: Der Aufbau des Sozialismus in Kuba

J. Ostrowsky: Der Befreiungskampf Zimbabwes

Südafrikanisches Panorama

R. Falk: Brasilien und Südafrika als Stützpunkte des BRD-Neokolonialismus

G. Liebscher, G. Weiberger: Das Verhältnis der sozialistischen Staaten zu den nationalen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika

Gespräch: Der Kampf der Unidad Popular gegen das Pinochet-Regime

H. J. Gottschalk: Was ist Apartheid-Politik?

F. Hervé: Zum 100. Geburtstag von Clara Zetkin

F. Pieck: Zu Lenins Aprilthesen 1917

Besprechung: Elleinstains „Geschichte des ‚Stalinismus‘“

Dokument: Beschluß des ZK der KPdSU über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen (30. Juni 1956)

15. Jahrgang, Mai/Juni 1977, Heft 3

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orczykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner. — Red.: F. Krause. — Alle zwei Monate. — Einzelpreis 4,— DM, — Vig. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 87 a, 6000 Frankfurt/M. 50

MATERIALES

Revista de información y crítica cultural

PROBLEMI DEL SOCIALISMO

2

R. Garrabou: Fet nacional i pràctica política a Catalunya: algunas cuestiones polémiques

P. A. Veira: La cuestión nacional gallaga

J. Ariza: La Sindicación de los trabajadores de la enseñanza.

P. F. Buey: La insólita, aunque breve, experiencia de un sindicato democrático bajo el Fascismo

R. Argullol: «Reflexión» sobre los años radicales (1968—1971)

A. Pérez: El movimiento estudiantil de 1971 a 1976.

1. Jahrgang, März/April 1977 Heft 2

3

F. F. Buey: Los comunistas y las democracias (Respuesta a Jordi Borja)

J. Ellenstein (entrevista): El fenómeno estalinista: política y teoría

V. Teitelboim: Reflexión sobre los «mil días» de gobierno de la Unidad Popular en Chile

A. Tejero: Auge y crisis de Comisiones Obreras

N. Chomsky: Carter y la Trilateral

A. Domenech: Ideología, conocimiento y conciencia de clase

Controversias

A. C. Comin: Sobre la militancia de cristianos en el Partido

M. Candel: La sindicación de los profesionales y técnicos

1. Jahrgang, Mai/Juni 1977, Heft 3

4 '76

La questione femminile in Italia dal '900 a oggi

S. Puccini: Condizione della donna e questione femminile (1892—1922)

E. Santarelli: Il fascismo e le ideologie antifemministe

G. Ascoli: L'UDI tra emancipazione e liberazione (1943—1964)

L. Menapace: Le cause strutturali del nuovo femminismo

M. Gramaglia: 1968: il venir dopo e l'andar oltre del movimento femminista

N. Fusini: Fortune e sfortune dell'utopia femminista

E.S. Protagoniste femminili del primo Novecento. Schede bibliografiche

17. Jahrgang, Oktober bis Dezember 1976, Heft 4

Redaktion: R. Argullol, M.-J. Aubet, J. Clavera, A. Domenech, P. F. Buey, R. Garrabou, J. Muñoz, M. Sacristán. — Sechsmal im Jahr. — Einzelheft: 180 Pts., Jahresabo: 1.000 Pts. — Materiales Escipción 21/ático, Barcelona 6, Spanien

Herausgeber: Lelio Basso. — Vierteljahresschrift. — Einzelheft L. 3.500, Jahresabo L. 15.600. — Via della Dogana Vecchia 5, I-00186 Roma

psychologie heute

4 '77

Eltern und Kinder

C. C. Brown: Eltern und Kinder: Wer schafft wen?

Th. Feltes, H.-J. Kerner u. N. Wiebking: Mit CRIMINAL gegen Kriminelle

E. Klee: Wenn Patienten den Mund aufmachen. . . .

Ph. S. Schrankel: Im Krebsgang voran. Psychologische Grundlagenforschung in der BRD

K. Oesterreich: Liebe und Einsamkeit im Alter

E. F. Torrey: Glauben, Schreien, Zahlen. Urschrei-Therapie

H. Ernst: Wer Daten fälscht oder nachgemachte in Umlauf bringt Burts Fälschungen zur Intelligenzforschung

Monopoly im Gesundheitswesen. Wie Psychologen auf ihren Ausschluß aus dem psychotherapeutischen Versorgungssystem reagieren

B. Bettelheim: Rotkäppchen war meine erste Liebe

5 '77

Midlife Crisis

R. u. P. O. Chotjewitz: Midlife Crisis

So sehen's die Experten

R. Runge: Von Phasen und Phrasen

H. Weiss: Elektro-Schocks und Körbeflechten. Tagebuch aus der Psychiatrie

N. Zimberg: Marihuana. Wie gefährlich ist es wirklich?

H. Schulz u. R. Lund: Unser 25-Stunden-Tag

J. Körner: Vorurteile: Widerlegen genügt nicht

Im Gespräch: Klaus Horn

H. Takooshian, S. Haber, D. J. Lucido: Ein Kind hat sich verlaufen. Würden Sie ihm helfen?

R. u. A.-M. Tausch: Leben hinter Fassaden

4. Jahrgang, April 1977, Heft 4

4. Jahrgang, Mai 1977, Heft 5

Redaktion: S. Brockert, H. Ernst, M. Moebius, A. Roethe Pavel. — Monatlich. — Einzelheft 5,— DM. Jahresabo 45,— DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

SOPO

SOZIALISTISCHE POLITIK

40

R. Kühnl: Demokratische Bewegung in der BRD. Geschichte und Perspektive

K. Holzkamp: Berufsverbot im öffentlichen Dienst: Wer indoktriniert wen?

P. M. Kaiser, D. Keiner, H. J. Krysmanski: Leitvorstellungen der Hochschulformierung — Ein Szenario, inspiriert durch das Hochschulrahmengesetz

P. Adamski: Die Schul- und Hochschulpolitik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Diskussion & Kritik

K. H. Tjaden: Soziologische Systemtheorie als Gegensatz zur Gesellschaftstheorie?

W. Lefèvre: Zur Kuhn-Debatte

J. Brockmeier: Kopernikus und das Schattenbild einer Epochen-schwelle

T. Waldhubel, S. Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation): Technischer Fortschritt, Entwicklung der Persönlichkeit und marxistische Theorie (1)

C. Kievenheim: „Eurokommunismus“ und „realer Sozialismus“ — Thesen zu einer auch bei uns notwendigen Diskussion

B. Heidtmann: „Eurokommunismus“ als Ideologie? Über theoretisch-politische Voraussetzungen der Sozialismus-Frage

9. Jahrgang, Juni 1977, Heft 2

Hrsg.: Redaktion SOPO, verantwortlich Hella Stern. — Jährlich 4 Hefte. Einzelheft 6,— DM, Abo 20,— DM. — Verlag das europäische buch, Knesebeckstr. 3, 1000 Berlin 12

TEXT+KRITIK

53/54

Paul Celan

T. Buck: „Mehrdeutigkeit ohne Maske“

G. Zürcher: Das Gedicht als *Genicht*

G.-M. Schulz: Zum Zitat in der Lyrik Celans

H.-P. Bayerdörfer: Poetischer Sarkasmus

B. Böschstein: Zu Celans letzten Gedichten

J. E. Jackson: Zur Celan-Forschung

Januar 1977, Heft 53/54

Sonderband Theodor W. Adorno

P. v. Haselberg: Wiesengrund-Adorno

C. Pettazzi: Studien zu Leben und Werk Adornos bis 1938

H.-H. Kappner: Adornos Reflexionen über den Zerfall bürgerlichen Individuums

O. Hansen: Zu Adornos Begriff der soziologischen Wissenschaft

B. Lindner: Adornos Gesellschaftstheorie

H. Scheible: Geschichte im Stillstand. Zur Ästhetischen Theorie Adornos

F. Grenz: Zur Stellung der Ästhetik in der Philosophie Adornos

D. Oehler: Adorno und Benjamin als Literaturkritiker: Am Beispiel Proust

Herausgeber: H. L. Arnold; Redaktion: J. Drews, H. Heißenbüttel, H. Lehner. — Erscheint jährlich in vier Heften. — Einzelpreis der Hefte je nach Umfang. Jahresabo 24,— DM. Bestellungen über Buchhandel oder edition text + kritik, Levelingstr. 6 a, 8000 München 80

*Geschichte der
Arbeiterbewegung
in der „Internationalen
Bibliothek“*

**Richard Löwenthal
(Paul Sering):**

Jenseits des Kapitalismus

Ein Beitrag zur sozialistischen
Neuorientierung

Unveränderte Neuauflage
mit einer ausführlichen
Einführung: Nach 30 Jahren
LVII, 268 S., br. 15,- DM

In seiner Einführung zu der
in der ersten Nachkriegszeit
viel gelesenen Schrift erläutert
Löwenthal, was sich in den
letzten 30 Jahren weltpolitisch
- insbesondere ökonomisch -
gewandelt hat und wo sich
entsprechend seine eigenen
Auffassungen geändert haben.

Heinrich Laufenberg:
Der politische Streik

2. Aufl.
260 S., br. 15,- DM

Laufenberg war der Führer
der Opposition auf dem 2.
Parteitag der KPD 1919, verließ
mit der Mehrheit diese Partei
und wurde einer der Gründer
der KAPD.

Peter von Oertzen:
**Betriebsräte in der
Novemberrevolution**

Eine politikwissenschaftliche
Untersuchung über Ideen-
gehalt und Struktur der betrieb-
lichen und wirtschaftlichen
Arbeiterräte in der deutschen
Revolution 1918/19

2. erweiterte Auflage
484 S., br. 20,- DM

Patrik von zur Mühlen:
**Rassenideologien, Geschichte
und Hintergründe**

278 S., br. 20,- DM

In seiner Geschichte der
Rassenideologien zeigt der
Verfasser, daß solche Ideolo-
gien in Europa entstanden,
wo reale Rassenkonflikte
nicht existierten, daß sie
biologische Unterschiede
konstruierten, um Standesun-
terschiede und soziale Pri-
vilegien aufrechtzuerhalten,
die ihre historische
Legitimation verloren hatten.

Georg von Vollmar:
**Reden und Schriften zur
Reformpolitik**

Ausgewählt und eingeleitet
von Willy Albrecht

254 S., br. 25,- DM

Verlag
J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Kölner Straße 143
5300 Bonn-Bad Godesberg 1

<i>Neuendorff, Hartmut</i> : Der Begriff des Interesses. Eine Studie zu den Gesellschaftstheorien von Hobbes, Smith und Marx (<i>J. Rohbeck</i>)	399
<i>Arendt, Dieter (Hrsg.)</i> : Der Nihilismus als Phänomen der Geistesgeschichte (<i>J. Knopf</i>)	401
<i>Friedrich, Carl J.</i> : Tradition und Autorität (<i>H. Wunderer</i>)	403
<i>Szczesny, Gerhard (Hrsg.)</i> : Marxismus ernst genommen (<i>B. Frei</i>)	404
<i>Ströker, Elisabeth</i> : Wissenschaftsgeschichte als Herausforderung (<i>H. M. Lohmann</i>)	405
<i>Lühns, Georg, u. a. (Hrsg.)</i> : Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie II (<i>K. Bayertz</i>)	406
<i>Apel, Karl-Otto</i> : Transformation der Philosophie (<i>D. Hirschfeld</i>)	408

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Apel, Karl-Otto (Hrsg.)</i> : Sprachpragmatik und Philosophie (<i>W. Dieckmann</i>)	409
<i>Henne, Helmut</i> : Sprachpragmatik (<i>W. Dieckmann</i>)	409
<i>Hennig, Jörg, u. Lutz Huth</i> : Kommunikation als Problem der Linguistik (<i>W. Dieckmann</i>)	409
<i>Schlieben-Lange, Brigitte</i> : Linguistische Pragmatik (<i>W. Dieckmann</i>)	409
<i>Braunroth, Manfred, u. a.</i> : Ansätze und Aufgaben der linguistischen Pragmatik (<i>W. Dieckmann</i>)	409
<i>Braunroth, Manfred, u. Karsten Siegel (Hrsg.)</i> : Sprache – Arbeit – Gesellschaft. Texte zur linguistischen Pragmatik (<i>W. Dieckmann</i>)	409
<i>Roszbacher, Karlheinz</i> : Heimatkunstabewegung und Heimatroman (<i>J. Schutte</i>)	416
<i>Kienzle, Michael</i> : Der Erfolgsroman (<i>J. Schutte</i>)	417
<i>Schrader, Monika</i> : Mimesis und Poesis. Poetologische Studien zum Bildungsroman (<i>J. Knopf</i>)	419
<i>Janik, Dieter</i> : Magische Wirklichkeitsauffassung im hispanoamerikanischen Roman des 20. Jh. (<i>Th. Bremer</i>)	420

Soziologie

<i>Döbert, Rainer</i> : Systemtheorie und die Entwicklung religiöser Deutungssysteme (<i>T. Schöfthaler</i>)	421
<i>Lauenstein, Diether</i> : Das Ich und die Gesellschaft (<i>R. Paris</i>)	423
<i>Gronemeyer, Reimer</i> : Integration durch Partizipation? (<i>G. Buck</i>)	424
<i>Zöllner, Wolfgang</i> : Obdachlos durch Wohnungsnot (<i>W. Jantzen</i>)	426
<i>Glaser, Hermann (Hrsg.)</i> : Urbanistik (<i>J. Petsch</i>)	427

Erziehungswissenschaft

<i>Feuerstein, Thomas</i> : Emanzipation und Rationalität einer kritischen Erziehungswissenschaft (<i>W. Kunstmann u. K. Derichs</i>)	428
<i>Kob, Janpeter</i> : Soziologische Theorie der Erziehung (<i>U. Kleemann</i>)	429
<i>v. Staehr, Gerda</i> : Kritische Theorie und politische Didaktik (<i>K. T. Schmitz</i>)	430
<i>Kamper, Diemar (Hrsg.)</i> : Sozialisationstheorie (<i>L. Bernath</i>)	431
<i>Alsheimer, Herbert</i> : Studententechnik für Betriebswirte (<i>N. Franck, G. Rückriem, J. Stary</i>)	382

<i>Bangen, Georg: Die schriftliche Form germanistischer Arbeiten (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Beelich, Karl-Heinz, u. Hans-Hermann Schwede: Lern- und Arbeitstechnik kurz und bündig (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Binder, Alwin, u. a.: Einführung in Techniken literaturwissenschaftlichen Arbeitens (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Böttcher, Winfried, u. Johannes Zielinski: Wissenschaftliches Arbeiten (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Borowsky, Peter, Barbara Vogel u. Heide Wunder: Einführung in die Geschichtswissenschaft I. Grundprobleme, Arbeitsorganisation, Hilfsmittel (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Dahmer, Jürgen: Effektives Lesen und gezielte Prüfungsvorbereitung (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Greschat, Martin, u. a.: Studium und wissenschaftliches Arbeiten (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Hasselhorn, Martin, u. a. (Hrsg.): Wirkungsvoller lernen und arbeiten (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Heyde, Johannes Erich: Technik des wissenschaftlichen Arbeitens (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Jesse, Andreas: Informationen systematisch gewinnen. Leitfaden für Studenten aller Fachrichtungen (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Junne, Gerd: Kritisches Studium der Sozialwissenschaften (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Kliemann, Horst: Anleitungen zum wissenschaftlichen Arbeiten (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Naef, Regula: Rationeller Lernen lernen (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Riechert, Johannes, u. Kurt Schwarz: Erfolgreich studieren – sich qualifizieren (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Seidenspinner, Gundolf: Wissenschaftliches Arbeiten (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Seiffert, Helmut: Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Spandl, Oskar Peter: Die Organisation der wissenschaftlichen Arbeit (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Standop, Ewald: Die Form der wissenschaftlichen Arbeit (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382
<i>Zelewitz, Klaus: Einführung in das literaturwissenschaftliche Arbeiten (N. Franck, G. Rückriem, J. Sary)</i>	382

Psychologie

<i>Deleuze, Gilles, u. Félix Guattari: Anti-Ödipus (W. Jantzen)</i>	432
<i>Wellner, Klaus: Leiden an der Familie (K. Boie)</i>	434
<i>Steakley, James D.: The Homosexual Emancipation Movement in Germany (M. Herzer)</i>	435
<i>Mucchielli, Roger: Gruppendynamik (K. A. Geißler)</i>	436
<i>Knorr, Thomas: Gruppendynamische Methoden der Öffentlichkeitsarbeit im Städtebau (G. Buck)</i>	437

Geschichte

<i>Sywottek, Arnold: Geschichtswissenschaft in der Legitimationskrise (J. Berlin)</i>	438
<i>Baumgartner, Hans Michael, u. Jörn Rüsen (Hrsg.): Seminar: Geschichte und Theorie (D. Berger-Thimme)</i>	440
<i>Krader, Lawrence: Ethnologie und Anthropologie bei Marx (U. Enderwitz)</i>	441
<i>Backhaus, Wilhelm: Marx, Engels und die Sklaverei (H. Gerstenberger)</i>	442
<i>Hausen, Karin, u. Reinhard Rürup (Hrsg.): Moderne Technikgeschichte (Th. Berger)</i>	444

Soziale Bewegung und Politik

<i>Castro, Fidel: Ausgewählte Reden (S. Schmidlin)</i>	445
<i>Castro, Fidel: Ausgewählte Reden zur internationalen Politik 1965–1976 (S. Schmidlin)</i>	445
<i>Mansilla, H. C. F. (Hrsg.): Probleme des 3. Weges (W. Hein)</i>	446
<i>Feder, Ernest (Hrsg.): Gewalt und Ausbeutung. Lateinamerikas Landwirtschaft (W. Hein)</i>	448
<i>Grohs, Gerhard, u. Harry Neyer (Hrsg.): Die Kirchen und die portugiesische Präsenz in Afrika (H. D. Laß)</i>	449
<i>Weinstock, Nathan: Das Ende Israels? (B. Frei)</i>	451

Jura

<i>Säcker, Horst: Das Bundesverfassungsgericht (S. Seegert-Will)</i>	452
<i>Brandt, Edmund (Hrsg.): Die politische Treuepflicht (J. Brauns)</i>	454
<i>Däubler, Wolfgang: Das Arbeitsrecht (J. Heilmann)</i>	456
<i>Fitting, Karl, Fritz Auffarth, u. Heinz Kaiser: Betriebsverfassungsgesetz (D. Horster)</i>	457
<i>Lüderssen, Klaus, u. Fritz Sack (Hrsg.): Seminar Abweichendes Verhalten I–III (Th. Berger)</i>	458

Ökonomie

<i>Huffschnid, Jörg, u. Herbert Schui (Hrsg.): Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–1976 (R. Eilers)</i>	460
<i>Nowotny, Ewald (Hrsg.): Löhne, Preise, Beschäftigung (W. Pfaffenberger)</i>	462
<i>Koshimura, Shinzaburo: Theory of Capital Reproduction and Accumulation (G. Accardo)</i>	463
<i>Kumm, Jürgen: Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, Lebensqualität (E. Göbel)</i>	464

Wir bitten, in **Argument 102** folgende sinnentstellende **Satzfehler** zu berichtigen:

In dem Aufsatz von **Kievenheim, Wissenschaftlicher Sozialismus braucht Demokratie**, S. 198, 2. Abs., 7. Zeile: lies „zentral“ statt „neutral“. In der Rezension des Buches von **Volosinov, Marxismus und Sprachphilosophie**, S. 252, letzter Absatz, 1./2. Zeile: lies „Marristen“ statt „Marxisten“.